M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Bereit zum Krieg um die Ölquellen?

Nr. 105 November 1982 DM 4,00

impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 – 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels. Benedikt Fehr, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Peter Weber, Hildegard Wenzler. Albert Sommerfeld

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon 0228 / 28 26 19
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahrsabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,– DM).

Schweiz: SFR 35,– / bzw. 25,–
Österreich: ÖS 260,– / bzw. 190,–
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 (bzw. 34,6) DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM),
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,– DM (bzw. 49,– DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM)

Einzelpreis: DM / SFR 4,– / ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der Nummer 106: 30.11.82

Wir bitten unsere Leser(innen) um Mitarbeit. Manuskripte sollten – bei 40 Anschlägen und zweizeiligem Zeilenabstand – möglichst nicht mehr als 15 SM-Seiten umfassen.

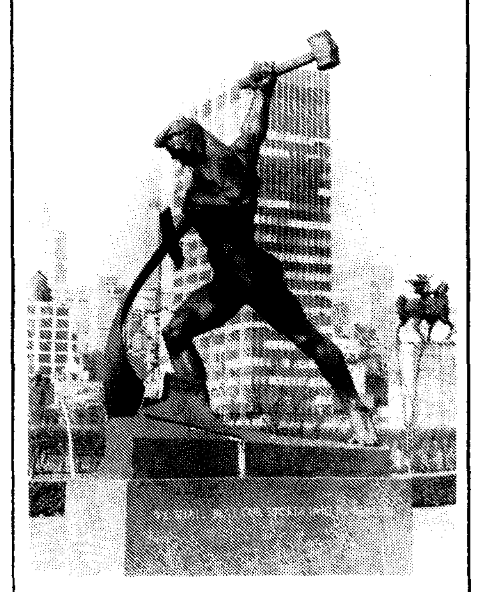


Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ANZEIGE

OSTEUROPA-INFO

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE



Heft 3/1982
ANTIMILITARISMUS IN OSTEUROPA
mit Beiträgen aus der DDR, CSSR, Ungarn, der Sowjetunion und Polen

104 Seiten, DM 8,-
Jahresabonnement (4 Nummern): DM 30,-

Bestellungen richten an:
Junius Verlag, Von-Hutten-Straße 18
2000 Hamburg 50

Dies ist eine Anzeige gegen die bayerische Justiz!

Die bayerische Justiz mitsamt dem Innenministerium will einen seit über 17 Jahren in der BRD lebenden Palästinenser nicht einbürgern.

Warum? Abdallah Abou Rashed, verheiratet mit einer deutschen Frau und Vater von zwei Kindern, hat sich einfach geweigert, für die politische Polizei gegen ausländische Mitbürger als Spitzel zu arbeiten.

Der Landesanwalt des Freistaates Bayern führte dies im Gericht so aus: »Weitere Einbürgerungsversuche würde der Kläger nicht erfüllen. Er habe eine Mitarbeit für Verfassungsschutzbehörden von vorneherein abgelehnt.«

Wir lehnen diese offiziellen und äußerst bürgernahen Integrationsversuche für Ausländer in unsere Gesellschaft für verfassungsfeindlich — trotz Verfassungsschutz — ab.

Deshalb bitten wir um Weiterinformation und Solidarität in der ganzen BRD.

Bestellt die Broschüre dazu bei: ESG, Friedrichstr. 25, 8 München 40

Alfred K. Treml
Pädagogik-Handbuch Dritte Welt

448 Materialien für Schule, Aktion und Erwachsenenbildung werden mit knappen Inhaltsangaben und methodisch-didaktischen Hinweisen vorgestellt und kritisch bewertet.

Beiträge zur Didaktik, Methodik und Theorie: A. Treml, Dritte-Welt-Pädagogik – Zur Didaktik und Methodik eines Lernbereiches. G.F. Pfäfflin, Theorien, Strategien und didaktische Ansätze zur Unterentwicklung. G. Krämer, Schule und Dritte Welt – Ein unbefriedigendes Verhältnis. A. Gregory, Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit mit Erwachsenen.

Die erste derart umfangreiche Sammlung der lieferbaren Unterrichts- und Arbeitsmaterialien sowie der theoretischen Literatur.

Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982, 208 S. reich illustriert, DM 14,80. **Bezug: Arbeitskreis Dritte Welt, Lederstr. 34, 7410 Reutlingen.**

NACHRICHTEN UND BERICHTE



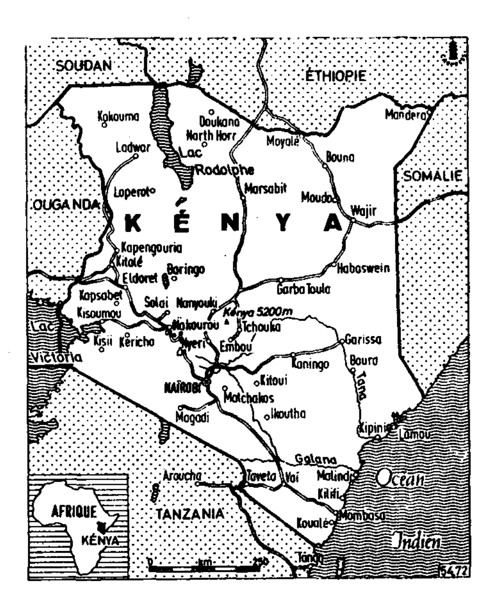
Kenia

Der »strategische Pfeiler des Westens« gerät ins Wanken

Wohl selten hat ein politisches Ereignis in Afrika die Medien hierzulande so beschäftigt wie der Putschversuch in Kenia am 1. August dieses Jahres. Das ist allerdings nicht erstaunlich, handelt es sich doch um ein Land, das wegen seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität bisher als »Putschsicher« galt. Bei näherem Hinsehen zeigt sich allerdings, daß Kenia alles andere als ein entwicklungspolitisches Wunderkind ist.

So war das beeindruckende Wirtschaftswachstum der ersten Jahre von Anfang an mit einer hohen Auslandsabhängigkeit und einer krassen sozialen Ungleichheit erkauft worden, während die vielgerühmte politische Liberalität nichts anderes war als eine Fassade, hinter der sich die gleichen autoritären Sturkturen verbargen, wie auch sonst in Afrika. Dennoch hatten die Herrschenden es lange Zeit verstanden, die Massen mit Hilfe einer geschickt gehandhabten Patronage-Politik, durch die wenigstens ein kleiner Teil der »Früchte der Unabhängigkeit« nach unten sickerte, in das System zu integrieren. Der Niedergang der kenianischen Wirtschaft ab Mitte der siebziger Jahre — Folge der konjunkturellen Einbrüche in Europa und der drastisch gestiegenen Ölrechnung — führte aber dazu, daß es immer weniger zu verteilen gab und vor allem für die wachsende Zahl der Schulabgänger die Zukunft zunehmend düsterer aussah. Daß die Regierung der beginnenden Unzufriedenheit nichts anderes entgegenzusetzen hatte als einen scharfen Repressionskurs, verschlechterte das allgemeine politische Klima erst recht. Die Konsequenz dieser Entwicklung war dann das Eingreifen junger Luftwaffenoffiziere am 1. August, das offenbar aber weniger auf einen konventionellen Putsch abzielte — also auf einen einfachen Wechsel der Eliten — als auf eine Veränderung des Gesamtsystems. Daß dieser Umsturz scheiterte, lag sowohl an seiner dilettantischen Durchführung als auch daran, daß der Großteil der Armee sich auf die Seite der Regierung stellte. Wenngleich diese somit noch einmal davongekommen ist — die Risse, die der »strategische Pfeiler des Westens« seit dem 1. August zeigt, werden ihr wohl noch manches Kopfzerbrechen bereiten.

Als sich am Morgen des 1. August über den Sender Nairobi der »Voice of Kenya« statt der gewohnten Frühsendung eine unbekannte offensichtlich einem Soldaten gehörende Stimme meldete und den Sturz der Regierung sowie die Bildung eines »National Redemption Council«, also eines »Nationalen Erlösungs-Rates« bekanntgab, da mußte es so aussehen, als habe 19 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung nun auch Kenia, »demokratische Insel in einem Meer diktatorischer Regime«[1] und »strategischer Pfeiler des Westens«[2], die endlose Reihe afrikanischer Militärregierungen um ein weiteres Glied verlängert. Die freudige Erleichterung in Nairobis vornehmem Villenviertel Muthaiga — bevorzugter Wohnsitz westlicher Botschafter und Experten wie der einheimischen Elite gleichermaßen — dürfte daher umso größer gewesen sein, als einige Stunden später plötzlich doch die Entwarnung kam: abrupt hörten die von den Putschisten im Radio gesendeten Reggae-Klänge auf, um nach einer längeren Pause dann ebenso unvermittelt von Lobgesängen auf Staatspräsident Daniel Arap Moi abgelöst zu werden. Die offizielle Bestätigung, daß der Putsch gescheitert sei, ließ dann zwar noch eine Weile auf sich warten, kam dafür aber von Moi persönlich. Die Armee stünde geschlossen hinter ihm und habe die Situation vollständig unter Kontrolle, verkündete er, hörbare Erleichterung in der Stimme, einen Tag später in einer Radioansprache an die Nation. Im übrigen habe es sich bei den durchweg der Luftwaffe angehörenden Putschisten nur um »mißgeleitete Jugendliche« und »verantwortungslose Rowdies« gehandelt — zu Zweifeln an der grundsätzlichen wirtschaftlichen und politischen Stabilität Kenias gäbe es mithin keinerlei Veranlassung. Mit anderen Worten: business as usual!



1. August 1982: Putsch oder Umsturz?

Doch so sehr sich Moi aus verständlichen Gründen auch bemüht, die ganze Angelegenheit zu einer Art Betriebsunfall herunterzuspielen — reagiert doch niemand so empfindlich auf jegliche Anzeichen politischer Instabilität wie das ausländische Kapital — die tatsächlichen Ereignisse vom 1. August sprechen eine andere Sprache. Denn das, was sich an diesem Tag in Nairobi abspielte, war kein konventioneller Militärputsch — das heißt eine bloße

Machtverschiebung *innerhalb* der herrschenden Elite, die ohne besondere inhaltliche Aussagen und ohne Beteiligung der Bevölkerung vorgenommen wird — und schon gar nicht das Werk einiger Rowdies, sondern ganz offensichtlich der Versuch, das »Erfolgsmodell Kenia«, jenes auf »Pragmatismus und Verzicht auf ideologische Verbrämungen« aufbauende »Entwicklungskonzept«[3] grundsätzlich aus den Angeln zu heben.
So rekrutierten sich die »Putschisten« nicht aus der zur herrschenden Elite gehörenden Führungsspitze der Armee, sondern aus den niederen Offiziers- und Unteroffiziersrängen der Luftwaffe, also einer Gruppe, die aufgrund ihrer relativ qualifizierten Ausbildung — viele Luftwaffenoffiziere haben studiert — aber vergleichsweise schlechten Bezahlung eher dem studentisch-intellektuellen Milieu zuzurechnen ist. Darüber hinaus ließen sie in ihren Radioverlautbarungen Programmvorstellungen erkennen, die — so skizzenhaft sie der Situation entsprechend auch noch waren — bereits eine relativ klare Linie aufwiesen. Zwar wurden auch hier die bei herkömmlichen Militärputschen als Legitimation regelmäßig erhobenen Korruptionsvorwürfe gegen die alte Regierung laut, aber mehr noch war die Rede von freien Wahlen, der Bildung von Parteien, der Freilassung aller politischen Häftlinge, der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit, einer Einebnung der krassen Einkommensunterschiede, einer strengeren Kontrolle des ausländischen Kapitals und schließlich einer auf größere Distanz zu den USA bedachten Außenpolitik.
Die auffallendste und wohl auch folgenschwerste Abweichung vom Verlaufsmuster eines klassischen Militärputsches war aber die Tatsache, daß an diesem 1. August keiner der sonst üblichen Aufrufe zu Ruhe und Ordnung zu hören war, sondern daß man es im Gegenteil von Anfang an darauf abgesehen hatte, die Bevölkerung zu mobilisieren. Sowohl in den Wohnheimen der beiden Universitäten von Nairobi als auch in den Slums von Mathare Valley und Eastleigh erschienen schon in den ersten Morgenstunden Gruppen von Luftwaffenangehörigen und forderten die Bewohner zur Unterstützung der, wie sie sich ausdrückten »Revolution des 1. August« auf. Beide Gruppen regierten denn auch prompt, wenn auch, ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Situation entsprechend, auf recht unterschiedliche Weise. Während sich etwa 1000 Studenten zu einem Demonstrationszug formierten und mit erhobenen Fäusten und unter »power«-Rufen in Richtung auf die Innenstadt zogen, strömten die Slumbewohner vor allem in Nairobis Geschäfts- und Einkaufsviertel Westlands, um hier die Kluft zwischen arm und reich auf ihre Art zu schliessen: was sich nur irgendwie tragen ließ, wurde in Plastikwannen randvoll zusammengerafft oder sonstwie weggeschleppt, was dableiben mußte, soweit wie möglich zertrümmert oder in Brand gesteckt.



Geplünderte Läden in der Innenstadt

Die Rache der Regierung

Spätestens angesichts dieser im nachkolonialen Kenia noch nie dagewesenen Welle von Gewalt — auf über 200 Millionen DM wird der gesamte Schaden geschätzt und noch auf Tage hinaus glich ganz Westlands einem Trümmerhaufen — muß es der Regierung klar geworden sein, daß es an diesem Tag um mehr ging als nur um einen inner-elitären Machtkampf. Die bedingungslose Härte, mit der sie nach einer »Schrecksekunde« von einigen Stunden dann zurückschlug, zeigt denn auch, daß sie sich, entgegen ihren offiziellen Verharmlosungsversuchen, in der Tat keine Illusionen über den wahren Charakter der Ereignisse machte. Rücksichtslos schossen regierungstreue Truppen auf alles was sich bewegte, Beteiligte wie Unbeteiligte, Soldaten wie Zivilisten gleichermaßen, und das nicht nur in der Innenstadt, die ja gewissermaßen die »Hauptkampfzone« bildete, sondern auch in den an sich ruhigen Außenbezirken Nairobis. So kam es zu zahlreichen Toten und Schwerverletzten sowie Fällen von Vergewaltigung, als Armeeeinheiten die Slums nach versprengten Putschisten durchsuchten, und noch größer soll die Zahl der Opfer gewesen sein, die die stundenlange Beschiessung der hauptsächlich von Frauen und Kindern bewohnten Luftwaffen-Siedlungen zur Folge hatte.

Wie hart das Vorgehen der Regierungstruppen war, zeigt die Zahl der Toten, die allein offiziell schon bei 149 liegt und inoffiziell auf mehr als das Doppelte geschätzt wird. Bezeichnenderweise sollen mehr als die Hälfte davon Zivilisten und davon der Großteil wiederum Studenten gewesen sein. Zu einem gewissen Teil erklärt sich die hohe Zahl der Opfer wahrscheinlich aber auch aus der Verbissenheit, mit der der harte Kern der »Putschisten« auch dann noch weiter kämpfte, als ihre Sache offensichtlich schon verloren war — auch dies im übrigen ein Anzeichen dafür, daß es sich hier nicht um einen herkömmlichen Putschversuch gehandelt haben kann. Allein der Sturm der Regierungstruppen auf das besetzte Gebäude der »Voice of Kenya« kostete 71 Menschenleben und Gruppen versprengter Kämpfer hielten sich, trotz mehrerer Kapitulationsaufforderungen der Regierung, offenbar noch tagelang in den Wäldern um Nairobi verschanzt.
Ein entscheidender Grund für die auffallende Brutalität der Armee dürfte schließlich auch die Signalwirkung nach außen gewesen sein, die neben der Einschüchterung nach innen, damit offensichtlich bezweckt wurde. Das heißt, indem die Regierung ihre Bereitschaft demonstrierte, jegliche Beeinträchtigung des guten »Investitionsklimas« mit unnachgiebiger Härte zu verfolgen, hoffte sie einer möglichen Fluchtbewegung des ausländischen Kapitals zuvorkommen zu können. Für diese Annahme spricht jedenfalls das weitere, an einen regelrechten Rachefeldzug erinnernde Verhalten der Regierungstruppen: Straße für Straße, Haus für Haus wurden die Slums unter bürgerkriegsähnlichen Bedingungen nach verstecktem »Beutegut« durchkämmt. Wehe dem, in dessen Wellblechverschlag dabei irgendetwas Verdächtiges gefunden wurde, das heißt etwas, dessen Wert oberhalb der Armutsschwelle lag — ein Transistorradio zum Beispiel — und nicht durch Rechnungen als rechtmäßiges Eigentum ausgewiesen werden konnte — 18 Monate Gefängnis waren das Mindeste, was ihn erwartete! Die anderen Maßnahmen, mit denen die Regierung die »Schande« des 1. August zu tilgen versuchte, waren nicht weniger rigoros: die Auflösung der gesamten Luftwaffe, drakonische Strafen für die am Putsch beteiligten Soldaten (12 – 24 Jahre Haft für einfache Mitläufer), Ausgangssperren und die

Schliessung der Universität auf unbestimmte Zeit. Darüber hinaus wurde der Studentenverband aufgelöst und sein Vorsitzender verhaftet, während die Studenten selbst in ihre Heimatdörfer zurückgeschickt wurden, mit der Auflage sich zweimal wöchentlich bei den dortigen Behörden zu melden.
Ob es Präsident Moi allerdings gelingen wird, dem »Modell Kenia« mit einer Politik wieder zu seinem alten Glanz zu verhelfen, die mehr darauf gerichtet ist, das Vertrauen des Auslandes zurückzugewinnen als das der eigenen Bevölkerung, ist allerdings fraglich. Denn so dilettantisch der Umsturzversuch vom 1. August letztlich auch organisiert gewesen sein mag, die Welle von Gewalt, die an diesem Tag losgebrochen war, hat doch mehr als deutlich gezeigt, daß Kenia eben nicht jener Hort der Stabilität ist, als das es jahrelang gepriesen worden war, sondern daß sich hier Frustrationen und Aggressionen angestaut haben, die auf grundsätzliche Defekte im »Modell« schließen lassen. Es zeugt daher eher von einer großen politischen Naivität Mois, wenn er glaubt, er könne diese Unzufriedenheit dadurch wieder abbauen, daß er eine simple Politik der kompromißlosen Härte verfolgt. Für kritische Beobachter freilich war es nicht erst seit dem 1. August klar, daß das kenianische »Entwicklungswunder« weniger auf dem festen Fundament eines stabilen Wirtschaftswachstums und einer demokratischen Verfassung stand, als mehr auf den tönernen Füssen eines Wachstums ohne Verteilung und einer »Demokratie« ohne innere Substanz.

Wachstum ohne Verteilung

Daß Kenia in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit wirtschaftliche Erfolge vorweisen konnte, die neben denen der Elfenbeinküste zu den beeindruckendsten auf dem ganzen afrikanischen Kontinent gehörten, läßt sich in der Tat nicht bestreiten: ein jährliches Wirtschaftswachstum von nahezu 6%, eine ständige Steigerung der Kaffee- und Teexporte, der Aufbau einer Leichtindustrie, ein bedeutender Anteil am Ferntourismus und nicht zuletzt der Ausbau Nairobis zu einer regionalen Metropole, die es mit jeder europäischen Großstadt aufnehmen kann, sowohl was ihr äußeres Erscheinungsbild als auch ihre Bedeutung als Geschäfts- und Finanzzentrum betrifft.
Aber bereits einige hundert Meter hinter den glitzernden Hochhausfassaden von Nairobis City tut sich eine Wirklichkeit auf, die ganz anders aussieht und die doch für die meisten Menschen der Stadt *die* Wirklichkeit schlechthin ist. Nämlich die sich endlos hinzeihenden Slums von Mathare Valley, Pumwani, Eastleigh und wie sie alle heißen, mit ihren Häusern aus Pappe oder rostigem Wellblech, ihren Straßen, die bald Schlammlöcher, bald Staubwüsten sind und einer Bevölkerung, die dennoch ständig wächst. Die, die hier leben, stehen außerhalb des offiziellen Wirtschaftslebens der City und kennen eine regelmäßige Beschäftigung nur vom Hörensagen. Statt dessen müssen sie sich jeden Tag aufs neue irgendwie durchschlagen — als Straßenhändler oder Kleinsthandwerker, die den Wohlstandsmüll der »offiziellen« Gesellschaft verarbeiten, als Prostituierte oder auch als Gelegenheitsdiebe. Auf etwa 40% der ingesamt eine Million zählenden Bevölkerung Nairobis schätzt man sie, die die Kehrseite des kenianischen Wirtschaftswunders bilden und doch gleichzeitig zu seiner Entfaltung notwendig sind, weil sie mit ihren billigen Dienstleistungen dazu beitragen, daß die Löhne der im offiziellen Wirtschaftssektor Beschäftigten relativ niedrig gehalten werden können[4].
Einen ständigen Zulauf erhalten diese im wahrsten Sinne des Wortes »Marginalen« vom Land her, wo der bebaubare Boden immer knapper wird und wo jetzt schon 50% derjenigen Kleinbauern, die nicht zu den relativ wohlhabenden Kaffee- und Teebauern gehören, sogar nach offiziellen Statistiken unterhalb der Schwelle der Armut leben. Eine halbe Million ist sogar gänzlich ohne Land und muß versuchen, als schlechtbezahlte Landarbeiter unterzukommen. Zu all dem kommt noch eine jährliche Inflationsrate hinzu, die schon vor Jahren 10% auf dem Land und 14% in der Stadt betragen hatte und die heute bei insgesamt etwa 20% liegt.



Nun sind sicher nicht alle diese Probleme dem Regime anzulasten, sondern zum Teil sind sie einfach typisch für die Situation vieler sogenannter Entwicklungsländer. So die ständig schwankenden Rohstoffpreise und die Abhängigkeit des Tourismusgeschäfts von der konjunkturellen Entwicklung in der »Ersten Welt«, die eine langfristige Wirtschaftsplanung fast unmöglich machen, das Angewiesensein auf ausländische Investitionen und Technologien, die wegen ihrer Kapitalintensivität nur wenig Arbeitsplätze schaffen, aber auch die »Ölkrise« von 1973/74 mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Außenhandelsbilanz. Schließlich kommen auch noch Probleme hinzu, die spezifisch für Kenia sind: fast keine Bodenschätze und eine landwirtschaftliche Nutzfläche, die nur 17% der Gesamtfläche beträgt und die, kombiniert mit einem Bevölkerungswachstum von nahezu 4% — eines der höchsten auf der Erde — einen ständig wachsenden Bevölkerungsdruck ergibt.
Trotz dieser gewissermaßen strukturell vorgegebenen Hypothek, mit der das Land belastet ist, müssen seine Probleme aber wesentlich als eine Folge der unter seinem ersten Präsidenten Kenyatta eingeschlagenen Wirtschaftspolitik angesehen werden, die man wohl am treffendsten mit der Formel »Wachstum heute — (gerechte) Verteilung morgen« umschreiben kann. Damit ist eine »Entwicklungs«-Strategie gemeint, deren oberstes Ziel ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis ist, auch um den einer fast vollständigen Abhängigkeit vom Ausland und kraßer sozialer Ungleichheiten im Inneren. Beides soll zwar später abgebaut werden, doch erst dann, wenn die Wirtschaft auf »eigenen Füssen steht« und der Kuchen groß genug ist, um eine sozial ausgleichende Politik möglich zu machen. Ob diese Ziele je erreicht werden können, ist allerdings fraglich, ganz abgesehen davon, ob die herrschende Elite eigentlich selbst an diese langfristige Perspektive glaubt, die von ihr obendrein noch mit dem schmückenden Etikett des »Afrikanischen Sozialismus« versehen wird.

Hier und heute bedeutet diese Politik jedenfalls ein Land in dem mehr Europäer leben als während der Kolonialzeit, in dem die Ratschläge des Internationalen Währungsfonds wie nirgend sonst offene Ohren finden und in dem vor allem denen gegeben wird, die bereits haben. Das Ergebnis: eine Einkommensverteilung, bei der der Anteil der unteren 40% der Bevölkerung am Nationaleinkommen 10% ausmacht und die damit zu den ungleichsten der Welt gehört. Darüber hinaus werden regionale, aus der Kolonialzeit übernommene Disparitäten — etwa die Rolle Nairobis als Zentrum von Handel und Produktion — durch eine staatliche Investitionspolitik festgeschrieben, die weitgehend an den Bedürfnissen des ausländischen Kapitals orientiert ist, während der ländliche Bereich, in dem über 80% der Bevölkerung leben, gegenüber dem städtischen eindeutig benachteiligt wird. Förderungsmaßnahmen finden hier vornehmlich nur statt, soweit sie der Produktionssteigerung von Kenias beiden hauptsächlichen Exportprodukten, Tee und Kaffee, dienen.
Was die Sozialstruktur betrifft, so bildete sich in den Jahren nach der Unabhängigkeit eine kleine afrikanische Elite heraus, die , meist aufgrund gutbezahlter Ämter in Politik und Verwaltung mit dem nötigen Startkapital versehen und durch großzügige staatliche Finanzierungs- und »Afrikanisierungs«-Programme unterstützt, sich als Juniorpartner des ausländischen Kapitals immer mehr im Handel, der exprtorientierten Landwirtschaft und der importsubstituierenden Kleinindustrie etablieren konnte. Diese so entstandene ökonomische Elite ist mit der Bürokratie und der eigentlichen politischen Elite durch gemeinsame Geschäfts- und Verwandschaftsbeziehungen, durch gegenseitige »Gefälligkeiten« und diverse korrupte Praktiken auf so vielfältige Weise verbunden, daß alle drei Gruppen im Grunde eine Einheit bilden, Politik, Wirtschaft und Bürokratie also zu einem Interessenblock verschmolzen sind. Besonderes Kennzeichen dieser Gruppe, die man wegen ihrer Abhängigkeit vom Staat als Protektor und primäre Kapital-

quelle auch »politische Bourgeoisie« nennen könnte, sind indessen nicht nur die innerhalb weniger Jahre erfolgte immense Bereicherung und die ihr zugrunde liegende Korruption, sondern mehr noch die Offenheit, in der sich beides abspielte. Da breitete ein Minister in einem Zeitungsinterview ohne Scheu seinen riesigen, mit staatlicher Hilfe spottbillig erworbenen Grundbesitz aus, und während der ehemalige Planungsminister, Tom Mboya, in aller Unschuld erklärte:»Warum soll ich mir keinen Mercedes kaufen, wenn ich ihn mir leisten kann?«, forderte sein Chef, der Staatspräsident Jomo Kenyatta, selbst einer der reichsten Männer des Landes, die Politiker wiederholt öffentlich auf, etwas aus ihrem Amt »zu machen«.

Kein Wunder, daß angesichts solcher Vorbilder der Strom jener, die mit dem landleben unzufrieden wurden und in der Hauptstadt das große persönliche Glück suchen wollten, nicht abriß! Verstärkt wird dieser run auf die Städte schließlich noch durch ein Bildungssystem, das vor allem auf der Sekundarstufe, elitär und nutzlos zugleich ist. Elitär, weil es aufgrund scharfer Ausleseverfahren seinen Absolventen vorgaukelt, etwas besseres zu sein und mithin Anspruch auf einen gehobenen Posten in der stadt zu haben. Nutzlos, weil seine allein an europäischen Vorbildern ausgerichteten Erziehungsinhalte für ein Entwicklungsland mit agrarischer Basis weitgehend irrelevant sind.

Außenpolitisch entspricht dem »Kenianischen Modell« — wie nicht anders zu erwarten - eine enge Anlehnung an den Westen, das heißt vor allem an die ehemalige Kolonialherrin Großbritannien sowie die USA, die beide über Militärbasen im Land verfügen. Die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika erhalten hingegen nur ein Mindestmaß an politischer Unterstützung.



Das politische System: Liberale Schale — autoritärer Kern.

So wenig Kenia je ein Land des wirtschaftlichen »Wunders« gewesen ist, so wenig war und ist es eine »demokratische Insel«. Denn wenn man den Grad von »Demokratie« danach bemißt, in welchem Umfang die breite Bevölkerung über ihr eigenes Schicksal bestimmen kann, dann ist Kenia im Kern genauso eine Diktatur wie die meisten Länder des Kontinents. In der Tat war die liberale Aura, mit der das Regime sich jahrelang zu umgeben wußte — keine Verankerung des des Ein-Parteien-Systems in der Verfassung, wenig politische Gefangene, ein kritikfreudiges Parlament, eine relativ freizügige Presse und schließlich regelmäßig stattfindende Parlamentwahlen — nichts weiter als eine Fassade, hiter der sich ein zutiefst autoritäres Regime verbarg. Ein Regime, in dessen Mittelpunkt bis zu seinem Tod 1978 Präsident Kenyatta stand, der, gestützt auf eine straff organisierte und ihm treu ergebene Provinzverwaltung und eine kleine Gruppe von Beratern, wie ein absoluter Fürst herrschte und die Elite nicht nur politisch absicherte, sondern zusammen mit seiner weitläufigen Familie selbst ein Teil von ihr war.

Tatsächliche oder potentielle Kritiker an diesen Verhältnissen wurden ohne Zögern ausgeschaltet. Die einzige wirkliche Oppositionspartei, die KPU (Kenya Peoples Union), wurde 1969 unter fadenscheinigen Vorwänden verboten, während die Gewerkschaften und die Studentenvereinigung schon von Anfang an systematisch entmachtet worden waren, ebenso wie die faktisch als einzige Partei zugelassene regierende KANU (Kenya African National Union). Ihre politische Bedeutungslosigkeit läßt sich schon allein daran ablesen, daß sie zeitweilig noch nicht einmal über die Geldmittel verfügte, um die Telefonrechnung ihrer Zentrale bezahlen zu können.

Was hingegen die — auf den ersten Blick durchaus beeindruckende - Diskussions- und Kritikfreudigkeit von Parlament und Presse betrifft, so erfüllt sie im Grunde nichts weiter als eine Alibifunktion. Das heißt solange sie in bestimmten Grenzen bleibt und sich vor allem nicht gegen den Präsidenten und seine engsten Gefolsleute richtet, wird sie nicht nur geduldet, sondern sogar gern gesehen — als nützliches Ventil nach innen und demokratisches Aushängeschild nach außen. Doch sobald ein Kritiker diese unsichtbare Grenze überschreitet und sich auch durch das Angebot lukrativer Staatspfründen nicht zum Schweigen bringen läßt, wird diese liberale Maske fallen gelassen: Abgeordnete werden mitten aus dem Parlament heraus verhaftet, Redakteure auf höchsten Wink entlassen oder zumindest gemaßregelt (was im übrigen besonders zu Kenyattas Zeiten wegen der persönlichen Verbindungen zwischen seiner Familie und den Eigentümern der beiden größten Tageszeitungen — »Daily Nation« und »The Standard« — kein Problem darstellte) und als letztes Mittel schreckt das Regime selbst vor einem politischen Mord nicht zurück, wie 1975 im Falle des Abgeordneten Kariuki.

Besonders deutlich läßt sich diese, für das politische System Kenyas so charakteristische Kluft zwischen äußerlicher Liberalität und tatsächlicher Repressivität am Beispiel des bekannten Schriftstellers Ngugi Wa Thiong'o demonstrieren. Solange er nämlich seine gesellschaftskritischen Bücher auf Englisch schrieb, also einer Sprache, die die Mehrzahl der Kenianer nicht ausreichend versteht, konnte er unbehelligt veröffentlichen und sogar als Professor für Literatur an der Universität Nairobi unterrichten. Doch als er begann, kritische The-

aterstücke auf Kikuyu zu schreiben, einer der wichtigsten einheimischen Sprachen, und diese mit Laiendarstellern vor den Betroffenen selbst aufzuführen, hörte der Spaß auf. Der angesehene Schriftsteller war plötzlich ein »Subversiver« und verschwand ohne Gerichtsurteil für über ein Jahr im Gefängnis.

Was die Parlamentswahlen angeht, so fanden sie im unabhängigen Kenya zwar regelmässig statt, doch obwohl die Wahlkämpfe stets recht lebhaft verliefen — im Durchschnitt bewarben sich 4-5 Kandidaten um einen Parlamentssitz — hatten sie mit Wahlen im eigentlichen Sinne kaum etwas zu tun, da inhaltlich-politische Themen oder gar Alternativen zum bestehenden System hier nie zur Debatte standen. Die Auseinandersetzung verlief vielmehr immer nur um einzelne Personen und die unmittelbaren Vorteile, die sie ihrem Wahlkreis verschafft hatten oder für die Zukunft in Aussicht stellten.

Die »Wahlen« werden so statt zu einer Konfrontation inhaltlich-politischer Programme zu einem reinen Tauschakt: die Kandidaten versprechen den Wählern für den Fall eines Wahlsieges gewisse materielle Leistungen — einen Brunnen vielleicht oder den lange erwarteten Straßenanschluß — und bekommen dafür im Gegenzug die Möglichkeit, sich über das Abgeordnetenmandat und die sich daraus meist ergebenden Ämter — Minister, Assistant-Minister oder ein Führungsposten in einem halbstaatlichen Unternehmen — soweit wie möglich zu bereichern. Im Endeffekt ist dieser Tausch allerdings meist ein ungleicher, denn die persönliche Bereicherung eines erst einmal gewählten Abgeordneten wiegt in aller Regel nie das auf, was er seinem Wahlkreis später zukommen läßt.

Welche »Rendite« ein Parlamentssitz offenbar abwerfen kann, läßt sich schon allein daran ablesen, daß sich einige Spitzenkandidaten den Wahlkampf bis zu umgerechnet 200 000 DM kosten lassen, eine Summe, die angesichts eines jährlichen Bruttosozialprodukts von 950 DM pro Einwohener jenseits des Vorstellungsbereichs der allermeisten Kenianer liegt.

Oft reicht es zum Wahlerfolg auch schon aus, wenn es einem Kandidaten gelingt, die Notablen seines Wahlkreises für sich zu gewinnen: aufgrund der starken Klan- und Familienbindungen, die für die politische Orientierung des größten Teils der Bevölkerung auch heute noch bestimmend sind, fallen ihm die restlichen Stimmen dann nahezu automatisch zu — zumal wenn kleine Geldgeschenke an die Notablen und Freibier für die Massen diesen Handel begleiten. Kandidaten, von denen man annehmen muß, daß sie sich an diese Spielregeln, das heißt vor allem die Ausklammerung aller brisanten Themen aus der Diskussion, nicht halten werden, filtert man schon im Vorfeld der Wahlen aus dem Wettbewerb heraus — im übrigen nahezu die einzige Aufgabe, die der »Regierungspartei« bei diesen Wahlen zukommt. Meist geschieht das durch irgenwelche administrativen Manipulationen, wie das Verschwindenlassen von eingereichten Wahlunterlagen oder die »Aberkennung« der für eine Kandidatur notwendigen Parteimitgliedschaft (ein rein fiktiver Akt, da es angesichts des trostlosen organisatorischen Zustands der KANU gar keine aktenkundige Mitgliedschaft gibt).

Darüber hinaus sorgen die hohen Wahlkampfkosten schon von selbst dafür, daß in der Regel nur wohlhabende Kandidaten eine Chance haben, also Personen, die von vornherein ein starkes Interesse am Fortbestand des Systems haben.

»Wahlen« unter solchen Bedingungen sind natürlich jeder tatsächlichen politischen Bedeutung entkleidet, können sie an der Monopolisierung der politischen Entscheidungsprozesse durch die Spitze doch nichts ändern. Und das nicht nur wegen der Tabuisierung aller heiklen Themen, sondern auch weil die zentrale Machtelite, also der Präsident und seine wichtigsten Minister, ihren »Wählern« stets ohne Gegenkandidat gegenübertritt — mit der offiziellen Begründung, es habe sich keiner gemeldet!

Weit davon entfernt, ein Ausdruck demokratischer Strukturen zu sein, bieten die Parlamentswahlen in Kenia der Bevölkerung letztlich also nur die Möglichkeit, einzelne Statisten aus den unteren und mittleren Rängen der Elite gegeneinander auszutauschen, ohne daß das System in seiner Gesamtheit aber je zur Disposition stünde. So verloren bei den Wahlen 1974 und 1979 zwar jeweils gut die Hälfte der Mandatsinhaber ihre Sitz — der politische Kurs des Landes veränderte sich aber nicht im geringsten.

Integration und »Dissoziation«

Angesichts dieser Verhältnisse drängt sich allerdings die Frage auf, warum das polische System Kenias dennoch über so lange Jahre hinweg relativ störungslos funktioniert hat und warum es nicht schon früher zu einem Umsturzversuch gekommen war. Die Gründe dafür liegen vor allem im ambivalenten Charakter dieses Systems als auch in der grundsätzlichen Gesellschaftsstruktur diese Landes.

Wenn das liberale Image Kenias im Entscheidenden auch ein Mythos ist, so entbehrt es andererseits doch nicht jeglicher Grundlage — selbst in den repressivsten Phasen waren die Verhältnisse in Kenia nie so schlimm wie etwa in Uganda unter Amin oder in Zentralafrika unter »Kaiser« Bokassa. Denn wenn sich das Regime auch nicht davor scheut Gewalt anzuwenden, so ist sie dennoch nicht typisch für den politischen Alltag, sondern eher ein Mittel, das nur im Notfall eingesetzt wird. Soweit sie es für vertretbar halten, bedienen sich die Herrschenden hingegen lieber einer Strategie der politischen Flexibilität, innerhalb derer den Parlamentswahlen dann doch in mehrfacher Hinsicht eine wichtige Stablisierungsfunktion zukommt.

Zum einen stellen sie auf Grund ihres relativ offenen Wettbewerbscharakters ein wichtiges »Frühwarnsystem« dar, das der Spitze das Auftauchen populärer und damit gefährlicher Konkurrenten rechtzeitig genug signalisiert, um entsprechende Gegenmaßnahmen — Kooptierung oder Ausschaltung — noch einleiten zu können.

Zum anderen wurde der Bevölkerung durch die Möglichkeit, einzelne Abgeordnete abwählen zu können, das Gefühl eines gewissen Handlungsspielraumes vermittelt, ebenso wie beginnende, aus den wachsenden sozialen Ungleichheiten herrührende Frustrationen auf die ungefährliche Ebene der Diskussion um letztlich unwichtige Einzelpersonen abgedrängt werden können.

Darüber hinnaus dient der Wahlkampf der Spitze als nützliches Barometer, was die allgemeine Stimmung unter der Bevölkerung angeht. Unzufriedenheiten, die ohne den Wahlkampf mit seiner relativ offenen Atmosphäre vielleicht erst zu spät bemerkt worden wären, konnte so manches Mal die Spitze abgebrochen werden, indem zur rechten Zeit entsprechende Zugeständnisse gemacht wurden: Die Heraufsetzung des gesetzlichen Mindestlohnes, die Senkung der staatlichen Düngemittelpreise, der Erlaß des Schulgeldes für die ersten vier Klassen oder auch nur eine spektakulär inszenierte Landverteilung an einige Familien oder gar die Opferung eines Ministers, der sich unbeliebt gemacht hatte.

Zwar bleiben viele solcher Zugeständnisse auf dem Papier oder bestehen von vornherein nur aus rhetorischen Kraftmeiereien, die das Regime nichts kosten - etwa gelegentliche Attacken gegen die unpopulären Europäer — doch das ändert nichts daran, daß zumindest für den Augenblick der eindruck erweckt werden konnte, die Regierung habe »die Hand am Puls des Volkes«.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß der oben beschriebene Tauschcharakter der Wahlen, wie ungleich dieser Tausch auch immer sei, ja tatsächlich eine gewisse Umverteilung von oben nach unten bewirkt.

Zum einen in der Form von unmittelbaren Wahlgeschenken während des Wahlkampfes selbst (Freibier etc.) — wobei häufig mehrere Kandidaten gegeneinander ausgespielt werden, um ihre Ausgabefreudigkeit anzuspornen — zum anderen dadurch, daß der Abgeordnete nach der Wahl als eine Art Mittelsmann zwischen Regierung und Wahlkreis auftritt und ihm bestimmte staatliche Leistungen verschafft. Hinzu kommen gelegentliche Gefälligkeiten, die einflußreichen Wählern individuell erwiesen werden — etwa die Vermittlung eines Kredits oder Jobs — und schließlich Sach- und Geldspenden, die der Abgeordnete aus der eigenen Tasche bestreitet und die wiederum vornehmlich an die Gemeinschaft gehen, zum Beispiel für ein Schulgebäude oder eine kleine Krankenstation, die in Eigeninitiative errichtet wird. Auffallend ist bei all dem die publikumswirksame Art, mit der der Abgeordnete seine »Leistungen« herausstreicht. So geschieht etwa die Übergabe von Spenden mit Vorliebe auf öffentlichen, volksfestähnlichen Versammlungen und je höher der politische Rang des Spenders, desto überschwenglicher wird seine Großzügigkeit gepriesen. Zudem gibt es keine kenianische Tageszeitung, in der nicht fast täglich über eine solche Zeremonie berichtet wird.

Diese nach dem Moto »Tue Gutes und Sprich darüber« herbeigeführte Publizität hat freilich ihren guten Grund. Denn das Ziel all dieser Umverteilungen ist es ja schließlich nicht, soziale Gerechtigkeit herbeizuführen, sondern die Stabilität des politischen Systems optimal zu gewährleisten,

das heißt mit möglichst geringen Opfern für die Elite. Indem sie aber das (objektiv) wenige, was von oben nach unten sickert, möglichst effektvoll in Szene setzt, kann sie nicht nur davon ablenken, wieviel sie selbst in die Tasche steckt, sondern auch den allgemeinen Eindruck erwecken, als nähme sie sich der Nöte der Massen an, ja als sei dieses System insgesamt für soziale Aufsteiger durchaus offen, wenn man nur den richtigen Patron hat. Bestätigt zu werden scheint dieser Glaube an die grundsätzliche Offenheit des Systems zudem durch die zahlreichen individuellen Karrieren, die wegen der rapiden »Afrikanisierung« von Wirtschaft und vor allem Verwaltung in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit durchaus nicht ungewöhnlich gewesen waren. Bleibt der eigene Erfolg dennoch aus, wird die Ursache daher nicht in der Struktur des Systems gesucht, sondern in der Unfähigkeit beziehungsweise mangelnden Großzügigkeit des jeweiligen Abgeordneten-Patrons.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht erstaunlich, daß der offen zur Schau gestellte Reichtum der Elite lange Zeit keinen besonderen Anstoß erregte. Galt er doch eher als Beweis für die Mobilitätschancen des Systems, beziehungsweise für das Patronage-Potential eines Politikers — getreu dem von Kenyatta selbst immer wieder propagierten Grundsatz, daß nur derjenige etwas für andere tun könnte, der vorher etwas für sich selbst getan habe!

Unter einem machtpolitischen Aspekt gesehen haben die Wahlen in Kenia also durchaus eine wichtige Funktion, werden die Massen dadurch doch sowohl in das Herrschaftssystem »integriert« als auch untereinander »dissoziert«. Das heißt indem man ihnen die Gelegenheit gibt, sich ihre jeweiligen lokalen Patrone selbst aussuchen zu können, werden sie in das Gesamtsystem eingebunden — »integriert« —, andererseits aber in ihrer ohnehin schon stark lokal ausgerichteten politischen Orientierung bestärkt und von möglichen Interessenszusammenschlüssen auf nationaler Ebene abgelenkt — also »dissoziert«.



„Ausweiskontrolle"



Die unsichtbare Ausbeutung

Neben dieser Herrschaftsstrategie der »dissozierten Integration« war es aber auch der Umstand, daß es in Kenia nur wenig offen zutage tretende Ausbeutungsverhältnisse gibt, die das System jahrelang als so stabil erscheinen ließen. Denn trotz des stetigen Wachstums der Städte und der beginnenden Landknappheit lebt der Großteil der Bevölkerung, etwa 80 % immer noch als bäuerliche Kleineigentümer auf dem Land, also in einer Situation der relativen Unabhängigkeit. »Unabhängigkeit« in dem Sinne, daß auch heute noch hauptsächlich mit familiärer Arbeitskraft produziert wird, daß die Marktsituation noch nicht das Niveau erreicht hat, auf dem bereits sämtliche Produktionsentscheidungen von außen diktiert werden und daß vor allem keine Abhängigkeit von Großgrundbesitzern oder Pachtherren besteht.

Die Abschöpfung des Mehrprodukts durch die Elite verläuft daher nicht innerhalb eines relativ leicht als ausbeuterisch zu durchschauenden Produktions- beziehungsweise Eigentumsverhältnisses zwischen konkreten Personen, sondern primär über ein komplexes System von Steuern, Vermarktungsgebühren und indirekten Abgaben aller Art. Zwar ist dieses System letztlich nicht minder ausbeuterisch, weil es hauptsächlich ja dazu dient, eine aufgeblähte und ineffiziente Bürokratie und eine Schicht von selbstsüchtigen Politikern zu finanzieren, aber wegen seiner weitgehenden Abstraktheit und Unpersönlichkeit offenbart sich dem einzelnen sein tatsächlicher Charakter eben nur vergleichsweise schwer.

Aber selbst dort, wo es eine offene Ausbeutungssituation in der Form von Lohnarbeitsverhätnissen bereits gibt, schlägt sich das so gut wie nie in einem entsprechenden politischen Bewußtsein nieder. So wird sich ein Landarbeiter angesichts der verwandtschaftlichen Beziehungen, die ihn oft mit seinem bäuerlichen »Arbeitgeber« verbinden, kaum als Proletarier begreifen. Auf den Großfarmen und Plantagen entfallen zwar diese Bindungen, aber aufgrund der Tatsache, daß die Arebeiter hier häufig noch ein Stück Land zur eigenen Nutzung zugwiesen bekommen haben, fühlen auch sie sich in erster Linie immer noch als Bauern. Und auch in der Stadt wird man nur selten auf ein »proletarisches« Klassenbewußtsein treffen, da es das Hauptziel der meisten Arbeiter auch heute noch ist, eines tages in das heimatliche Dorf zurückzukehren und die bis dahin (hoffentlich) gemachten Ersparnisse in den Kauf eines Stück Landes zu stecken, zumindest aber seinen Lebensabend dort zu verbringen. Hinzu kommt, daß die in der Stadt besonders ausgeprägte Orientierung an der jeweiligen ethnischen Gruppe eine dauerhafte Organisation auf der Basis rein ökonomischer Interessen ohnehin erschweren würde.

Das hier skizzierte politische System, das man wegen seiner Mischung aus Patronage und Repression auch mit der Formel »Zuckerbrot und Peitsche« umschreiben könnte, hat bei all seinen Vorzügen für die Herrschenden allerdings den Nachteil, daß es nur funktionieren kann, solange eben genügend »Zuckerbrot« vorhanden ist. Das heißt es muß gesamtwirtschaftlich gesehen neben dem Luxuskonsum der Elite soviel zum Verteilen und für gelegentliche Zugeständnisse übrigbleiben, daß das Bild von Kenia als einer Gesellschaft der sozialen Mobilität bei der Bevölkerung zumindest gerade noch aufrechterhalten werden kann.

Während der sechziger und auch noch der frühen siebziger Jahre gab es in dieser Hinsicht allerdings kaum Probleme, befand sich das kenianische »Wirtschaftswunder« in dieser Periode doch auf seinem Höhepunkt. Aufgrund eines florierenden Tourismusgeschäfts, relativ guter Weltmarktpreise für Tee und Kaffee und einer prosperierenden Leichtindustrie sowie Bauwirtschaft erfreute sich das Land eines jährlichen Wirtschafswachstums von durchschnittlich 6 % und einer nahezu unbegrenzten Kreditwürdigkeit im Ausland. Dieses Wachstum und eine ständig expandierende Staatsbürokratie mit ihren vielfältigen Arbeitsmöglichkeiten sorgten dafür, daß sich für viele der Traum vom »Glück in der Stadt« einstweilen erfüllte und für diejenigen, die leer ausgegangen waren, immerhin in greifbarer Nähe geblieben zu sein schien. Eine expansive, aber ausschließlich an städtischen Karrieremustern ausgerichtete Bildungspolitik — zeitweise wurden über 25 % des Staatshaushaltes für Bildung ausgegeben — trug das ihre dazu bei, der weitverbreiteten Vorstellung vom Erfolg, der dem »Tüchtigen« sicher ist, immer wieder neuen Auftrieb zu geben.

Außerhalb der Städte war es die Förderung des kleinbäuerlichen Tee- und Kaffeeanbaus sowie ein Programm der Landverteilung, durch die das Regime in dieser Zeit die Sympathie vieler Bauern gewinnen konnte. Das in kleinen Parzellen verteilte Land stammte aus dem Besitz der ehemaligen europäischen Großfarmer, die gegen eine sehr großzügige — von Großbritannien vorfinanzierte — Entschädigung nach und nach enteignet worden waren. Zwar mußten die Bauern für das erhaltene Land

ebenfalls bezahlen, doch war die Regierung klug genug, sich bei der Eintreibung der Raten flexibel zu zeigen — vor allem deswegen, um keine unnötige Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Elite den besten Teil der europäischen Ländereien für sich selbst reserviert hatte.

Das System gerät ins Wanken

Diese für die Herrschenden günstige Situation verschlechterte sich jedoch ab Mitte der siebziger Jahre, als sich die strukturellen Schwächen des kenianischen »Modells« — nämlich seine hochgradige Abhängigkeit von ausländischen Investitionen, Technologien und Märkten — immer stärker bemerkbar machten und schließlich dazu führten, daß das Wirtschaftswunder in eine ausgesprochene Krise umschlug. Denn rückläufige Touristenzahlen als Auswirkung der konjunkturellen Entwicklung in Europa und Amerika, der Zerfall der Weltmarktpreise für Tee und Kaffee sowie eine ständig steigende Ölrechnung hatten zu erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten und einer wachsenden Devisenknappheit geführt, während die sich daraus zwangsläufig ergebenden Importrestriktionen wiederum zur Folge hatten, daß die auf den Import von Halbfabrikaten angewiesene Industrie erheblich geschwächt wurde. Bei einem gleichzeitig rapide ansteigenden Bevölkerungswachstum und einer immer größer werdenden Zahl von Schulabgängern wurden damit die Chancen, einen Job zu finden immer geringer. Auch der Staatsapparat war inzwischen personell derart aufgebläht, daß er niemanden mehr aufnehmen konnte. Von den allein im Jahre 1981 auf den Arbeitsmarkt drängenden 250000 Schulabgängern konnten daher nur etwa 18500 eine Stelle finden.
Allerdings hat sich auch auf dem Land die wirtschaftliche Situation inzwischen so verschlechtert, daß es kaum eine Lösung wäre, würden die Arbeitssuchenden dort zu bleiben versuchen. Da kaum noch europäisches Land zum Verteilen übrig ist, hat der wachsende Druck auf den bebaubaren Boden bereits zu den ersten Auseinandersetzungen zwischen Gruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft geführt, während eine verfehlte Preispolitik, eine ineffiziente Agrarbürokratie und eine korrupte Genossenschaftsführung zur Folge hatten, daß die landwirtschaftliche Produktion immer mehr hinter dem Bevölkerungszuwachs zurückgeblieben ist. 1978 war aufgrund organisatorischer Unzulänglichkeiten sogar das gesamte, staatlich kontrollierte System der Maisvermarktung zusammengebrochen, so daß zum ersten Mal in der Geschichte Kenias dieses wichtige Grundnahrungsmittel gegen knappe Devisen eingeführt werden mußte, ohne daß dadurch freilich schwerwiegende Versorgungsengpässe in Nairobi verhindert werden konnten.

Die Wirtschaftkrise und die wachsende Not der breiten Bevölkerung hatten aber auch zur Folge, daß der protzig zur Schau gestellte Reichtum der Elite nun in einem viel grelleren Licht erschien. Denn was in den fetten Jahren des allgemeinen Wachstums und seiner punktuellen Umverteilung noch geduldet, ja sogar als anspornendes Beispiel bewundert wurde, mußte jetzt, da der Mythos von Kenia als dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten in sich zusammengefallen war, als eine schiere Provokation erscheinen. Dies umso mehr, als die Elite auch nicht im Geringsten daran dachte, sich der verschlechterten Wirtschaftslage anzupassen, etwa durch eine Einschränkung ihres Luxuskonsums. So wurden Importlizenzen für Mercedes-Limousinen — das Statussymbol der Elite schlechthin — nach wie vor großzügig erteilt, während mangels Devisen die Einfuhr von Medikamenten bereits eingeschränkt werden mußte und ein Minister fand offenbr nichts dabei, sich in aller Öffentlichkeit des großen Hauses, der schnellen Wagen und der zwölf Frauen zu rühmen, die »Uhuru« (d. h. die Unabhängigkeit) ihm eingebracht hätte. Diverse Korruptionsaffären, in die hohe Politiker verwickelt waren, darunter angeblich auch Präsident Moi selbst, trugen schließlich das ihre dazu bei, um die Glaubwürdigkeit des Systems immer weiter zu erschüttern. Aufkommender Unzufriedenheit, die sich vor



Moi mit Hintermann

allem in intellektuellen und studentischen Kreisen zeigte, wußte die Regierung nichts anderes zu entgegnen, als eine Politik der harten Hand, die rigoros selbst mit dem wenigen aufräumte, was Kenia an bürgerlichen Freiheiten besessen hatte: Demonstrierende Studenten wurden von der Polizei zusammengeknüppelt, kritische Universitätsdozenten und Journalisten wegen Besitzes »subversiver« (das heißt in aller Regel: marxistischer) Literatur eingesperrt und die wenigen oppositionell eingestellten Politiker, die es ohnehin nur gab wurden ausgebootet — wenn sie nicht schon von sich aus ins Ausland geflohen waren.
Und als sich die Gründung einer Oppositionspartei um den früheren Vizepräsidenten Oginga Odinga abzeichnete — Odinga war in den sechziger Jahren bereits Vorsitzender der später verbotenen KPU gewesen — wurde Kenia im parlamentarischen Eilverfahren auch offiziell zum Ein-Parteien-Staat erklärt. Wie groß die allgemeine Unzufriedenheit in den letzten Monaten vor dem Umsturzversuch gewesen sein muß, wird dadurch verdeutlicht, daß selbst George Githii, der bis dahin als regierungskonform bekannte Chefredakteur der Tageszeitung »The Standard«, die repressive Politik der Regierung in einem Leitartikel auf das schärfste angriff. Wie sehr er mit dieser Kritik recht hatte, zeigt seine prompte Entlassung durch den Eigentümer des »Standard«, den mit der Regierung eng liierten britischen Lonrho-Konzern, zeigt aber auch die Tatsache, daß selbst eine eilends nachgedruckte zweite Auflage dieser Nummer des »Standard« innerhalb kurzer Zeit vergriffen war.

Der 1. August 1982

Insgesamt hatte die Entwicklung der letzten Monate vor dem 1. August in Kenia ein politisches Klima geschaffen, in dem ein Umsturzversuch mehr und mehr in den Bereich des Denkbaren rückte. Noch weniger konnte es aber überraschen, daß es eine Gruppe von jungen Luftwaffenoffizieren war, von der er an diesem Tag dann schließlich ausging.
Denn im Vergleich zu den höheren Rängen der Armee war ihre Verbundenheit mit dem Regime nur gering, da sie bei weitem nicht über deren materielle Privilegien verfügten und infolgedessen auch die Auswirkungen des wirtschaftlichen Niedergangs als viel einschneidender empfinden mußten, zumal wenn sie eine große Familie zu versorgen hatten. Die Aussichten, durch zügige Beförderungen selbst in absehbarer Zeit zur Gruppe der eigentlich Privilegierten vorstossen zu können, waren hingegen gering, weil die ranghöheren Offiziere kaum viel älter waren als ihre Untergebenen.
Hinzu kam, daß die jüngeren Offiziere inzwischen meist über eine qualifiziertere Ausbildung verfügen als ihre unmittelbar nach der Unabhängigkeit rekrutierten Vorgesetzten, was nicht nur ihre Frustration erhöht sondern offenbar auch ihren Blick für die sozialen Probleme des Landes geschärft und sie für radikale Lösungswege empfänglich gemacht hatte, wie sie in anderen afrikanischen Ländern bereits eingeschlagen worden waren. Das politische Vokabular der »Putschisten« — »Nationaler *Erlösungs*-Rat« — und der in ihren Programmvorstellungen zum Vorschein kommende moralische Rigorismus deuten jedenfalls darauf hin, daß etwa das Ghana Jerry Rawlings' oder das Liberia Samuel Does für sie durchaus ein Vorbild gewesen sein könnte.
Daß der Umsturzversuch dann aber doch scheiterte, hat wohl mehrere Gründe. Da war zum einen der negative Eindruck, den ein Teil der aufständischen Soldaten in der Öffentlichkeit dadurch machte, daß er betrunken war und sich auch an den Plünderungen beteiligte. Diese Disziplinlosigkeit, ebenso wie die Plünderungen durch die Slumbewohner und die verhältnismäßig radikalen programmatischen Vorstellungen waren möglicherweise dann auch der Grund dafür, warum das Gros der Armee die Partei der Regierung ergriff, obwohl es auch hier Strömungen gegeben haben soll,

die einer Machtübernahme grundsätzlich nicht abgeneigt waren. Offenbar hatten es die »Putschisten« aber ohnehin versäumt, vor ihrem Losschlagen die Stimmung in der Armeeführung und unter den mehr regimekritischen Politikern zu sondieren, um sich hier wenigstens einen teilweisen Rückhalt zu verschaffen, beziehungsweise sich der Unterstützung einer allgemein als integer anerkannten Persönlichkeit zu versichern. Das wäre umso wichtiger gewesen, als die »Putschisten« in der Öffentlichkeit anscheinend völlig unbekannt waren, beziehungsweise noch immer sind. Ihr schwerwiegenster Fehler dürfte allerdings die Überschätzung der »revolutionären Bereitschaft« in der Bevölkerung gewesen sein. Statt auf die wohl erwartete Unterstützung stiessen sie jedenfalls nur auf eine Haltung, die sich allenfalls als ein wohlwollendes Abwarten charakterisieren läßt. Die Gründe dafür liegen möglicherweise ebenfalls in dem zum Teil wenig Vertrauen erweckenden Verhalten mancher »Putschisten«, möglicherweise aber auch in einem Unvermögen, nach all den Jahren der kenianischen »Demokratie« sich Politik überhaupt noch als etwas vorstellen zu können, das mit tatsächlichen Veränderungen zu tun hat, noch dazu mit solchen, an denen die Bevölkerung selbst aktiv teilnimmt. Bei denjenigen dagegen, die am 1. August auf die Straße gingen — den Slumbewohnern und den Studenten — ist es wiederum zweifelhaft, ob sie langfristig überhaupt ein zuverlässiges Fundament für den Aufbau neuer politischer Strukturen gebildet hätten. So waren die Plünderungsakte mit Sicherheit Ausdruck einer lang angestauten Aggression und Frustration, doch bekanntlich sind die Schwierigkeiten groß, derartige spontane Ausbrüche in dauerhafte, konstruktive Bahnen zu lenken, ganz abgesehen davon, daß sich in solchen Plünderungen doch wohl eher eine Orientierung an der bestehenden Konsumgesellschaft manifestiert als deren Überwindung. Bei manchen Dingen jedenfalls, die da weggeschleppt wurden, war der Symbolwert offensichtlich höher als der Gebrauchswert, etwa bei Fernsehgeräten oder Telefonapparaten, die aufgrund fehlender Stromanschlüsse in den Slums ja vollkommen nutzlos sind. Auch die von den Slumbewohnern verübten reinen Gewaltakte sind wohl ebenso Ausdruck eines Haßes auf das System als auch der Frustration, ihm nicht anzugehören. Gewissermaßen spiegelbildlich zu der Bemerkung von Tom Mboya »Warum soll ich mir keinen Mercedes kaufen, wenn ich ihn mir leisten kann«, hätte das Motto der Slumbewohner sein können: »Warum soll ich keinen Mercedes anzünden, wenn ich ihn mir schon nicht leisten kann?«.
Was die Studenten betrifft, so ist ihre Rolle ambivalent. Auf der einen Seite gehören sie der zukünftigen Elite an — wobei sie an den damit verbundenen Privilegien zum Teil schon jetzt teilhaben, etwa in der Form relativ komfortabler Wohnheime oder großzügiger Stipendien — während auf der anderen Seite ihre Ausbildung sie für die sozialen Probleme des Landes durchaus sensibilisiert und in der Vergangenheit schon mehrfach in einem offenen Gegensatz zum Regime gebracht hat. Allerdings kann aber auch nicht ganz ausgeschlossen werden, daß es sich bei diesen Protesten nur um Verbalradikalismus gehandelt haben könnte, denn häufig richtete er sich nur gegen eine tatsächliche oder vermeintliche Verschlechterung der eigenen materiellen Situation. Teilweise offenbarte sich dabei sogar die gleiche Arroganz gegenüber der breiten Bevölkerng, wie sie die Elite selbst häufig an den Tag legt. Etwa dann, wenn Schüler in einem ländlichen Internat wegen mangelnder Duschgelegenheiten streikten, während die Frauen der umliegenden Dörfer ihr Wasser über Kilometer hinweg mühsam heranschleppen mußten. Ob die rapide schwindenen Zukunftsaussichten — so bewarben sich beispielsweise kürzlich für zwei ausgeschriebene Trainee-Stellen 250 fertige Akademiker — die Studenten zumindest inzwischen eindeutig auf die Seite der Massen oder aber erst recht in die Anpassug getrieben haben, läßt sich auch nach dem 1. August von außen nur schwer beurteilen.
Genauso schwer ist es aber auch, die Zukunft Kenias insgesamt von hier aus einzuschätzen. Eins dürfte allerdings mit Sicherheit feststehen, nämlich daß der Mythos von der »Insel der Stabilität« für alle Zeiten geplatzt ist. Daran können auch ein Glückwunschtelegramm Ronald Reagans an Präsident Moi und von oben organisierte »spontane« Loyalitätskundgebungen nichts ändern. Schon jetzt deuten sich die ersten vorsichtigen Absatzbewegungen des ausländischen Kapitals an und angeblich soll auch einer der besten Freude des Regimes, der Internationale Währungsfond, bereits Zurückhaltung bezüglich neuer Kredite signalisiert haben. Und was Moi selbst betrifft, nicht die Bevölkerung hat ihn gerettet, sondern die Armee — dieses Mal zumindest. Das sollte ihm zu denken geben.

fbt

Anmerkungen:

1) Süddeutsche Zeitung, 4. 8. 82
2) Die Welt, 2. 8. 82
3) Rheinischer Merkur, 8. 2. 80
4) Auf eindringliche Art beschreibt der kenianische Schriftsteller Meja Mwangi die deprimierende Atmosphäre der Slums in seinem Roman »Going down River Road«. Auf deutsch erschienen unter dem Titel »Nairobi, River Road«, im Peter Hammer Verlag, 1982, 309 S., DM 14.80.

Quellen:

Jeune Afrique: 11. 8.; 18. 8.82
Afrique-Asie: 11. 5. 81; 16. 8. 82
Süddeutsche Zeitung: 4. 8.; 10. 8.; 12./13. 6.; 14. 9.; 18./19. 9. 82
International Herald Tribune: 2. 8. 82
Frankfurter Allgemeine: 2. 8. 82
Le Monde: 23. 5.; 5. 6.; 3. 8.; 4. 8.; 5. 8.; 6. 8. 82
Taz: 13. 6.; 2. 8.; 4. 8. 82
Frankfurter Rundschau: 1. 6.; 2. 8. 82
Neue Zürcher: 24. 5.; 7. 6.; 3. 8.; 4. 8.; 5. 8.; 7. 8. 82
Der Spiegel: 22. 3. 82
Financial Times: 2. 8.; 4. 8.; 13. 8. 82
The Times: 3. 8.; 6. 8.; 7. 8. 82
New African: September 82
Il Corriere della Sera: 2. 8.; 3. 8.; 4. 8. 82
Libération: 4. 8.; 6. 8. 82

Mosambik/Südafrika

Rassistenterror in Mosambik – Ruth First ermordet –

Am 17. August 1982 wurde Ruth First, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses und bis dahin Direktorin des Zentrums für Afrikanische Studien an der Universität Eduardo Mondlane in Mosambik von einer Briefbombe getötet. Der Gründer des Instituts, der mosambikanische Journalist Aquino de Braganca, soll lebensgefährlich verletzt worden sein. Die mosambikanische Regierung macht den südafrikanischen Geheimdienst für das Attentat verantwortlich. Es wäre nicht das erste Mal, daß sich Südafrikas Geheimdienst derartiger terroristischer Methoden bedient: der schwarze Studentenführer Abraham Tiro, Sprecher der Black Consciousness Bewegung in Botswana, wurde von einer Briefbombe zerrissen.

Ruth First war Journalistin und arbeitete an fortschrittlichen Zeitungen Südafrikas wie „New Age" und „Fighting Talk", die von den Arbeitskämpfen der 50er und 60er Jahre berichteten. Diese Zeitungen wurden vom Apartheidsstaat verboten. Durch die zunehmende Repression der politischen Opposition der rechtlosen Mehrheit Südafrikas, die im Verbot der ANC 1961 gipfelte und sich später im Verbot zahlreicher Black Consciousness-Gruppen fortsetzen sollte, wurde Ruth First ins Exil getrieben.
Von England aus betrieb Ruth First antiimperialistische Aufklärungspolitik. Sie gab die Reden des zu lebenslanger Haft verurteilten ANC-Führers Nelson Mandela heraus; sie analysierte das Völkerrecht verletztende illegale Besatzungsregime Südafrikas in Namibia („A Trust Betrayed") und deckte als eine der ersten Journalisten die engen Kapitalverflechtungen der westlichen Industriestaaten mit dem Apartheidsregime in Südafrika auf.
Nach der Unabhängigkeit Mosambiks gab sie ihre Professorenstelle in Leeds auf, um im Zentrum für afrikanische Studien an der Universität von Mosambik zu arbeiten. Hier konzentrierte sie sich auf entwicklungspolitische Studien zum System der Wanderarbeit im Südlichen Afrika, zum Baumwollanbau in Mosambik, oder zu den Problemen der Landwirtschaft des Landes.
In zwei Begegnungen im „Zentrum" erschien sie mir wie die Verkörperung nervöser Energie. Kompetent, diszipliniert, beinahe überwach und – ungeduldig. Ich hatte während dieser Gespräche ständig den Eindruck: diese Frau steht unter Zeitdruck. Zu ihren Lebzeiten will sie die Befreiung Südafrikas erleben.

Alles was sie daran hindert, ihre Energie für dieses Ziel einzusetzen, muß für sie Zeitverschwendung sein; also: fasse Dich im Gespräch kurz und präzis! Einmal erlebte ich sie nicht spröde und kurz angebunden, sondern herzlich und einfühlsam. Das war während einer Gedächtnisfeier für eine 1979 verstorbene afrikanische Genossin. Ruth First sprach mit großer Wärme davon, wie diese afrikanische Mutter von 9 Kindern es gegen den Widerstand ihres Ehemannes aber mit Hilfe und tatkräftiger Unterstützung ihrer ältesten Tochter durchsetzte, daß sie sich an den Aktivitäten des ANC und der Südafrikanischen Frauenorganisation aktiv beteiligten konnte.
Bei dieser Schilderung war die eigentliche Motivation von Ruth Firsts politischem Einsatz unmittelbar zu erkennen: das Interesse am Menschen und seinem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung.
Die Verfolgung oppositioneller Journalisten durch das Apartheidsregime hat mit der Ermordung von Ruth First einen traurigen Höhepunkt erreicht. Viele schwarze Journalisten wurden in den letzten zwei Jahren gebannt und mundtot gemacht. Es traf vor allem gewerkschaftlich organisierte Journalisten, die sich in der „Media Workers Association of South Africa" (MWASA) zusammengeschlossen hatten.
Im Dezember 1980 wurde der Präsident der MWASA, Zwelakhe Sisulu, Nachrichtenredakteur der Sunday Post, für drei Jahre gebannt. Sein Vater ist als Generalsekretär des ANC zu lebenslanger Haft verurteilt worden; seine Mutter

Rettet die Leben von Motaung, Mosololi und Mogoerance

Liebe Freunde,
1. In einem Gerichtsverfahren, das am 6. August 1982 vor dem höchsten Gerichtshof in Pretoria endete, verurteilte das rassistische Regime erneut 3 weitere Mitglieder des African National Congress zum Tode: Thelle Simon Mogoerane (23), Jerry Semano Mosololi (25) und Marcus Thabo Motaung (27).

2. Die drei haben keinen Widerspruch gegen die Urteile beim höchsten Gerichtshof eingelegt, sondern sie haben stattdessen den südafrikanischen Staatspräsidenten um Begnadigung gebeten. Während sie seine Entscheidung erwarten, sitzen sie auf der Todesbank. Der ANC ist in schwerer Sorge, daß – wenn nicht dringend notwendige Aktionen und Schritte unternommen werden – der Staatspräsident die Urteile bestätigen und das Regime sie mit der sofortigen Exekution der Verurteilten ausführen wird. Das kann *jederzeit* der Fall sein.
Aus diesem Grund appellieren wir weltweit an alle bewußten Männer und Frauen, schnellstens energische Schritte zu unternehmen, um die Leben von Motaung, Mogoerane und Mosololi zu retten.

3. In desem Sinne rufen wir die Weltöffentlichkeit auf:
- Protestbriefe zu schreiben an den Staatspräsidenten und Premierminister von Südafrika, Union Buildings, Pretoria, South Africa.
- alle Regierungen zu drängen, diese Todesurteile zu verurteilen und die sofortige Freilassung zu fordern.
- Druck auf das rassistische Regime auszuüben, um für die gefangenen Freiheitskämpfer den Status von Kriegsgefangenen zu erlangen wie es in der Genfer Konvention von 1949 und dem Zusatzprotokoll von 1977 festgelegt ist.
- alle möglichen Schritte zu unternehmen, um die Leben dieser drei jungen Patrioten unseres Landes zu retten.
- dafür zu sorgen, daß durch eine Intensivierung der Kampagne für umfassende Sanktionen gegen Südafrika das rassistische Regime verspürt, wie sehr die Weltöffentlichkeit diese mörderischen Aktionen verabscheut.

Der ANC möchte noch einmal seine tiefe Dankbarkeit ausdrücken gegenüber allen Männern und Frauen, Jugendlichen und Studenten und vielen anderen, die auf vielen und mannigfachen Wegen zu der Kampagne beigetragen haben, um die Leben von Bobby Tsotsobe, Johannes Shabangu und David Moise zu retten. Ihre Todesurteile wurden in lange Freiheitsstrafen umgewandelt, nachdem die Weltöffentlichkeit dagegen interveniert hatte.
Mit brüderlichen Grüßen,
Department of International Relations ANC

30.9.1982

African National Congress
P.O. Box 31791, Lusaka, Zambia

lebt seit über 17 Jahren unter der Bannverfügung des Regimes. – Der BBC-Korrespondent Marimuthu Subramoney, NATAL-Vizepräsident der MWASA wurde zur selben Zeit gebannt wie Zwelakhe Sisulu. Zwei Tage später wurde der Sekretär der MWASA im Nord-Transvaal, Mathata Tsedu, unter dreijährigen Hausarrest und Bann gestellt. Im Januar 1981 wurden zwei weitere Funktionäre der Journalistengewerkschaft gebannt: Joseph Thloloe und Phillip Mtimkulu. Joseph Thloloe wurde im April 1982 von der US-amerikanischen Nieman Stiftung mit dem Louis M. Lyon Preis für journalistische Integrität ausgezeichnet. Das hinderte das südafrikanische Regime nicht daran, J. Thloloe und M. Tsedu ebenso wie die Journalisten Q. Patel und V. Soni am 24.6.1982 unter Berufung auf Abschnitt 29 des Internal Security Act auf unbegrenzte Zeit zu verhaften – ohne richterlichen Haftbefehl und ohne Gerichtsurteil.

Im Juli 1982 wurde Charles Nqakula, Stellvertreter des gebannten Z. Zisulu ebenfalls gebannt. Damals der dreizehnte Journalist seit 1976, der durch die Sicherheitspolizei mundtot gemacht wurde. Sein Bann wurde im Mai 1982 wieder aufgehoben.

Die britische National Union of Journalists verabschiedete im April '82 einmütig eine Resolution, in der sie eine Informationskampagne über die Unterdrückung der MWASA seitens der südafrikanischen Regierung beschloß.

Gottfried Wellmer
aus: Die Neue, vom 27.8.1982

Türkei

Von Demokratisierung keine Spur

Der Terror hat sich von den Straßen in die Gefängnisse verlagert

„Ich machte drei Folterungen durch. Als sie mich in den Folterraum brachten, sagte jemand: ‚Gieße Säure über seinen Kopf.' Und sofort gehorchte der andere. Es war nicht Säure. Es war eine Art von psychologischer Folter. Dann schlossen sie elektrischen Strom an meinen Penis an. Ich begann zu schreien. Die Behandlung mit Strom erfolgte in Unterbrechungen, und zwischendurch sagten sie: ‚Rede, oder wir bringen dich um'. Das dauerte eine halbe Stunde, und dann zogen sie mich aus. Sie brachten mich woanders hin; ich hatte verbundene Augen und wurde auf dem ganzen Weg geschlagen. Mir war sehr kalt, und sie begannen mit einem Schlauch, kaltes Wasser über mich strömen zu lassen. Sie lachten vor Freude, und ich schrie vor Todesangst. Ich zitterte. Das Wasser war eiskalt, überall war es sehr kalt. Später erfuhr ich, daß draußen ein halber Meter Schnee lag. Diese Prozedur wurde in jeder Sitzung wiederholt." (Nach SZ 4. 8. 82)

Berichte wie dieser, von amnesty international zusammengestellt, haben sich seit diesem Frühjahr gehäuft. In beispiellosen Säuberungsaktionen wird versucht, die letzten auf freiem Fuß befindlichen kritischen Bauern, Arbeiter und Intellektuelle zu inhaftieren. Dabei werden ganze Dörfer, Wohnhäuser oder Familien kollektiv festgenommen und z. T. durch Folterungen erpreßt, um Namen oder Aufenthaltsorte von Untergetauchten herauszubekommen. Besonders hart ist dabei das türkische Kurdistan betroffen, wo die Dorfbevölkerung noch zusätzlichen Schikanen des Militräs ausgesetzt ist.

„In einer bislang einzigartigen Aktion wurden fast ausnahmslos alle kurdischen Dörfer „nach Waffen und Terroristen" durchsucht. Das war die offizielle Lesart – in Wirklichkeit handelte es sich um eine massive Vergeltungsaktion gegen die aufrührerischen Kurden. Die Durchsuchungen folgten einem bestimmten Ritual.

„Teams", aus 120 bis 140 Angehörigen der Streitkräfte, Polizei, Jandarmas und des Geheimdienstes MIT, kommen dabei am frühen Morgen oder in der Nacht in die Dörfer. Alle Bauern müssen sich auf dem Dorfplatz versammeln, und die Bewohner, ob Frauen, Kinder, junge oder alte Männer, werden gezwungen, sich nackt auszuziehen. Der Muhtar (Bürgermeister) aus Kulinc, Südost Kurdistan: „Sie zwingen die Männer, daß sie sich auf die Frauen legen." Als in diesem Frühjahr die Schneeschmelze die Lehmwege und Plätze zu einer Schlammwüste verwandelte, mußten sich die Bauern im Dreck wälzen. Nach dieser Prozedur beginnt die Durchsuchung der Häuser.

„Grundsätzlich", so berichten Rechtsanwälte und Abgeordnete aus der Provinz Mardin, „werden dabei die Wintervorräte der Bauern unbrauchbar gemacht, Maschinen zerstört und die Kleidung der armen Bauern zerrissen." Und während die Militärs wüten, müssen die Familien meist bis abends, in militärisch strammer Haltung auf dem Dorfplatz stehen bleiben. Fällt einer um, wird er mit Gewehrkolbenschlägen wieder zur Besinnung gebracht. Ist die Durchsuchung endlich beendet, wird der Lehrer oder Dorfvorsteher gerufen. In einem „offiziellen" Haus beginnt das Verhör. Der befehlende Offizier: „Haben sie Waffen? Befinden sich Terroristen im Dorf?"

Ob Waffen oder kurdische Oppositionelle sich im Dorf befinden, spielt für die Militärs, die teilweise auch zu Nato-Einheiten gehören, kaum eine Rolle. Verdächtige, so Zeugen, werden allemal gefoltert. Bevorzugt sind Elektroschocks, Vergewaltigungen vor den Augen der Ehemänner und die Bastonade.

Zu welchen Folgen die Schreckensherrschaft schon führte, weiß man im Dorf Sikefta zu berichten. 500 Familien leben in dieser gebirgigen Gegend. Nachts hat der Dorfvorsteher Wächter aufgestellt. Sobald Scheinwerferlicht aufleuchtet, tönt dumpfes Trommeln durch das Tal. Die Frauen flüchten bei diesem Zeichen sofort in die Berge. „Wir wollen die Ehre unserer Frauen nicht in die Hände der Jandarmas geben. Sie haben in den umliegenden Dörfern überall die Frauen vergewaltigt."

Im Dorf Narli gingen die Soldaten im Februar 1982 gezielt auch gegen junge Christen vor. Als sich ein Bauer als Christ zu erkennen gab, fragten sie ihn: „Warum bist du kein Mohammedaner?" Sie zogen ihn aus und beschnitten ihn öffentlich." (FR 18. 6. 82)

Selbst 11 – 14-jährige Kinder sind im Militärgefängnis von Diyarbakir in Haft; so etwa ein 11-jähriger Junge, der gerufen hatte „Es lebe Kurdistan". (FR 18. 6. 82)

Die traurige Bilanz der Terrorherrschaft sah zum zweiten Jahrestag des Putsches folgendermaßen aus (nach türkei-information 9. 9. 82):

- 21 Hinrichtungen
- 149 Todesurteile
- 4.660 Anträge auf Todesstrafe
- 12.500 Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen.

Hinzu kommen nach Angaben von amnesty international rund 70 bekannt gewordene Fälle von Tod durch Folter; die Regierung mußte diesen Sommer immerhin zugeben, daß in ihren Gefängnissen 15 Menschen zu Tode gefoltert worden waren.

Aber dies sind nur die halbwegs offiziellen Zahlen, die bei weitem nicht das ganze Ausmaß der Unterdrückung wiederzugeben vermögen. Den Festnahmen, sofern sie überhaupt auf juristischen Anklagen beruhen, und Folterungen folgen schikanöse Prozesse auf der Grundlage von Gesetzen und Erlassen, die den Menschenrechten widersprechen. Es gibt Massenprozesse gegen kurdische Organisationen, kommunistische Gruppen, gegen die Repräsentanten der Gewerkschaft DISK, gegen Stadtverwaltungen, gegen das türkische Friedenskomitee, Prozesse gegen namhafte Politiker und gegen viele namenlose Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Selbst die Regierungen Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande, Norwegens und Schwedens haben Dokumente zusammengetra-



gen, nach denen die Türkei gegen sechs Artikel der Europäischen Menschenrechtskommission verstößt, die durch den Beitritt der Türkei eigentlich auch türkisches Gesetz ist. Bei ihren Verstößen u.a. gegen das Verbot der Folter und die Grundrechte der Gedanken-, Informations- und Versammlungsfreiheit dürfe sich die Türkei auch nicht auf Art. 15 berufen, der ein Abweichen zuläßt „im Kriegsfall oder im Falle einer anderen öffentlichen Gefahr, die das Leben der Nation bedroht"; dieser Fall sei in der Türkei nicht gegeben (FR 7. 7. 82).

Die Militärjunta muß sich von der liberalen Öffentlichkeit den Vorwurf gefallen lassen, den Terror in den Straßen zwar abgeschafft, in den Gefängnissen aber institutionalisiert zu haben (vgl. SZ 4. 8. 82). In der Türkei – wie im Ausland ja noch mehr – wird der staatliche Terror aber von großen Teilen der Bevölkerung verharmlost. Die Folterungen sind für sie kein Thema. Viele wollen nicht wahrhaben, daß die Folterungen keine Auswüchse von einzelnen Polizisten oder Soldaten sind, sondern systematisch und kontinuierlich angewandt werden. Viele meinen, es gäbe keine andere Möglichkeit, illegale Tätigkeiten aufzudecken. Viele glauben nicht, daß die Folter in einem noch nie dagewesenen Umfang praktiziert wird. Viele sagen, die Folter hätte es doch schon immer gegeben. Ein ehemaliger Minister der sozialdemokratischen CHP: „Jeder Türke quält seine Frau und seine Kinder, er muß auch zulassen, daß Vater Staat es ihm gleichtut." Und ein amerikanischer Diplomat kann, weil die Folter nicht mehr zu leugnen ist, leicht feststellen, stellvertretend für die ausländischen Freunde der Junta: „Diese Regierung ist die erste, die wirklich gegen Folterungen vorzugehen wagt; darum sind die Menschenrechte in der Türkei auch kein Grund zur Sorge für die USA!" (Monde 18. 3. 82)

Die geplante „Rückkehr zur Demokratie": ein fauler Bluff

Die Menschenrechtsverletzungen der Junta werden von ihren Freunden umso leichter unter den Tisch gekehrt, als ja angeblich die Rückkehr zur Demokratie unmittelbar bevorsteht. Gemeint ist damit der Plan, die Militärherrschaft durch eine neue Verfassung zu legalisieren, anschließend ein restriktives Parteiengesetz zu verabschieden, um dann für ein machtloses Parlament Wahlen auszuschreiben, zu denen nur den Militärs genehme Parteien und Personen zugelassen sind. Wenn alles gesetzlich abgesichert ist und ein Parlament gewählt ist, so sagt man, dann herrscht völlige Demokratie . . .

Der erste Akt in diesem Theater steht gerade an: am 7. 11. 82 soll eine Volksbefragung zum neuen Verfassungsentwurf stattfinden. Worum geht es dabei?

Nachdem die Militärs mit dem Putsch die Verfassung außer Kraft gesetzt hatten, kündigten sie eine Neufassung an, die Verhältnisse wie vor dem Putsch vom 12. September 1980 unmöglich machen sollte. Die Generäle beriefen eine Verfassungskommission aus 16 Experten; als Vorsitzer gehört ihr an Prof. Aldikacti, der zweite Vorsitzende des Vorstandes der Tercüman-Holding – Tercüman ist eine extrem rechte Zeitung –; Mitglieder sind ferner Herr Ibrahimoglu, Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes TISK, und Herr Akyol, Berater eines ehemaligen Abgeordneten der faschistischen MHP. Im übrigen sind außer den beiden Erstgenannten die Kommissionsmitglieder gar nicht mit dem vorgelegten Verfassungsentwurf einverstanden. So ist Herr Dal z. B. gegen die starke Stellung des Präsidenten. Die Herren Feyzioglu, Gölcüklü und Tan sind mit der Einschränkung der persönlichen Freiheiten nicht einverstanden; Herr Tan erklärt: „Ich bin gegen die im Zusammenhang mit den individuellen Rechten und Freiheiten und mit Streik und Aussperrung verfaßten Bestimmungen. Das Recht auf Aussperrung, das sonst in keiner anderen Verfassung auf der Welt vorhanden ist, befindet sich in unserer." (aus: Verfassungsentwurf der Militärjunta in der Türkei – Wortlaut, Meinungen, Analysen; zu bestellen: FIDEF, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf).

Was beinhaltet der Entwurf? Man kann die Kritik in drei Gesichtspunkte gliedern: (die folgenden Zitate sind der sehr ausführlichen Dokumentation in „türkei-information" Nr. 14 vom 17. 8. 82 entnommen, zu bestellen: Ebertplatz 12, 5000 Köln 1)

a. Die Befugnisse des Staatspräsidenten sollen stark erweitert werden. Er hat Vetorecht bei der Gesetzgebung, ist berechtigt, das Parlament aufzulösen, Neuwahlen auszuschreiben, Ministerpräsidenten und damit Regierungen zu entlassen, ranghohe Beamte in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ernennen. Er kann im Zusammenwirken mit dem Kabinett den Notstand oder das Kriegsrecht erklären, wobei seine Rechte dann noch weiter gestärkt sind. Seine Arbeit wird unterstützt vom „Beratenden Staatsrat", dem frühere Präsidenten, Verfassungsrichter und Chefs des Generalstabes automatisch angehören, weitere Mitglieder werden vom Präsidenten und von schon amtierenden Ratsmitgliedern ernannt. Es wird befürchtet, daß dieses Gremium mehr Macht ausüben wird als das Parlament.

Diese präsidiale Verfassung mit stark diktatorischen Zügen läuft ganz konkret darauf hinaus, die Macht der Militärs zu institutionalisieren und legalisieren; denn nicht nur in der Vergangenheit war der Präsident ein ranghoher Offizier; auch jetzt ist aufgrund einer Klausel im Verfassungsentwurf bei einer formellen Annahme der Verfassung automatisch General Evren zum Staatspräsidenten gewählt, die anderen 4 Juntageneräle werden automatisch Präsidentenberater – und so ist die Militärregierung zu einer Zivilregierung geworden!

b. Die demokratischen Grundfreiheiten werden eingeschränkt, insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit und der Schutz der Privatsphäre.
Art. 12 sieht vor: „Die Nutzung der Grundrechte und -freiheiten kann zum Schutze der unteilbaren Einheit des Staates mit seinem Land und Volk, zum Schutze der Republik, der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Ruhe, des öffentlichen Interesses, der allgemeinen Gesundheit und der Rechte und Freiheiten anderer und aus in den anderen Artikeln vorgesehenen besonderen Gründen beschränkt werden."
Art. 16 hält sogar fest, daß gewisse staatliche „Tötungsakte" nicht als strafbare Handlungen gelten, z. B. „bei Ausführung eines Festnahme- oder Haftbefehls, oder zur Verhinderung der Flucht eines Häftlings oder Verurteilten, zur Unterdrückung eines Aufruhres oder Aufstandes, oder in Ausführung der Befehle der zuständigen Instanzen im Ausnahme- oder Kriegszustand".
Art. 26 beschränkt die Meinungsfreiheit z. B. „zur Verhinderung der Veröffentlichung von . . . unzeitgemäßen Nachrichten, die das wirtschaftliche Leben beeinflussen, . . . oder zum Schutze der Jugend vor schädlichen Strömungen oder Verhaltensweisen."
Art. 28 erklärt die Presse für frei, eine Zensur finde nicht statt. Jede Veröffentlichung aber, „die die innere und äußere Sicherheit des Staates, seine Einheit mit seinem Land und Volk bedrohen, oder . . . zu einem Aufruhr oder Aufstand anstiften", wird bestraft. Die Publikation kann verboten werden. „Jede Art von Publikation, die den Charakter der Fortsetzung einer geschlossenen oder eingestellten periodischen Publikation trägt, ist verboten." – Diese Bestimmungen, so die FAZ (20. 7. 82), zielen „in ihrer Unbestimmtheit auf eine gewisse Selbstzensur, gewissermaßen auf eine ‚Schere im Kopf'."

c. Die gewerkschaftlichen Rechte werden erheblich eingeschränkt. Die Gewerkschaften (wie überhaupt alle zugelassenen Vereine) dürfen „über keine politischen Ziele verfügen und weder politische Parteien unterstützen, noch von ihnen unterstützt werden. Sie dürfen nicht mit Vereinen und Berufsorganisationen gemeinsam zu diesem Zweck handeln." Die Streikdauer ist auf 60 Tage beschränkt, danach wird durch eine vom Staatspräsidenten ernannte Schiedskommission „geschlichtet".
Nach Art. 59 soll der Streik in Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten aber gänzlich verboten sein – das ist in der Hälfte aller Betriebe! Art. 58 gibt den Unternehmern das Recht auf Aussperrung.
Reaktion auf den Verfassungsentwurf in der Türkei: Selbst die unter der Junta zugelassenen Vereinigungen lehnten ihn alle ab – mit Ausnahme des Arbeitgeberverbandes. Der relativ staatstreue Gewerkschaftsverband Türk-Is sprach von einem „Ende der Gewerkschaftsbewegung", wenn den Gewerkschaften jede politische Betätigung untersagt bliebe (SZ 20. 7. 82). Vorsitzender Yilmaz kündigte politischen Widerstand gegen den Entwurf an und bezeichnete ihn als „Verfassung der Kapitalisten, die den Kapitalisten neben der wirtschaftlichen Macht auch die Tür zur politischen Macht öffnet" (SZ 10. 9. 82). – Die türkische Presse wandte sich vor allem energisch gegen die Einschränkung der Pressefreiheit.
Auch in der deutschen Presse fehlte es nicht an kritischen Stimmen: FAZ (20. 7. 82): „Bedenklich muß es allerdings stimmen, wenn es im Verfassungsentwurf heißt, die Gewerkschaften dürften künftig nicht ‚für politische Zwecke' arbeiten." – SZ (23. 7. 82): „. . . die neue Verfassung räumt mit einer großen Selbsttäuschung nicht auf: das Vorhandensein von gesellschaftlichen Klassen in der Türkei wird einfach geleugnet, die herrschende Doktrin kennt nur ein einziges, sozial einheitliches Volk. So sind zum Beispiel künftig Parteien verboten, die sich an Klassen orientieren. Die Geschichte der modernen Türkei ist aber gerade durch soziale Krisen geprägt worden. Das offizielle Leugnen solcher Gegensätze begünstigt eine politische Untergrundkultur, die sehr leicht in Gewalt und Terror abirren kann. Es wäre für die Türkei sicher besser, diese Gegensätze zu diskutieren."
Trotz der vielen Kritik ist abzusehen, daß die Volksbefragung eine Zustimmung von über 90 % ergeben wird – kein Wunder: die Militärs wollen ohnehin so lange an der Macht bleiben, bis eine Verfassung verabschiedet ist; und außerdem besteht Wahlpflicht, und wer ihr nicht nachkommt, soll seine politischen Rechte für 5 Jahre verlieren. Das Militär will schon für hohe Wahlbeteiligung sorgen. Im Wahllokal wird voraussichtlich offen abgestimmt, grüne Karten für ja, rote für nein. Ende September verlieh General Evren bei einer Rede in Burdur dem demokratischen Charakter der Wahl Nachdruck: „Einige negativ denkende Personen schreiben (zum Opferfest) hinten auf ihre Glückwunschkarten „Nein zur Verfassung!". Schicken Sie uns diese Leute, wir werden sie bekämpfen, wie wir die Anarchisten bekämpft haben!" Sehr klare Worte: Folter und Mord drohen manchen Gegnern des Entwurfs. – Mal sehen, wie unsere Bundesregierung nach dem Referendum die türkische Demokratie würdigen wird.

Die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ist wirtschaftspolitisch geplant

Außer diesem Plan, die Diktatur mit Verfassung und Gesetzen in Einklang zu bringen, gab es noch etwas, worüber sich die westlichen Verbündeten der Türkei freuen konnten: Anfang 1982 häuften sich die Zeitungsmeldungen, die eine

„positive Entwicklung", „Erholungsansätze" u.ä.m. in der türkischen Wirtschaft sahen. Das Sanierungskonzept, das zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds IWF ausgearbeitet worden war, galt als erfolgreich. Schließlich „ist der IWF bestrebt, die geringsten negativen Abweichungen von den angestrebten Daten des Stabilisierungsprogramms unter Kontrolle zu bringen, . . . (und) die Türkei . . . im Falle eines endgültigen Erfolges als Musterbeispiel für viele andere Länder zu präsentieren." (NfA 24. 5. 82)
Immerhin hatte sich 1981 gegenüber 1980 der Export um 61,6 % erhöht – der Export industrieller Produkte gar um 118,6 % –, die Inflation war nach offiziellen Angaben von ca. 100 auf etwa 37 % gefallen (wenn auch inoffizielle Schätzungen immer wesentlich höher lagen: die NZZ vom 28. 5. 82 läßt „gut unterrichtete wirtschaftliche Kreise" die Inflationsrate 1981 auf 45 bis 48 % beziffern). Das Bruttosozialprodukt stieg um 4 % (gegenüber 1 % Schrumpfung 1980), und da das derzeitige Bevölkerungswachstum bei etwa 2,3 % p. a. liegt, konnte auch vermeldet werden, daß das reale Pro-Kopf-Einkommen (Bruttosozialprodukt dividiert durch Bevölkerungszahl) gestiegen sei (NZZ 9. 4. und 21. 4. 82).
Grund genug für die OECD, in ihrem Länderbericht vom April 1982 die Türkei zu loben. Noch im April bekam die Türkei daraufhin einen 200 Mio.-Euro-$-Kredit von einem Geschäftsbanken-Konsortium zugesagt, Ende Mai dann einen 304,5 Mio.-US-$-Kredit von der Weltbank. Anschließend wurden die bisher vom Europa-Parlament gesperrten 1,5 Mrd. DM der EG freigegeben, nachdem eine knappe Mehrheit in Straßburg der Meinung war, die Türkei befände sich auf dem Weg zur Demokratie. Folgerichtig forderte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, die nach dem Militärputsch eingestellte „Türkei-Hilfe" wieder aufzunehmen (FR 28. 7. 82). Jetzt, wo sie an der Regierung ist, wird dies nicht lange auf sich warten lassen.
Hinter dem Glanz dieser angeblichen wirtschaftlichen Erfolge steckt aber ein bitterer Kampf ums tägliche Brot für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Und schon kurze Zeit später wurde das Scheitern der monetaristischen Wirtschaftspolitik von Turgut Özal und IWF offenbar.
In dem Bestreben, in erster Linie den Export zu fördern, wird seit 1980 der Binnenmarkt gewaltsam zurückgedrängt (vgl. iz3w Nr. 95, August 1981). International konkurrenzfähig sind im Prinzip nur die Großunternehmen; aber es bedarf kräftiger Preissubventionen, um die türkischen Produkte auf dem internationalen Markt loszuschlagen – weil die Weltmarktpreise unter den Produktionskosten liegen. „Ein Gewinn der in Frage kommenden Firmen käme lediglich durch die massiven staatlichen Subventionen zustande." (NfA 24. 5. 82) Dagegen können kleine und mittelständische Unternehmen, die für den Binnenmarkt produzieren, ihre Erzeugnisse nur schwer absetzen. Grund: die Gütermenge, die man sich für einen Monatslohn kaufen kann, ist innerhalb von nur vier Jahren auf die Hälfte geschrumpft. Der Reallohnindex (1968 = 100) fiel von (1977) 130 auf (1981) 65 (FT 17. 5. 82). Das bedeutet auch, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger 1981 durchschnittlich ein Drittel weniger zum Leben hatten als 13 Jahre zuvor.
Da die sinkende Tendenz bei den Reallöhnen bestehen bleibt – und bestehen bleiben soll, darum sind ja z. B. die gewerkschaftlichen Freiheiten beschnitten –, erscheint die Berechnung des steigenden Pro-Kopf-Einkommens wie blanker Zynismus. Man erhält gleichzeitig eine Idee vom Ausmaß der Einkommensumverteilung zugunsten der Reichsten, die gegenwärtig – völlig planmäßig in Übwreinstimmung mit IWF und OECD – in der Türkei im Gange ist.



Die Daten von den sinkenden Reallöhnen werden noch drastischer, wenn man an die steigende Zahl der Arbeitslosen denkt – inzwischen wird die Arbeitslosenquote auf 30-40% geschätzt (türkei-information Nr. 14) –, die davon miternährt werden müssen. Nicht nur weil sich die Beschäftigungsmöglichkeiten aufgrund der Pleitewelle verringert haben, gibt es mehr Arbeitslose; schon jetzt drängen jährlich eine halbe Million Jugendliche auf den Arbeitsmarkt, von denen nur eine Minderheit eine Arbeit findet – und der absolute Bevölkerungszuwachs nimmt weiter zu.

Nach den Bankenkrächen drohten soziale Unruhen

In ihrer verzweifelten wirtschaftlichen Lage waren viele Kleineigentümer riskante und scheinbar staatlich abgesicherte Geldgeschäfte eingegangen. Man erinnere sich: Hauptinstrumente der monetaristischen Politik von Wirtschaftsminister Özal waren die Verknappung der Geldmenge und Freigabe der Zinsen, wodurch u.a. die Bevölkerung zum Sparen gezwungen werden sollte.
Bis Juni 1980 war der Kreditwucher in der Türkei unter Strafe gestellt, die Zinsen wurden sogar staatlich so weit unter der Inflationsrate festgelegt, daß Sparer bestraft und Kreditnehmer belohnt wurden. Anstatt dann die Zinsen der Inflation anzupassen, wurden noch unter Demirel „wucherähnliche Zinssätze praktisch offiziell institutionalisiert" (NZZ 28.5.82). Bei der knappen Geldmenge stieg für viele Kapitalisten und Lohnabhängige auch der Kreditbedarf. Die größeren Geschäftsbanken boten z.B. 40% Zinsen auf Einlagen und verlangten 70% auf Kredite; aber sie konnten wegen der Politik der Geldmengenbeschränkung nicht den Bedarf an Krediten decken.
Das war die große Stunde der Geldmakler; während sie in der Türkei ihr Geschäft ohne weiteres „Bank" nennen dürfen, bezeichnet man solche „Bankiers" i.a. als Wucherer. Sie verliehen dringend benötigtes Bargeld zu horrenden Zinsen. Oder sie nahmen z.B. von Firmen, die in Zahlungsschwierigkeiten waren, Wertpapiere an und zahlten ihnen nur z.B. 2/3 ihres Nennwertes in bar. Diese Wertpapiere boten sie Kleinsparern gegen das Versprechen hoher Zinsen an – oft zwei- bis dreimal höher als die der Geschäftsbanken. Die Sparer zahlten den Wucherern den vollen Nennwert in bar als Einlage und konnten sich z.B. monatlich ihre Zinsen in bar abholen. Vielen Pensionären, Beamten, Kleinhändlern und auch Militärs waren diese hohen Zinsen so attraktiv, daß sie sogar ihr Eigentum – Autos, Häuser, Land – verkauften, um das Geld zinsgünstig anzulegen. Da die Militärregierung das Sparen ja ausdrücklich förderte und ohnehin all denen, die es zu ein wenig Wohlstand gebracht hatten, als Beschützer galt, vertrauten sie dem System vollständig. Auch für viele türki-

sche Arbeitsemigranten in aller Welt waren die verlockenden Zinsen ein Anlaß, ihr Geld in der Türkei anzulegen: 1981 wurden 2,5 Mia. $, ein Viertel mehr als normal, überwiesen (NZZ 28.5.82).

Das System funktionierte etwa anderthalb Jahre lang, solange der dauernde Ansturm der Sparer den Wucherern immer neues Bargeld brachte, wovon sie die versprochenen Zinsen in bar zahlen konnten. Dann – weil auch die Schuldner immer häufiger zahlungsunfähig wurden – begannen die Privat-„banken" pleite zu gehen. „Es kam täglich zu rührenden Szenen, als lange Schlangen von Gläubigern mit düsteren Gesichtern sich vor den verriegelten Büros ihrer ehemaligen ‚Wohltäter' versammelten und mit Wut und Ärger die Rückzahlung ihrer Gelder verlangten; die Hoffnung auf Zinsen hatten sie schon längst aufgegeben. Zuweilen wurden die geschlossenen Etablissements gestürmt, und in einem Fall mußte die Feuerwehr einen Brand löschen. (. . .) Die Angelegenheit greift tief in das Alltagsleben von Zehntausenden von Türken ein und könnte Wurzeln sozialer Unruhe aufkeimen lassen. Obwohl es an offiziell bestätigten Zahlen fehlt, schätzt man, daß sich die im Zinsgeschäft der Bankiers angelegten Gelder auf einen Gesamtbetrag von rund 200 Mia. T.L. (ungefähr 3 Mia. Fr.) belaufen." (NZZ 28.5.82)
Ein Sprecher der „bankiergeschädigten" Sparer, Necati Özdemir, Oberst a.D., erklärte u.a.: „Wie ist es eigentlich möglich, daß derselbe Staat, der auf der einen Seite die Bürger wegen eines einzigen ungedeckten Schecks hart bestraft, auf der anderen Seite 200 Bankiers, die 1,5 Millionen Menschen betrogen haben, nicht zur Rechenschaft zieht? (. . .) Ich denke . . . an die zahllosen armen Sparer, die aus Geldmangel ihre Ehre oder ihren goldenen Zahn verkaufen müssen und im Begriff sind, geisteskrank zu werden. Ich halte es nicht mehr aus. Mich bedrückt die hoffnungslose Lage der Leute, die mich jeden Tag aufsuchen. Ich wundere mich, warum die Verantwortlichen dies alles nicht sehen wollen und nicht daran denken, daß die Sache für sie, ja für unseren Staat ganz schlimm ausgehen könnte. (. . .) Der Staat gab die Zinsen frei, ließ die Bankiers Gewerbescheine holen und im Staatsfernsehen Reklame machen. Deshalb fordern wir, daß der Staat die Sache in die Hände nimmt. Beinahe hätte ich noch gefordert, daß der Staat die Gauner-Bankiers verhaften sollte. Ich weiß aber zu gut, daß diese Gauner die Türkei wie das Haus ihres Vaters betreten. Sie kommen durch die Grenzen der Türkei, wann sie wollen und wie sie wollen." (türkei-information Nr. 14)
Das größte Ereignis des Jahres war denn wohl kurz darauf der Zusammenbruch von „Kastelli" im Juni 1982, der größten Privatbank der Türkei, die als besonders seriös gegolten hatte. Bei Kastelli sollen etwa 300.000 Kunden 620 Mio. $ angelegt haben (FAZ 24.6.82). Um Unruhen vorzubeugen, ließ die Junta Panzer vor den Kastelli-Filialen auffahren und garantierte den Sparern, daß sie wenigstens ihre Einlagen zurückerhielten. Während die Zentralbank 9 Mrd. T.L. (ca. 150 Mio. DM) in die Kastelli-Pleite butterte, setzte sich der Bankier mit etlichen Millionen in die Schweiz ab. Inzwischen ist er inhaftiert, aber er scheint erfolgreich die ganze Schuld auf seine insolventen Gläubiger abwälzen zu können.
Nationale und internationale Finanzkreise versuchten den Fall „Kastelli" herunterzuspielen, er sei nur eine kleine „Panne"; doch drei Wochen später trat Wirtschaftsminister Özal zurück, der auch weiterhin von der Richtigkeit seiner liberalen monetaristischen Politik überzeugt war.
Im Hintergrund spielt sowohl die Tatsache eine Rolle, daß die Türkei wieder vor einer tiefen Rezession steht (FT 157. 82). Die Inflation lag Anfang 1982 höher als vom IWF vorgesehen, was wohl wieder zu Eingriffen führen dürfte. Viele Industrieunternehmungen sind nicht mehr in der Lage, Zinsen und Tilgungszahlungen zu leisten; nur zu 6 % gehen sie bei den Banken ein. Von den 45 Banken der Türkei, so erklärte der neue Wirtschaftsminister Kafaoglu Anfang August, hätten 40 Banken bereits um staatliche Unterstützung gebeten, und es würden täglich mehr, denn hinter jedem Krisenunternehmen stehe eine Bank, die in Schwierigkeiten ist (NfA 5. 8. 82).
Da Kafaoglu nicht der liberalen Chicago-Schule des Monetaristen Milton Friedmann nahesteht, wie sein Vorgänger Özal, rechnet man damit, daß der Staat in Zukunft wieder mehr regulierend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift.
Die ersten Aufgaben, die Kafaoglu sich stellt, sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sanierung des Bankwesens – zweifelsohne die aktuellsten Probleme. Financial Times erwartet, daß er auch etwas mehr auf Distanz zum IWF geht, denn „völlige Befolgung der IWF-Richtlinien könnte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung vergrößern" (FT 15. 7. 82). Die Neue Zürcher Zeitung nimmt an, „daß Kafaoglu größere Rücksicht auf den bedrängten Mittelstand nehmen wird, um die sozialen Spannungen einigermaßen zu reduzieren. Kafaoglu ist gegen Özals Konzeption, wonach die heutige Generation im gegenwärtigen ‚Wirtschaftsbefreiungskrieg' (gleich Soldaten, die ihr Leben hingeben) sich aufopfern muß und entsprechend dem Dogma des ‚survival of the fittest' nur die gut ausgerüsteten Institutionen überleben sollen." (NZZ 21. 7. 82)
Per Saldo ist anzunehmen, daß die Militärs fürchten, ihre soziale Basis durch eine zu harte wirtschaftliche Gangart zu verlieren, und daß sie nun behutsamer vorgehen wollen. Die neue Wirtschaftspolitik wird vielleicht ein paar andere Wege gehen, aber weiterhin dasselbe Ziel verfolgen. Nichts deutet darauf hin, daß sich am Kern der wirtschaftlichen Unterdrückung etwas ändern wird, nämlich an der kräftigen Verschiebung der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der Unternehmer durch gewaltsames Niedrighalten der Löhne und Gehälter einerseits und die Förderung der Gewinne der Großunternehmen andererseits.

WAS TUT SICH DERWEIL IN DER BRD?

In mehreren Aktionen haben Türken, Kurden und Deutsche gemeinsam wiederholt versucht, auf die Unterdrückung in der Türkei aufmerksam zu machen. Der Hungerstreik gegen Massaker, Hinrichtungen und Folter in der Türkei und in Türkei-Kurdistan sowie die große bundesweite Demonstration zum 2. Jahrestag des Putsches, am 11.9. 1982 in Frankfurt, zu der erstmalig in der Geschichte alle demokratischen Organisationen aus der Türkei aufgerufen hatten – diese fanden am ehesten Beachtung.
Leider habe ich das Gefühl, selbst solche riesigen Aktionen verpuffen wie der Tropfen auf dem heißen Stein. Das öffentliche Bewußtsein in der BRD gegenüber Türken scheint unbeirrt nach rechtszu marschieren. So kann es sich der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof im Oktober 1982 leisten, die Folter als ein „allgemein kriminalpolitisches Phänomen" zu bezeichnen – sie habe keinerlei Bedeutung für einen Asylantrag. Der hessische Verwaltungsgerichtshof entschied am 20.11.1981: „Wenn es sodann während der Inhaftierung des Klägers (...) zu den geschilderten Folgerungen gekommen ist, geschah dies offenkundig ebenfalls in dem Bestreben der Polizisten und Jandarmas, ein als strafbar angesehenes Verhalten des Klägers aufzuklären und einer Wiederholung, nämlich einer weiteren Verbreitung der Zeitung „Roja Välat" vorzubeugen." Die Logik deutscher Gerichte läßt sich so zusammenfassen: „da politische Aktivität in der Türkei unter Strafe steht, sind politisch Verfolgte eben Straftäter, und die genießen kein Asyl." (TAZ 20.10.1982).
Ein kalter Wind weht den Ausländern hier ins Gesicht; besonders Türken und Kurden bekommen ihn zu spüren. Plötzlich werden sie deutlich von Nachbarn gemieden. Oder sie werden öfter angepöbelt – besonders die Kinder. Damit es keinen Ärger gibt, dürfen viele türkische Kinder zum Spielen schon nicht mehr aus der Wohnung. Und und und ...
Eine 25-jährige Türkin in Hamburg, Semra Ertan, hat es nicht mehr ausgehalten. Am 26. Mai übergoß sie sich mit Benzin und setzte sich selbst in Brand, nachdem sie ihre Selbsttötung vorher ZDV und NDR in Interviews angekündigt hatte. Sie hielt es nicht

mehr aus, hier dauernd als Mensch zweiter Klasse behandelt und gleichzeitig von ihrem Heimatland wortwörtlich gegen Devisen verkauft zu werden. Die türkischen Medien haben im Einklang mit der nationalistischen Welle der Militärs die Ursachen ihrer Selbstverbrennung leider einseitig dargestellt. Allgemein, so muß man aber feststellen, dokumentieren die türkischsprachigen Medien die deutsche Ausländerfeindlichkeit ganz beharrlich, so daß in der Türkei die deutschen längst nicht mehr so beliebt sind wie einst.
Der aufkommende Rassenhass hat sich bereits tief in die Seelen eingeprägt, bei Tätern wie bei Opfern. Wie können wir Deutschen dem entgegenwirken? Nicht allein durch politische Arbeit bei (potentiellen) Tätern – denn der Fremdenhass beruht kaum auf Vernunft.
Was wissen wir von den vielen Opfern, die nachts nicht mehr ruhig schlafen, die nicht mehr ohne Herzklopfen auf die Straße gehen? Unsere ausländischen Bekannten sind nicht nur „Kollegen" oder „Genossen", sondern Menschen, die auch deutsche Freunde suchen. Warum sind wir uns im Privaten oft so fern?

ebe / A. A.

**„INTERNATIONALE ARBEITSKONFERENZ FÜR AKTIVISTEN AUS DER FRIEDENSBEWEGUNG – GRASSROOTS '82
13. – 21. November 1982**

Aktivisten aus zehn Länden treffen sich in Oberhausen, um Möglichkeiten für internationale Kooperation zu diskutieren.

Themen: Charakterisierung nationaler Friedensbewegungen; Perspektiven für 83 – Aktionen an den Basen; Konversion und alternative Verteidigung; Begegnung zwischen westlichen Friedensbewegungen und Vertretern anti-imperialistischer Befreiungsbewegungen aus der 3. Welt.

Außerdem: 2-Tage-Schule über Relevanz gewaltfreier Aktion im gegenwärtigen politischen Kontext und Training in direkter Aktion. (freie Unterkunft) Language will be predominantly English

**Information:
Jochen Lorentzen, Im Heidefeld 27, 4200 Oberhausen 1
Telefon: 02 0 8 / 2 03 91**

OAU

Krise der Organisation für afrikanische Einheit

Die für den 5. bis 8. August 1982 vorgesehene Sitzung des Ministerrates der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) ist nicht zustande gekommen, da die notwendige Mehrheit von zwei Dritteln teilnehmender Staaten nicht erreicht wurde. Die teilnehmenden Staaten haben nach informellen Beratungen für Staaten (Kongo, Libyen, Mali, Tansania und Sambia) beauftragt, in Abstimmung mit den nicht vertretenen Ländern das Zustandekommen der 19. ordentlichen Gipfelkonferenz in den folgenden drei Monaten doch noch möglich zu machen.

Die Organisation ist in ein eher progressiv eingestelltes Lager und ein offen prowestliches Lager gespalten.
Damit befindet sich die OAU in der Situation, die vor ihrer Gründung 1963 bestand, der Spaltung Afrikas in zwei Lager. Ein Grundkonsens zwischen der eher progressiven „Gruppe von Casablanca" und der eher konservativen „Gruppe von Monrovia" hatte damals zur Gründung dieser panafrikanischen Organisation geführt.

Ursprung des Einheitsgedankens

Die panafrikanische Ideologie ist im Wesentlichen angelsächsischen Ursprungs. Zu ihren Begründern zählen Schwarze der Südstaaten der USA und des karibischen Raumes. Seit dem 2. Weltkrieg gewann sie Einfluß auf die Unabhängigkeitsbewegungen Afrikas. Es zeigte sich jedoch, daß viele andere gerade erst an die Macht kommende Kräfte einerseits eine Zusammenarbeit mit den früheren Kolonialmächten wollten, andererseits die soeben gewonnene staatliche Unabhängigkeit nicht in einem vereinigten Afrika untergehen sehen wollten. Die Idee eines staatlich vereinigten Afrikas scheiterte, da ohne Massenbasis, an Partikularismen, Spaltungsinteressen der Metropolen und politischen Kämpfen innerhalb der Machteliten. Letztlich war es die Folge eines in engem Kreise ausgetragenen Machtkampfes, wie eine Führungsgruppe ihre Interessen gewichtete.

Die Gründung der OAU – Ergebnis eines Minimalkonsenses

Die OAU sollte aufgrund ihrer in Addis Abeba verabschiedeten Charta ein Minimum gemeinsamer Interessen realisieren: Verteidigung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit der Mitgliedsländer, Bekämpfung des Kolonialismus in allen seinen Formen, Verstärkung von Einheit und Solidarität der Mitgliesstaaten und Arbeit für bessere Lebensbedingungen in Afrika.
Absolute Gleichheit der Mitglieder, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Verurteilung subversiver Aktionen sind Grundprinzipien der OAU. Oder, kurz gefaßt, wenn man sich schon nicht vereinigen kann, dann wollte man keine Vertretung gemeinsamer Interessen und gute Nachbarschaft. Alle unabhängigen afrikanischen Länder einschließlich der arabischen Länder, aber nicht Südafrika und seine abhängigen Gebiete, sind Mitglieder der Organiation. Diese hat ihren Sitz in Addis Abeba, Hauptstadt des nie kolonisierten Äthiopien. Die OAU hat, vor allem in ihren technischen Organisationen, viel brauchbare Arbeit geleistet. Sie ermöglichte eine Koordinierung der afrikanischen Stimmen in der UNO, unterstützte politisch und materiell die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und belebte die Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft Afrikas.
Neben ihr gab es immer wieder regionale Versuche einer weitergehenden Einigung Afrikas, mit wechselndem Erfolg. Die Arbeit der OAU blieb stets Ausdruck eines Minimalkonsenses, schwerwiegende Konflikte unter Mitgliedern kann sie nicht lösen.

Libysche Subversion

Die Rolle Libyens und der Westsahara-Konflikt haben zur Blockade der Institution geführt. In beiden Fällen haben arabische OAU-Mitglieder die Kompromißfähigkeit der OAU bis zum Eklat ausgereizt. Libyens Nachbarländer sind nach Westeuropa und den USA orientiert, was Libyen zur Annäherung an die UdSSR bewegt. Diese Annäherung wiederum bestärkt Libyens Nachbarn in ihrer westlichenOrientierung. Libyens Außenpolitik kann sicher nicht allein als Versuch, Libyens Revolutionsmodell zu exportieren, interpretiert werden, sondern ist auch im Rivalisieren Frankreichs und der Supermächte um Einflußzonen in Afrika zu sehen. Zwei libysche Kommandounternehmen gegen Tunesien sind in den letzten Jahren weltweit publik geworden, aber es sind nur zwei

von einer Fülle subversiver Aktionen, militärisch oder konspirativ, gegen Regierungen von Sahara-Anrainerstaaten. Hierzu werden mit Vorliebe Angehörige der betroffenen Staaten, die in Libyen geschult worden sind, verwendet. Brüskiert unterbrachen, wohl durch Frankreich ermuntert, eine Reihe von Sahel-Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Tripolis. In Uganda unterstützte Libyen nach Idi Amin den bewaffneten Widerstand gegen Präsident Obote. Standen schon solche Aktionen im offenen Widerspruch zur OAU-Charta, so traf es den Nerv vieler Regierungen, daß Libyen im Dezember 1980 Truppen in große Teile des Tschad entsandte, nachdem es bereits einen Grenzstreifen annektiert hatte. Obwohl offiziell auf Verlangen der Tschad-Regierung durchgeführt (vgl. „blätter" Nr. 103, S. 3) wurde diese Aktion allgemein als Versuch empfunden, libyschen und damit mittelbar sowjetischen Einfluß bis nach Zentralafrika auszudehnen. Dies mußte die Sahara-Anrainer tiefgreifend verunsichern und die USA, Frankreich und deren Klientel auf den Plan rufen, als es 1981 in Nairobi zur jährlichen OAU-Gipfelkonferenz kam.



Der Westsahara Konflikt

Das andere arabische Land, das zur gegenwärtigen Krise der OAU beitrug, ist Marokko.
Spanien trat im Madrider Dreiseitigen Abkommen sein westsaharisches Territorium an Marokko und Mauritanien ab. Am 26. Februar 1976 zog sich Spanien formell zurück; am folgenden Tag rief die Polisario – Befreiungsfront die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) aus. Von Algerien aus führte die Polisario-Front einen relativ erfolgreichen Guerillakrieg, der Mauritanien zum Rückzug zwang. Mauritanien ist aufgrund innenpolitischer Veränderungen trotz erklärter Neutralität faktisch ein Verbündeter der DARS geworden. Die OAU fand sich in dem Dilemma, daß sie einerseits ihr eisernes Prinzip, Kolonialgrenzen als unverletzlich anzusehen und das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker zu vertreten nicht aufgeben konnte, andererseits ein so wichtiges Mitglied wie Marokko nicht unnötig verärgern wollte. Hassan II., der marokkanische Monarch, kann schon aus innenpolitischen Gründen auf das Territorium nicht verzichten, auf das er historische Ansprüche geltend macht. Selbst der mauritanische Südteil wurde nach dem Ausscheiden Mauritaniens aus dem Krieg besetzt. Verhandlungen mit der DARS oder der Front werden strikt abgelehnt mit dem Hinweis, es handele sich ja um „Söldner" Algeriens, und einzig möglicher Verhandlungspartner sei Algerien selbst.

Die OAU beschloß zunächst 1976, das Selbstbestimmungsrecht des Saharischen Volkes zu unterstützen und forderte einen Waffenstillstand. 1978 wurde ein „Ad-hoc-Komitee" gegründet, das die Frage untersuchte. Mit wachsendem militärischen Druck der Polisario-Front und steigender internationaler Anerkennung der DARS stellte sich die Frage der OAU-Mitgliedschaft.
Gemäß Artikel 28 der Charta kann jeder afrikanische Staat aufgrund einfacher Mehrheit der Mitgliedsstaaten OAU-Mitglied werden. Die marokkanische Diplomatie führt folglich eine massive Kampagne gegen eine Anerkennung der DARS durch OAU-Mitgliedsstaaten. Widerhall fanden die marokkanischen Thesen vor allem im prowestlichen Lager. Motiv hierfür dürfte weniger die Befürchtung gewesen sein, durch Sezessionsbewegungen auch einmal in Marokkos Lage zu geraten. Vielmehr waren es außenpolitische Rücksichten auf wichtige Geldgeber: die USA und das konservative arabische Lager. Frankreich versuchte, sich einigermaßen neutral zu verhalten, doch scheint die frühere bürgerliche Regierung eher Sympathien für Marokko gehabt zu haben, während nach dem Regierungswechsel eher die Polisario-Front favorisiert wird. Man hat aber zu große Interessen in beiden Lagern Afrikas, als daß man sich zu stark in die eine oder andere Richtung profilieren könnte.
Die unermüdliche saharauische Diplomatie sammelte Punkte und näherte sich der Anerkennung durch eine Mehrheit der OAU-Mitglieder. Marokko verschanzte sich hinter Artikel 27 der Charta, der bestimmt, daß Fragen der Auslegung der Charta mit 2/3-Mehrheit zu klären seien. Strittig war, ob die DARS überhaupt ein Staat sei und somit OAU-Mitglied werden konnte. Bevor 2/3 der OAU Mitglieder sich darauf einigten, daß die DARS alle Kriterien der Staatlichkeit erfüllt, insbesondere ein kontrolliertes Staatsgebiet habe, souverän und legitim sei, war nach marokkanischerLesart eine Aufnahme der DARS nicht möglich. Mit lediglich einer Anerkennung der Polisario Front als Befreiungsbewegung wollten sich die Saharauis nicht zufrieden geben.
1980 gelang es der OAU noch einmal, das Problem dem „Ad-hoc-Komitee" zuzuschieben, um einen Bruch zu vermeiden. Das Komitee forderte einen Waffenstillstand und eine von OAU und UNO beaufsichtigte Volksabstimmung. Nun mußte etwas geschehen, denn einerseits wuchs die Zahl der Staaten, die die DARS anerkannten, andererseits wollten schwarzafrikanische OAU-Kreise endlich ein Problem aus ihrer Organisation haben, das innerhalb der Arabischen Liga sorgfältig unter den Teppich gekehrt wurde, obwohl es ein innerarabisches war.

Der Gipfel 1981: Lösungen in Sicht

Libyscher Expansionismus einerseits, das Sahara-Problem andererseits, wurden zu wichtigen Themen des Gipfels 1981. Das antilibysche Lager gelangte zu wichtigen Konzessionen. Tripolis wurde zum Tagungsort 1982 bestimmt und traditionsgemäß sollte damit Ghaddafi nach der Tagung in Libyen für ein Jahr OAU-Vorsitzender werden. Auch wenn es einige Staatschefs erregt ablehnten, sich an einem Gipfel in Tripolis zu beteiligen, war somit einerseits Ghaddafis Prestige gestärkt, andererseits mußte er dezentere Metho-

den anwenden, um seiner Rolle gerecht zu werden. Für den Tschad wurde eine OAU-Friedenstruppe eingesetzt und Libyen zog ab. Damit gelang e es den USA und Frankreich, wenn auch nicht immer in einigem Zusammenwirken, eine unliebsame Entwicklung im Tschad geräuschlos zu beenden.
Auch Hassan II. gewann an Prestige, denn er stimmte dem bislang strikt abgelehnten Referendum in der Westsahara zu. Ein Durchführungskomitee sollte die Empfehlungen des „Ad-hoc-Komitees" ausführen, „eine freie Volksabstimmung organisieren und einen Waffenstillstand herbeiführen". Die OAU wollte in Übereinstimmung mit Marokko eine spanische Volkszählung von 1974 der Abstimmung zugrunde legen; die DARS zählte weitaus mehr Staatsbürger, vor allem in den Flüchtlingslagern von Tindouf (Algerien). Nach marokkanischer Lesart handelt es sich hier vor allem um Flüchtlinge aus dem Sahel, nicht aus der Westsahara. Offensichtlich stimmten die Flüchtlinge in Tindouf anders ab, als es Marokko lieb sein konnte, und so war die Situation wieder blockiert. Zu Waffenstillstandsverhnandlungen kam es ebenfalls nicht, denn Marokko hält Algerien für seinen Verhandlungspartner, Algerien verweist jedoch auf die für Marokko nicht akzeptable DARS als Verhandlungspartner.

Edem Kodjo entscheidet – und spaltet die OAU

Der Generalsekretär der OAU, der Togolese Edem Kodjo, stellte bei der 38. Sitzung des Ministerrates der OAU am 22. Februar 1982 fest, daß die DARS aufgrund ihrer Anerkennung durch die Mehrheit der Mitglieder der OAU aufgenommen sei.
Unklar ist, ob er damit Marokko zu weiteren Zugeständnissen zwingen oder lediglich seine Wiederwahl durch das DARS-freundliche Lager sicherstellen wollte. Beides mißlang, Marokko blieb hart und von seiner eigenen Regierung mißbilligt kann Kodjo auch nicht wiedergewählt werden. Die Sitzung vom 22. Februar 1982 platzte sofort durch Auszug des Marokko-freundlichen Lagers und dasselbe geschah bei späteren Ministertreffen in Dakar (Senegal) und Harare (Simbabwe).
Die Freunde der DARS, das sogenannte progressive Lager, weigerten sich, einen Rückzug der DARS von der OAU zu akzeptieren, um das Zustandekommen des 1982er Gipfels in Tripolis zu ermöglichen. Dieses Lager wurde von Algerien, dem engsten Verbündeten der DARS, Madagaskar, den Seychellen, den ehemaligen portugiesischen Kolonien u.a. gebildet. Das Lager der Marokko-Freunde versuchte, das Zustandekommen des Gipfels dadurch zu vereiteln, daß weniger als 2/3 der Staaten teilnahmen. Dazwischen gab es eine Gruppe, die den Schritt Kodjow mißbilligte, aber trotzdem die Reise nach Tripolis machte, um einen Kompromiß herbeizuführen. Mancher Staatschef schließlich wird es Ghaddafi von Herzen gegönnt haben, „seinen" Gipfel platzen zu sehen. Die USA scheinen heftig für einen Boykott gekämpft zu haben, nicht nur weil sie sich in Marokko Basen für die Rapid Deployment Force und die Aufhebung eines Nationalisierungsgesetzes haben zusichern lassen, sondern auch aus Gegnerschaft zu Libyen. Jetzt mag sich die Haltung der USA gemildert haben, läuft Reagan doch nicht mehr Gefahr, Afrika bei der Vollversammlung der UNO durch seinen Erzfeind Ghaddafi repräsentiert zu sehen. Frankreich hat sich sehr gegen einen Boykott bemüht, sieht es doch in der OAU eine Instanz, die Interventionen der Supermächte in Afrika hemmen kann.
Den Schaden hat vor allen Dingen das Südliche Afrika. Nicht einmal zum 20. Jahrestag der Verhaftung Nelson Mandelas wurde etwas gesagt, geschweige denn eine OAU-Position zum neusten Stand der Befreiungskämpfe entwickelt.
Die afrikanische Diplomatie ist bemüht, die OAU zu retten, aber noch verlautet nichts über einen Kompromiß. Edem Kodjo, dessen Mandat abgelaufen ist, erledigt die laufenden Geschäfte und Kenias Staatschef Daniel Arap Moi, Gegner der Aufnahme der DARS, bleibt Präsident. Die Freunde der DARS werden sich überlegen müssen, ob die OAU gespalten bleiben soll oder ob sich die DARS in der einen oder anderen Weise zurückziehen soll. Doch was nützt es, wenn in einer Rumpforganisation nur die Kräfte übrig bleiben, die sowieso den Kampf des saharischen Volkes um Selbstbestimmung unterstützen?

as



Zeitschriftenübersicht

Solidarität Nr. 71, Oktober 1982, 24 S., sFr 2,50
Themenschwerpunkt Alphabetisierung: • Alphabetisierung: Entwicklung zur Befreiung? • Kolonialismus in Schulbüchern • Alphabetisierung in Benin • Alphabetisierung in Nicaragua • Wer ist die Schulstelle Dritte Welt? • Nachruf auf Roy Preiswerk • Schweizer Arzt berichtet aus Libanon • Dossier Schweiz-Trikont
Bezug: Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (SKAAL), Pf. 692, CH-8026 Zürich

ila-info Nr. 60, Oktober 1982, DM 2,50
Schwerpunktthema: Kuba 1981: Das Fieber aus den Vereinigten Staaten, bakteriologischer Krieg gegen die Karibikinsel • Chile – Der Bankrott des Wirtschaftswunders • Öffentliche Erklärung der Parteien der chilenischen Linken in der BRD im September 1982 • Sobradinho: „Der rote Klerus setzt dem passiven Handeln ein Ende" • Argentinien: Nach sechs Jahren Terror in die überwachte Freiheit? • Brasilien: Kulturmord mit der Bibel • Ländernachrichten: Bolivien, Chile • Solidaritätsbewegung: Brief aus Nicaragua: „Jubeln oder Kaputtschlagen", über das Elend der Mittelamerika-Berichterstattung in der TAZ; • Brasilien: „Die Situation ist für unsere 13 Gefährten viel dramatischer", Brief zweier französischer Priester aus dem Gefängnis • Tasba Pri: Optimismus und Schwierigkeiten eines neuen Siedlungsprojektes • Ein Mann sieht Reformen, Offener Briefwechsel zwischen MdB Herterich und ila
Bezug: ila, Römerstr. 88, D-5300 Bonn 1, Telefon: 0228 - 65 86 13

issa Nr. 9/10 1982, 5,– DM/Abo 40,– DM
Schwerpunktthema: Angola, Namibia • Angola: Südafrika weitet Krieg aus • Flüchtlinge in Angola • Namibia: SWAPO in der Offensive • Interviews mit Nujoma, Hamutenya, Kaunda • Mosambik: 20 Jahre FRELIMO • Wenn die CIA für Botha tötet • Ermordung von Ruth First • Südafrika: Einheitsgespräche der unabhängigen Gewerkschaften • Südafrika-Israel • Südafrika-Sychellen • Kriegsanleihen, ein evangelischer Beitrag zum Frieden • Mainzer ökumenische Tage • Abdullah Ibrahim in Berlin.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, D-5300 Bonn 1

Brasilien Nachrichten, Nr. 7/8 1982, 3,50 DM
Neues zum Atomprogramm: Brasiliens Stromversorgung • Dokument: Spiegel-Artikel • Brasilia dementiert: kein militärisches Atomprogramm • Kurzfassung zu Wolf Grabendorffs „Aufzeichnungen betr.: Bedingungsfaktoren und Strukturen der Nuklearpolitik Brasiliens" • Gedicht von Vinicius ds Moraes: Die Atombombe • Das große Geschäft mit dem Erdöl • Rezension: Indianer-Reader • Das kirchliche Engagement für die brasilianischen Arbeiter • Französische Priester und 13 Posseiros weiter in Haft • Brief der Priester an ai
Bezug: CON, Westerdeich 38, D-2800 Bremen 1

BEFREIUNG Nr. 24/25, 12,– DM
Rudolf G. Wagner: Ästhetische Fragen des Nuklearkrieges • Zehn Fragen zum Frieden • Daniel Ellsberg: Aufruf zur Meuterei • Nicholas Humphrey: Vier Minuten vor Mitternacht • Karsten D. Voigt: Das Risiko eines begrenzten Nuklearkrieges in Europa • Oskar Lafontaine: Frieden und Sicherheit in Europa • Carlos Franco: Plädoyer für eine Demokratisierung der lateinamerikanischen Linken. • Vincent Descombes: Der bevorstehende Krieg • Berliner Appell • Peter Brandt: Nachruf auf Robert Havemann
Bezug: Red. der BEFREIUNG' Martin-Luther-Str.78 D-1000 Berlin 62

Lateinamerikanachrichten Nr. 107
Israel/Libanon: Ein moralischer Kommentar • Mittelamerika: „Modell Guatemala" auch für Nicaragua? • Nicaragua: Der Klassenkampf beginnt • Erwachsenenbildung • Argentinien: Heißer Winter • Bolivien: ... Putsch ... Demokratisierung. Putsch... • Uruguay: Haftbedingungen in den Militärgefängnissen • Brasilien: Völkermord mit der Bibel • Peru: Sendero Luminoso • Chile: Spendenaufruf
Bezug: Lateinamerikanachrichten c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

IKA, Nr. 21, August 1982, 5,– DM
Peace...it's just the beginning – BEGINning o Aufruf des palästinensischen Künstlerverbandes • Reisemöglichkeiten in Palästina • „Ich kam wegen meiner Gedichte ins Gefängnis" • Mit der Lyrik ine Front der Hoffnung • Marokko zwischen Repression und Widerstand • Quer durch ein freies Kuba • Die Dritte Welt und die Massenmedien • Fernsehen in Madagaskar • Weiße Helfen für einen farbigen Kontinent • Comics für den brasilianischen Widerstand
Bezug: CON, Westerdeich 38, D-2800 Bremen

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 10/Oktober 1982
AIB-Aktuell: Israels Libanonkrieg und wir • Mittelamerika: • Die Reagan-Administration regionalisiert den Kriegszustand o Das sozialistische Kuba ist unverkäuflich • Der Krieg in El Salvador • Die Reagan-Administration ist verantwortlich • Die honduranische Linke macht mobil • Chile: Das neue Gesicht der Opposition • Libanon: Wie weiter nach dem Abzug der PLO aus Beirut? • Israels Kriegsführung – ein Tatbestand des Völkermords • Der Standort der BRD/EG in Sachen Israel • Südafrika „totaler Krieg" gegen die Frontstaaten • Das Horn von Afrika im Visier der Friedrich-Ebert-Stiftung • Ost-Timor: Der lebende Zaun • Befreiungskampf: Che Guevara – der neue Mensch • Rückblick: Oktober 1952 – Aufstand der „Mau Mau" • Rezension: Vietnam/Indochina – Land der Reisfelder • Infodienst • Kurzinformationen
48 S., Heftpreis 2,50 DM/Abo 25,–
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg

BEREIT ZUM KRIEG UM DIE ÖLQUELLEN?

Die „Schnelle Eingreiftruppe": Eine weltweite Interventionsdrohung gegenüber der Dritten Welt?

Die Schnelle Eingreiftruppe der USA „Rapid Deployment Force", ist bisher zu wenig beachtet worden. Während Öffentlichkeit und Tagespresse sich intensiv mit Nuklearstrategie und „Nachrüstung" beschäftigen, ist die RDF fast unbeachtet geblieben. Es ist dringend geboten, sich mit dieser Interventionsstreitmacht neuer Qualität auseinanderzusetzen. Was ist die RDF? Wozu wurde sie geschaffen? Vor allem: Welche Bedrohung für die Dritte Welt stellt die Eingreiftruppe tatsächlich dar?

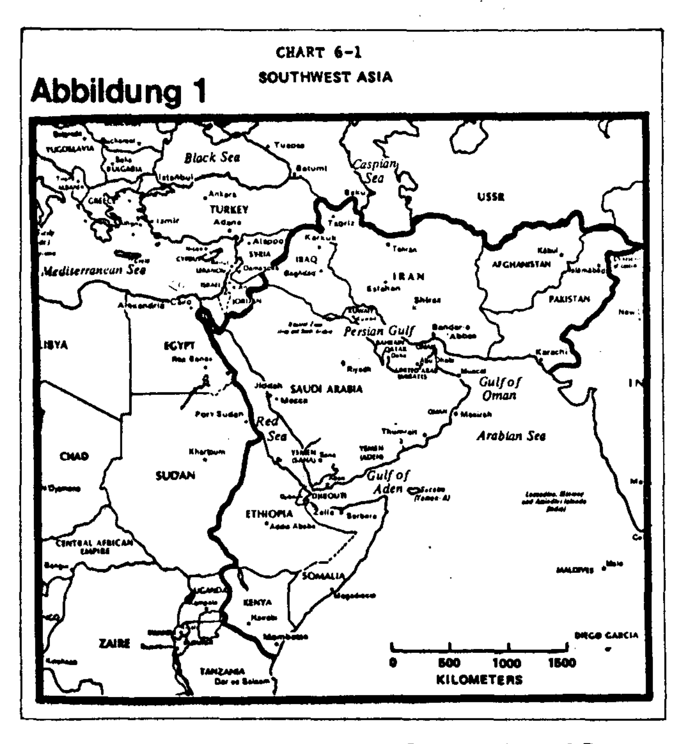
Von der „Brown-Doktrin" zur neuen Eindämmungspolitik

Der ehemalige US-Verteidigungsminister Harold Brown veröffentlichte in seinem 1981er Jahresbericht (1) an den Kongreß bemerkenswerte Auffassungen. In sich voraussichtlich noch verschärfenden „Turbulenzen" in der Dritten Welt sah er eine eigenständige Bedrohung amerikanischer Sicherheitsinteressen. Die Sowjetunion sei nicht Urheber, sondern der geschickte Nutznießer dieser Unruhen. Wegen struktureller Ursachen der „Turbulenzen", wie z. B. des „explosiven Unterschieds zwischen Reichtum und Hunger", könne der Einsatz militärischer Gewalt allein nicht „produktiv" sein. Internationale wirtschaftliche Ordnungsprobleme, an erster Stelle die Ölversorgung, könnten neben der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion zu einer gleichwertigen Gefahr werden. (2) Mit dieser „Brown-Doktrin" (3) war die Aufstellung einer mobilen Eingreiftruppe verbunden, um die internationalen Turbulenzen im Keim unterdrücken zu können. Für Brown war der Persische Golf zwar das wichtigste, aber nur eines von mehreren möglichen Einsatzgebieten der RDF. Nach Verkündung der sogenannten „Carter-Doktrin", die ankündigte, „vitale Interessen" am Golf mit allen Mitteln „einschließlich militärischer Gewalt" verteidigen zu wollen (4), wurde die Eingreiftruppe beschleunigt aufgebaut. Vor dem Hintergrund der Afghanistan-Invasion stand mit diese neuen Doktrin wieder der allesbeherrschende Ost-West-Konflikt im Vordergrund der US-Sicherheitspolitik in der Dritten Welt.
Im Oktober 1980 erklärte der damalige Kommandeur der RDF, General Kelley: „Mein Auftrag umfaßt jede Bedrohung außerhalb der NATO. In der nächsten Zeit konzentrieren wir uns vorrangig auf Südwestasien (...) Wir sind keine Interventionstruppe für die Dritte Welt. Wir sind eine Truppe für den Kampf mit allem bis hin zur, und einschließlich, der Sowjetunion außerhalb der NATO" (5). Bereits im August 1980 hatte Brown zunächst die „ausschließliche" Konzentration der Planung auf Südwestasien angeordnet.(6) Wenn sich die RDF zur Zeit ausschließlich für den Einsatz in Südwestasien vorzubereiten hat, so „bedeutet das nicht, daß wir nicht die Fähigkeit hätten in andere Teile der Welt zu gehen". Ganz im Gegenteil: wegen der großen Entfernung dieser Region vom amerikanischen Kontinent, den extremen klimatischen Bedingungen, und der UdSSR als möglichem Gegner, ist „verglichen mit Südwestasien" der Einsatz in anderen Teilen der Welt eher „einfach". (7)
Verteidigungsminister Weinberger erhöhte die Ausgaben für die RDF gegenüber den Haushaltsansätzen Carters beträchtlich. Er beschleunigte die Vorbereitungen, um aus der RDF einen eigenständigen integrierten Kommandobereich zu machen. Am 1. Januar 1983 wird die RDF zu einem „Unified Command für Südwestasien" aufgewertet werden. (8) Südwestasien (Abbildung 1) (9) ist dann den US-Kommandobereichen Europa (EUCOM) und Pazifik (PACOM) als die „dritte strategische Zone dieser Welt" (10) gleichgestellt. In der globalstrategischen Perspektive Weinbergers wird eine empfindliche Lücke im Eindämmungsring um die Kontinentalmacht Sowjetunion geschlossen.
Die vorrangigen Zielsetzungen der RDF haben sich erheblich gewandelt. Aus einer klassischen Interventionstruppe – vergleichbar mit einem neo-kolonialen Expeditionskorps zur Unterdrückung von Konflikten geringer Intensität – wird ein vollständiger, regional begrenzter Kommandobereich, der einen Vorstoß von Sowjetstreitkräften „abschrecken" soll. Aus der militärischen Komponente des Nord-Süd Konfliktes wurde ein Instrument der Eindämmungspolitik im Ost-West Konflikt. Doch welche Substanz verbirgt sich hinter dem Kürzel „RDF"?

Alter Wein in neuen Schläuchen

Konzept und Substanz der Rapid Deployment Force sind nicht neu. Pläne zur Aufstellung einer hochmobilen Interventionstruppe, die aus Teilen aller vier Teilstreitkräfte besteht, gab es bereits unter der Kennedy-Administration. „RDF" steht für ein mehr als 200.000 Personen umfassendes „Reservoir" aus Einheiten und Verbänden von Heer, Marine, Marinekorps und Luftwaffe. Zusätzliche 100.000 Reservisten sollen für Transport- und Nachschubeinheiten

mobilisiert werden können, ohne daß der Ausnahmezustand erklärt oder der Kongreß angerufen werden müßte (11). Die Verbände sind von einem neugebildeten Oberkommando abrufbar und nach dem „Bauklotz-Prinzip" zu „Truppenpaketen" zusammensetzbar. Man will so ein auf die jeweilige „Bedrohung .... zugeschneidertes" Militärpotential erhalten. Das Oberkommando wurde am 1. März 1980 auf der Luftwaffenbasis McDill in Florida gegründet und koordiniert Ausbildung, Manöver und ggf. künftige Einsätze der vielen „vorgemerkten" und wenigen fest unterstellten Verbände (vgl. Tabelle 2). Eine exakt umrissene bereits in Friedenszeiten organisch zusammenhängende Eingreiftruppe gibt es demnach nicht. Es ist deshalb eher angebracht, von „Eingreiftruppen" oder „RDF-Konzept" zu sprechen. Das Truppen-„Reservoir" – bereits einmal ironisch als „Kaltes Büffet" (12) bezeichnet – umfaßt hauptsächlich leichte und lufttransportfähige Einheiten, aber wenig Panzerverbände. Fast alle Truppen sind in den USA stationiert und im Krisenfall bereits für den Einsatz in Mitteleuropa vorgesehen. Sie erhalten als RDF-Verbände jetzt eine „Doppel-Verpflichtung" (dual commitment). Wesentliches Merkmal der Einsatzdoktrin ist das „Zuvorkommen" (Präemption): die RDF soll in das Zielgebiet gebracht werden, noch bevor der Gegner seine Truppen dort zum Einsatz bringen kann. Um den militärischen Gegner vor vollendete Tatsachen stellen zu können, wird eine zahlenmäßige Unterlegenheit zugunsten eines zeitlichen Vorsprungs inkauf genommen. Der Einsatz der RDF stünde unter einem sehr starken Zeitdruck. Politische Bedenkzeit ist nicht vorgesehen. Weil die RDF-Verbände zur Zeit nur bedingt in der Lage sind, von außen in ein bereits umkämpftes Gebiet einzudringen, müssen erste Luftlandeeinheiten bereits bei geringsten Krisenanzeichen einen Brückenkopf um ausgewählte Häfen und Flughäfen bilden, in/auf denen dann weitere Verbände auf dem Luft- oder Seeweg einträfen. Flugplätze sind wegen der großen Abhängigkeit vom Lufttransport,



aus: Harold Brown, Department of Defense Annual Report, Fiscal Year 1982, S. 190.
Diese Karte erscheint ohne den eingrenzenden fetten schwarzen Strich in Caspar W. Weinberger's Jahresbericht für 1983. Dies signalisiert die Unschärfe des Begriffes „Südwestasien" und deutet wiederum auf eine „globale" Perspektive.

außer direkt im/am Einsatzraum auch als Zwischenlandepunkte auf der Strecke zum Golf, dringend erforderlich. Unter welchen Umständen würde diese Kriegsmaschine in Bewegung gesetzt werden?

Kriegsspiele und politische Wirklichkeit

Die Vielfalt der erdachten militärischen Szenarien für den Einsatz der Eingreiftruppe läßt sich auf vier Haupttypen zurückführen (13).
Szenario 1 geht von einer „direkten militärischen Aggression" der Sowjetunion durch den gebirgigen Norden des Iran in Richtung auf die Öl-Felder am Golf aus. Obwohl sich die Erkenntnis, daß es sich hierbei um den unwahrscheinlichsten aller denkbaren Fälle handelt, auch bei Weinberger durchgesetzt zu haben schien (14), dient dieser schlimmste Fall (worst case scenario) weiterhin als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der RDF (15). Ein Abschneiden der westlichen Rohölzufuhr durch die UdSSR wäre tatsächlich kriegsauslösenden und ist entsprechend unwahrscheinlich. Auch aus rein militärischer Sicht regen sich zunehmend Zweifel an der Machbarkeit eines solchen sowjetischen Vorstoßes (16). *Szenario 2* betrachtet die Aggression seitens einer Regionalmacht", welche selbständig oder mit sowjetischer Unterstützung handelt. Hinter diesem Bild stand die Befürchtung, der Irak wolle Nachfolger des Iran als „Golf-Polizist" werden. Wegen der wechselseitigen Schwächung beider Konfliktparteien im Golf-Krieg war diese Befürchtung noch bis vor kurzem gegenstandslos. Die iranischen Teilerfolge lösten im Pentagon nun die Furcht vor einem starken Iran aus, der mit seinen expansiven religiös-politischen Zielsetzungen die innenpolitische Stabilität der pro-westlichen Golf-Anrainer, insbesondere die saudischen Ölprovinzen, bedroht. (17) *Szenario 3* berücksichtigt „Terrorismus, Rebellion oder Revolution" in wichtigen Regionalstaaten. Diese Erscheinungen „wurzeln letztlich in Armut, offizieller Korruption, autokratischer Herrschaft, übermäßig schneller wirtschaftlicher Entwicklung in einer rückständigen sozialen und religiösen Umgebung, schreiender Fehlverteilung von Reichtum, ungerechtem Landbesitz und ethnisch-religiösen Gegensätzen", kurzum in am Golf „verbreiteten Problemen". In diesem Umfeld ist der Einsatz militärischer Macht kontraproduktiv. (18) Auch wenn sie nicht alle Probleme lösen könne, so lautet die Argumentation, sei dies jedoch kein Argument gegen Militärpräsenz. Militärische Macht sei vielmehr Voraussetzung für jegliche politische Einflußnahme. (19) Obwohl *Szenario 4* selten öffentlich diskutiert wird, kann seine Existenz als sicher gelten. Es sieht vor, die arabischen Ölfelder zu besetzen, wenn die Saudis durch ein Embargo oder außergewöhnliche Preisanhebungen (20) die „vitalen Interessen" der USA mißachten. (21)

Militärische Macht und politischer Einfluß

Die Grenzen der Rapid Deployment Force sind offensichtlich. Weder kann sie die innenpolitische Stabilität der ölexportierenden Golfstaaten sicherstellen, noch ist ihre Fähigkeit, einen theoretisch denkbaren, höchst unwahrscheinlichen, sowjetiscen Vorstoß abzuschrecken, meß- oder nachweisbar. Die technischen Schwächen des Konzeptes und die unberechenbare Doktrin des Zuvorkommens tragen zur weiteren Verunsicherung der durch Szenario 4 beunruhigten konservativen Araberstaaten bei. Weil die derzeitige US-Außenpolitik in der Golf-Region vorrangig militärischen und wirtschaftlichen Zielen dient, bietet sie keine Antwort auf die aus Sicht der Regionalstaaten drängenden Probleme. Ein reines Militärkonzept kann niemals das Kernproblem der westlichen Industriestaaten lösen:

Tabelle 2

Das Truppen-„Reservoir“ der Rapid Deployment Force

Einheit/Verband Stationierungsort, Bemerkungen/Bewaffnung	unter- stellt	NATO- Rolle*)
Hauptquartier Rapid Deployment Joint Task Force McDill AFB, Tampa, Florida. (332 Personen starker integrierter Stab)	+	–
HEER		
Hauptquartier des 18. Luftlandekorps Ft. Bragg. North Carolina (Stab der beiden Luftlandedivisionen)	+	–
82. Luftlandedivision Ft. Bragg. North Carolina	+	+
101. Luftlandedivision (Luftkavallerie) Ft. Campbell, Kentucky	+	+
24. Panzergrenadierdivision Ft. Stewart, Georgia	+	+
9. Infanteriedivision Ft. Lewis, Washington	–	+
6. Luftkavalleriebrigade Ft. Hood, Texas	+	+
194. Panzerbrigade Ft. Knox, Kentucky	–	–
11. Flugabwehrbrigade Ft. Bliss, Texas	–	–
5. Special Forces-Gruppe (sog. „Grünen Barette“, Gegenguerillaeinheit)**) Ft. Bragg, North Carolina	+	–
2 Ranger-Battalione**	+	?
MARINE KORPS		
1 Amphibische Marinekampfgruppe (Marine Amphibious Force (MAF), bestehend aus einer Marineinfanteriedivision, einem Marinefliegergeschwader und Versorgungseinheiten) einschließlich der: 7. Marineinfanteriebrigade (Das Gerät dieser Brigade befindet sich vor Diego Garcia auf Transportschiffen eingelagert). Twenty-nine Palms, Kalifornien	+	–
MARINE *)**		
3 Flugzeugträgerkampfgruppen mit je einem Träger, 3-5 Kreuzern, Zerstörern und Fregatten		zum Teil
1 Überwasserkampfgruppe		zum Teil
5 U-Boot Jagd- und Aufklärungsstaffeln		zum Teil
3 Amphibische Transportgruppen (für Marineinfanterie)		?
7 Lager- und Transportschiffe (für die Marineinfanteriebrigade)		–
6 weitere Lager- und Transportschiffe.		

Einheit/Verband Stationierungsort, Bemerkungen/Bewaffnung	unter- stellt	NATO- Rolle*)
LUFTWAFFE		
Hauptquartier der 9. Luftflotte	+	?
1. Taktisches Kampfgeschwader Langley AFB, Virginia (F – 15C)		?
49. Taktisches Kampfgeschwader Holloman AFB, New Mexico (F 15)		?
27. Taktisches Kampfgeschwader Canon AFB, New Mexico (F - 111)		?
366.Taktisches Kampfgeschwader (F - 111)		?
347. Taktisches Kampfgeschwader Moody AFB, Georgia (F – 4)		?
354. Taktisches Kampfgeschwader Myrtle Beach, South Carolina (A – 10)		?
23. Taktisches Kampfgeschwader England AFB, Louisiana (A – 7)		?
552. Airborne Warning and Control Geschwader (E-3A AWACS)		?
150. Taktische Kampfgruppe der Nationalgarde (A – 7)		?
121. Taktisches Kampfgeschwader der Nationalgarde		?
57. Fliegerdivision (bis zu 28 B-52H Bomber für Minot. AFB, North Dakota (bis zu 28 B-52H Bomber für den konventionellen Einsatz sog. Strategic Projection Force; KC-135 Tankerflugzeuge, SR-71 und U-2RS Aufklärungsflugzeuge).		?
div. Staffeln und Geschwader des Strategischen Lufttransportkommandos sind für den Transport der Heereseinheiten eingeplant.		+

Legende:

*) Die Einheiten und Verbände, die bisher als Verstärkung der NATO in Mitteleuropa eingeplant sind, werden mit + bezeichnet; bestand keine Vormerkung erscheint –, ist dies nicht nachprüfbar, erscheint ?.

**) Es ist die Rede von „verschiedenen“ unterstellten Ranger- und special-Forces Einheiten. Der Einsatz der in Bad Tölz, in Italien und in Subic Bay (Philippinen) stationierten Einheiten ist wegen deren Nähe zum Persischen Golf nicht unwahrscheinlich.

***) Die Marine lehnt grundsätzlich die Unterstellung von Einheiten unter das Kommando der RDF in Friedenszeiten ab.

Quellen:

Public Affairs Office, Headquarter Rapid Deployment Joint Task Force (Hrsg.). Fact Sheet, o.O. (Tampa, Fla.), o.J. (November 1981), S. 3 f.
Jeffrey Record, The Rapid Deployment Force and U.S. Military Intervention in the Persian Gulf, Camebridge, Mass., February 1981, S. 54.
Michael T. Klare, Beyond the „Vietnam Syndrome“. U.S. Interventionism in the 1980's, Washington D.C., 1981, S. 73.
ÖMZ Heft 2/1982, S. 176.

Die Abhängigkeit vom Golf-Öl. Wann löst diese Abhängigkeit den Einsatz der RDF aus? Welche Ölproduzenten in der Region wären vorrangig betroffen?

Öl, Wachstum, Wohlstand und Macht.

Öl ist mit Abstand der wichtigste Energieträger in den kapitalistischen Industriestaaten und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Öl muß im Überfluß zur Verfügung stehen, um Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, und weil ein reibungsloses Funktionieren des extrem monopolisierten Marktes nur bei einem Angebotsüberschuß explosive Preissteigerungen vermeidet. (22) Von der Höhe und der Verteilung des Wirtschaftswachstums hängen Massenloyalität der Bevölkerung, Legitimation und Stabilität der Herrschaftssysteme ab. Wachstum und Wohlstand bestimmen die (außen-)politische Macht und den Handlungsspielraum jedes einzelnen

Staates. Vergleicht man die Abhängigkeitsgrade der westlichen Industrienationen vom Golf-Öl (Tabelle 3), so überrascht die *relativ geringe* Abhängigkeit der USA. (23) In diesen nackten Zahlen kann die Ursache für die massive Interventionsdrohung nicht liegen. Man muß zusätzlich die konkreten Auswirkungen eines Versorgungsausfalls berücksichtigen. Ein Ausfall der saudischen Lieferungen für den Zeitraum eines Jahres hätte in den USA ein Sinken des Bruttosozialproduktes um 300 Mrd. Dollar, einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 2% und einen Zuwachs der Inflationsrate um 20% zur Folge. Der Preis für ein Faß Rohöl würde sich über Nacht verdreifachen! (24) Mit dem Wohlstand zerbräche die Attraktivität des 'kapitalistischen Modells'. Mit der Wirtschaftsmacht der Kapitalistischen Staaten zerbräche die alte Weltwirtschaftsordnung. Ein verschärfter Konkurrenzkampf der westlichen Staaten untereinander um den knappen Rohstoff Öl würde die latenten Krisen in EG und NATO unerträglich verschärfen. (25) Außer der innenpolitischen Stabilität der USA wäre auch die außenpolitische – einschließlich der militärischen – Handlungsfähigkeit ruiniert. Während der ‚Ostblock' energiewirtschaftlich fast autark bliebe, wäre der Anspruch der USA, „Nummer Eins" bleiben zu wollen, nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Strategische Stabilität zwischen den Blöcken wäre ernsthaft gefährdet. Die Abhängigkeit der kapitalistischen Industriestaaten vom Golf-Öl wird sich mittelfristig nicht verringern; die der USA wird sich voraussichtlich noch erhöhen (Vgl. Tabelle 4).

Die Energieinnenpolitik unter Reagan besteht prinzipiell darin, sich auf die ‚Kräfte des Marktes' zu verlassen. Weil auf staatliche Interventionen verzichtet wird, wurde sogar geplant, das Energieministerium aufzulösen. (26) Die „strategische Erdölreserve", die die Auswirkungen eines plötzlichen Ölimportrückgangs abmildern soll, wurde nicht in dem ursprünglich geplanten Umfang weiter ausgebaut. (27) Unter Carter verabschiedete Gesetze für eine Energienotversorgung sind von der neuen Administration nicht weiterverfolgt worden: „Die US-Regierung ist nahezu völlig unvorbereitet, um mit Unterbrechungen der Ölimporte fertigzuwerden". (28) Der Rückgriff auf militärische ‚Lösungsmodelle' scheint unter diesen Umständen geradezu zwangsläufig! Als wichtigster Öllieferant für die USA ist Saudi Arabien potentiell am stärksten bedroht (Vgl. Tabelle 5).

Tabelle 3
Bedeutung des Golf-Öls für die Energieversorgung der westlichen Volkswirtschaften

Stand 1978

Kategorie	USA	EG	Japan
Rohölanteil am Gesamtenergieverbrauch	47 %	55 %	71 %
Importölanteil am Gesamtrohölverbrauch	44 %	87 %	100 %
Anteil des Golf-Öls am Gesamtrohölverbrauch	30 %	57 %	73 %
Anteil des Golf-Öls am Gesamtenergieverbrauch	7 %	28 %	51 %

aus: John M. Collins, Clyde R. Mark, Elisabeth Ann Severns, Petroleum Imports from the Persian Gulf: Use of U.S. Armed Force to ensure supplies. Library of Congress, CRS; in:
U. S. Congress, Senate, Comm. on Foreign Relations, Subcom. on Near Eastern and South Asian Affairs, U.S. Security Interests and Policies in Southwest Asia, 96th Cong., 2nd Sess., Hearings, S. 337.

Tabelle 4
Abhängigkeit vom Golf-Öl

Kategorie	USA	Japan	Westeuropa	gesamt
1979 (vorläufig)				
Rohölimporte in mmb/d*	7.8	5.6	12.8	26.2
Rohölimporte aus dem Golf (mmb/d)	2.4	4.1	8,0	14.5
Anteil der Golfimporte am Gesamtrohölimport	31%	73%	63%	55%
1985 (Vorhersage)				
Rohölimporte im mmb/d	8.0	6.0	13	27
Rohölimporte aus dem Golf (mmb/d)	3.0	5.0	8	16
Anteil der Golfimporte am Gesamtrohölimport	34%	73%	62%	56%

*) mmb/d = million barrels per day (Millionen Faß pro Tag).
1 Faß = ca. 159 Liter.

Quelle: U.S. Department of Energy. Aus: U.S. Congress, Senate U.S. Security ... a.a.O. (Tabelle III), S. 160.

Reagan erklärte, daß er ‚iranische' Entwicklungen im Königreich nicht hinnehmen würde und gab hiermit eine umfassende Sicherheitsgarantie für die Feudalherrschaft dort ab. (29) Seit zwei Jahren sind die Regionalstaaten am Golf jedoch nicht nur wegen ihres Besitzes an wertvollen Rohstoffen bedroht. Ein zweiter Faktor tritt hinzu.

Stützpunkte und „militärische Einrichtungen" der US-Streitkräfte.

Eine bereits 1975 durchgeführte Studie (30) ergab, daß Ölfelder und dazugehörige Förderanlagen militärisch nicht zu verteidigen sind. Ein Schutz dieser Anlagen muß bereits am Rande dieser hochempfindlichen Zonen aufgebaut werden. Der Schwerpunkt muß auf der Luftabwehr liegen. Hierfür benötigt man Flugzeugträger oder Flugplätze. Das erhöht, zusätzlich zur bereits dargelegten Abhängigkeit von Häfen und Flugplätzen für Transporte, die Bedeutung jener Regionalstaaten, die als Ölproduzenten keine Bedeutung haben, aber geeignete Basen besitzen. Mit Somalia, Kenia und Oman wurden bereits formelle Abkommen, mit Ägypten informelle Absprachen über die Nutzung von „militärischen Einrichtungen" abgeschlossen. Im Gegensatz zu voll ausgebauten Stützpunkten, die erfahrungsgemäß leicht Objekte anti-amerikanischer und anti-imperialistischer Proteste werden, genießen diese Einrichtungen einige Vorteile: sie sind billig im Unterhalt, erfordern wenig Personal und können trotzdem kurzfristig zu vollwertigen Basen ausgebaut werden. (31) Die Aktivierung dieser Einrichtungen muß wegen der Doktrin des Zuvorkommens bereits bei geringsten Anzeichen einer bevorstehenden Auseinandersetzung geschehen. Obwohl die Nutzung der Anlagen durch die USA der Zustimmung der sog. „Gastgeberstaaten" bedarf, ist es wegen dieser Doktrin sehr unwahrscheinlich, daß hierauf Rücksicht genommen wird. (32) In jedem Falle sind diese Einrichtungen militärische Ziele erster Ordnung.

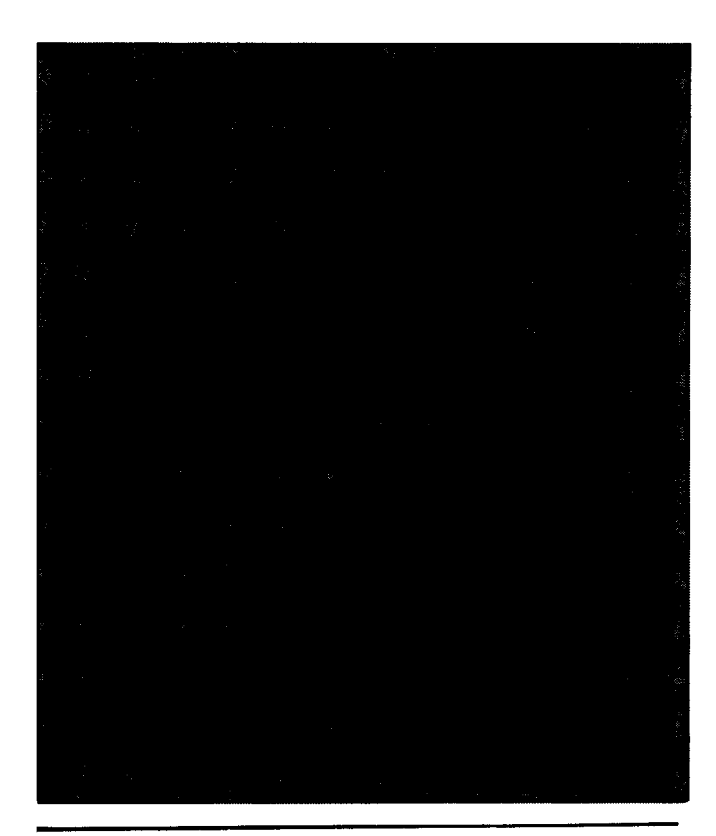


Tabelle 5
U.S. Öl - Importe nach Lieferländern in % am Gesamtölimport

Lieferland	1980	1981	1. Quartal 1982
Saudi-Arabien	21.72	24.62	20.71
Nigeria	14.72	13.56	17.73
Mexiko	9.28	10.07	13.41
Großbritannien	2.70	7.62	6.57
Indonesien	5.81	7.47	6.40
Kanada	3.62	3.24	5.31
Vereinigte Arab.Emirate	3.16	2.99	4.77
Libyen	9.43	7.62	3.2o
Venezuela	3.38	4.00	2.58
Algerien	7.83	5.47	2.48

Quelle: errechnet nach absolut. Zahlen in „The Petroleum Economist" (London) No. 6/1981 u. No. 6/1982. Die Werte ändern sich von Quartal zu Quartal z.T. erheblich und müssen im Zusammenhang mit der Ölpreispolitik der Lieferländer gesehen werden. Die Struktur d. Spitzengruppe bleibt jedoch relativ konstant.

Berücksichtigt man die militärischen Verwendungszwecke und die geographische Nähe dieser Einrichtungen zum Epizentrum eines möglichen Konflikts und zu sowjetischen Stützpunkten in Südwestasien, so ist die Bedrohung weiter eingrenzbar. Tabelle 6 (33) zeigt, wo sich die „militärischen Einrichtungen" räumlich konzentrieren und wo zusätzlich in sie investiert wird: in Oman und Ägypten. Auffallend ist, daß bei allen bekannten graphischen Darstellungen der US-Anlagen in Südwestasien ein Staat stets ‚unbefleckt' bleibt: Saudi Arabien.

Die Sonderrolle Saudi Arabiens.

Trotz ihrer beachtlichen Größenordnung finden die saudisch-amerikanischen Beziehungen auf dem Militärsektor, – vom AWACS-Verkauf einmal abgesehen –, kaum öffentliche Beachtung. Dieses Informationsdefizit wird mit Bedacht aufrechtzuerhalten versucht: Obwohl Wünsche des Pentagon nach Stützpunkten auf saudischem Territorium von Riyadh zurückgewiesen wurden, (34) um den Anschein einer zu engen Bindung an die USA zu vermeiden, sind die Saudis faktisch einer der „engsten Verbündeten" der USA. Werden sich die USA in einem Konflikt im Mittleren Osten engagieren, ist Saudi Arabien das „wahrscheinliche Schlachtfeld". (35) Die Abteilung Mittelost des US-Heerespionierkorps plant und überwacht den Aufbau der wichtigsten Luftwaffen-, Heeres- und Marinestützpunkte, der Kommandozentralen und Hauptquartiere aller Teilstreitkräfte und der Nationalgarde. Sie übt hierbei die Funktion eines Generalunternehmers aus und nimmt die Vertragsvergabe an Zivilunternehmen eigenverantwortlich vor (36). Die Nationalgarde (SANG), „deren ausschließliche Aufgabe der Schutz der königlichen Al-Saud Familie ist" und die eine Gegenmacht zum Heer darstellt (37), wurde nach US-Plänen reorganisiert und aufgerüstet. Fast sämtliche Beschaffungsprogramme für die hochmodernen Waffensysteme wurden von den US-Streitkräften oder amerikanischen Privatfirmen betreut. Drei der vier großen Luftwaffenbasen der saudischen Luftwaffe wurden 1979 von US-Offizieren befehligt (38) (Vgl. Abbildung 7). Weil auf einigen Basen Bodengeräte für Jagdbomberstaffeln in mehreren Sätzen bereitgestellt wurden, können US-Staffeln kurzfristig hierherverlegt werden. Unter Beteiligung der Mitgliederstaaten des von Saudi Arabien angeregten Golf-Kooperationsrates (GCC) befindet sich ein komplettes Luftabwehrsystem für die Fördergebiete im Aufbau, zu dem die AWACS-Flugzeuge das Fundament legen. (39) Neben den großzügig angelegten internationalen (Prestige-) Flughäfen sind aus Sicht der Pentagon-Planer vor allem die ultramodernen Hafenanlagen an der saudischen Küste interessant. Weil sie fast ausnahmslos über geeignete Spezialentladeeinrichtungen und Container-Terminals verfügen, (40) bieten sie sich zum Anlanden der Marineinfanteriebrigaden an. Die detaillierte Kenntnis des saudischen Militärapparates und dessen hochgradige Durchsetzung mit Personal und Material aus den USA schafft optimale Voraussetzungen für den Einsatz der RDF von und auf saudischem Territorium. Bei Ausbruch eines Kon-



The view from Whitehall, circa 1890.

Tabelle 6

„Militärische Einrichtungen" für die Rapid Deployment Force in Südwestasien

Name	Basen-Typ **)	Abkommen	Investitionen ***)	Bemerkungen
Ägypten				
Kairo-West	AFB; (2),(1)	nein	–	Während der Manöver 'Bright Star' befand sich das Hauptquartier der RDF auf dieser Lufwaffenbasis.
Ras Banas	AFB, AB; (3),(2),(1)	nein	106.4	Materiallager und Unterkünfte für mindestens eine US-Heeresdivision werden errichtet. Gesamtinvestitionen sollen 400 Mio. US-$ erreichen. Ras Banas wird zum Umschlagzentrum für Versorgungsgüter der RDF.
Alexandria	NB;(1),(5)	–	–	Alle drei Häfen werden von US-amerikanischen Marineeinheiten bereits heute mitbenutzt (6. Flotte).
Marsa	NB;(1),(5)	–	–	
Port Said	NB;(1),(5)	–	–	
Sudan				
Suakin	NB (?)	–	–	Dieser südlich von Port Said gelegene Hafen befindet sich an einer strategisch wichtigen Straße.
Kenia				
Mombassa	AFB, NB; (5),(1),(2)	ja	26.0	Flugplatz und Hafen werden ausgebaut. Zur Seeüberwachung und als Transitflughafen nutzbar.
Nairobi	AFB, NB; (5),(1)	ja	–	Wird bereits von Marineeinheiten im Indik angelaufen. Der 'Embakasi'-Flughafen könnte Transitzwecken dienen.
Nanyuki	AFB; (5)	ja	–	Schutz der Tanker - Routen.
Somalia				
Berbera	AFB, NB; (5),(2),(1)	ja	24.0	Dieser ehemals sowjetische Stützpunkt besitzt Start- u. Landebahnen, die für Fernbomber u. Transportmaschinen geeignet sind, nicht aber dazugehörige Bodeneinrichtungen. Zunächst wird d. Hafen ausgebaut. Von Berbera aus lassen sich sowohl der an der afrikanischen Küste entlanglaufende Tanker-Verkehr als auch sowjetische Aktivitäten im Roten Meer und dem Indik kontrollieren.
Mogadishu	AFB, NB; (5),(2)	ja	–	Wichtig für Schutz des Tanker-Verkehrs entlang d. afrikanischen Küste und ggf. als Transitflughafen.
Kismayo	AFB, NB:(5)	ja	–	Schutz der Tanker - Routen.
Djibouti	AFB, NB; (5), (1)	–	–	Heimathafen des französischen Indik-Marineverbandes; wird für US-Aufklärungsflüge mitbenutzt.
Bahrein	NB	Ja		Seit mehreren Jahren Heimathafen des kleinen, aber an Bedeutung gewinnenden US-Marinegeschwaders im Golf (MIDEASTFOR).

fliktes, der die saudische Feudalherrschaft innen- oder außenpolitisch existentiell gefährdet, wird das Königshaus sehr wahrscheinlich seine Distanz zu den USA aufgeben und letztere würden quasi über Nacht ein modernes, ihnen wohl vertrautes Stützpunktsystem hinzugewinnen. Bisher wurden nur die Gefährdungen der Länder, Staaten und der über sie Herrschenden betrachtet. Dies bedarf dringend einer Ergänzung. Auch ohne eingesetzt zu werden, hat die Rapid Deployment Force bereits unmittelbare Folgen auf die Gesellschaften der bisher angesprochenen Staaten.

Militarisierung, Unterdrückung und soziale Kosten von Rüstung

Wenn die Außenpolitik der USA zur Erreichung ihrer Ziele auf den Status Quo in feudal beherrschten Gesellschaften (Saudi Arabien und Oman) oder autoritär regierter Staaten (Ägypten, Sudan, Pakistan, Somalia) zwingend angewiesen ist, muß sie soziale Veränderungen prinzipiell als Gefährdung eigener Interessen ansehen. Das Militär ist in allen bisher genannten Gesellschaften die mächtigste Fraktion. Eine militär-gestützte Außenpolitik der USA stärkt diese (vor-) herrschende Fraktion aus zwei Gründen zusätzlich: weil sie außenpolitisch die US-Politik mitträgt und dafür mit Waffen entlohnt wird, und weil sie den USA innenpolitische „Stabilität" zu garantieren scheint. Diese Stärkung der innenpolitischen Macht des Militärs führt gleichzeitig zu einer verstärkten Militarisierung (41) und zu einer Perfektionierung des Unterdrückungsapparates. Letzteres bewirkt wiederum erhöhte ‚Förderungswürdigkeit'. Der Abzug finanzieller Ressourcen aus Sozial- und Wirtschaftsprogrammen tritt als Folge der Militarisierung auf. (42) Bei fehlenden

Name	Basen-Typ **)	Abkommen	Investitionen ***)	Bemerkungen
Oman				
Khasab	AFB; (4)	ja	ca. 5.0	Dieser kleine Luftwaffenstützpunkt liegt auf der Halbinsel Musandem, die sich in die Meerenge von Hormuz hineinstreckt.
Raysut	NB	ja		Mina Raysut, nahe Salalah, wird zu einem bei jedem Wetter benutzbaren Nachschubhafen ausgebaut.
Masirah	AFB; (5),(4) (2),(1)	ja	40.0	Die Landebahn wird verlängert um auch durch größte Transportflugzeuge benutzt werden zu können (C-5). Betriebsstoff u. Munitionsdepots werden angelegt. Nach Fertigstellung 1983 /84 werden max. 100 Techniker hier verbleiben. Masirah ist wichtiger Dreh- und Angelpunkt künftiger Operationen der RDF in Südwestasien und nahm während des letzten RDF-Manövers Teile des Hauptquartiers auf.
Matrah	NB; (1),(5)	ja		Nutzungsrechte f. Mina Quaboos.
Seeb	AFB; (4),(2)	ja	36.0	Auf diesem internationalen Flughafen werden Betriebsstoff- und Munitionslager gebaut; Start- und Lande- und Rollbahnen verbessert. Seeb liegt in der Nähe der strategisch wichtigen Straße von Hormuz

Name	Basen-Typ **)	Abkommen	Investitionen ***)	Bemerkungen
Oman				
Thumrait	AFB, AB; (4),(3),(2)	ja		700 Mio. US-$ werden zum Ausbau des Luftstütztpunktes, 72 Mio. für einen Heeresstützpunkt verbraucht. Es ist unklar, ob der Heeresstützpunkt für omanische oder ausländische Truppen gebaut wird. Thumrait liegt nahe der Grenze zur Volksrepublik Jemen (!)

Legende:
*) Nicht aufgenommen wurden der Stützpunkt Diego Garcia, NATO-Basen und „Militärische Einrichtungen" über die keine zuverlässigen Informationen vorliegen oder die noch Gegenstand von Verhandlungen sind.

**) AFB = Air Force Base (Luftwaffenbasis); AB = Army Base (Heeresstützpunkte); NB = Naval Base (Marinestützpunkt). (1): support for peacetime presence (zur Unterstützung von Truppenpräsenz in Friedenszeiten). (2): enroute access for closure of reinforcements((Zwischen-)landemöglichkeit zum Einfliegen von Versorgung). (4): forward operating bases (vorgeschobene Operationsbasen). (5): support for sea-control operations (Unterstützung der Aufrechterhaltung der Seeherrschaft). Vgl. US. Congress. House of Representatives, Com. on Appropriations, Subcom, on the Department of Defense, 97th Cong., 1st Sess., Part 1, Washington D.C., 1981, S. 368.

***) Für das Haushaltsjahr 1982 (FY 82) in Millionen US-Dollar. Die Bauprogramme erstrecken sich in der Regel weitüber FY 82 hinaus. Diese Zahlen sind daher als vorläufig zu betrachten.

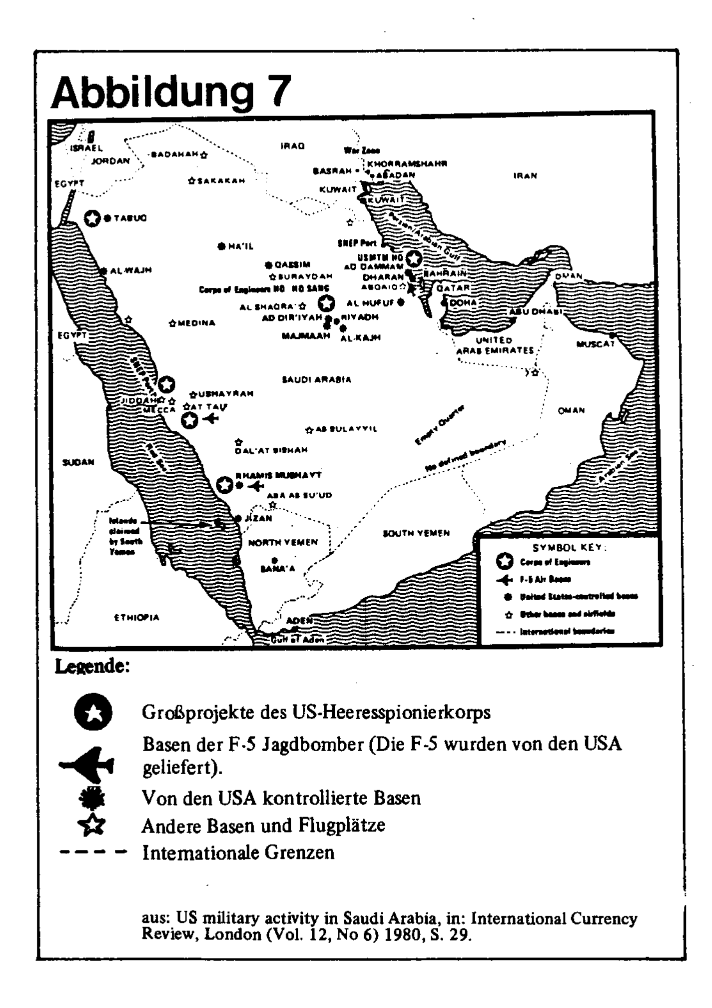
Quellen:
Aviation Week & Space Technology, 16.3.1981, S. 14 f. Asa Bates, The Rapid Deployment Force-Fact or Fiction. in: RUSI (Vol. 126 No. 6) Juni 1981, S. 28. Marine-Rundschau 8/81, , S. 432. Österreichische Militärische Zeitschrift 1/1981, S. 70, Times v. 18.11.1981. Financial Times v. 13.11.1981. Thomas M. Johnson, Raymond T. Barrett, Omani Navy: Operating in Throubled Waters, in: Proceedings, March 1982. S. 103. Michael Baron von Wittken-Jungnik, Die Militärische Interessensicherung des Westens im Mittleren Osten, in: Europäische Wehrkunde 9/81, S. 395. U.S. Congress, House of Representatives Comm. on Foreign Affairs, Subcom, on Europe and the Middle East, U.S. Interests in, and policies toward, the Persian Gulf, 1980, Hearings, 96th Cong., 2nd Sess., Washington D.C. 1980, S. 65.

Spielräumen im Staatshandel fallen die sozialen Kosten der Rüstung früher als in den wohlhabenden Industriegesellschaften an und haben härtere Auswirkungen als dort. Die zynisch gebrauchte Vokabel „totrüsten" bekommt hier eine neue, fürchterliche Bedeutung.
Obwohl das drängendste sicherheitspolitische Problem aus Sicht der USA der Golf ist und die Eingreiftruppen sich primär auf einen Einsatz in diesem Raum konzentrieren, wurde bereits im ersten Abschnitt deutlich, daß ein möglicher Einsatz der RDF an jedem anderen Punkt der Welt als selbstverständlich angesehen wird. Hierauf soll nun näher eingegangen werden.

Die RDF als Instrument einer globalen Interventionspolitik

Die RDF faßt das gesamte Interventionspotential der US-Streitkräfte zusammen. Mit der „schnellsten Aufrüstung seit Vietnam" (43) wurde es auf eine qualitative Höhe gebracht, die es immerhin dazu befähigen soll, eine Konfrontation mit der Roten Armee erfolgreich durchstehen zu können.

Gemessen hieran sind begrenzte Konflikte mit Staaten der Dritten Welt so wenig „anspruchsvoll", daß der Einsatz der gesamten RDF kaum notwendig sein würde. Um Interventionen mittlerer und geringer Intensität durchführen zu können, ist es ausreichend, auf Teile aus dem „Kalten Büffet" zurückzugreifen. (44) Militärische Interventionen geringer bis mittlerer Intensität wurden in der Vergangenheit von den USA mehrfach vorgenommen. Interventionen dieser Größenordnung können wegen der umfassenden militärisch-technischen Verbesserungen der Interventionskapazität nun aber künftig leichter durchgeführt werden. Neben der in den Szenarien 2 bis 4 dargestellten Bedrohung der Golf-Staaten besteht in dieser ‚Erleichterung' von Interventionen die



Legende:

Großprojekte des US-Heeresspionierkorps
Basen der F-5 Jagdbomber (Die F-5 wurden von den USA geliefert).
Von den USA kontrollierte Basen
Andere Basen und Flugplätze
Internationale Grenzen

aus: US military activity in Saudi Arabia, in: International Currency Review, London (Vol. 12, No 6) 1980, S. 29.

zweite große Gefahr für die Dritte Welt.
Aussagen über die Interventions*fähigkeit* bleiben so lange unvollständig, wie sie nicht durch eine Betrachtung der Interventionsbereitschaft ergänzt werden.

Die Dritte-Welt – Politik der Regierung Reagan . . .

. . ist lediglich eine Ableitung der verschärften Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. „Unsere Interessen sind global und stehen im Konflikt mit denen des sowjetischen Systems", formulierte Sicherheitsberater Clark kürzlich. (45) In dieser geostrategischen Sichtweise ist die Dritte Welt zunächst als „Schauplatz der globalen Herausforderung" durch die UdSSR von Interesse. (46) Das reaktionäre Festhalten an der Ost-West-Perspektive schließt eine Auseinandersetzung mit der Nord-Süd Problematik aus. Nach den Kriterien (a) Besitz an strategischen Rohstoffen, (b) geostrategische Bedeutung und (c) historische Verbindung mit den USA teilt die Administration ihre Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt in zwei Klassen ein. Zu den Gebieten und Staaten (1) großer (sicherheits-)politischer „Verpflichtung" gehören der Nahe Osten, Lateinamerika und Ostasien. Besondere Aufmerksamkeit genießen der Persische Golf, Mittelamerika, Südkorea und die Philippinen. Jene Staaten, für die nur (2) geringe Interessen bestehen, genießen „gütige Nichtbeachtung" (benign neglect). (47) In konsequenter Weise wird Wirtschaftshilfe künftig ausschließlich nach nationalen Sicherheitsinteressen der USA an Staaten der Klasse (1) vergeben. (48).

Globalstrategie

Die Bemühungen der Reagan Administration um eine zusammenhängende Gesamtstrategie sind mittlerweise vorläufig abgeschlossen. (49) Was bedeutet das für die Dritte Welt?
(a) Um „sich mit der sowjetischen Agression auf einer weltweiten Basis auseinandersetzen" zu können, bedarf es nach Vorstellung Weinbergers des erhöhten Abschreckungswertes einer Strategie der horizontalen Eskalation: (50) „Gegenoffensiven" müssen dort gestartet werden können, wo man sich die „Schwächen" des Gegners „voll zu nutze" nachen kann. (51) Die RDF bietet die völlige „Flexibilität", um solche „Schwächen" der Sowjetunion in der Dritten Welt auszunutzen. Nach Vorstellung Weinbergers sind Kriege prinzipiell ohne Rückgriff auf Atomwaffen führbar, (52) mithin wieder geeignete Instrumente für Großmachtpolitik. Obwohl die Doktrin der horizontalen Eskalation primär auf die „Flanken" der Sowjetunion zielt, kann man davon ausgehen, daß hierzu neben Nord- und Süd„flanke" in Europa, Afghanistan/Südwestasien, Nord-Korea und Kuba, vor allem die Sowjetischen Stützpunkte in der Dritten Welt und die Regionen sowjetischen Engagements in Afrika zählen. Die horizontale Eskalation ist deshalb auch eine Bedrohung von Teilen der Dritten Welt.

(b) Die Militärpolitik in der Dritten Welt ist eine Synthese aus der gescheiterten Nixon-Doktrin (53) und der Politik direkter Interventionen in der Kennedy-Ära. Weil sie sich in der „turbulenten Umgebung" einer „komplexen, interdependenten Welt" (54) weder auf einzelne zerbrechliche Stellvertretermächte, noch ausschließlich auf das eigene Militärpotential verlassen können, verfolgen die USA eine neue „Koalitionsstrategie". „Freunde und Verbündete" in der Dritten Welt werden durch einen „fundamental neuen Ansatz" (55) in der Vergabe von Militärhilfe massiv und gezielt aufgerüstet. Ihre so verbesserte ‚Selbstverteidigungsfähigkeit' soll sie in die Lage versetzen, regionale Konflikte, an denen die UdSSR nicht beteiligt ist, zu unterdrücken. Nach einem Subsidiaritäsprinzip intervenieren US-Truppen erst dann, wenn das Potential der „Freunde" nicht mehr ausreicht. (56) Interventionen der USA werden so leichter vorherseh- und berechenbar. Ein zusätzliches Gefahrenmoment liegt in der Zwangsvorstellung Washingtons, die eigene Bündniszuverlässigkeit unter Beweis stellen zu müssen, unter der die USA seit dem Sturz des Shah leiden.

Ökonomische Interessen . . .

. . waren und sind stets eine der wichtigsten Ursachen für US-Mitlitärinterventionen. Neben das bekannte Motiv, Absatzmärkte und Kapitalinvestitionen in der Dritten Welt



". . . And Ivan the Terrible grew bigger and uglier and nastier, but the poor Pentagon had no money to stop him . . ."

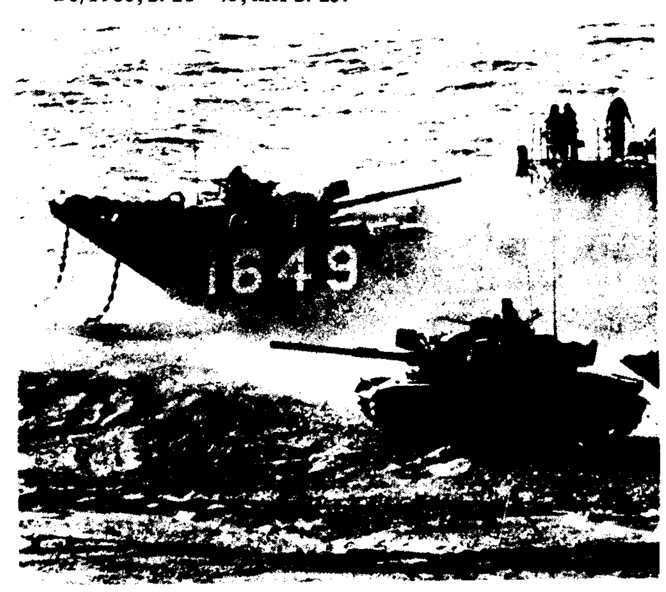
Oliphant *Washington Star*, December 24, 1976

notfalls auch militärisch abzusichern, tritt seit geraumer Zeit die Vorstellung, Bezugsquellen strategisch wichtiger Mineralien ggf. durch „Ressourcen-Kriege" offenhalten zu müssen. Dieser nach seinem prominentesten Vertreter „Haig-Doktrin" genannte Ansatz (57) baut auf den Vorstellungen von Brown und Carter auf und ist der jüngste Beweis für die Überwindung des „Vietnam-Syndroms" im militärischen und politischen Establishment der USA. Die öffentliche Reaktion in den USA auf die El Salvador Interventionspolitik hat deutlich gezeigt, daß die Angst vor einem neuen Vietnam in der Bevölkerung und in Teilen des Kongresses immer noch gegenwäritg ist. Die Neigung zu einem neuen Interventionismus ist jedoch im Wachsen begriffen. Die RDF als Interventionspotential neuer Qualität muß vor diesem Hintergrund als eminente Bedrohung der Dritten Welt im allgemeinen und Südwestasiens im besonderen eingeschätzt werden.

Thomas Horlohe

Anmerkungen:

1) Der jeweils im Januar verfaßte Bericht des Verteidigungsministers an den Kongreß ist eines der wichtigsten sicherheitspolitischen Grundsatzdokumente, in dem der Minister – oft in sehr drastischer Form – seine Vorstellungen entwickelt.
2) Harold Brown, Department of Defense Annual Report, Fiscal Year 1981, Washington D. C. 1980, S. 45, S. 62. (Übers. durch d. Verf.)
3) Den Begriff prägte: Michael T. Klare, Mit der RDF zum schnellen Eingriff. Die Brown Doktrin, aus: The Nation, March 8, 1980 in: Michael T. Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen . . . Die Entwicklung der neuen Interventionspolitik der USA, Militärpolitik Dokumentation (Jg. 6, Heft 26) 1982, S. 31 – 38.
4) Der Wortlaut der „Botschaft zur Lage der Nation", deren außenpolitischer Teil dann später Carter-Doktrin genannt wurde, findet sich in: „Wireless Bulletin from Washington" (im folgenden: WB) vom 25. 01. 1980, S. 1 – 9.
5) U. S. Cong., House, Com. on the Budget, Military Readiness and the Rapid Deployment Joint Task Force (RDJTF), Hearings, 96/2, Washington D. C., 1980, S. 52. Statement Kelley. (Übers. durch d. Verf.).
6) Vgl. David C. Jones, United States Military Posture for FY 1982, Washington D. C. 1981, S. 55.
7) U. S. Cong., House, Com. on Armed Services, Military Posture and H. R. 2614, 97/1, Hearings, Washington D. C., 1981, S. 1109. Statement David C. Jones. (Übers. durch d. Verf.) Jones war zu jenem Zeitpunkt Chef des Vereinigten Generalstabes, d. h. höchster US-Militär.
8) Caspar W. Weinberger, Defense Department Annual Report, Fiscal Year 1983, S. III – 105.
9) Der Begriff „Southwest Asia " tauchte erst nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan im offiziellen Schrifttum auf und signalisiert gegenüber den zuvor benutzten Begriffen „Middle East" und „Persian Gulf" eine inhaltliche Verbindung von Afghanistan-Invasion, strategischer Bedeutung des Golfs und dem sowjetischen Engagement in Äthiopien und der Volksrepublik Yemen.
10) Zbigniew Brzezinski, zit. nach: „Amerika beharrt auf einer stärkeren Arbeitsteilung in der NATO", FAZ v. 27. 04. 1981. Die „Verteidigungsrichtlinien 1984 – 88" des Pentagon schreiben ausdrücklich den dritten Platz Südwestasiens in der Prioritätenliste der zu verteidigenden Regionen fest; vgl. Richard Halloran, „Pentagon Draws up First Strategy For Fighting a Long Nuclear War', NYT 30.05. 1982, S. 1 und 12.
11) Vgl. U. S. Cong., Senate, Com. on Armed Services, Subcom. on Manpower and Personnel, Providing greater Flexibility for the Armed forces in ordering Reserves to Active Duty, Hearings, 96/2, Washington D. C., 1980, passim.
12) Thomas Toch, Rapid Deployment: A Questionable Trump, in: Parameters (Vol. 10, No. 3) September 1980, S. 89 – 91, hier: S. 91.
13) Eine eingehendere Darstellung der drei ersten Szenarien bei: Jeffrey Record, The Rapid Deployment Force and U. S. Military Intervention in the Persian Gulf, Washington D. C., 1981, S. 8 – 17.
14) George C. Wilson, „Weinberger's Mission shifts U. S. Priorities On Threats in Mideast", IHT v. 15. 02. 1982.
15) Richard Halloran, „Pentagon Draws Up . ." a. a. O. (Anm. 10).
16) Vgl. Keith A. Dunn, Constraints on the US SR in Southwest Asia: A military analysis, in: Orbis, Fall 1981, S. 607 – 629; Joshua M. Epstein, Soviet Vulnerabilities in Iran and the RDF Deterrent, in: International Security (Vol. 6, No. 2) Fall 1981, S. 126 – 158.
17) Ein hoher Anteil der Arbeiterbevölkerung in den Fördergebieten ist schiitischer Religionszugehörigkeit. Der Iran strahlt mit Rundfunk in diese Gebiete ein und unterstützt, wie jüngst in Bahrein bekannt wurde, Widerstandsgruppen aktiv.
18) Jeffrey Record, The Rapid . . ., (a. a. O.), (Anm. 13), S. 17. (Übers. durch d. Verf.).
19) Vgl. Sharam Chubin, U. S. Security Interests in the Persian Gulf in the 1980's, in: Deadalus (Vol. 109, N. 4) Fall 1980, S. 31 – 65, hier: S. 52.
20) Die ursprüngliche Forderung der USA „Zugang zu den Ölquellen", wird in offiziellen und offiziösen Stellungnahmen durch „angemessene" Versorgung verdrängt, und seit einiger Zeit mit der Forderung „zu vernünftigen Preisen" ergänzt!!
21) Zu Szenario 4: Michael T. Klare, Ist Esso den Tod wert?, aus: The Progressive (Vol. 44 No. 7) July 1980, in: Michael T. Klare, Jederzeit, überall . . ., a. a. O. (Anm. 3), S. 39 – 51, hier: S. 45.
22) Vgl. Harald Müller, Erdöl und Sicherheit, Zur westlichen Energiepolitik nach der „zweiten Energiekrise", in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament') B6/1980, S. 21 – 45, hier S. 25.



Landung amerikanischer Amphibienfahrzeuge in der Türkei

23) Im ersten Halbjahr 1981 machte der Anteil des Golf-Öls am gesamten Ölverbrauch in den USA 8 %, Großbritannien 42 %, in Frankreich 73 %, in der BRD 31 %, Italien 56 %, Japan 59 % und in Südkorea 90 % aus. Vgl. U. S. Cong., House, Military Construction Approp. for 1983, Part 5, Hearings, 97/2, Washington D. C., 1982, S. 263.
24) „Why the next oil crisis could be a disaster", Business Week v. 23. 11. 1981. Der Artikel bezieht sich auf 1980 angefertigte Studien.
25) Vgl. Elno R. Zumwalt, Worth H, Bagley, „An Infomed View. Persian Gulf Energy Sources: An American Challange", The Journal of Commerce (New York) v. 18. 01. 1980.
26) Milton Benjamin, „U. S. Study Assails Plan To Kill Energy Agency", IHT v. 03. 08. 1982.
27) „Why the next oil crisis . .", a. a. O. (Anm. 24). „Außerdem gibt es keine anerkannte Methode", diese Reserven „auf Raffinerien zu verteilen"!
28) Zit. nach: „Why the next oil crisis . .", a. a. O. (Anm. 24).
29) Unter dem Szenario 3 wurde ein Gegenputsch von US-Fallschirmjägern im Falle einer Rebellion gegen das Saud-Regime diskutiert. Vgl. Juan Cameron, What If? US Military Strategy for the Middle East, in Military Review (Vol. 59, No. 11) 1979. S. 8 – 17
30) U. S. Cong., House, Com. on International Relations, Subcom. on Investigation, Oilfields as military objectives. A feasibility study, 94/1, Washington D. C., 1975. Der Inhalt wird z. T. referiert bei: Sir John Hackett, Der Schutz der Ölversorgung: Militärische Erfordernisse, in: Christoph Bertram (Hrsg.), Dritt-Welt Konflikte und internationale Sicherheit, Bonn, 1981, S. 155 – 169.
31) Zum Konzept der „milit. Einrichtungen": U. S. Cong., House, Com. on Foreign Affairs, Subcom. on Europe and the Middle East, U. S. Interests in, and Policies toward the Persian Gulf, 96/2, Hearings, Washington D. C., 1980, S. 76 f. Statement Robert Komer.

32) US-Transportmaschinen landeten während des Geiselbefreiungsversuches im Iran ohne Erlaubnis des Sultans von Oman auf der „militärischen Einrichtung" der USA auf der Insel Masirah, obwohl Oman als der engste Verbündete der USA im Gebiet angesehen wird! Vgl. P. Lewis Young, „Oman and its strategic role in the Gulf", in: Asian Defence Journal 6/1981, S. 62.
33) Der beschränkte Ansatz dieses Artikels rechtfertigt keine ausführliche Auseinandersetzung mit der sowjetischen Präsenz in der Region oder einen Kräftevergleich.
34) Dieses Verlangen wurde im Frühjahr '81 nochmals Reagan persönlich vorgelegt. Vgl. Asian Defence Journal 5/1981, S. 77.
35) The Defense Monitor (Vol. 10, No. 4) 1981, The U. S. Military in Saudi Arabia: Investing in Stability or Disaster?, Washington D. C. 1981, S. 9.
36) Vgl. „Saudi assignment appreciated abroad more than at home", in: Engineering News Record v. 17. 02. 1977, S. 28 – 38, hier: 31.
37) Saad Eddin Ibrahim, Superpowers in the Arab World, in: The Washington Quarterly (Vol. 4, Vol. 3) 1980, S. 24 – 30, hier: S. 29.
38) Vgl. U. S. military acitvity in Saudi Arabia, in: International Currency Review, (Vol. 12, No. 6) 1980, S. 24 – 30, hier: S. 29.
39) Vgl. ÖMZ, Heft 2/1982, S. 166 – 169; Joseph Fitchett, „Saudi move to coordinate air defense in Gulf", Dawn (Karachi) vom 22. 04. 1982; „$ 114, US arms deal, to Bahrain", Egyptian Gazette (Kairo) v. 21. 04. 1982; „Gulf Council Viability Linked to AWACS", AW&ST v. 26. 10. 1981, S. 20 f.; Caspar W. Weinberger, Defense . . ., a. a. O. (Anm. 8), S. I – 15, II – 97, II – 105, III – 107; George C. Wilson, „U. S. Urges Saudis to Help Cairo Build Jets", IHT v. 06. 10. 1982, S. 1; ders., „U. S. Will Sell Bahrain Jet Fighters As the Foundation of Its Air Force", IHT v. 24. 09. 1982, S. 1.
40) Vgl. Ports Authority Riyad (Hrsg.) Ports Information. o. O. (Riyad), Oktober 1980, passim.
41) Unter Militarisierung wird die Übertragung militärischer Normen und Verhaltensweisen auf zivile Gesellschaftsbereiche und die Überordnung der Ansprüche des Militärs über die anderer Gesellschaftsgruppen verstanden.
42) Krasses Beispiel ist Ägypten, das zur Zeit eine moderne Rüstungsindustrie aufbaut. In Oman beträgt der Anteil der Militärausgaben am gesamten Staatshaushalt ca. 45 %.
43) So DER SPIEGEL vom 14. 07. 1980 in einer Überschrift.
44) Vgl. U. S. Cong., House, Com. on Armed Services, Subcom. on Seapower and Strategic and Critical Materials, Military Posture and H. R. 6495, Part 3, Hearings, Washington D. C., 1980, S. 152 f. Statement Gen. Kelley.
45) International Communication Agency, United States Mission (Hrsg.), „Official Text", clark speech at georgetown, Berlin, 24. 05. 1982, S. 3. (Übers. durch d. Verf.).
46) WB v. 12. 03. 1982, S. 6 (James Buckley, Under Secretary of State for Security Assistance, vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses am 11. März 1982.)
47) J. J. Mojdehi, America and the Third World: Return to the Past, in: Survival (Vol. 24, No. 2) March/April 1982, S. 78 – 86, hier: S. 79.
48) Vgl. Joseph Fitchett, „U. S. Said to Issue Guidelines Tying Foreign Aid to Security Interests", IHT v. 07. 05. 1982, S. 1 u. 3.
49) Vgl. William P. Clark, a. a. O. (Anm. 45), S. 1. Die beiden wichtigsten Dokumente der nun formulierten Sicherheitspolitik sind die „Verteiddigungsrichtlinien für die Haushaltsjahre 1984 – 88" des US-Verteidigungsministeriums (Vgl. George C. Wilson, „Pentagon Document Stresses Priority of Defending Gulf's Oil", IHT v. 03. 06. 1982, S. 2 u. Richard Halloran, „Pentagon Draws . . .", a. a. O. (Anm. 10) und das „NSDD-32" genannte Papier des Nationalen Sicherheitsrates, das auf dem Pentagon-Papier aufbaut (vgl. Clarence A. Robinson, „Strategy Keys Military Plans to Policies", AW&ST v. 19. 07. 82 S. 113 – 116).
50) Während die vertikale Eskalation den qualitativen Übergang von sub-konventioneller (Guerilla, Sabotage) über konventionelle, taktisch-nukleare zu strategisch-nuklearer Kriegsführung einkalkuliert, bezeichnet horizontale Eskalation den Vorsatz, militärische Aktionen räumlich auszudehnen, bzw. Schwerpunkte regional zu verlagern.
51) WB v. 05. 03. 1981, S. 22. (Weinberger vor dem Streitkräfteausschuß des Senates).
52) Vgl. WB v. 09. 03. 1981, S. 13. (Weinberger vor dem Streitkräfteausschuß des Senates).
53) Gemäß der Nixon-Doktrin wurde „Stellvertretermächten" durch Aufrüstung die Rolle regionaler „Supermächte" zuteil. Herausragendstes Beispiel war der hochgerüstete Iran unter dem Shah-Regime.
54) William P. Clark, a. a. O. (Anm. 45), S. 1.
55) James Buckley, a. a. O. (Anm. 46), S. 4.
56) William P. Clark, a. a. O. (Anm. 45), S. 4.
57) Vgl. Michael T. Klare, Der Kampf um die Rohstoffe, aus: Harper's (Vol. 262, No. 1568) January 1981, in: Michael T. Klare, Jederzeit, überall . . ., a. a. O. (Anm. 3), S. 52 – 57, hier: 53.

verwendete Abkürzungen:

IHT	International Herald Tribune
NYT	New York Times
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ÖMZ	Österreichische Militärische Zeitschrift
WB	Wireless Bulletin from Washington
AW&ST	Aviation Week and Space Technology

AUFRUF

ZU AKTIONEN ANLÄSSLICH DES 3. JAHRESTAGES DES NATO-DOPPELBESCHLUSSES AM 11. DEZEMBER 1982 IN LAHR

Geht es nach den Plänen der amerikanischen und der Bundesregierung, wird bis 1983 der NATO-Doppelbeschluß durchgesetzt: Pershing II und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden – Erstschlagwaffen, dieeinen Atomkrieg für die USA „gewinnbar" machen sollen. Die Abschußrampen dafür werden schon gebaut.
Der Lahrer NATO-Flugplatz ist Bestandteil dieser Strategie: Im Kriegsfall stellt er als möglicher Stützpunkt von atomaren Angriffswaffen und einer Kommandozentrale ein bevorzugtes Angriffsziel dar. Dies bedroht alle, die in unserer Region leben.
Dabei muß der Krieg nicht erst erklärt werden: Schon jetzt stellt diese Rüstungspolitik für uns eine Belastung dar. Zugunsten der Militärausgaben werden Leistungen in fast allen Sozialbereichen gekürzt bzw. gestrichen.
Der Lahrer Flugplatz stellt eine ständige Gefährdung unserer Umwelt und Gesundheit dar: Bereitsmehrfach verseuchten hunderttausende von Litern Kerosin das Grundwasser. Der Lärm von Panzern und Flugzeugen ist eine unerträgliche Belastung für die Bevölkerung.

Wir wenden uns gegen die Strategie und Aufrüstungspolitik der NATO!

Deshalb fordern wir im Sinne des Krefelder Appells die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zur Stationierung der neuen Atomwaffen zurückzuziehen. Mit unseren Aktionen am 11.12. wollen wir uns symbolisch dem Militär und der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses in den Weg stellen. Wir setzen uns für eine Abrüstung in Ost und West ein als ersten Schritt zur Entmilitarisierung.
Der 3. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses wird bundesweit zum Anlaß für Aktionen gegen die militärischen Einrichtungen der NATO genommen.
Wir rufen Euch auf, am 11. Dezember nach Lahr zu kommen, um bei unseren gewaltfreien Aktionen gegen die Stationierung der neuen Atomraketen mitzumachen (z.B. eine Kundgebung, eine symbolische Blockade der Flugplatzeinfahrt, ein Friedensmarkt und ein Friedensfest). Entwickelt eigene Ideen und Initiativen!

Arbeitsgemeinschaft Frieden, Lahr
Kontakt: Michael Götz, Hauptstr. 10a, 7632 Oberweier, Tel. 07821 - 67820

Die US-Eingreiftruppe und die bundesdeutsche Energieversorgung

Neubelebung interventionistischen Denkens

Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre gelang es den in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten allmählich, die nationale Souveränität über ihre Rohölquellen zu erlangen. Die aus der Kolonialzeit stammenden langfristigen Förderkonzessionen wurden durch die Beteiligung nationaler Fördergesellschaften an den Konzessionsgesellschaften aufgebrochen oder durch Nationalisierung beendet. Damit ging die Entscheidungsbefugnis über Entwicklung und Erschließung der Ölfelder, Umfang der Förderung und der Exporte und über die Preisgestaltung auf die Regierungen der Förderländer über, die bis dahin fast ausschließlich bei den untereinander verflochtenen mächtigen internationalen Ölgesellschaften gelegen hatte. (1) Der deutlichste Ausdruck dieser Machtverschiebung: Der Listenpreis für Rohöl, der Ende 1970 noch bei 1,8 US-Dollar pro Barrel (= 159 Liter) gelegen hatte, kletterte in zwei großen Preissprüngen bis Anfang 1974 auf fast 12 US-Dollar pro Barrel. (2) Diese Entwicklungen lösten in den USA offen angestellte Überlegungen aus, die Voraussetzungen zur militärischen Intervention in den Ölförderländern zu schaffen. Die USA hatten bereits früher im Nahen Osten interveniert: So wurde die nationalistische iranische Regierung Mossadek, die 1951 die Erdölindustrie nationalisiert hatte, durch einen vom CIA inszenierten Putsch gestürzt. 1957/58 wurden antikommunistische Regierungen im Libanon und in Jordanien durch amerikanische Interventionen gegen innere Unruhen abgestützt. In den folgenden Jahren galt bis zu den gravierenden Machtverschiebungen Anfang der siebziger Jahre die beherrschende Stellung der großen, in der Mehrheit amerikanischen Ölgesellschaften in den Förderländern als ausreichende Sicherung des Zugriffs auf das Nah-Ost-Öl. (3) Die nach den Machtverschiebungen in der internationalen Ölindustrie angestellten Überlegungen zu militärischen Interventionen haben in den USA mittlerweile zum Aufbau umfangreicher Interventionskapazitäten geführt (siehe den vorstehenden Beitrag zur schnellen Eingreiftruppe).

Eine offiziöse Studie: „Die Sicherheit des Westens“

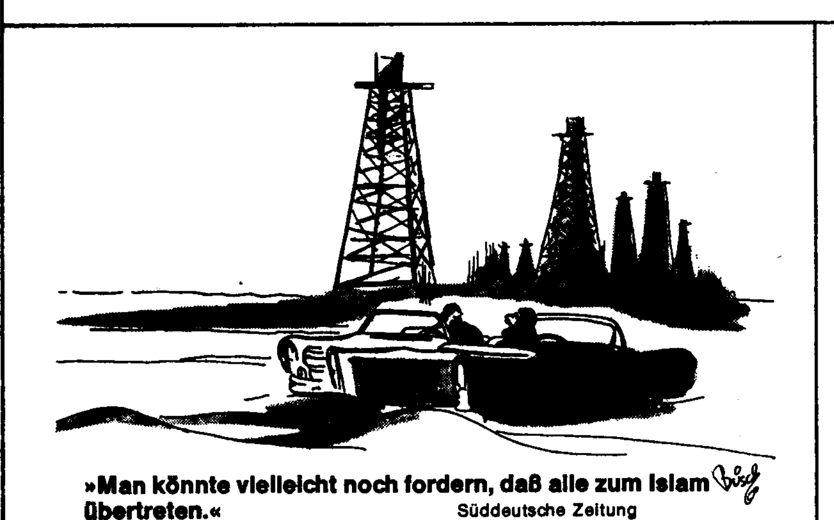
Die Neubelebung interventionistischer Konzepte ist aber keineswegs auf die USA beschränkt, auch politische Kräfte in Europa, auch in der Bundesrepublik, haben sich an diesen militärischen Überlegungen beteiligt. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Studie „Die Sicherheit des Westens – Neue Aufgaben und Dimensionen“, die die Direktoren der außenpolitischen Forschungsinstitute der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik gemeinsam verfaßt haben. (4) Von westdeutscher Seite war der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Karl Kaiser, beteiligt. (5) Im März 1981 hat Außenminister Genscher diese Studie offiziell für die sozialliberale Bundesregierung begrüßt und ihre Ziele gebilligt. (6)
Die Studie der Direktoren betont die wirtschaftliche Abhängigkeit der westlichen Industrieländer von „einer zunehmend labilen und unbeständigen Dritten Welt“, wobei ausdrücklich insbesondere die Golf-Region gemeint ist. Deshalb könne „ die westliche Sicherheit nicht länger mit Ereignissen und Bedrohungen in der NATO-Region allein in Zusammenhang gesehen werden. Ebenso wenig ist es möglich, die europäische Sicherheit von Krisen zu trennen, die in anderen für den Westen lebenswichtigen Regionen aufbrechen.“ „Wenn westliche Interessen auf dem Spiel stehen“, so die Direktorenstudie, „sollten Europa und die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Notwendigkeit westlicher Interventionsfähigkeit einig sein und Schritte unternehmen, um das dafür erforderliche Instrumentarium zu verbessern.“

Eine Bedrohung der westlichen Ölversorgung sieht die Studie aus vier Stoßvorrichtungen für möglich an: 1) Durch eine unmittelbare Bedrohung durch die sowjetische Militärmacht, 2) durch kriegerische Entwicklungen infolge nationaler Spannungen zwischen Staaten der Region, 3) durch Revolutionen in den Ölförderstaaten sowie 4) durch Entwicklungen infolge des arabisch-israelischen Konflikts.
Um solche Bedrohungen abschrecken zu können, wird eine westliche militärische Präsenz befürwortet. Der Einsatz einer westlichen Streitmacht wird dabei keineswegs auf den Fall einer sowjetischen Militärintervention beschränkt. Eine solche Streitmacht könne „sich auch als unschätzbarer Faktor angesichts anderer Gefahren als einer sowjetischen Militärintervention erweisen.“
Die Studie diskutiert auch den Einsatz von Nuklearwaffen, um die geographische Benachteiligung einer westlichen Einsatztruppe auszugleichen. Der Einsatz von Atomwaffen wird zwar als nicht wünschenswert bezeichnet, aber keineswegs eindeutig verworfen.
Wie stark das interventionistische Denken die Autoren der Studie beherrscht, wird aus folgendem Satz deutlich: „Im Falle innerer Unruhen, die westliche Interessen gefährden, sollten wir die Fähigkeit haben, auf seiten jeder befreundeten Macht einzugreifen, die uns um Hilfe bittet.“ In einer von der Bundesregierung offiziell gebilligten Studie wird somit eine militärische Intervention ins Auge gefaßt, um genehme Regierungen in Förderländern gegen revolutionäre Bewegungen in ihren Ländern an der Macht zu halten. Die Verfasser der Studie werden hier in erster Linie an eine Bedrohung des saudischen Königclans gedacht haben.

Die weiteren Überlegungen der Direktorenstudie kreisen um die Frage, wie die zur Aufrechterhaltung einer Interventionstruppe nötigen Kosten zwischen den USA und den europäischen Staaten aufgeteilt werden sollen. Eine „aktive militärische Beteiligung der Europäer zu Land und zu Wasser im Mittleren Osten“ wird erwogen, aber aus Kostengründen – das amerikanische Militär ist für solche „weitreichenden Operationen“ weit besser gerüstet – als nicht geeignet angesehen. Statt dessen wird vorgeschlagen, „eine arbeitsteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Fall Frankreichs und Großbritanniens), und/oder Unterstützung für die amerikanische schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden.“
Zur Stärkung der westlichen Position im Nah-Ost-Raum wird zudem eine Ausweitung der Wirtschaftshilfe für die

Die Ölförderländer in der Karikatur

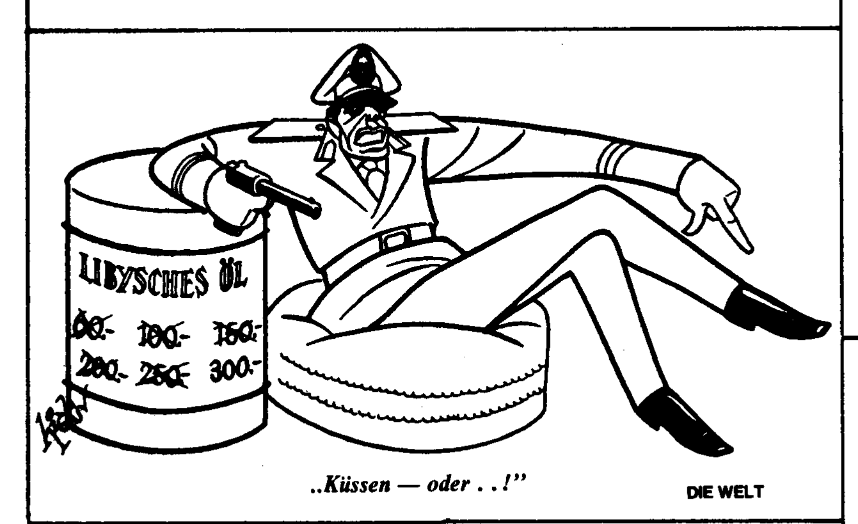
„Die Araber erpressen uns“ – kein Thema, das die dritte Welt betrifft, hatte bisher die Öffentlichkeit so bewegt, wie die Ölpreiserhöhung durch die Ölförderländer 1973/74. Dies Schlug sich auch in den Karikaturen der bundesdeutschen Presse nieder; einige von ihnen hatten eine eindeutig rassistische Tendenz.
Die hier abgedruckten Karikaturen sind Ende 1973 und 1974 erschienen.



»Man könnte vielleicht noch fordern, daß alle zum Islam übertreten.« Süddeutsche Zeitung



„Salam aleikum, Mister Gaddafi, hier Familie Müller. Wir verurteilen die israelische Aggression!“ Zeichnung: Haitzinger



„Küssen — oder . . !“ DIE WELT



„Öl oder Harakiri . . . ?“ DIE WELT



Die arabische Großmacht aus Öl und Terror

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Türkei, Pakistan und Ägypten sowie „eine vernünftige Handhabung der Rüstungsexporte" vorgeschlagen. Die Voraussetzung für eine solche „vernünftige Handhabung" hat noch die sozialliberale Bundesregierung durch die neuen Richtlinien für den Rüstungsexport geschaffen, die das frühere Verbot des Waffenexports in „Spannungsgebiete" fallen gelassen und die Verfolgung „vitaler Interessen der Bundesrepublik" zum Kriterium für eine Exportgenehmigung erhoben hatte. (7) Der von Saudi-Arabien gewünschte Export von Leopard-2-Panzern, ursprünglicher Anlaß für die Revision der Exportrichtlinien, scheiterte allerdings am Widerstand in der SPD-Fraktion und bei einigen FDP-Abgeordneten.

Von einem Halbsatz abgesehen, wird an keiner Stelle der Direktorenstudie die Frage gestreift, was denn die Interessen sind, die die Förderländer langfristig mit der Nutzung ihrer nationalen Reichtümer verbinden, um daraus Möglichkeiten abzuleiten, die Interessen der Förderländer und der energieabnehmenden Staaten näherzubringen. Die Förderstaaten werden ausschließlich als militärisches Aufmarschgebiet betrachtet, in dem es zu intervenieren gelte, wenn dortige Entwicklungen „westlichen Interessen" widersprechen. Diese Studie beherrscht der Geist einer Kanonenbootpolitik.

Der Regierungswechsel verstärkt die Gefahr

Nun ist die Direktorenstudie von Außenminister Genscher für eine Bundesregierung begrüßt und gebilligt worden, die nicht mehr im Amt ist. In der neuen Regierungskoalition aus Unionsparteien und FDP dürfte interventionistisches Denken weit ungebrochener, gegen weit geringeren Widerstand verankert sein als in der alten Koalition. In der SPD-Fraktion war der Widerstand gegen Waffenlieferungen in die Nah-Ost-Region relativ groß. In der SPD-Fraktion gibt es Kräfte – u.a. Egon Bahr –, die eine Sicherung von Energieimportinteressen nur durch Verhandlungen bei Verzicht auf jede Interventionsabsicht für möglich halten und sich einer Ausweitung des NATO-Bereichs durch die Hintertür zur Wehr setzen. (8)
In der CDU/CSU gibt es sehr lautstarke Vertreter eines interventionistischen Kurses. Wenige Monate nach dem Sturz des Schah-Regimes lobte der damalige entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Todenhöfer, daß „hervorragende Militärs und Politiker der USA den Plan einer amerikanischen Einsatztruppe für die Dritte Welt" entwarfen und forderte: „Als Instruments zur Sicherung des Friedens sollte das Konzept einer amerikanischen Eingreiftruppe in Zukunft auch in Deutschland nüchterner und positiver beurteilt werden als bisher." (9) Beim politischen Aschermittwoch der CSU 1979 erging sich F.J. Strauß in dunklen Andeutungen, daß bei einer Bedrohung des saudi-arabischen Regimes „unsere politische Wachsamkeit, unser politisches Verantwortungsbewußtsein, unsere politische Reaktionsfähigkeit" einzusetzen habe. (10)
Strauß warb auch schon vor längerem für eine Kompetenzerweiterung der NATO in die südliche Hemisphäre: „Die Vorgänge außerhalb des NATO-Rahmens im hohen Norden und vom Mittelmeer bis zum Kap sind für unsere Sicherheit mindestens so wichtig wie die Truppenstärken diesseits und jenseits der Demarkationslinien innerhalb Europas." (11)
In ähnlicher Weise hat sich auch der neue Verteidigungsminister Wörner geäußert. Auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der CDU im Januar 1980 hat Wörner für eine Aufgabe der geographischen Begrenzung der NATO sowie dafür plädiert, die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung als zentrale Aufgabe der NATO zu begreifen. (12)
Aufschlußreich ist auch das Verhalten von Amtsinhabern der neuen Bundesregierung in der Auseinandersetzung um die Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien. Friedrich Zimmermann, als neuer Innenminister zuständig für Polizeihilfe und für „Ausbildungsmaßnahmen" wie die Entsendung von Mitgliedern der GSG-9-Truppe nach Saudi-Arabien, sprach sich damals dafür aus, die saudi-arabischen Waffenwünsche „mit äußerster Zuneigung" zu prüfen. (13)
Jürgen Möllemann (FDP), mittlerweise Staatsminister im Auswärtigen Amt, war einer der heftigsten Befürworter der Lieferung von Panzern nach Saudi-Arabien; die BRD als „Mittelmacht" müsse sich an Waffenlieferungen in diese Region beteiligen, sonst müsse sie Soldaten entsenden. (14)

Betrachtet man die Aussagen der von dem alten und damit gleichzeitig dem neuen Außenminister gebilligten Direktorenstudie sowie führender Vertreter der Unionsparteien und Amtsträger der neuen Bundesregierung, so dürfte es nicht übertrieben sein, anzunehmen, daß bei künftigen politischen Krisen im Nah-Ost-Raum die Gefahr einer Unterstützung US-amerikanischer militärischer Interventionsversuche durch die Bundesregierung gegeben ist. Diese Interventionsbereitschaft schließt, wie aus der Direktorenstudie ausdrücklich hervorgeht, auch die militärische Stützung genehmer Regierungen gegen eine innere Opposition mit ein.

Bedingungen antiinterventionistischer Arbeit

Für die zahlreichen Dritte-Welt-Gruppen, die in der Bundesrepublik arbeiten, war es stets ein wichtiger Teil ihrer Arbeit, für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt zu werben und dagegen einzutreten, daß korrupte Regierungen aus der Bundesrepublik mit den Repressionsmitteln ausgestattet werden, um die innere Opposition zu unterdrücken. Wollen die Dritte-Welt-Gruppen auch bei den Ölförderstaaten an diesem Grundsatz festhalten, so müssen sie, soll eine minimale Aussicht auf politische Wirkung bestehen, zumindest zwei Voraussetzungen erfüllen: Die sehr kleine Dritte-Welt-Bewegung muß versuchen, innerhalb der größeren Friedensbewegung, die sich fast ausschließlich mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen befaßt, auf die Gefahr und die Verbreitung des interventionistischen Denkens hinzuweisen. Eine antiinterventionistische politische Arbeit muß zum zweiten die Befürchtungen um eine Bedrohung der Ölversorgung ernsthaft diskutieren. Es geht schließlich um einen Stoff, mit dem fast jeder als Bewohner eines ölbeheizten Hauses, als Fahrer eines Autos oder Inhaber eines von Öllieferungen abhängigen Arbeitsplatzes zu tun hat. Das moralische Argument des Rechts auf Selbstbestimmung der Ölförderstaaten wird – so wichtig und berechtigt es ist – allein nicht eine Massenbasis für interventionistische Bestrebungen verhindern können.

Die Ölabhängigkeit der bundesdeutschen Energieversorgung

1980 werden 48% des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik durch Mineralöl gedeckt, weniger als 4% des verbrauchten Öls stammen aus inländischen Quellen. (15) 43% der 1980 importierten 98 Mio t Rohöl stammen aus dem Nahen Osten (allein aus Saudi-Arabien 25%), weitere 34% aus den afrikanischen OPEC-Ländern. (16) Der Verkehrssektor der Bundesrepublik hängt gegenwärtig zu 97% von Mineralölprodukten ab. Der Energieverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher wird zu 53% durch Öl, hauptsächlich zu Heizzwecken, gedeckt. In der Industrie beträgt der Ölanteil etwa 26%. (17)
Bei Zugrundelegung heutiger Prognosen wird Mineralöl auch am Ende des Jahrhunderts sowohl in der Bundesrepu-

blik (18) als auch weltwelt (19) der bedeutendste Energieträger sein (wobei sein Verbrauchsanteil allerdings zurückgeht). Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas, die die Mehrheit der OPEC-Länder ausmachen, werden auch zukünftig eine sehr starke Stellung im internationalen Ölhandel haben, da sie einen hohen Anteil an den gesamten gewinnbaren Ölressourcen besitzen (20) und ihr Eigenverbrauch vergleichsweise gering ist. Die Bundesrepublik wird also auch weiterhin von Lieferungen arabischer und afrikanischer Förderländer abhängig sein.

Wie realistisch sind die Bedrohungsszenarien?
Wird die Sowjetunion von Nah-Ost-Öl abhängig?

Das Bedrohungsszenario, das am meisten öffentlich verbreitet wird, geht von einer Besetzung der Ölförderstaaten durch das sowjetische Militär aus. Dieses Szenario ist das am wenigsten wahrscheinliche; es unterstellt, daß die sowjetische Führung willentlich und bewußt auf eine direkte globale Konfrontation der Supermächte zusteuert. Zur Stützung dieses Bedrohungsszenarios wird auf eine mögliche zukünftige Ölimportabhängigkeit der Sowjetunion verwiesen. Gegenwärtig fördert die UdSSR, weltweit der größte Ölförderer, genügend Öl, um damit nicht nur ihren Eigenbedarf zu decken, sie deckt auch den Ölverbrauch der anderen Länder des Warschauer Pakts und exportiert überschüssige Mengen nach Westeuropa. (21) Namhafte Studien und Institutionen nehmen an, daß der Warschauer Pakt auch weiterhin energieautark bzw. Energieexporteur bleiben wird, so die Weltbank (22), so das Internationale Institut für Angewandte System Analyse. (23) Die Erwartung einer künftigen Ölimportabhängigkeit der Sowjetunion stützt sich dagegen auf eine Studie der CIA, die dieser 1977 veröffentlicht hatte, als in den USA über eine militärische Präsenz in der Golf-Region debattiert wurde. Ab 1980 sollte es mit der sowjetischen Ölproduktion bergab gehen, 1985 bereits eine erhebliche Importabhängigkeit bestehen. (24) Da die sowjetische Ölförderung nicht rückläufig war, sondern weiter gestiegen ist, mußte der CIA seine Prognose revidieren. Er verschob die Prognose einer rückläufigen Ölförderung weiter in die Zukunft und traut sich aufgrund beträchtlicher Erdgasfunde in der UdSSR nicht mehr, zur Frage einer zukünftigen Energieimportabhängigkeit der Sowjetunion Stellung zu nehmen. (25) Hier soll nicht behauptet werden, daß die Sowjetunion keine machtpolitischen Interessen im Nah-Ost-Raum verfolgt, aber eine „wirtschaftliche Notwendigkeit“ für den Zugang zum Persischen Golf – wie US-Verteidigungsminister Weinberger noch 1981 behauptete (26) – besteht für die Sowjetunion aller Voraussicht nach nicht.

Nationalistische Konflikte

Sehr realistisch dagegen sind Beeinträchtigungen der Ölexporte durch nationalistische Konflikte wie etwa dem seit zwei Jahren andauernden Krieg zwischen Irak und Iran. Dieser Krieg findet statt zu einer Zeit, in der der Ölverbrauch der großen Ölimporteure aufgrund der Rezession und von Einsparungen rückläufig ist. So hatte der starke Rückgang der Produktion beider Kriegsländer – die Förderung Irans betrug 1981 nur noch rund 40%, diejenige Iraks nur noch rund ein Viertel der Förderung von 1979 – auf dem Weltölmarkt keine gravierenden Folgen. (27) Natürlich ist immer die Gefahr gegeben, daß sich solche nationalistischen Konflikte ausweiten und zu einer vorübergehenden Senkung der Ölexporte der Nah-Ost-Region führen.

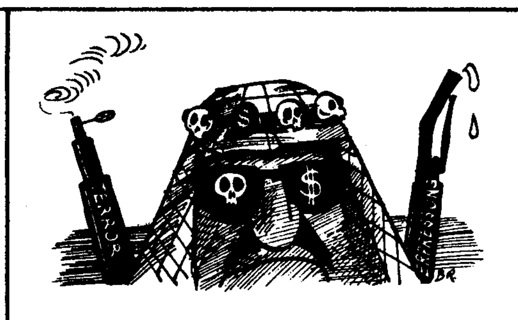
Exportpolitik und Förderländer

Eine Unterbrechung oder Senkung der Ölexporte des Nah-Ost-Raums ist zudem möglich aufgrund einer bewußten exportpolitischen Entscheidung eines Förderlandes oder der Förderländer als Gruppe.
Förderreduktionen aus politischen Gründen fanden 1956



Prestigeobjekte und Luxuskonsum: Interconti-Hotel in Riad

Die Ölförderländer in der Karikatur



NRZ

Neues europäisches Verkehrszeichen



Aussperrung '73

Handelsblatt



Neuartige Spielbälle für Ölscheichs — ohne Regeln und Kontrolle?

BAYERNKURIER

»... die waren alle mal in der westdeutschen Autobranche tätig, bevor sie als Gastarbeiter zu uns kamen!«

Aus: »Pardon«, Frankfurt

statt als Reaktion auf die mit Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs durchgeführte militärische Intervention Israels in Ägypten, zudem während des Juni-Krieges 1967. (28) Diese Exportreduktionen waren sehr kurzfristiger Natur. Dies gilt auch für die Verringerung der Ölexporte Ende 1973/Anfang 1974 (29), als die OPEC gegen die USA und Holland einen zeitweiligen Lieferboykott verhängte. Politisch motivierte Förderreduktionen oder gar Förderunterbrechungen sind deswegen vergleichsweise kurzfristig, weil auch die Förderländer bei ihrer heutigen Wirtschaftsstruktur von Ölexporten abhängig sind: in den meisten der ölexportierenden Länder bestehen die Exporte hauptsächlich aus Rohöl, und auch der Staatshaushalt ist ohne die Einnahmen der aus Ölförderung nicht zu finanzieren.
Eine langfristige Reduktion der Ölförderung und der Ölexporte ist aus wirtschaftlichen Gründen möglich und würde sicherlich im langfristigen wirtschaftlichen Interesse mehrerer Förderländer liegen. Die Rohölressourcen sind der bedeutendste nationale Reichtum dieser Länder. Ihre Bodenschätze sind nicht vermehrbar, was sie heute fördern, geht einer zukünftigen Nutzung unwiederbringlich verloren. Einige Förderländer können die Öleinnahmen in ihrer heutigen Höhe nicht sinnvoll nutzen. Ein Teil der Güterimporte, die aus den Öleinnahmen finanziert werden, sind für die langfristige Entwicklung dieser Länder, für den Aufbau wirtschaftlicher Strukturen, die auch lebensfähig sind, wenn die Ölförderung einmal zurückgeht, völlig nutzlos: ausgedehnte Waffenkäufe, gigantische Prestigeobjekte, Güter für den Luxuskonsum der Oberschichten. Einige Länder hatten zudem über zahlreiche Jahre erhebliche Handelsbilanzüberschüsse, d. h. sie haben weit mehr Öl verkauft, als zur Finanzierung ihrer Importe erforderlich war. Die überschüssigen Einnahmen haben sie überwiegend in westlichen Industrieländern angelegt. Sie haben Öl, dessen Gegenwert langfristig aller Voraussicht nach steigt, in Kapitalanlagen verwandelt, die der Gefahr der Entwertung ausgesetzt sind.

Wenn die Höhe der Förderung den langfristigen wirtschaftlichen Interessen eines Förderlandes widerspricht, so ist eine Reduktion der Förderung bei einer Änderung der inneren Machtverhältnisse sehr wahrscheinlich. Insbesondere Saudi-Arabien hat über viele Jahre durch eine sehr ausgedehnte Förderung, die weit über den eigenen Finanzbedarf hinausging, die Preisentwicklung bei Öl gebremst. Allein schon aus diesem Grunde verbinden die USA und andere westliche Regierungen ein hohes Interesse mit dem politischen Überleben des saudi-arabischen Königsclans. Die oben referierte Direktorenstudie regt an, bereitzustehen, um „im Falle innerer Unruhen . . . auf seiten jeder befreundeten Macht einzugreifen, die uns um Hilfe bittet". Man kann annehmen, daß das saudische Königshaus im Ernstfall bitten würde. Es wird hier offen diskutiert, Regime militärisch zu stützen, die zwar den Interessen ihrer Länder zuwiderarbeiten, die aber für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Produktions- und Konsumstrukturen in den Industrieländern, für die Beibehaltung der gegenwärtigen Verteilung der Nutzung der Rohstoffe günstig sind.

Eine Energiepolitik, die auf interventionistische Abenteuer verzichten kann

Kurzfristige Lieferreduktionen etwa als Folge nationalistischer Kriege in der Golfregion können durch die Krisenvorsorge wie zum Beispiel Mindestreserven oder Krisenmaßnahmen wie Rationierungen bewältigt werden; in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern sind entsprechende Vorkehrungen getroffen. Wenn wichtige Förderländer jedoch aus wirtschaftlichen Gründen ihre Förderung langfristig begrenzen oder senken, so kann dem nur durch eine Energiepolitik in den ölverbrauchenden Industrieländern begegnet werden, die die Abhängigkeit von Ölimporten verringert. Je mehr die Energiepolitik der Industrieländer darauf eingestellt bleibt, die Ölressourcen der ölfördernden Länder in höheren Mengen und damit schneller zu verbrauchen, als es den langfristigen wirtschaftlichen Interessen dieser Länder entspricht, desto eher werden sich in den Industrieländern Kräfte durchsetzen, die bereit sind, Regime zu stützen, die zu einem raschen Ausverkauf ihrer nationalen Reichtümer bereit sind, desto größer wird die Bereitschaft sein, hierbei auch militärische Abenteuer zu unternehmen.
Wie hoch der zukünftige Energieimportbedarf der Bundesrepublik ist, hängt ganz wesentlich davon ab, wie effizient Energie genutzt wird. Bis vor wenigen Jahren galt es als unumstritten, daß der Energieverbrauch der BRD weiterhin erheblich zunehmen wird, der Ausbau des Energieangebots galt als „Sachzwang", dem sich nur verblendete Ignoranten zu entziehen versuchen könnten. Die massive Auseinandersetzung in der Energiepolitik hat mittlerweile kritischen Stimmen Gehör verschafft. Letztlich haben Menschen einen Bedarf nicht am Verbrauch von Energie, sondern an Energiedienstleistungen, sie haben Bedürfnisse nach Wärme, Licht, Transport, nach Gütern, zu deren Produktion Energie aufgewandt wird, nach gewissen Annehmlichkeiten etc. Wieviel Energieträger zur Erfüllung dieser Energiedienstleistungen aufgewandt werden müssen, ist abhängig von der Effizienz der Energienutzung. Für die selbe Energiedienstleistung „warmes Haus", beispielsweise, müssen je nach der gegebenen Wärmedämmung 3900 oder 1000 Liter Heizöl pro 100 m^2 verbrannt werden. Das gleiche Transportbedürfnis kann je nach Konstruktion der Autos mit 12 oder 5 Liter Benzin pro 100 km erfüllt werden. (30) Unsere heutige Art der Energienutzung hat sich in der langen Phase äußerst niedriger Ölpreise herausgebildet, in der die Ölförderländer noch nicht die wirkliche Souveränität über die Rohstoffquellen besaßen.

Ohne Anstrengungen zur Energieeinsparung: weitere Energieimportabhängigkeit

Je nachdem, welche Priorität der besseren Nutzung der Energie gegeben wird, wird die künftige Höhe des Energieverbrauchs der Bundesrepublik sehr unterschiedlich ausfallen. In Abkehr von der Sachzwangideologie hat die „Enquete-Kommission Zukünftige Kernenergie-Politik" des Bundestages vier unterschiedliche Energiezukünfte errechnet, die bei unterschiedlichem Niveau der Energieeinsparung denkbar sind. (31) Ein energiepolitischer Pfad 1 veranschlagt den zukünftigen Energieverbrauch, wenn keine nennenswerten Anstrengungen zur besseren Nutzung der Energie unternommen werden. Bis zum Jahre 2030 würde der Primärenergieverbrauch auf 800 Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten) steigen und sich damit gegenüber heute gut verdoppeln. Der Primärenergieverbrauch pro Kopf würde, da die Bevölkerungsentwicklung in der BRD rückläufig ist, etwa das Zweieinhalbfache des heutigen Wertes betragen und läge mit 16 t SKE noch erheblich über dem heutigen Verbrauch in den USA. Obwohl in diesem energiepolitischen Pfad die Kernenergie in schnellem Tempo ausgebaut wird – 2030 sollen etwa 125 Atomkraftwerke des Biblistyps arbeiten, Brutreaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen würden erforderlich – muß zur Deckung des verdoppelten Energieverbrauchs etwa genau so viel Erdöl und Gas und doppelt so viel Kohle wie heute verbrannt werden (siehe Schaubild). Die Bundesrepublik müßte in ähnlich hohem Maße wie heute Erdöl und Gas importieren, in steigendem Maße Kohle und

Natururan. (32) Mit dem massiven Ausbau der Kernenergie wird nur ein Teil des Verbrauchszuwachses gedeckt; ohne Maßnahmen der Energieeinsparung werden trotz dieses massiven Ausbaus die Beschaffungsprobleme bei Öl und anderen fossilen Energieträgern nicht kleiner, sondern größer. (33) Die umfangreichen Energieimporte, die erforderlich sind, um einen doppelt so hohen Energieverbrauch wie heute zu decken, erfordern günstige Beschaffungsbedingungen für die Industrieländer; bei den fossilen Energieträgern seien bei dem energiepolitischen Pfad 1, so die Enquete-Kommission, „nur unter äußerst günstigen Bedingungen zu erreichende Maximalwerte angenommen worden". (34) Ob solche „äußerst günstigen Bedingungen" auf Dauer bestehen werden, ist mehr als fraglich. Nicht nur das langfristige wirtschaftliche Interesse der Förderländer, ihre Ressourcen möglichst lange zu nutzen, läßt daran zweifeln. Auch ist es unwahrscheinlich, daß die heutige Verteilung der Ölnutzung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – mehr als 80 % des international gehandelten Öls gehen an die Industrieländer (35) – auf Dauer Bestand hat. Die Weltbank rechnet damit, daß der Ölimportbedarf der Entwicklungsländer ohne Öl in den nächsten zehn Jahren etwa um die Hälfte des heutigen Werts steigen wird. (36)

Projektion des Primärenergieverbrauchs der BRD
Energiepolitischer Pfad 1 der Enquete-Kommission

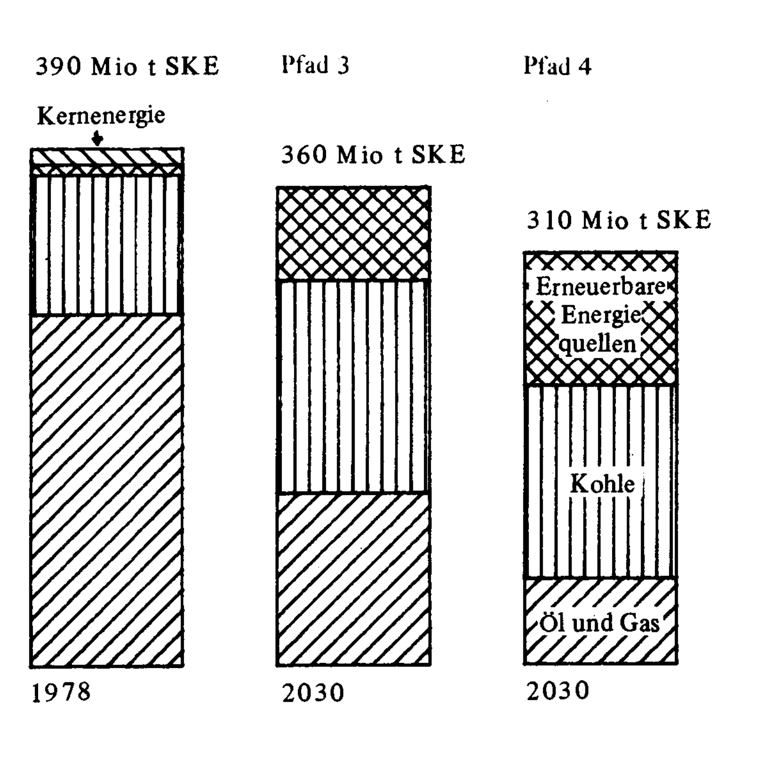
390 Mio t SKE
600 Mio t SKE
800 Mio t SKE
Kernenergie
Erneuerbare Energiequ.
Kohle
Öl und Gas
1978
2000
2030

Eine Energiepolitik in den Industrieländern, die sich nicht durch erheblich bessere Nutzung der Energie, durch ernsthafte politische Anstrengungen zur Energieeinsparung auf diese Entwicklungen einstellt, bindet sich an zweifelhafte „äußerst günstige Bedingungen". Sie schafft damit Sachzwänge, zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen durch Waffenlieferungen, durch Duldung oder gar Beteiligung an militärischen Interventionen zugunsten genehmer Regierungen in den ölfördernden Ländern zu sorgen. Es ist vielleicht kein Zufall, daß die Vertreter der CDU/CSU in der Enquete-Kommission, also derjenigen Gruppierung, die für interventionistisches Denken am anfälligsten ist, den energiepolitischen Pfad 1 dieser Kommission und damit eine nochmalige Verdoppelung des bundesdeutschen Energieverbrauchs geradezu hymnisch verteidigt haben. (37)

Einsparmöglichkeiten

Die anderen energiepolitischen Pfade, die die Enquete-Kommission des Bundestages berechnet hat, legen in wachsendem Maße Bemühungen zur Energieeinsparung, Maßnahmen zur schrittweisen Einführung energiesparender Technologien zugrunde. Das Ergebnis ist für das Jahr 2030 im Schaubild wiedergegeben. In den Pfaden 3 und 4 wird der Primärenergieverbrauch der BRD langfristig gesenkt. Trotz des Verzichts auf die Kernenergienutzung wird die Abhängigkeit von Öl und Gas geringer als heute und muß deutlich weniger Kohle verbrannt werden, als in einem Szenario weiter expandierendem Energieverbrauch trotz massiven Ausbaus der Kernenergie erforderlich ist. Pfad 4 entspricht weitgehend dem von Öko-Institut in Freiburg entwickelten Energiekonzept. In Pfad 4 ist der Primärenergieverbrauch pro Kopf und Jahr 2030 nicht höher als heute. Auch in diesem Energiepfad werden Energiedienstleistungen ausgedehnt, wird also eine größere Wohnfläche beheizt, mehr Warmwasser verbraucht, mehr gefahren etc., auch in diesem Energiepfad wird also ein Wachstum zugrunde gelegt, (38) es wird aber allein durch eine effizientere Nutzung der eingesetzten Energie energetisch gedeckt.

Projektion des Primärenergieverbrauchs der BRD
Energiepolitische Pfade 3 und 4 der Enquete-Kommission



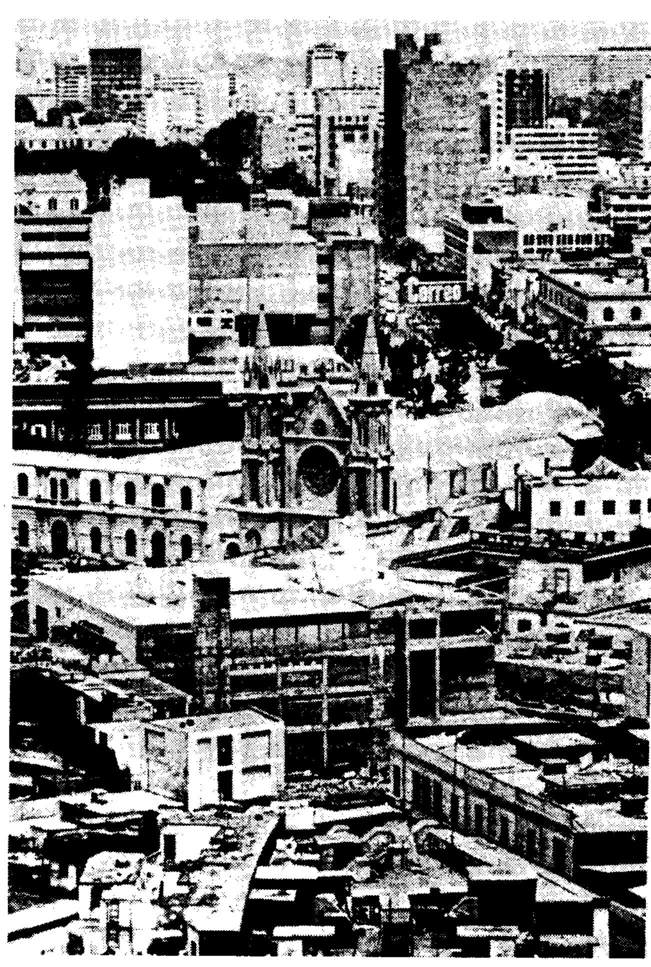
Die Enquete-Kommission des Bundestages hat mit Mehrheit Handlungsempfehlungen zur Energieeinsparung verabschiedet. (39) Von diesen Vorschlägen ging so gut wie nichts in die Regierungserklärung der jetzt gestürzten soziallliberalen Koalition ein. In der neuen Koalition dürften die Aussichten, die dort vorgeschlagenen Energiesparmaßnahmen zu realisieren, noch geringer sein. Die Unionsvertreter haben dem Einsparkatalog der Kommissionsmehrheit nicht zugestimmt, sondern in einem Minderheitenvotum einen eigenen stark verwässerten Katalog vorgelegt. (40) In dem umfangreichen Katalog der Kommissionsmehrheit werden u. a. erhöhte Wärmeschutzanforderungen an Gebäude, ein Programm zur wärmetechnischen Sanierung öffentlicher Gebäude, zahlreiche weitere Maßnahmen zur Senkung der Heizenergie vorgeschlagen. Im Verkehrssektor wird unter anderem eine gesetzliche Regelung für Höchstverbrauchswerte beim Benzinverbrauch der Autos, Geschwindigkeitsbegrenzungen, Maßnahmen zur Begünstigung des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Förderung des Radwegebaus vorgeschlagen. Auch wenn das Wenigste gegenwärtig Chancen hat, politisch realisiert zu werden, sind solche konkreten Vorschläge zur Energieeinsparung von großer Bedeutung: sie markieren eine Energiepolitik, die nicht darauf angewiesen ist, eine anhaltende Ressourcenverschwendung in den Industrieländern durch militärische Abenteuer abzusichern.

gc

Fußnoten

1) Fadhil J. Al-Chalabi: OPEC and the International Oil Industry: A Changing Structure, Oxford u. a. 1980, S. 7 ff.
2) Hanns Maull: Ölmacht. Ursachen, Perspektiven, Grenzen, Frankfurt und Köln 1975, S. 77.
3) Harald Müller: Krieg ums Erdöl?, in: Studiengruppe Militärpolitik: Aufrüsten, um abzurüsten?. Reinbek 1980 (rororo aktuell), S. 16 ff.
4) Karl Kaiser, Winston Lord, Thierry der Montbrial, David Watt: Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn 1981. Wörtliche Zitate nach den Seiten 1, 36, 39, 40 f.
5) Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn, hat einen stark offiziellen Charakter. Einer ihrer stellvertretenden Präsidenten ist Helmut Schmidt, im Präsidium sitzen u. a. die Politiker Apel, Corterier, Hamm-Brücher, Stoltenberg, Weizsäcker, Wischnewski und Zimmermann.
6) Bulletin der Bundesregierung, 10. 3. 1981.
7) BRD-Waffenexporte: Die neuen Richtlinien – Die Bundesregierung hat freie Hand, in: blätter des iz3w, Nr. 102, Juni 1982, S. 8 ff.
8) Der Spiegel, 11/1981, S. 25.
9) Bayernkurier, 18. 8. 1979.
10) Bayernkurier, 10. 3. 1979.
11) Strauß-Interview, in: Die Welt, 12. 4. 1977, zit. nach Antiimperialistisches Informationsbulletin, Sonderheft, Nr. 1/1980, S. 19. In dieser Ausgabe sind auch die Stellungnahmen von Todenhöfer, die Aschermittwochsrede 1979 sowie weitere Äußerungen von Strauß dokumentiert.
12) Hans Günter Brauch: Der chemische Alptraum oder gibt es einen C-Waffenkrieg in Europa?, Bonn 1982, S. 22.
13) Frankfurter Rundschau, 23. 2. 1981.
14) So in der ARD-Sendung „Pro und Contra: Waffen für Saudi-Arabien?“, 9. 4. 1981.
15) Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen: Energiebilanz der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1980 (Bilanz in t SKE).
16) Mineralölwirtschaftsverband: Jahresbericht 1980, Hamburg 1981, S. T 10.
17) Energiebilanz 1980, a.a.O., (in t SKE).
18) Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, Bundesrat, Drucksache 488/81, 5. 11. 81, S. 35.
19) So die Szenarien des Internationalen Instituts für Angewandte System Analyse, vgl. Wolf Häfele: Energy in a Finite World. A Global Systems Analysis, Cambridge, Massachusetts, 1981, S. 522.
20) Bei konventionellem Öl (d.h. insb. ohne Ölschiefer und Teersande) 42 %. Vgl. Pierre Desprairies: Worldwide Petroleum Supply Limits, in: World Energy Resources. 1985 – 2020. Oil and Gas Resources. The Full Reports of the Conservation Commission of the World Energy Conference, Guildford u. New York 1978, S. 30.
21) ESSO-AG: Oeldorado 81, Hamburg 1982 u. BP Statistical Review of World Energy 1981, London 1982, S. 14.
22) Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1981, Washington 1981, S. 41 (Projektion für 1990).
23) Häfele (Fußnote 19), S. 791 (Szenario für 2030).
24) Alois K. Fischer: Im Widerstreit der Meinungen: Die Mineralölwirtschaft der UdSSR, in: OEL, Zeitschrift f. d. Mineralölwirtschaft, April 1980, S. 93 ff.
25) Jes Rau: Entwarnung vom Geheimdienst, in: Die Zeit, 29. 5. 1981.
26) Ebd.
27) ESSO-AG: Oeldorado 81, a.a.O.
28) Maull: Ölmacht (Fußnote 2) S. 11 ff.
29) Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Energiestatistik. Vierteljährliches Bulletin, 4/1973, 3/1974, 3/1975.
30) F. Krause, H. Bossel, K.-F Müller-Reißmann: Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt 1980 (Energiekonzept des Öko-Instituts), S. 27 ff.
31) Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Teil I, in: Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung 1/80, Bonn 1980, S. 50 ff.
32) Ebd., S. 75 ff.
33) Hierzu ausführlicher: „Atomkraftwerke hier, um für die Dritte Welt Öl zu sparen?“, in: „blätter des iz3w“, Nr. 95, S. 10 ff.
34) Enquete-Kommission, Teil I (Fußnote 31), S. 78.
35) United Nations. Department of International Economic and Social Affairs. Statistical Office: Yearbook of World Energy Statistics, New York 1981, Tab. 25, S. 505 ff.
36) Weltentwicklungsbericht 81 (Fußnote 22), S. 41.
37) Enquete-Kommission, Teil I (Fußnote 31), S. 97 ff.
38) Ebd., S. 53 f.
39) Zukünftige Kernenergiepolitik. Kriterien – Möglichkeiten – Empfehlungen. Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, in: Zur Sache. Themen parlamentarischer Beratung 2/80, Bonn 1980, 217 ff.
40) Ebd., S. 244 ff.

Peru – oder das Gesicht des Coca-Colonialismus



Lima



Rund um die Hauptstadt Lima leben etwa zwei Millionen Menschen in armseligen Behausungen

Als ich vor drei Jahren zum ersten Mal Peru besuchte, kam ich als seicht vorgebildeter Tourist – etwas Geschichte im Kopf, kurze Kenntnisse der Dritten-Welt-Problematik, etwas Einsicht in Not und ihre Ursachen, zuwenig Spanisch. Meine damaligen Erfahrungen haben mich erschüttert im guten und im „schlechten" Sinne. Landschaft und Leute „überwältigten" mich, aber auch die erste sinnliche Erfahrung von Elend, von Unterentwicklung, von Hungertod und Hoffnungslosigkeit – und damit auch eine elementare Erfahrung unserer beschämenden Unkenntnis und Arroganz. Aber auch Freunde fand ich damals in Peru. Drei Jahre Briefe und drei Jahre Lesen vertieften das Interesse an diesem Land, die Kenntnisse, die Spannung auf ein Wiedersehen. Die Militärdiktatur war inzwischen einer Demokratie gewichen, oder besser dem, was wir Europäer für Demokratie halten und mit dem w i r ja unbestreitbar überwiegend gute Erfahrungen haben. Meine Hoffnungen waren damit gestiegen, wenigstens ein hoffnungsvolleres Land wiederzutreffen. Ungläubig vernahm ich inzwischen die Nachrichten der Freunde aus Peru über die Talfahrt dieses Landes seit der „Demokratisierung".

Lima und die Folge einer Theorie

Nach drei Jahren also erneut Landung in Lima. Die ersten Eindrücke sind deprimierend. Die barriadas, die Elendsviertel, sind sichtlich gewachsen. „Die Wüste lebt" – hier eine zynische Parole. In der City schossen und schiepen eine Menge Luxusläden aus dem Boden, überall Polizisten davor, elektronische Spielhöllen wuchern wie hierzulande McDonalds, eine fast unheimliche Inflation, mehr Dreck, mehr Lumpen, mehr Hunger – vor allem bei den Kindern.

Einige Tage Lima – Gespräche, Nachfragen, Beobachtungen. Erste Schritte einer Reise, die stärker noch, unmittelbarer als die erste Reise die Zwiespältigkeit des Reiseerlebnisses Peru für mich verdeutlichen sollte, *auch meine eigene Zwiespältigkeit als Tourist.* Am Schluß die Bitte der peruanischen Freunde, hierzulande aufzuklären: immer wieder ihre Verzweiflung, daß die Europäer ihnen nicht glauben, was sich hier abspielt, weil sie überzeugt sind, daß der Wechsel von der Militärdiktatur zur Demokratie doch Fortschritte gebracht haben müsse. Die Wahrheit: Das Gegenteil ist der Fall.

Ich schreibe dies in der Absicht, etwas aufzuklären über Probleme, die tagtäglich bei uns verschwiegen werden, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. „Gesundung der Wirtschaft" nennen arglose oder böswillige Journalisten und Politiker bei uns, was für 80 Prozent der Peruaner – oder andere Dritte Welt-Bewohner – mehr Hunger, mehr Elend, steigende Arbeitslosigkeit, mehr Krankheit, noch mehr Hoffnungslosigkeit, mehr Analphabetismus, mehr Ausbeutung, eine verkürzte Lebenserwartung, erhöhte Kindersterblichkeit usw.usw. bedeutet – und auf der anderen Seite mehr Unterdrückung und Repression, mehr Polizei und Militär und mehr politischer Mord und mehr Gefängnis.

Man muß das mit eigenen Augen sehen, um die Wut zu kriegen über unsere Arglosigkeit und unseren Zynismus. In Chile werden z.B. die Armen, die sich im Warenhaus Süßigkeiten kaufen, um sie dann an den U-Bahn-Schächten Santiagos etwas teurer wiederzuverkaufen – mit einem Gewerbeschein –, in der Statistik als „Selbständige" geführt. „Gesundung der Wirtschaft", „steigender Mittelstand" – sogenannte Journalisten bei uns „lügen" es nach. Der Internationale Währungsfonds (IWF) zwingt diese Länder, auf Kosten der Armen ihre Wirtschft zu „sanieren". Haben wir nicht Sitz und Stimme im IWF? !

Weiß z.B. der Bankmanager hier, was für Folgen seine Kreditentscheidungen, seine Ein- und Verkaufsorder für Millionen Menschen in diesen Ländern haben? Und wenn ja – wie stellt er sich und wie stellen wir uns dazu? Belaunde Terry, seit rund zwei Jahren Staatspräsident Perus, hat die „Chicago-boys" in sein Kabinett geholt, die nun à la Chile und Argentinien die Lehren von Milton Friedman in diesen Ländern umsetzen – ein Land bzw. Millionen Menschen werden wie Versuchsratten für ein paar Theoretiker und zynische Kapitalisten benutzt. Die Wissenschaft hat selten eine häßlichere Kreatur hervorgebracht als diese Theorie. Während aber die Huren der deutschen Wissenschaft im Dritten Reich inzwischen teilweise „entlarvt" sind, kriegt Herr Friedman den Nobelpreis – er hat schließlich nur eine ökonomische Theorie entwickelt: Zahlen, Kurven, Statistiken. Unter dem wertfreien Mantel einer ökonomischen Theorie agiert diese Lehre als wissenschaftliche Anleitung zum Völkermord – „Menschenversuche", nur tragen die „Eichmänner" keine Uniform, sondern den Unilook des Managements von Banken und Konzernen, von Universitäten und Redaktionsstuben.

Die Krankheit als Therapie

Schon die letzten Jahre der Militärdiktatur (1975 – 1980) haben auf Druck des IWF, des internationalen Kapitals und der Multis eine ungeheure Verelendung der peruanischen Massen gebracht. Vorher schon hatte man mit Pressionen Kreditsperren und einer Politik der Destabilisierung 1975 das „linke" Militärregime des Generals Velasco Alvarado zu Fall gebracht, der seine Auslandsverschuldungen noch für so sinnvolle Projekte wie Dorfelektrifizierung, Subventionierung der Grundnahrungsmittel, Ausbau des beruflichen Schulwesens usw. usw. vergrößerte, wenn auch oft dilettantisch und zu sehr von oben. Belaunde Terry hat in zwei Jahren mehr Auslandsschulden gemacht als General Velasco in sieben Jahren (1968 – 1975). Aber das macht nichts! Er kriegt noch mehr Geld, denn mit diesem Geld kauft er Waffen und Luxusgüter in USA, Europa und Japan. Mit diesem Geld stopft er seine Haushaltslöcher, die entstehen, weil er den Multis fast Steuerfreiheit gewährt hat. Das US-Kapital hat inwischen Peru zu einer Filiale gemacht; Peru wird ausverkauft, die eigene Wirtschaft stagniert oder geht kaputt. Die Multis kaufen in ungeheuren Mengen Andenland in Erwartung von Bodenschätzen und vertreiben dort die Indios. Die Gewinne werden frei transferiert. Die wenigen Währungsreserven werden nicht für sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen aufgebraucht, sondern für Luxusgüter für die oberen Zehntausend. Die Subventionen für Lebensmittel und für den Nahverkehr sind gestrichen, Kinder fressen Baumrinde, die Kindersterblichkeit steigt, das Analphabetentum auch und die Arbeitslosigkeit. Der Rest der Ressourcen bleibt in Lima; die Provinz, und dazu gehört auch schon Cusco, verarmt zusehends. Die Not treibt die elende Landbevölkerung in steigendem Umfang in die



Verelendeter Indianer in Lima

Städte, wo sie „vom Regen unter Umgehung der Traufe direkt in die Scheiße" geraten. Ein sich beschleunigender Teufelskreis.
Aber der IWF und das internationale Kapital ist zufrieden. Peru ist wieder eine Goldmine, ein Kultur- und Wirtschaftsbordell. Aber in der privatkapitalistischen Presse Perus verursacht der Raub des Tumi (einer wichtigen Goldfigur der präkolumbianischen Geschichte Perus) aus dem Archäologischen Museum in Lima mehr Aufregung als dieser aktuelle Ausverkauf der Ressourcen, der aktuelle Ausverkauf der Kultur und der Eigenstndigkeit des Landes. (Abgesehen davon, daß jede Millionärsgattin in Miraflores ihren Goldschmuck besser beschützt und bewacht als diese Regierung, dieser Staat die wenigen verbliebenen Überreste seiner vergangenen Kultur!).
Die Frage, die immer wieder aufstößt, ist, wie in diesen Ländern die Regierung, die eigene Oberschicht diesem Ausverkauf der eigenen Ressourcen zusehen kann. Die Erklärung ist eigentlich sehr simpel: Solange 5 bis 10 Prozent in diesen Ländern zur herrschenden Klasse gehören, zu denen, die verdienen, ist das kein Problem, da sie immer noch, auch bei noch soviel Steuerfreiheit und Gewinntransferierung, bei noch soviel Inflation und Stagnation ohne viel Arbeit ihren Schnitt bei diesem „Geschäft" machen und alle Nachteile auf den Rest abwälzen können – notfalls mit Gewalt! Auch jene 10 bis 15 Prozent Zwischenschicht von Angestellten, Händlern, Staatsbediensteten usw. ist solange ruhig, wie sie über eine inzwischen fast lückenlose und gnadenlose Korruption von diesem Kuchen auch noch was abkriegt. Der Rest wird qua Militär und Polizei erledigt.
Ich sah jetzt im Land viel mehr Waffen und viel mehr Uniformen als zur Zeit der Militärdiktatur. Die Repression gegen link Politiker, Gewerkschafter, Bauernführer usw. nimmt zu,das sogenannte „Anti-Terror-Gesetz" ist die Handhabe und erweist so seine wahre Absicht.
Es ist fast unvorstellbar, wie 400 Jahre weißes Herrenmenschentum eine Oberschicht herangezogen hat, die bar jeder Verantwortlichkeit ist. Der fast totale Mangel an Gemeinsinn in diesem Lande ist erschreckend. Diese Herrschaften könnten fast alle Somoza heißen – und Herr Reagan ist ihr Beschützer. Auf Schritt und Tritt stolpert man hier über die Leichen des Reaganismus, der diese Politik noch jeden Tag verstärkt und verschärft, während er bei uns Friedensglocken läutet, von Menschenrecht und Freiheit lügt und sogenannte Journalisten dazu die Feder mit der Schalmei verwechseln.

Das alltägliche Elend

Einige Illustrationen zu diesen Ausführungen, auf dieser Reise gesammelt:
Die subventionierte Busfahrt vom Elendsviertel am Rande Limas ins Zentrum kostete vor drei Jahren noch 25 soles, inzwischen kostet sie 100 soles. Was ist das schon!? Für die Indiofrau war es damals möglich, zu diesem Fahrpreis in die Stadt zu fahren an zwei, drei oder mehreren Tagen die Woche, um ein paar Stunden irgendwo in irgendeinem Haushalt zu arbeiten, die Wäsche zu waschen, und sich so etwas zu verdienen. Bei dem heutigen Buspreis ist das nicht mehr möglich bzw. die Busfahrkarte frißt den spärlichen Verdienst auf. So ist auch diese minimale Möglichkeit für tausende von Leuten im Elend genommen, sich etwas selbst dazu zu verdienen. Die Männer, die in der Stadt arbeiten, können nicht mehr nach Hause fahren, sondern verbringen irgendwo in der City die Nächte und kommen nur noch am Wochenende „nach Hause" – ihre Strohhütte in der Wüste um Lima.
In Miraflores, dem Luxusviertel von Lima, beobachte ich den Karnevalsumzug. Auch einige Indiogruppen ziehen mit und werden hier beklatscht – beklatscht von denselben Leuten, die ohne Hemmungen und ohne Gewissensbisse vier Kilometer weiter die Brüder dieser folkloristischen Indios in ihrem eigenen Dreck verhungern lassen. Ich sehe hier massenweise das einzige, was in Peru noch gebaut wird: Banken, Geschäfts- und Apartmentshochhäuser mit Luxuswohnungen. Ich komme gerade aus den Elendsvierteln und sehe abends im peruanischen Fernsehen (das ein eklatantes Beispiel von amerikanischem Kulturimperialismus ist und sich voll auf die weiße Oberschicht konzentriert) in einer der vielen Reklamen, wie pausbäckige weiße Kinderchen zum noch mehr Kekseknabbern verführt werden, während ich zwei Stunden vorher aufgeschwemmte und an Eiweißmangel halb verblödete Kinder sah, die Baumrinde fressen müssen. Übrigens: Auf der Rückfahrt von der Barriada in die City am Rande der Straße Reklameschilder der deutschen Pharmazie-Firma Merck für ihr Abmagerungsmittel Bionorm.
In für mich jedenfalls auf den ersten Blick eindeutiger Weise hat sich die Unterernährung der Bevölkerung verschärft. Auf Druck des IWF ist inzwischen 40 % des peruanischen Imports nur zur Schuldentilgung bestimmt. Alles, was sich irgendwo exportieren läßt, wird exportiert, um die Handelsbilanz zu „sanieren", die u.a. durch den steigenden und freien Import von Luxusgütern belastet wird.
Es kommt zu so widersinnigen Erscheinungen, daß der peruanische Fischreichtum zu Fischmehl für unsere sowieso schon zu fetten Rinder verwurstet wird, wähend die peruanische Bevölkerung an einem eklatanten Eiweißmangel leidet. Im Süden des Landes besitzt der Nestlé-Konzrn riesige Ländereien, auf denen ungeheuer viel Milch produziert wird. Milch, die jedoch nicht die peruanischen unterernährten Kinder zu trinken kriegen, sondern die von den Multis Nestlé und Carnation (USA) zu Dosenmilch für den Export verarbeitet wird, einer Dosenmilch, die zynischerweise auch noch den Namen Glora trägt. Für jedes importierte Luxusdreirad für ein weißes Luxuskind in Miraflores müssen also in den Barriadas drei Indiokinder verrecken – das ist die Logik dieser „Gesundung" und „Demokratisierung" der Wirtschaft. In den Fremdenführern steht davon nichts. Hier wird die peruanische Küche gelobt. Sie ist sicher sehr schmackhaft. Nur ist die peruanische Küche leider nicht die Küche der Peruaner.
Auf dem Weg von Lima nach Cusco besuche ich das Minenzentrum Cerro de Pasco. Es ist eine trostlose, teilweise entsetzlich öde Ansicht, eine Mischung aus grauem Dreck und Staub, aus fast schwarzen Hütten, die bis direkt in die Abbaurinnen hereingebaut werden, damit die Mineros aus dem Bett gleich vor die Arbeit fallen, Mineros, die für einen Hungerlohn arbeiten, obwohl sie für peruanische Verhältnisse noch relativ viel verdienen (zwei bis dreieinhalbtausend soles, 8-12 DM pro Tag). Mineros, die aber auch eine überdurchschnittliche kurze Lebenserwartung haben. In anderen, kleineren Minen, verdienen die Mineros viel weniger.
In Lima sehe ich dann einige Tage später in Miraflores und San Isidro eine wirklich unglaubliche Ansammlung von Bankhochhäusern, wo das Geld verwaltet und auf die minimale Oberschicht und ins Ausland verteilt wird. Jenes Geld, das die Mineros 300 km weiter unter härtestem Einsatz tagtäglich verdienen müssen. Fast nirgend wird das politische und ökonomische Grundproblem dieses Landes deutlicher als in der erschreckenden Diskrepanz zwischen Cerro de Pasco und seinen Minenhütten und dem Bankviertel um die Avenida Panama in Lima.
Die Bürokratie wuchert in diesem Land, es geht nichts, aber auch gar nichts ohne Stempel, und es gibt kaum einen Stempel ohne Korruption. Neuerdings müssen in Lima und anderswo alle Straßenhändler einen auf ihren Namen

ausgestellten Gewerbeschein bei sich tragen, der jedes Jahr verlängert werden muß. Das bedeutet jedes Jahr aufs Neue das Spießrutenlaufen durch die Behörden, die Ungewißheit und natürlich der Verlust von einigen tausend soles, mit dem sich Beamte bereichern – die wenigen tausend soles, die für diese Armen oft das Letzte sind, über das sie überhaupt verfügen. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Skrupellosigkeit hier den Ärmsten der Armen ihr letztes bißchen Geld abgeknöpft wird.
Ich spreche an der Universität mit engagierten linken Studenten, die auf einer Bank neben mir gerade Lenin „Was tun?" lesen. Sie waren noch nie in den Elendsvierteln, sie kennen die Leutenicht, denen sie angeblich helfen wollen, und sie wollen sie im Grunde auch nicht kennenlernen, denn diese Leute stinken, sind dreckig und dumm. Jeden Tag erkenne ich mehr, daß ich dieses Land eigentlich nicht kenne, sehr wenig verstehe, was hier eigentlich vorgeht. Aber ich bin ziemlich sicher, daß bei Lenin wenig Rat zu holen ist, wie in diesem Lande die Verhältnisse zu ändern sind. Daß man zu einer wirksamen Hilfe in diesen Ländern auf irgendeine Weise den Kapitalismus abschaffen muß, braucht man wahrlich nicht bei Lenin zu lesen. Dazu genügt ein Blick aus dem Fenster.
Überhaupt ist in einer solch verzweifelten Situation das Problem der Solidarität, da wo es über die Nachbarschaft hinausgeht, augenscheinlich sehr kompliziert. die Linke ist sehr zersplittert. Die meisten „klassischen" politischen Bewegungen (Parteien) werden im Grunde von Weißen, von Akademikern, von hauptberuflichen Politikern angeführt. Ich erlebe eine Kundgebung in Cusco gegen die wachsende Rückgängigmachung der Bodenreform in der Sierra. Nach zwei Stunden Reden von über zehn Leuten im Anzug und mit Krawatte, in denen hundertmal das Wort Solidarität und Revolution vorkommt, spricht endlich einer in Kechua, der Sprache, die die Muttersprache der meisten armen Teufel ist, die hier auf dem Platz versammelt sind, um die Reste ihrer Existenz und ihrer Menschenwürde zu verteidigen.
Allerdings haben in den vielen Basisgruppen und -bewegungen die einfachen Leute das Sagen, die Bauern z.B. oder die Bewohner der Elendsviertel.
Jeden Tag und an jeder Ecke stolpert man in diesem Land über die eklatanten Mängel an fachlicher Qualifikation. Das von den Spaniern aufoktroyierte Bildungssystem vermittelt Philosophie, Literatur, Jura, alles Mögliche, nur keine Grundlagenkenntnisse in Technik. Es gibt kein berufliches Schulwesen. Der unter Velasco Alvarado angefangene Ausbau eines beruflichen Schulwesens (ESEP) ist über die ersten Schritte nicht hinausgediehen und wird heute vom Bildungsministerium in Lima wieder ausgehöhlt, da irgendein schlauer Mensch über das Wort Polytechnik gestolpert ist und damit jede Form breiter beruflicher Bildung als kommunistisch denunziert wird, in einem Land, das wie fast alle lateinamerikanischen Länder an einem fast krankhaften und hysterischen Antikommunismus leidet.
Gespräch mit einem jungen Schuhputzer, Lustrabota genannt. Er erzählt mir, was ich dann auch von vielen anderen höre, seinen Tagesablauf: Morgens um 1/2 6 aufstehen, um 6 fängt er an, die Hotels abzugrasen, um dort die Schuhe der Gäste zu putzen, dann düst er den ganzen Tag durch Cusco mit seiner schweren Kiste. Er stöhnt. Beide Schultern tun ihm weh. Abends kommt er nach Hause, ißt ein wenig und von 7 bis 1/2 11 besucht er eine Abendschule, um seiner Schulpflicht zu genügen (er ist 12 Jahre alt).


Um 6 fängt er an, die Hotels abzugrasen, um dort die Schuhe der Gäste zu putzen

Es gibt in den Städten extra Schulen für die Kinder, die von der Not getrieben tagsüber nicht zur Schule gehen können – so fürsorglich sorgt dieser Staat für seine Jugend!
Mit Millionenbeträgen wird 30 km außerhalb von Cusco in Chinchero ein neuer internationaler Flughafen gebaut, damit die Touristen aus Miami und anderswo nicht mehr über Lima nach Machu Picchu fliegen müssen. Die Kredite stammen von internationalen Banken. Jeden Tag kann man in dieser Region sehen, was alles sinnvoll für die Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen mit diesen Millionen gemacht werden könnte. Aber dafür gibt es keine internationalen Kredite. Inzwischen ist der Flugtourismus gesunken und ich höre mit Erleichterung, daß das finanzierende Bankenkonsortium kalte Füße bekommen hat und das Projekt wahrscheinlich stirbt. Ein Geschäft ist nicht mehr in Aussicht.
Freunde bitten mich, in Deutschland Blutdruckmeßgeräte zu sammeln und ihnen zu schicken oder ambulante zahnärztliche Einrichtungen, um wenigstens den primitivsten Grundstand einer ärztlichen Versorgung in der Umgebung von Cusco sicherzustellen. So etwas gibt es hier nicht. Für so etwas ist kein Geld da. Die ärztliche Versorgung auf dem Lande ist teilweise gleich null. Die wegen falscher Ernährung geschwächten Körper krepieren einfach weg bei der leisesten Infektion. In einem weit von Cusco und hoch in den Bergen liegenden Indiodorf erlebe ich in fünf Tagen den Tod dreier Kinder. Das ist hier normal. Etwas dumpfe Trauer und Verzweiflung bleibt den Eltern, mehr nicht. Das wird sich auch nicht ändern, solange für die Herrenschicht von Lima und für Herrn Reagan und seine Wasserträger bei uns etwa ein politisches Programm zur besseren medizinischen Versorgung der Bevölkerung schon Kommunismus ist, solange die USA statt z.B. ärztliche Gemeindearbeiter zu schulen, Killertrupps ausbildet und Mörderbanden finanziert, die sich erfolgreich als Armee tarnen.
Ich erlebe direkt den Teufelskreis, in dem die Eltern mit ihren vielen Kindern stehen. Einerseits ist jedes neue Kind eine Belastung und jeden neuen Tag weiß man nicht, wie es satt zu machen ist, andererseits braucht man die vielen Kinder, um den Verdienst etwas aufzubessern, um die fast totale Abwesenheit einer Sozialversicherung auszugleichen, um z.B. kilometerweit Wasser für Haus und Garten herbeizuschleppen. Der „Kindersegen" hat für diese Familien, die in Not und Elend leben, also durchaus auch eine vernünftige Seite, abgesehen davon, daß es ja oft nur Folge eines absoluten Mangels an Aufklärung ist. Gerade in Peru wird die Verlogenheit der Übervölkerungsthese deutlich. Dieses Land hat nicht zu viele Menschen, dieses Land hat falsche ökonomische und politische Verhältnisse. Zur Zeit der In-

kas wurde in der Sierra eine dreifach größere Bevölkerung versorgt. Der Hunger ist hier kein Problem der zu vielen Kinder, sondern der falschen Verteilung und Bebauung des Landes. Fehler, die die weiße Arroganz, Gier und Brutalität einst begürndeten und von denen wir, und vor allem bestimmte Leute bei uns, profitieren. All das hören wir nicht, all das sehen wir nicht, all das steht auch nicht in unseren Schulbüchern, in unseren Zeitschriften, in unseren Geschichtsbüchern.

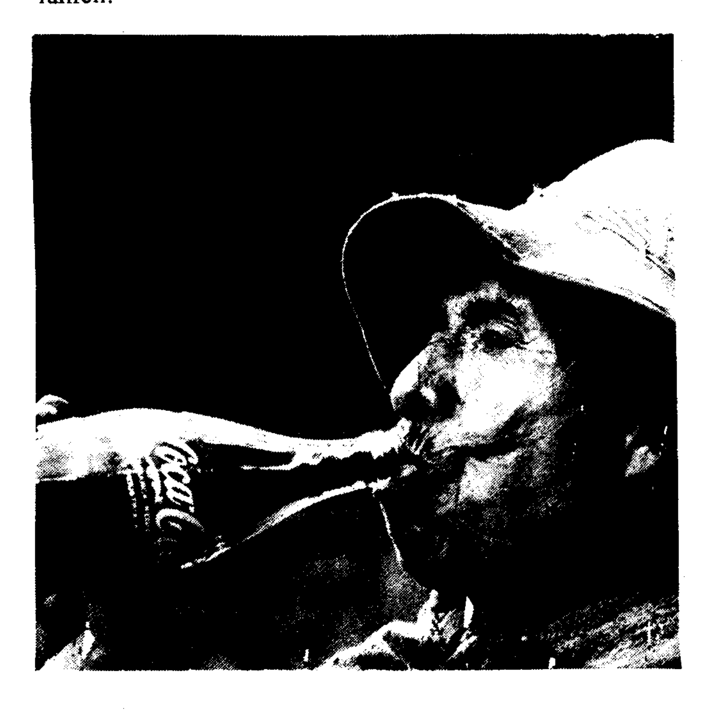


Der Hunger in der Sierra treibt die Familien in die Städte, wo sie nur noch mehr Elend und noch mehr Hunger erwartet. Die Kinder vor allen Dingen entwickeln sich zu kleinen "Kriminellen". Drogen, tagtäglicher Diebstahl u.a. sind das Handwerk, mit dem sie überleben. Die Familie, die Verantwortlichkeit, die Mitmenschlichkeit zerfällt, immer mehr Väter z.B. verlassen einfach ihre Frauen und ihre Kinder. Das ist die andere Seite eines Elends, das Resultat eines verdeckten Rassismus der weißen Oberschichten. Was hier verreckt und verelendet, sind schließlich keine Menschen, sondern „nur Indios" – eine 400 Jahre alte, blutige und lange Tradition.

Touristenprobleme

Diese Tradition und die andere „eigene" Vergangenheit verfolgt einen hier in Cusco und Umgebung auf Schritt und Tritt. Museumsbesuche, Literatur, Besichtigungen und viele Gespräche vertiefen die Kenntnisse über das, was in diesem Lande war und was heute ist – alles Dinge, die in unseren Schulbüchern nicht vorkommen und an denen die meisten Touristen auch achtlos vorbeilaufen bzw. von denen sie nicht berührt werden. Aber Tourist bin schließlich auch ich, Gringo, in den Augen der meisten dieses Landes Millionär, zwar gewillt, die Augen offen zu halten, aber doch weitgehend unfähig zu begreifen, was in diesem Lande passiert, passiert ist, was in den Menschen vorgeht, was sie bewegt. Man kann die Not sehen, aber sie sprengt eigentlich unser Vorstellungsvermögen. Und da, wo wir sensibel sind und nicht mehr nur zugucken wollen, wo wir wütend werden, wo wir die Ungerechtigkeit empfinden, wo wir sogar helfen wollen, geraten wir in sehr zwiespältige Erfahrungen. Als „aufgeklärter" und aufklärungswilliger Tourist hat man es in diesem Land sehr schwer.
Sehr schnell entdeckt man sich dabei, die Leute hier zu belehren, sich zu stören an Dingen, deren Änderung wir zu Hause eigentlich schon aufgegeben haben. So habe ich mich z.B. immer wieder geärgert über die Schwemme billiger japanischer Transistor-Radios, über die Tatsache, daß man heute auch in Peru in kein Lokal mehr gehen kann, ohne von künstlichem Plastikgeplärre belästigt zu werden. Es stört die Leute hier wahrscheinlich nicht bzw. sie sind der Meinung, daß alle Gringos gerne Krach haben. Wir ärgern uns hier ständig über Dinge, die für uns doch eigentlich selbstverständlich sind, z.B. über den wachsenden Autoverkehr in Cusco, der langsam unerträglich wird. Transportieren wir nicht unsere Hoffnungen in diese Länder, ohne zu fragen, ob wir hier nicht einem falschen und romantischen Bild aufsitzen!? Jaques Prevert sagte schon vor 30 Jahren: Wer heute eine Fischerhütte malt ohne das Transistorradio darin, der lügt. Damit will ich nicht sagen, daß wir bei uns nicht diskutieren müssen, wie es eigentlich kommt, daß wir in diese Länder fast nur unseren Schrott, unseren Dreck und unseren Schwachsinn exportieren und wem das nutzt.
Auf der anderen Seite ist man als Tourist verunsichert, wenn man amerikanische, japanische und auch deutsche Touristen und ihr Benehmen hier sieht und gleichzeitig weiß, daß man selbst auch Teil eines Tourismus ist, der all diese Arroganz mitproduziert. Der Dreck, das Elend wird als folkloristisch betrachtet. Wie verhält man sich gegenüber den ständigen Händlern, den bettelnden Kindern? Auch ich war verärgert, wenn ich ruhig auf der plaza de Armas in Cusco saß und alle zwei Minuten von Indiofrauen „belästigt" wurde, die ihre handgewebten Bänder verkaufen wollten (comprame senor, comprame). Aber warum sind wir ärgerlich? Ist es nicht das Mindeste zu respektieren, daß diese Menschen ihre paar Groschen Lebensunterhalt verdienen wollen, abgesehen davon, daß sie eine gute Ware für unglaublich billiges Geld anbieten?! Muß man sie, wie die meisten Touristen es tun, verscheuchen wie Fliegen, kann man nicht wenigstens jene drei Sätze Spanisch lernen, um ihnen höflich zu sagen, daß man ihre Sachen nicht braucht oder schon gekauft hat!? Muß man durch dieses Land fahren und die Indios wie Tiere im Zoo betrachten!? Oder, wie ich es bei amerikanischen Touristen gesehen habe, das Fenster runterdrehen und den Indios Zigaretten vor die Füße werfen!?
Die Touristen hier können einem viel deutlicher als jede Literatur klarmachen, wie stark unser weißes Herrenmenschentum eingewurzelt ist. Das fällt bei deutschen Touristen nicht ganz so stark auf, da sie wesentlich weniger sind und der typische deutsche Tourist in diesen Ländern häufig zumindest mit etwas stärkeren kulturellen Interessen anreist als der amerikanische Ex- und Hopp-Tourist, der durch die wenigen Touristenzentren dieses Landes hindurchgeschleust wird, alles bestens organisiert von seinem Reisebüro in Miami oder anderswo (wo übrigens auch das Geld bleibt!). Aber gerade bei deutschen Touristen merkt man die ständige hochfahrende Belehrung bei den tagtäglichen organisatorischen Schlampereien, die einem in diesem Lande entgegentreten: „Das müßten wir mal organisieren, dann würde das endlich funktionieren!" Das gilt übrigens auch für einen Großteil jenes Typs von Peru-Touristen, die von einem romantischen Indio-Eifer beseelt sind oder jenen anderen, die dieses Cusco, dieses spezifische Ambiente als einen ganz speziellen Hintergrund für ihren Gammeltourismus schätzen. Mit geradezu lächerlicher Betulichkeit kleiden sie sich wie die Indios, doch allzu oft erscheint im Faltenwurf ihrer Alpaca-Mimikry der alte Stiefel mit den Sporen.
Wenn ich das hier so kritisere, will ich nicht vergessen, wie auch ich oft „Scheiß-Peru" vor mich hingeflucht habe, wenn wieder einmal etwas nicht klappte, wieder einmal etwas Einfaches unglaublich kompliziert organisiert war, wieder einmal einer der unzähligen und vor allem überzähligen Bürokraten mich ärgerte und aufhielt oder

auch der noch unzähligeren Polizisten mich schikanierte (Daumen hinter dem Koppel, soweit der Bauch das zuließ, und Sonnenbrille – eine schlechte Filmkopie). Dabei vergessen wir, daß diese Schlamperei, diese Unfähigkeit, etwas vernünftig zu organisieren, ein Erbe unseres Kolonialismus ist, ein Ausfluß dieser menschenverachtenden Haltung der Herrenschicht – und genau jener menschenverachtende Zug erlaubt es uns ja, dieses Land teilweise bis aufs Blut auszuplündern.
Neben vielem bekannten kritischen zur Touristenknipserei hier noch etwas Spezielles: Als leidenschaftlicher Hobby -Fotograph erliegt man sehr schnell jener romantischen Indiosicht, die durch die folkloristische Farbenpracht dieses Elends und die grandiose Natur noch unterstützt wird. Wenn man Hintergründe und Lebenssituation kennt, dann ist z.B. das alte faltige Gesicht der Indianerin eben nicht mehr ein „edles Antlitz", sondern gezeichnet von Hunger, vom Elend, von Krankheit und Not, es ist das häßliche Gesicht von Entbehrung und Überarbeitung, von Elend und Unterernährung, und das wird dann deutlich, wenn wir das wahre Alter dieser „alten" Menschen erfahren.



Trotz allem: (auch) eine schöne Reise

Neben diesen verunsichernden, kritischen, schlimmen Erfahrungen gab es aber auch das Folgende:
Das Erlebnis einer grandiosen schönen Landschaft, die Schlucht des Apurimac, das Grün um Cusco, die einsame Hochebene (mesa) vor Cerro de Pasco, das fast griechische Ambiente des Titicacasees, die eindrucksvolle Wüstenlandschaft vor Mollendo am Pazifischen Ozean, Quillabamba zwischen Sierra und Dschungel und immer wieder Cusco! Vor allen Dingen Machu Picchu außerhalb der Stunden lärmender Touristen, die die Genialität dieser Verchmelzung von Natur und menschlicher Schöpferkraft kaum erleben können oder nicht erleben wollen, die sich hier manifestiert, hier und auch in anderen Überbleibseln der präinkaischen und inkaischen Kulturen.
Was haben die Konquistadoren diesem Kontinent gebracht außer 400 Jahren Hunger, Elend, Blut und Tod, außer einer Mischung aus menschenfeindlicher Schlamperei und politischem Staatsterrorismus? Was ist lohnend zu sehen heute außer dem, was sie zu zerstören nicht schafften, außer dem, was sie an Natur vorfanden, außer einigem Spanischen hier und da?
Ja – natürlich gehört zu diesen „Pluspunkten" auch die Musik. Ein schönes Erlebnis, die Musik Perus vor Ort mitzukriegen, und die ist weitaus vielfältiger dank weißer und negroider Einflüsse, als „El condor pasa" das vermuten läßt. Und voller guter und schöner Erfahrungen die Begegnungen mit Menschen. Ich traf nicht nur raffgierige Blutsauger, auf Distanz lebende noble Ausbeuter und arrogante Theoretiker an den Universitäten, ich traf auch Studenten, die zuhören, helfen und beraten, ich traf Nonnen und Padres, die aktiv sind für die Elenden und kämpfen dagegen, daß auf diesem Kontinent, wie die ganzen 400 Jahre zuvor, „das Kruzifix weiterhin als Totschläger benutzt wird", wie Andre Gide es einmal formulierte. Ich traf gastfreundliche und trotz ihres Elends und ihrer Erfahrungen offene, frohe Indios, und ich traf immer wieder Kinder, die trotzdem lachten. Ich traf Menschen, die an diesem Lande leiden, aber die dennoch nicht resignieren. Ich traf Menschen, die ihre seit Jahrhunderten geraubte Würde wiedergefunden haben oder um diese Würde kämpfen. Ich traf auch Touristen, die versuchten, sich wie Menschen in diesem Lande zu bewegen unter Menschen; die nicht, wie frivole Reiseführer es ihnen auch noch empfehlen, auf den Märkten die Indios bis aufs Blut runterhandelten und damit auch noch abends in den Hotels prahlten, sondern die respektierten, daß ihnen solide und gute Waren für sowieso schon ein Spottgeld geboten werden. Waren, für die sie zu Hause ohne weiteres bereit wären, in irgendeiner Boutique das Zehnfache zu bezahlen; Touristen, die wußten, daß jede 100 soles, die sie hier herunterhandelten, ein bißchen mehr Hunger, ein bißchen mehr Elend für eine Familie bedeuteten.
Am Ende dieser Reise bin ich aufgewühlt, beglückt, zornig, um vieles klüger und hoffentlich auch um vieles bescheidener – bescheidener auch in meinem Glauben, hier helfen zu können, und in der Hochfahrenheit zu wissen, besser zu wissen, was diesem Land nottut und wie ihm zu helfen sei. Was zuerst zu tun ist, ist nicht Belehrung in Peru, sondern Aufklärung bei uns, Aufklärung über unsere gemeinsame Vergangenheit, über unsere elende Schuld an diesem Kontinent, über unsere Verstrickung und über die Zusammenhänge von Wohlstand und Hunger. Vielleicht ist dieser Aufsatz ein kleiner Beitrag dazu, diesen Ländern und auch uns nicht mehr unsere mörderischen Maximen als „Gesundung" zu verkaufen.
Es ist wie mit der Emanzipation: Das geht beide Seiten an! Die Unterdrückung ist ja immer auch Folge und Ursache zugleich einer Verstümmelung des Unterdrückers. Gewiß, trotz aller Aufklärung wird es bei uns auch weiterhin Menschen geben, die ihre vollgefressene Schmalspurintelligenz für Höherwertigkeit halten, die es richtig finden, daß für ihr „Menschenrecht" auf 10 Liter Benzin, 1 Pfund Kaffee und 5 Kilo Abfall pro Tag tausende anderer Menschen hungern müssen und ermordet werden. Aber es werden weniger, hoffe ich. Unsere strukturelle Gewalt nach außen ist ja auch Folge unserer organisierten Dummheit und Uniformiertheit nach innen. Die Reagans werden nicht aussterben, aber vielleicht werden die Millionen, die sie wählen, die ihren Zynismus für staatsmännische Kraft, ihre Dummheit für Klarheit, ihre Bestechungen für Wohltaten halten, so wenig, daß es nicht mehr reicht für United Fruit, Bethlehem Steel, Nestlé und Hoechst, für Milton Friedman u.a., ihr Geschäft so skrupellos weiterzubetreiben ?– doch nicht und auch nicht bei uns, denn schließlich habe ich hier nicht von Gullivers Reisen berichtet: Es kommt einem so Manches bekannt vor.

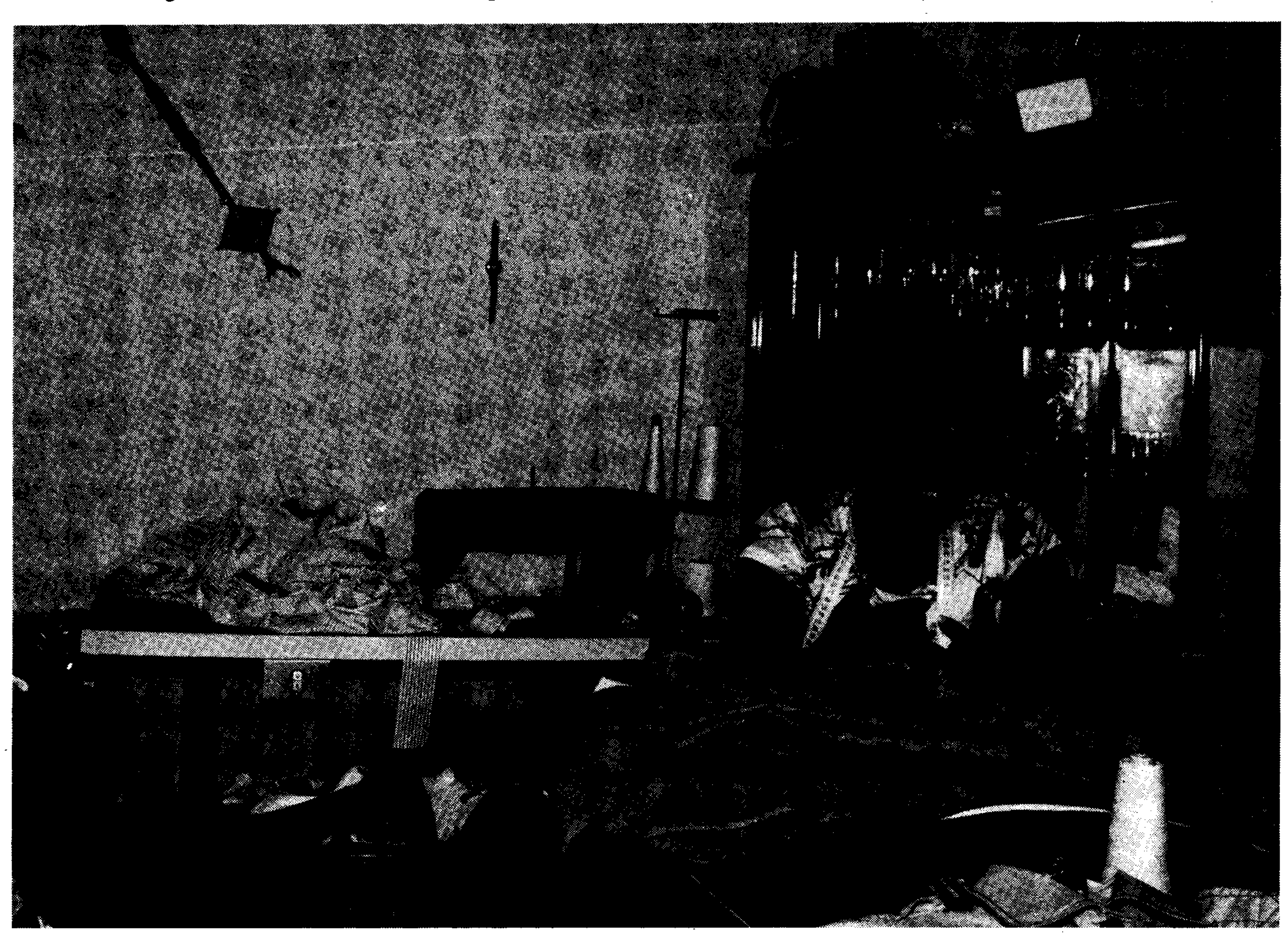
Reinhard Krause

SELBSTHILFEPROJEKT

„...Wir wollen auf jeden Fall weiter machen!"

Die peruanischen Frauenorganisationen und -komissionen, die in den letzten 3 bis 5 Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, können triumphieren. Sie haben den Beweis, daß ihre Frauen auch in Arbeitskämpfen eine führende Rolle einnehmen können. Der Beweis existiert in Form von „LUCY" und „CONEL". Das sind zwei Firmennamen, die für die Formel stehen können: Frauen gewinnen den Kampf um ihre Arbeitsplätze. Die Fälle sind interessant und hier in Lima viel besprochen.

Wir haben Glück und treffen auf einer Frauenveranstaltung eine Vertreterin der LUCY-Frauen, die eingeladen wurde, um über die 1 1/2 Jahre Widerstand zu sprechen, den sie und ihre Kolleginnen leisteten, um ihre Arbeitsplätze in der Kleiderfabrik LUCY zu erhalten, und der damit endete, daß sie mit einem Teil der Maschinen entschädigt wurden. Nun sind sie dabei, einen selbstverwalteten Betrieb zu gründen.



Die Werkstatt ist jetzt in einer Privatwohnung untergebracht

CREACIONES UNIDAS

An einem Vormittag machen wir uns auf, das neue Kollektiv zu besuchen. Die Adresse führt uns in einen ärmlichen Arbeits- und Wohnbezirk in der Nähe des Zentrums von Lima. Wir rechnen mit einem kleinen Laden oder einer kleinen Werkstatt und sind daher ziemlich überrascht, als wir in einer Privatwohnung landen. Erst als uns unsere Bekannte entgegenkommt, sind wir sicher, daß wir uns nicht in der Adresse geirrt haben. Sie führt uns ins Wohnzimmer, wo einige Frauen und ein Mann bei der Arbeit sitzen und uns neugierig betrachten.

Zuerst sind wir etwas sprachlos in der unerwarteten Umgebung, aber die Leute heißen uns gleich so freundlich willkommen, daß das Eis schnell bricht. Wir sitzen vor dem „Erfolg LUCY". 8 Leute – 7 Frauen und 1 Mann – und ein paar Nähmaschinen, und lassen uns noch einmal die Geschichte ihres Kampfes und seines Ausgangs erzählen. Im Grunde genommen einfach und alltäglich und trotzdem, gerade weil ihr das Heldenhafte fehlt, bemerkenswert und wegweisend.

LUCY ist ein kleiner Betrieb, Hersteller von Kinderkleidung, wie es viele in Lima gibt. Er beschäftigt ca. 30 Leute, überwiegend Frauen, die zu einem miserablen Lohn arbeiten. Die Arbeitsbedingungen sind hart. Die Frauen arbeiten im Stücklohn. Es gibt Zeiten, da gibt es so viel Arbeit, daß

sie die Frauen nach Hause mitnehmen müssen, um sie dort am Feierabend fertig zu machen. In anderen Zeiten fehlt es an Arbeit und die Frauen sitzen untätig herum oder werden unbezahlt nach Hause geschickt.
Diese Situation fängt sich an zu ändern, als die Arbeiterinnen im Februar 1979 ihre Betriebsgewerkschaft gründen. Die Frauen fordern bessere Arbeitsbedingungen. Der Unternehmer reagiert mit Repressionen : schwererer Arbeit und härtere Arbeitsbedingungen. 2 Arbeiterinnen treten unter diesem Druck aus der Gewerkschaft aus. Im Januar 1980 legen die Frauen ihre ersten Forderungen vor: Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitsschürzen, Reparatur des löchrigen Daches und einen Tisch für die Mittagspause.
Am 7. Mai wird die Vorsitzende der Gewerkschaft entlassen unter dem Vorwand, sie hätte einen Streik organisieren wollen. 2 Tage später will der Unternehmer die ganzen Maschinen wegschaffen und die Frauen ohne Arbeit sitzen lassen. Das verhindert die Belegschaft, indem sie das Fabriktor besetzen. Noch einen Monat lang setzen die Frauen ihre Arbeit fort, die aber immer mehr abnimmt, da der Unternehmer seine Aufträge nach außen vergibt.
Am 11. Juni wird die Fabrik endgültig geschlossen. Der lange Kampf mit dem Arbeitsministerium und dem Arbeitsgericht beginnt: Die Frauen klagen ihr Recht nach dem Gesetz 21584 ein, das den Arbeitern eines Betriebes die Möglichkeit gibt, diesen zu übernehmen, wenn von Seiten des Unternehmers eine widerrechtliche Stillegung oder Schließung vorliegt. (Diese fortschrittliche Gesetzgebung stammt aus der Zeit der reformerischen Velasco-Regierung). Aber der Kampf geht auch auf der Straße weiter: Tag und Nacht halten die Frauen das Fabriktor besetzt, damit der Unternehmer nicht heimlich die Maschinen abtransportieren kann. Es werden Schichten für den Wachdienst organisiert, das Lager wird auf der Straße aufgeschlagen. Dort funktioniert auch die „Olla Comun" (der „gemeinsame Topf" wie die Leute hier sagen), die Streikküche. Eineinhalb Jahre halten die Frauen so durch! Bei Wind und Wetter auf der Straße, zuerst auf Zeitungspapier, später kommen Solidaritätsspenden: Matratzen, Decken, eine Plastikplane als Regenschutz. Oft schließen sich den Wachen auch Unterstützter an: Ehemänner, Kolleginnen und Kollegen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften.
Eineinhalb Jahre Widerstand! Was dahinter für persönliche Erfahrungen stecken? Die Frauen können viel erzählen. Vom Streit mit ihren Männern, von denen einige nicht einsehen wollten, daß sich ihre Frau engagiert und die sie nachts nicht aus dem Haus lassen wollten. Von den Belästigungen der Polizei und Männern im Allgemeinen. Von den Krankheiten, die sich manche Frauen in den langen Wachstunden geholt haben. Von den Frauen, die sich aus dem Kampf zurückgezogen haben, weil sie eine Familie zu ernähren haben und nicht ohne Arbeit bleiben konnten. Von den Frauen, die den Mut verloren haben, nicht so viele persönliche Opfer für die gemeinsame Sache bringen wollten.
Bis zum Schluß haben von den anfänglich 30 Leuten 8 durchgehalten. Darüber sind sie etwas verbittert. Sie haben die Kastanien aus dem Feuer geholt, die jetzt unter allen ehemaligen Beschäftigten verteilt werden. Aber sie haben auch positive Erfahrungen gemacht, wie sie versichern: Mit Gewerkschaften und Frauenorganisationen, die sie die ganze Zeit uneigennützig unterstützt haben, damit sie den Kampf bis zu einer akzeptablen Lösung durchhalten konnten.

Den Ausgang des Konflikts betrachten sie als Teilerfolg. Nicht gelungen ist es ihnen, nach dem Gesetz 21584 den Betrieb zu übernehmen. Dafür ist ihnen die Abfindung in Maschinen bezahlt worden und sie sind so zumindest teilweise in den Besitz ihrer Produktionsmittel gekommen. Jede Arbeiterin und jeder Arbeiter wurde je nach Betriebszugehörigkeit mit einer entsprechenden Maschine entschädigt.
Die 8 Leute, die bis zum Schluß durchgehalten haben, sind zusammengeblieben und haben ein Kollektiv gegründet. Im Moment sind sie dabei, die Hürden der Bürokratie zu nehmen, um als selbstverwalteter Betrieb anerkannt zu werden. Aber das größte Problem haben sie mit den Arbeitsräumen. Es fehlt ihnen bisher das Geld, eine Werkstatt zu mieten. Die Mieten sind in der ganzen Stadt wahnsinnig hoch und darüber hinaus fordern die Vermieter 6 bis 12 Monatsmieten im Voraus und zusätzliche Kautionen. Solche Summen können sie einfach nicht aufbringen.
Im Moment helfen sie sich mit einer Privatwohnung aus. In der Wohnung der einen Kollegin haben sie das Wohnzimmer zur Werkstatt umfunktioniert. In diesem kleinen Raum stehen 5 zusammengedrängte Maschinen. Der Wohnzimmertisch dient als Näh- und Zuschneidetisch. Aufgrund der beengten Verhältnisse können sie die Produktion nicht ausdehnen. Dadurch verdienen sie aber auch nur wenig, im Augenblick durchschnittlich 35 000 Soles (weniger als 70 Dollar) monatlich. Viel zu wenig, um eine Familie zu ernähren. Dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden, wenn sie genügend Geld zusammenbekommen, um sich eine Werkstatt mieten zu können. Dies hängt wieder davon ab, in wie weit sich die Solidarität auch im Materiellen ausdrückt! Trotz der Umstände machen die 8 einen zuversichtlichen Eindruck. Den ersten Schritt haben sie gewonnen. Jetzt wollen sie auf jeden Fall weitermachen. Sie hoffen auch, daß ihnen von außen geholfen wird.

SPENDENKONTO:
Postscheckkonto Berlin West Nr. 1739 13 - 107
BLZ 100 100 10, Ulrike Helwerth, Kennwort: LUCY

Auszug aus dem Buch von Rose Gauger und Ulrike Helwerth, „Wir sind die Ameisen der Bewegung", Frauen in Lateinamerika, Schwarzwurzelverlag, September 1982, S. 158 – 162.

ERITREA

Bestandsaufnahme nach der äthiopischen Offensive

Ein Gespräch mit der EPLF

Im Januar dieses Jahres kündigte der äthiopische Staatschef den Beginn der Offensive „Roter Stern" an, mit der der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung nach 21 Jahren endgültig der Garaus gemacht werden sollte. Heute, 8 Monate nach dieser Ankündigung ist klar, daß diese Absicht gescheitert ist. Nach schweren Kämpfen ab Anfang Februar, die sich bis in den Mai hinzogen, mußten sich die äthiopischen Truppen unter Hinnahme schwerer Verluste in ihre Ausgangsstellungen zurückziehen. Diese Niederlage, auch wenn sie von äthiopischer Seite nicht zugegeben wird, hat gewiß nicht dazu beigetragen, die Stellung Mengistus zu stärken. Auch der Ende Juni eingeleitete Angriff äthiopischer Verbände gegen Somalia kann davon nicht ablenken, zumal auch die damit verbundene Absicht, einen raschen Regimewechsel in Mogadischu herbeizuführen, offensichtlich nicht verwirklicht werden konnte.

Die Zukunft der äthiopischen Zentralregierung sieht daher wenig rosig aus. In Eritrea gelang es ihr nicht, die EPLF entscheidend zu schlagen. Der Krieg an der Südostgrenze zieht sich unerwartet lange hin. In Tigray erzielt die TPLF (Tigray People's Liberation Front) laufend Erfolge gegen die äthiopische Armee. Die OLF (Oromo Liberation Front) baut allmählich ihre befreiten Gebiete im Osten aus und schafft Zug um Zug die Voraussetzungen, in Wollega eine zweite Kampfzone zu eröffnen. Die wirtschaftlichen Lasten der permanenten Kriegsführung werden weiterhin nicht nur eine Stabilisierung und Erholung der äthiopischen Wirtschaft verhindern, sondern sie darüberhinaus weiter zerrütten. Dies wird aber nicht nur den nationalen Befreiungsbewegungen weiteren Zulauf verschaffen, sondern darüberhinaus in den äthiopischen Reihen selbst neue Fronten aufreißen, in der Armee und Regierung ebenso wie in den neugeschaffenen Institutionen des Staates und in der Bevölkerung allgemein. Auch wenn es oberflächlich betrachtet in der äthiopischen Bevölkerung, dem Teil der Bevölkerung, der unter Kontrolle der Regierung steht und sich mit ihrem Konzept des äthiopischen Staatswesens identifiziert, ruhig ist, so deutet manches daraufhin, daß es unter der Oberfläche gärt. Im März wurden zum ersten Male seit längerer Zeit in Addis wieder umfangreiche Verhaftungen vorgenommen und es wurde eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Auf der COPWE-Tagung im Juni wurde die Frage der Nationalitäten in Äthiopien erbittert und kontrovers diskutiert. Entgegen manchen Erwartungen kam es am 12. September, dem 8. Jahrestag der Machtergreifung der Militärs nicht zur Ankündigung der Schaffung einer Partei, die in Fortführung der COPWE (Kommission für die Organisierung einer Partei der Äthiopischen Arbeiter) einmal die Militärs an der Spitze Äthiopiens ablösen soll.

Die Niederlage der äthiopischen Armee in Eritrea und der Ausbruch der Kämpfe an der äthiopisch-somalischen Grenze ist auch eine Niederlage jener politischen Kräfte in der Welt – vor allem der westlichen Staaten – die auf einen äthiopischen Erfolg in Eritrea und einen äthiopisch-somalischen Ausgleich auf der Basis des Status Quo gesetzt hatten. Äthiopiens größter Trumpf im internationalen Kräftespiel ist seine geo-strategische Lage: im Horn von Afrika, zum Großraum Nord- und Ostafrika und zum Nahen und Mittleren Osten. Daher legen alle Staaten mit Interessen in der größeren Region um den Indischen Ozean und seinen Nebenmeeren Wert auf eine starke äthiopische Zentralregierung, über die sie hoffen, ihre geostrategischen Interessen in diesem Raum fördern oder sichern zu können. Aus dieser Interessenlage erklärt sich auch, daß kein westliches Land nach dem Bündnisschluß zwischen Äthiopien und dem Lager der von der UdSSR angeführten Staaten nun massiv die Gegner der äthiopischen Zentralregierung unterstützt hätten. Selbst Somalia erhielt von den USA nur gerade soviel wirtschaftliche und militärische Mittel, wie nötig waren, um gegenüber einem wiedererstarkten Äthiopien den Status Quo der bestehenden Grenzen zu behaupten. Die eritreische Unabhängigkeitsbewegung hingegen erfuhr keine Unterstützung von dieser Seite. Auch die europäischen Staaten hielten sich zurück. Nur die arabische Welt gewährte weiterhin eine halbherzige Unterstützung, weniger aus Überzeugung für die eritreische Sache als aus Furcht vor einem mächtigen und gar mit der Sowjetunion verbündeten Äthiopien.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Äthiopien und der westlichen Welt wurden keineswegs abgebrochen. Im Gegenteil, nach einer Phase der Stagnation wurden sie wieder verstärkt. Angesichts der geringen Fähigkeiten der Sowjetunion, Äthiopien wirtschaftlich unter die Arme zu greifen, rechnen sich gerade die westeuropäischen Staaten langfristig eine gute Chance aus, Äthiopien über die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe wieder auf die Seite des Westens ziehen zu können oder es zumindest zur Neutralität zu bewegen. Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Strategie ist allerdings, daß es der äthiopischen Regierung gelingt, die nationalen Bewe-

gungen der Eritreer, West-Somali, Tigray, Oromo usw. zu zerschlagen. Die Bereitschaft zur Leistung wirtschaftlicher Hilfe erklärt sich u.a. aus der Überlegung auf westeuropäischer Seite, diese Hilfe würde wesentlich dazu beitragen können, das äthiopische Regime zu stabilisieren und den Befreiungsbewegungen den ‚Nährboden' entziehen. Zumindest indirekt unterstützt und verlängert diese Strategie, den Krieg der äthiopischen Zentralregierung gegen die Mehrheit der Bewohner Äthiopiens und gegen die Bevölkerung Eritreas. Die mit ihr einhergehenden Aufforderungen an die Befreiungsbewegungen, den Kampf einzustellen und sich am Aufbau Äthiopiens, an der Beseitigung von Armut und Unterentwicklung zu beteiligen, sind angesichts der inneräthiopischen Realitäten nur als Ausdruck von Unkenntnis der wahren Verhältnisse oder als Zynismus zu werten. Es ist allerdings eine alte Tradition -nicht nur in der BRD-, Bewegungen unterdrückter sozialer und nationaler Gruppen Mäßigung anzuraten und von ihnen größere Kompromißbereitschaft zu fordern als von den Kräften, die für die Unterdrückung ursächlich verantwortlich sind.

Diese Strategie wird solange scheitern, wie die äthiopische Zentralregierung sich weigert, die Realitäten im Horn von Afrika anzuerkennen. Zu diesen gehören: der legitime und historisch gewachsene Wille des eritreischen Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen; das Streben der Somali nach nationaler Einheit; und der Charakter Äthiopiens als Vielvölkerstaat, in dem die Amharen nur eine nationale Minderheit unter vielen anderen sind. Solange diese Realitäten nicht anerkannt und die angemessenen Schlußfolgerungen daraus nicht gezogen werden, wird im Horn von Afrika kein Frieden herrschen, werden die Strategien auswärtiger Mächte und die Politik der äthiopischen Zentralregierung durch die Bewegungen der Völker im Horn zum Scheitern gebracht werden.

Nachdem die EPLF die letzte Offensive der Äthiopier zurückgeschlagen hat kann sie nun frei von den Hindernissen, die der Konflikt mit der ELF bisher hervorbrachte, ihre politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Maßnahmen treffen, um die befreiten Zonen zu konsolidieren und auszuweiten.

Die EPLF gibt sich indessen trotz der günstigen Bedingungen keiner Selbsttäuschung hin. In ihrem langem Kampf erlebte sie viele Auf und Abs, unerwartete Rückschläge durch überraschende, jenseits ihrer Einflußmöglichkeiten liegende Entwicklungen gerade auch auf internationaler Ebene. Sie erzielte aber auch Erfolge, mit denen keiner ihrer Gegner gerechnet hätte, weil sie ihre Entschlossenheit und die gesamte Dynamik der eritreischen Revolution unterschätzt hatten. Die Führer der EPLF wissen, daß der Kampf noch lange dauern kann und es auch wieder Rückschläge geben kann. Sie sind aber sicher, langfristig die Unabhängigkeit verwirklichen zu können.

Wesentliche Voraussetzung dafür, daß diese Hoffnung sich erfüllen wird, ist die Fortführung der sozialrevolutionären Politik der EPLF. Diese zeigt der Bevölkerung Eritreas konkret, welche sozialen und politischen Inhalte ein unabhängiges Eritrea bestimmen werden. Durch sie wird die Unabhängigkeit nicht zu einem abstrakten Zukunftsbild, sondern bereits jetzt in konkreten Errungenschaften faßbar.

Wer in den letzten Monaten wie ich Gelegenheit hatte, mit Führern, sowie mit einfachen Mitgliedern und Sympathisanten der EPLF, oder auch mit aus den befreiten Gebieten zurückkehrenden Besuchern zu sprechen, kann keinen Zweifel daran hegen, daß die EPLF auf dem eingeschlagenen Weg der sozialrevolutionären Mobilisierung und Umgestaltung weitergeht, soweit es nur die militärischen Bedingungen zulassen.

Das nachfolgende Interview mit Ermias Debesai wurde von mir anläßlich des nationalen Treffens der Massenorganisationen der EPLF in der BRD am 17. Juli dieses Jahres in Frankfurt durchgeführt. In seiner Ausführlichkeit ist es ein wichtiger Beitrag zum Verstehen der eritreischen Revolution und ihrer jetzigen Lage, auch wenn man, wie ich selbst, diesen oder jenen Punkt, gerade in Hinblick auf die internationalen Zusammenhänge anders sehen oder gewichten würde.

Günter Schröder

„WIR HABEN EINE MENGE GELERNT"

Interview mit Ermias Debesai, Mitglied des Zentralkomitees der Eritreischen Volksbefreiungsbewegung/EPLF und Vertreter der EPLF in West-Europa

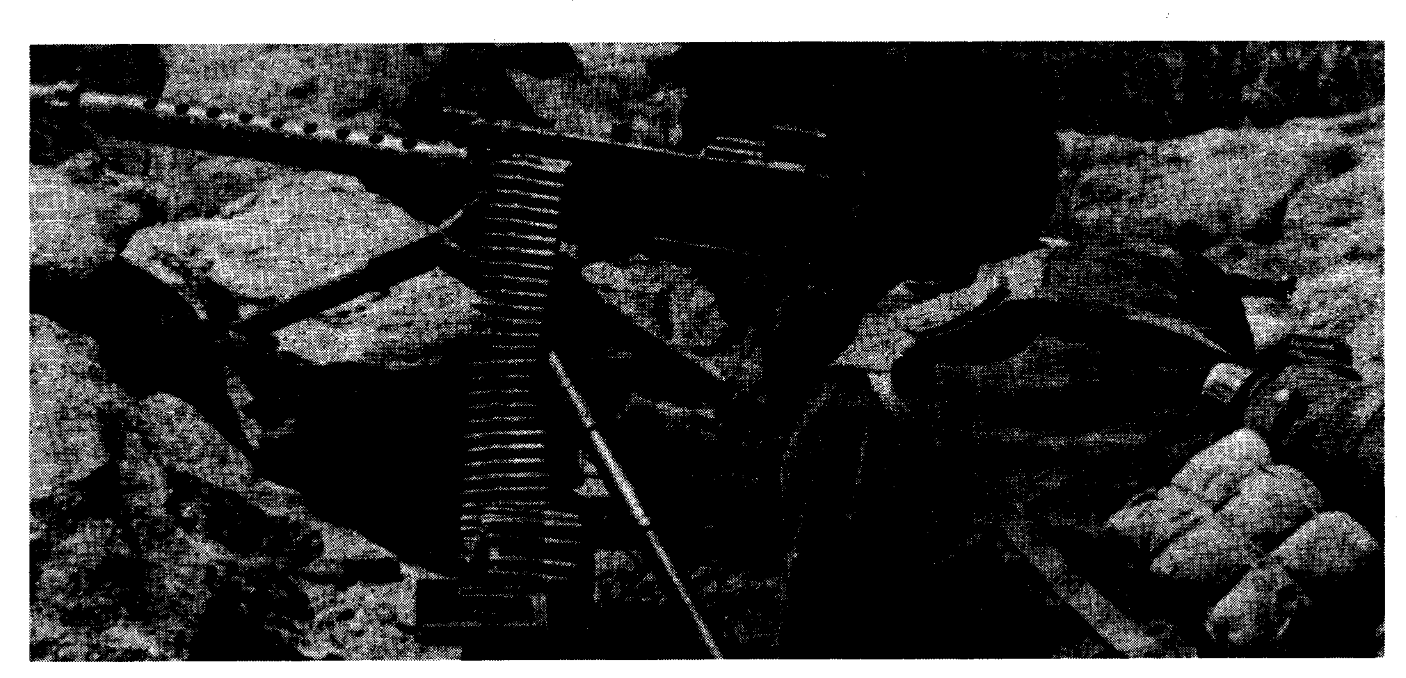
F.: *Im Januar dieses Jahres verkündete Mengistu Haile Mariam, Chef der äthiopischen Militärjunta, den Beginn einer kombinierten militärischen, politischen und ökonomischen Offensive gegen die eritreische Revolution. Diese Offensive, die unter der Bezeichnung 'Kampagne Roter Stern' lief, sollte, wie Mengistu ausführte, einfürallemal mit den „sezessionistischen Elementen in der nördlichen Verwaltungsregion" (1) Schluß machen. Heute, sechs Monate später, ist ziemlich offenkundig, daß zumindest die militärischen Ziele dieser Offensive gescheitert sind. Könntest Du uns den Verlauf der militärischen Offensive und die gegenwärtige Lage beschreiben?*

A.: Nun, was die jüngste Offensive der Äthiopier betrifft, die unter dem Kodenamen Roter Stern lief, so war dies keine Offensive der Äthiopier sondern eine der Sowjets. Diese tragen die Hauptverantwortung für das äthiopische Vorgehen. Denn die Sowjets wollten, daß eine Offensive zur endgültigen und dauerhaften Zerschlagung der EPLF oder überhaupt jeglicher Bewegung der Eritreer durchgeführt wird. Die Ursache ihres Verhaltens stellt ihre strategische Unterlegenheit im Nahen Osten und im Horn von Afrika dar. Daher wollen sie um jeden Preis in Äthiopien präsent sein. Und um dieses Ziel verwirklichen zu können, müssen sie die EPLF bzw. die eritreische Bewegung zerstören. Denn für sie ist die eritreische Bewegung der einzige Faktor, der für die sogenannte Instabilität Äthiopiens verantwortlich ist.
Ja, wir sagen, diese Offensive war eher eine sowjetische denn eine äthiopische. Die Äthiopier haben keine politische, wirtschaftliche oder militärische Kontrolle über ihr Land, sie hängen völlig von den Sowjets ab.
Diese 6. Offensive hatte zum Ziel, die Bewegung militärisch zu zerschlagen und Eritrea wirtschaftlich zu entwickeln. Sie konnte jedoch wegen einer Reihe von Fakto-

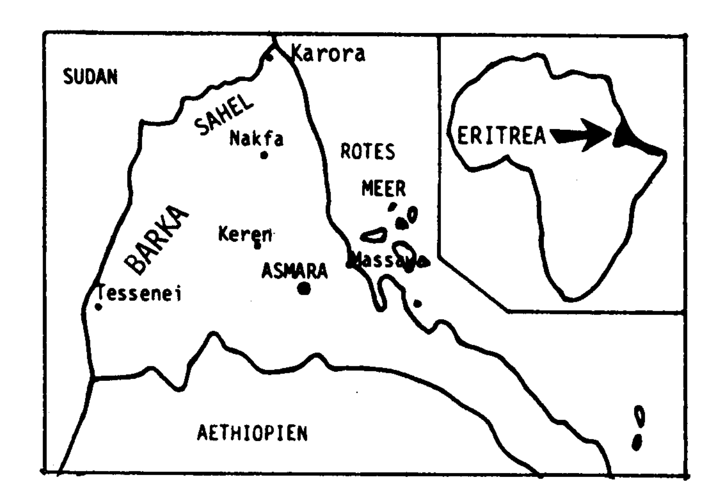
ren nicht wie geplant verwirklicht werden.
Die Äthiopier haben keine politische Zielvorstellung. Es ist keine demokratische Lösung, die Bewegung zerschlagen zu wollen. Und sie wußten schon vor Beginn der Offensive, daß sie die EPLF nicht zerschlagen werden können. Wie gesagt, sie wurden praktisch gezwungen, diese Offensive zu führen, obgleich sie vom Sinn eines solchen Tuns nicht überzeugt waren. (...)
Nun, das betrifft die Äthiopier. Die Sowjets hatten seit jeher die Absicht, eine Offensive zu starten und zwar um jeden Preis.
Als sie diese Offensive begannen, war sie für sie schon nach sehr kurzer Zeit praktisch verloren. Und die wirtschaftliche Entwicklung Eritreas kann von den Äthiopiern nicht geleistet werden. Das ist nur Augenwischerei. Sie wollen der Weltöffentlichkeit, vor allem den westlichen Ländern, vorneweg den EG-Ländern, ein falsches Bild vorgaukeln indem sie behaupten, sie seien human, sie wollten die Probleme Eritreas lösen, durch eine wirtschaftliche und politische Entwicklung. Aber das tun sie nur, um diese Länder für sich einzunehmen. Es gab eine Reihe von Besuchern von verschiedenen Außenministern, wie der Frankreichs und Italiens und andere mehr. Aber letztlich haben sie kein eigentliches positives Ziel mit dieser 6. Offensive.

„Die 6. Offensive war die organisierteste aller bisherigen Offensiven."

Nach Umfang und Qualität war diese 6. Offensive dennoch die organisierteste aller bisherigen Offensiven. Ihr gingen in Äthiopien umfangreiche politische Kampagnen voraus (4). Ferner betrieben die Äthiopier eine massive diplomatische Kampagne im Mittleren Osten und in den anderen Ländern, die in diese eritreische Angelegenheit verwickelt sind , vor allem in den afrikanischen Ländern. Die Offensive bereiteten sie mit umfangreichen materiellen Investitionen vor. Das Geld dazu bekamen sie von den Libyern. Diese bezahlten 700 Mill. Dollar. Und dann beteiligten sich sehr viel ausländische Kräfte, vor allem die Sowjets und die Süd-Jemeniten. Die sowjetische Einmischung ging soweit, daß sie bis auf Bataillonsebene hinunter die Kontrolle übernahmen – von den Divisionen gar nicht zu reden. Die äthiopischen Offiziere sind politisch nicht zuverlässig und die Sowjets trauen dem Regime nicht. Daher sind sie gezwungen, ihre Kontrolle bis auf die Bataillonsebene auszuüben.
Der Einsatz war somit hoch. Und sie waren zuversichtlich – Äthiopier und Sowjets – daß es zumindest gelingen werde, Nakfa zu erobern. Das hätte ihnen Material für eine umfangreiche politische und diplomatische Kampagne gegeben, die sie dringend nötig haben. Für sie ist Nakfa ein Symbol – nicht jedoch für uns. Für uns stellt die Stadt nichts weiter dar – sie ist in Ruinen, unbewohnt und nicht einmal sehr bedeutend.
Was den Umfang der eingesetzten menschlichen Ressourcen betrifft, so verfügten die Äthiopier über 90 000 Soldaten (2). Diese Armee wurde auf barbarische Weise rekrutiert. Wir haben 14-jährige Kriegsgefangene. Die meisten Rekruten sind Schüler und Studenten. Die Äthiopier können nicht mehr so einfach Bauern rekrutieren. Dafür gibt es verschiedene Gründe, vor allem aber zeichnen dafür die nationalen Bewegungen in Tigray, in Oromia und in West-Somalia verantwortlich. Und wenn diese Gebiete ausfallen, wo sollen die Äthiopier noch rekrutieren? Daher können sie jetzt nur in den Städten rekrutieren. Dazu setzen sie die berüchtigten k e b e l e ein, die Stadtviertelorganisationen (3).
Die Kämpfe waren umfangreich und für die Äthiopier äußerst verlustreich. Sie büßten mehr als 14 000 Tote und Verwundete ein und weitere 1 800 – 2 000 Mann gerieten als Kriegsgefangene in die Hände der EPLF. Für uns ist es ein riesiger Erfolg gewesen. Wir haben allein 11 000 leichte und schwere Waffen erbeutet. Und unsere Verluste ... nun, wir haben schon einige, aber sie sind nicht allzu hoch (4). Obwohl weiträumig angelegt,war diese Offensive von allen bisherigen die einfachste für uns. Sie fand entlang des 170 km langen Grabensystems statt, das sich zwischen Afabet und Karora erstreckt, wie auch im Westen Eritreas, in Barka, wir hatten überall zu kämpfen. Zusätzlich führten wir im Hochland Stoßtruppaktionen durch. Wir hatten in dieser Zeit eine Menge zu tun, aber unsere Verluste waren sehr, sehr niedrig, da wir alle notwendigen Vorbereitungen, auch in politischer Hinsicht getroffen hatten.
Dies vor allem im Hinblick auf unsere Zivilbevölkerung, damit sie nicht in den Sudan geht und dort zu Flüchtlingen wird. Daher gab es auch keinen Flüchtlingsstrom in den Su-



EPLF-Kämpfer verteidigt seine Stellung



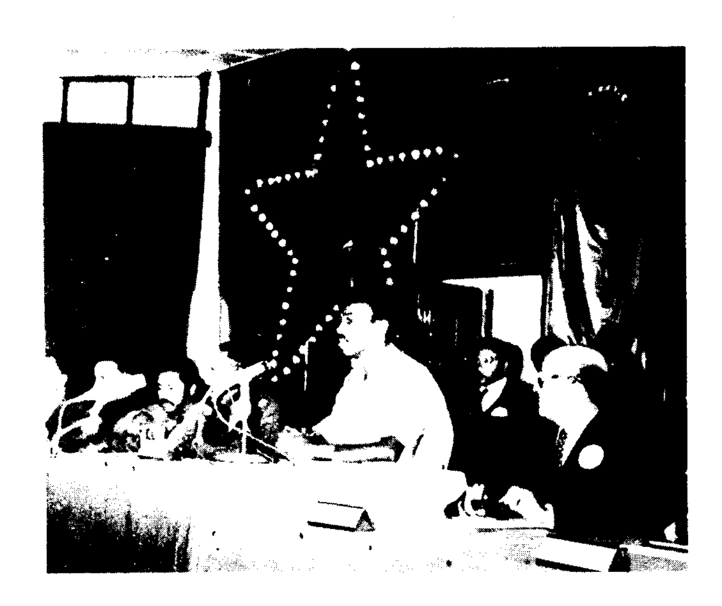
dan. Tatsächlich erwartete das UNHCR (5) als Folge der 6. Offensive etwa 20 – 30 000 neue Flüchtlinge in der Region Gedaref – Kassala – Port Sudan. Für deren Aufnahme bereiteten sie ein Lager vor, aber niemand kam.

F.: *In welchem Umfange beeinträchtigten die jüngsten Kämpfe die sozialen Transformationen in den befreiten Gebieten und die im letzten Jahr eingeleiteten Programme zur Verbesserung des Gesundheitswesens, zur Schaffung landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte und zur Wiederansiedlung von Flüchtlingen vor allem in Barka?*

A.: (..) Nach dieser Intervention konnte nur noch in dem befreiten Gebiet im Norden die soziale Umgestaltung offen ablaufen. In den früher befreiten Bereichen, die jetzt von den Äthiopiern wieder besetzt sind, existieren die Strukturen für die soziale Transformation nur noch als Potential, in Form der Untergrundzellen und -organisationen, offen läuft dort gegenwärtig nichts. Augenblicklich können wir daher nicht viel an sozialer Transformation einbüßen, wir verloren sie bereits weitgehend 1978. Was die Verwirklichung der genannten Programm betrifft: nun gegenwärtig haben wir ein größeres Sicherheitsproblem da die Äthiopier bessere Flugzeuge als zuvor einsetzen. Früher verfügten sie nur über die MiG 23. Heute können sie den Antonow-Bomber einsetzen. Diese gleichen der in Vietnam verwendeten amerikanischen B 51. Sie können Bomben von bis zu 500 kg laden. Mehr noch, sie können bis zu 6 Stück von diesen Bomben laden und in nur 10 Minuten abwerfen, das macht 3.000 kg Sprengstoff. Was sollten wir da tun, hinsichtlich von Flüchtlingen, die wir in Barka ansiedeln? Das ist viel zu gefährlich. Die Äthiopier würden nicht zögern, unsere Zivilisten auszulöschen. Zum jetzigen Zeitpunkt ein landwirtschaftliches Projekt aufzubauen ist sehr schwierig, denn sie könnten es sehr leicht mit Napalm verbrennen. Es ist daher sehr schwer für uns geworden, diese Projekte zu verwirklichen. Was wir an Projekten haben, verlegen wir zusammen mit unseren Flüchtlingen und der lokalen Bevölkerung Barkas selbst in die Berge des zentralen Sahel. Natürlich erschwerte dies das gesamte Leben unserer Zivilbevölkerung, aber auch für die Kriegsgefangenen, die wir ebenfalls dort unterbrachten. Alle sind dort vor den Bomben geschützt.

F.: *Wie wirkte sich die politisch-ökonomische Seite der Offensive Roter Stern auf die Arbeit und die Untergrundstrukturen der EPLF im äthiopisch besetzten Teil Eritreas aus? Gab es einen konzentrierten Angriff auf diese Untergrundstrukturen und verstärkte Repressionen gegen vermutete EPLF-Anhänger und -Symphatisanten?*

A.: Nun, es traf uns nicht so sehr. Wir haben eine Menge gelernt. Wir machten eine bittere Erfahrung, als wir 1978 den strategischen Rückzug aus den Städten durchführten. Wir verloren damals viele unserer führenden Kader, die in den Städten verblieben waren. Heute sind unsere Untergrundstrukturen ausreichend geschützt und gesichert. Nachdem die Äthiopier diese gegenwärtige Offensive schon faktisch verloren hatten, verhafteten sie mehr als 600 Eritreer, die in der äthiopischen Regierung führende Positionen innehatten. (...) Sie wurden festgenommen, weil sie Eritreer sind, und weil die Äthiopier dachten, sie hätten Verbindung mit der EPLF. (6)
Nun, eigentlich war es keine Überlegung der Äthiopier, sondern eine des ostdeutschen Geheimdienstes. Die Ostdeutschen haben den Geheimdienst Äthiopiens völlig in der Hand, das ist ihre Taktik, die sie überall anwenden, wo sie in Afrika sind, so z.B. auch in Angola. Das machen sie immer so. Nach dieser Niederlage der Äthiopier verhafteten sie diese Eritreer, weil sie dachten, sie könnten oppositionell eingestellt sein gefährliche Elemente darstellen.
Aber das ist nichts ungewöhnliches, das entspricht einfach ihrer bisherigen Vorgehensweise. Jedesmal wenn die Äthiopier mit einer Offensive scheitern, werden viele Zivilisten verhaftet. Das ist so eine Art Rache.



F.: *Vor einer Woche sprach ich mit einem Westdeutschen, der sich im Dienste einer humanitären Organisation mehrere Monate in Äthiopien und Eritrea aufgehalten hatte. Er behauptete, er habe in einem Lager bei Asmara und zwei weiteren in der Nähe Gondars wohl um die 6 000 Eritreer angetroffen, teils aus dem Sudan zurückgekehrte Flüchtlinge, teils ehemalige Befreiungskämpfer der EPLF und ELF, die sich den Äthiopiern ergeben hätten. Können diese Zahlen stimmen und was kannst Du generell zu der äthiopischen Politik sagen, Eritreer zur Rückkehr aus dem Sudan oder zum Überlaufen zu bewegen?*

A.: Die Äthiopier beabsichtigten niemals, die eritreischen Flüchtlinge einfach in das Land zurückzulassen und sie wieder anzusiedeln. In dieser Frage haben sie keine politische und demokratische Haltung. Wie können sie denn eritreische Flüchtlinge im Sudan zur Rückkehr bewegen, welche Gesichtspunkte, die für eine Rückkehr sprächen, könnten sie dann anführen, was für ein politisches Angebot machen?

Mir ist keines bekannt. Die Flüchtlinge sind doch in den Sudan gegangen, weil sie ihre Grundrechte haben wollten. Von den eritreischen Flüchtlingen einmal abgesehen, wie könnten denn heute die Flüchtlinge aus Tigray oder anderen Gebieten Äthiopiens aus dem Sudan zurückkehren? Es gibt kein überzeugendes Argument, das sie dazu bewegen könnte, nach Äthiopien zurückzukehren. Dort gibt es keine politische Stabilität, kein demokratisches Regime als Voraussetzung. Ich sehe einfach nicht, wie es da zu einer Rückkehr der Flüchtlinge kommen könnte. Ja, es gibt einige Kämpfer, vor allem aus der ELF, die aufgaben und sich den äthiopischen Behörden stellten. Sie wurden in besonderen Lagern untergebracht. Dorthin führt man dann ausländische Journalisten, damit sie ihre pro-äthiopischen Berichte schreiben können. Klar, sie können so jemanden mit dem Wagen nach Asmara bringen lassen und sie stellen ihm in so einem Lager 100 Leute vor. Aber ein ausländischer Reporter, der tiefer nachforschen will, hat doch keine Gelegenheit dazu. Sie können sich doch nicht frei bewegen; sie werden doch ständig eskortiert, die Äthiopier zeigen doch nur ihre besonders für Propagandazwecke vorbereiteten Lager So machen die das doch.

„Alle Befreiungsbewegungen bezogen während dieser Offensive politisch gegen den Derg Stellung."

F.: *Welche Zusammenarbeit gab es während der jüngsten Offensive zwischen der EPLF und der TPLF (Tigray Volksbefreiungsbewegung) (7) und wie entwickelte sich, vor allem seit Ankündigung der äthiopischen Offensive die Zusammenarbeit mit den anderen in Äthiopien tätigen Befreiungsbewegungen?*

A.: Nun, unsere Zusammenarbeit mit der TPLF war sehr gut. Die TPLF sandte unaufgefordert einen Teil ihrer Kampfverbände zu unseren Kampfzonen und half uns, diese Offensive zu stoppen. Während dieser 6. Offensive war unsere Zusammenarbeit recht umfangreich und sehr wichtig. Das gilt aber nicht nur für die Zeit der 6. Offensive, das war seit Gründung der TPLF im Jahre 1975 so. (...) Was die anderen Befreiungsbewegungen betrifft, so kannst Du sicher verstehen, welche strategischen Probleme da bestehen.
Mit der Oromo-Befreiungsbewegung (OLF) (8) bestehen keine direkten Verbindungen. Gleiches gilt für die West-Somalia-Befreiungsfront (WSLF). Militärisch ist da Zusammenarbeit und Abstimmung schwierig. Wir können nicht behaupten, daß wir während der jetzigen Offensive militärisch in dieser Richtung Wichtiges geleistet hätten. Klar, alle Befreiungsbewegungen bezogen während dieser Offensive politisch gegen den Derg Stellung, aber wir können nicht sagen, daß unsere militärischen Aktivitäten mit den anderen Befreiungsbewegungen, mit Ausnahme der TPLF, irgendwie enger abgestimmt worden wären.

F.: *Wie steht es mit den äthiopischen Oppositionskräften, gibt es außer den Befreiungsbewegungen der nicht-amharischen Volksgruppen politische Oppositionsbewegungen zum Derg, Gruppen, die bereit sind, mit der EPLF und den verschiedenen Befreiungsbewegungen in Äthiopien zusammenzuarbeiten, die nationalen Rechte der Eritreer, der verschiedenen äthiopischen Volksgruppen zu unterstützen?*

A.: Das läßt sich nur schwer beantworten. Man muß das von einem demokratischen Standpunkt aus betrachten. Ich bin der Meinung, daß die nationalen Befreiungsbewegungen in Äthiopien zusammenarbeiten müssen, zumindest sollten sie auf eine Vereinigte Front oder Vergleichbares hinarbeiten. Wir – die EPLF – sind dieser Auffassung, aber wir können das nicht erzwingen. Das hängt von dem politischen Bewußtsein der Bewegungen ab. Und was die anderen Oppositionsbewegungen anbelangt, wie die Me' isone z.B. (9), nun, man kann nicht sagen, daß alle notwendigen Anstrengungen gemacht wurden, die eigenen Aktivitäten mit denen der anderen Bewegungen abzustimmen. Die Me'isone ist wegen ihres früheren Bündnisses mit dem Derg wenig angesehen, keine der anderen äthiopischen Oppositionsparteien akzeptiert sie wegen ihres Verhaltens in dieser Zeit. Die EPLF hat da eine andere Auffassung. Wir streben danach die Schwierigkeiten und Differenzen die wir mit Me'isone hatten, zu überwinden. Die anderen Bewegungen sind dazu – glaube ich – nicht bereit, es sei denn, daß eine Abstimmung untereinander ungeheuer wichtig würde. (10) Wir fordern sie auf, diese notwendige Abstimmung so rasch wie möglich zu verwirklichen. Die Zukunft Äthiopiens ist sehr unklar und vielschichtig. Die nationalen Bewegungen nehmen ständig an Bedeutung zu, nicht nur militärisch, sondern auch politisch. Sie erfassen ganz Äthiopien, von Norden nach Süden, von Osten nach Westen. Das politische Bewußtsein materialisiert sich überall. Wenn daher in diesem Augenblick nicht die wesentlichen politischen Grundlagen gelegt werden, wird die Zukunft Äthiopiens ziemlich düster sein. Wir wünschen kein Auseinanderfallen Äthiopiens, wir wollen keine Balkanisierung irgendeines afrikanischen Staates. Wir treten für ein einheitliches Äthiopien ein, aber ein demokratisches Äthiopien, das alle Wünsche und Rechte seiner Bewohner verkörpert.

„Wir wünschen kein Auseinanderfallen Äthiopiens"

F.: *Es scheint, als habe Mengistu seine persönliche Zukunft mit dieser Offensive verbunden. Ihr militärisches Scheitern wird sicherlich das Kräftegleichgewicht im Derg beeinflussen und ganz allgemein oppositionellen Kräften zu Mengistu Auftrieb geben. Welche oppositionellen Kräfte oder Fraktionen gibt es im Derg und welche von ihnen dürften durch das Scheitern der Offensive gestärkt werden?*

A.: Nun, diese Offensive, ihr Scheitern, stellt keine Niederlage Mengistus dar. Es ist eher eine Niederlage für die Sowjets, die pro-sowjetische Gruppe um Legesse Asfaw. Ob dies eine gute Gelegenheit darstellt, Mengistu zu stürzen? Wir können nicht davon ausgehen, daß es kurzfristig zu einem Putsch gegen Mengistu kommen wird, aber in Zukunft könnte es auf Betreiben der Sowjets zu einem Sturz Mengistus kommen. Man muß hier das überaus wichtige Faktum festhalten, daß die Ähtiopier schon längst keine politische Kontrolle mehr über die Regierung haben. Das ist sehr wichtig, sie büßten diese Kontrolle vollständig ein. Den Süd-Jemeniten ging es in den letzten zehn Jahren ebenso wie jetzt den Äthiopiern, denn sie sind vollständig unter der Kontrolle der Sowjets.
Was die Oppositionsgruppen innerhalb des Derg betrifft, so gibt es deren zwei. Die eine dieser sogenannten Oppositionsgruppierungen gilt als gemäßigt, die andere als pro-sowjetisch und diese ist viel stärker als die erste. Nicht weil sie politisch überzeugender wäre, sondern weil sie über die

Unterstützung der Sowjetunion verfügt. In Äthiopien gibt es keine Konkurrenz anderer Kräfte, keinen anderen als den sowjetischen Einfluß. Nur die pro-sowjetische Richtung spielt eigentlich eine Rolle und wir glauben, daß diese Gruppe eventuelll an die Macht gelangen wird.

F.: *Hältst du die jüngsten Kämpfe entlang der äthiopisch-somalischen Grenze für ein Ablenkungsmanöver Mengistus, um die Niederlage in Eritrea zu verschleiern oder steckt da mehr dahinter?*

A.: Eine der Erklärungen liegt sicher darin. Aber der zweite wichtige Aspekt ist ein anderer. Ich glaube nicht, daß die Äthiopier wirklich davon überzeugt sind, sie könnten die Aufmerksamkeit vom Kampf Eritreas auf die somalische Problematik ablenken. Die Weltöffentlichkeit ist doch ziemlich sicher davon überzeugt, daß die Äthiopier den Krieg, ihre 6. Offensive, verloren haben. Und die äthiopischen Massen wissen auch um diese Niederlage.
Nein, wir müssen einen anderen wichtigen Faktor in Betracht ziehen: die israelische Invasion im Libanon. Die Offensive der Israelis gegen die Palästinenser im Libanon war nicht die Offensive Israels, es ist eine Offensive der Amerikaner zur Durchsetzung ihrer strategischen Interessen im Nahen Osten. Für die Russen ist dies eine Niederlage. Ihre Freunde in Palästina haben sie eingebüßt, ihre syrischen wurden sehr geschwächt. Daher glaube ich, daß dies die Sowjets dazu bewog, im Horn von Afrika aktiv zu werden, wo sie ja zumindest in Äthiopien einen Fuß drin haben. Sie fühlen sich gezwungen, Siad Barre zu stürzen oder zumindest sein Regime zu destabilisieren oder Somalia sonstwie zu schwächen. Für die Sowjets ist der amerikanische Stützpunkt der schnellen Eingreiftruppe in Berbera ein wichtiger Faktor. Durch ihn und die amerikanische Offensive im Nahen Osten fühlen sie sich im Horn in die Zange genommen. Die Sowjets werden in die Zange genommen, weniger die fortschrittlichen Kräfte als solche. Die Ägypter boten den Amerikanern Suez an, die Somalis für die Schnelle Eingreiftruppe Berbera und Kenia Mombassa. Daher mußten die Sowjets irgendwie aktiv werden, um für die nächste Zeit ihre Stellung im Horn zu sichern.
Ich glaube niemand ging davon aus, die Äthiopier könnten militärisch in so kurzer Zeit auf diese Weise gegen Somalia vorgehen. Sie hatten alle Divisionen nach Eritrea verlegt. Gerade vor einem Monat (11) zogen sie zwei Divisionen aus dem Ogaden nach Eritrea ab. Die einzige militärische Kraft im Ogaden war die kubanische Truppe in einer Stärke von 15 000 Mann. Was bewog die Äthiopier, so kurzfristig den Entschluß zu fassen und Somalia anzugreifen? Der Ausgang dieser Aktion wird für die Äthiopier ungünstig sein. Die somalische Regierung mag sich zwar gerade in einer ausgeprägten Schwächeperiode befinden, aber das nationalistische Gefühl der Somalis wird nicht so leicht zu zerschlagen sein. Nein, es entspringt der globalen Strategie der Sowjets, daß die Äthiopier zu diesem Zeitpunkt die Somalis angreifen, denn die Sowjets befinden sich im Mittleren Osten und selbst im Horn in der Defensive.

F.: *Was steckt hinter den jüngsten Abkommen, die im Mai dieses Jahres zwischen Sudan und Äthiopien unterzeichnet wurden? Stellen sie einen Versuch der Äthiopier dar, mit diplomatischen Mitteln zu erlangen, was ihnen auf dem Schlachtfeld versagt blieb? Welche besonderen Probleme gab es durch diese Annäherung zwischen Sudan und Äthiopien in der letzten Zeit für die Eritreer?*

A.: Vor einem Jahr hatte die diplomatische Normalisierung der sudanesisch-äthiopischen Beziehungen einige Auswirkungen negativer Art auf unseren Kampf. Heute ist sie jedoch nicht mehr so wichtig. Die Sudanesen haben an ihr kein Interesse mehr, wohl aber die Äthiopier. Sie wollen eine Normalisierung und darüber mit sudanesischer Hilfe den Kampf der Eritreer zerschlagen. So drängen sie die Sudanesen, für die Normalisierung die eritreische Bewegung zu opfern, aber der Sudan will das nicht tun. Worin bestünde das Interesse des Sudan, so etwas zu tun? Die sudanesische Regierung weiß, daß diese Bewegung nicht zerschlagen werden kann, selbst wenn sie, wie geschehen, 3 Monate lang die Grenze dicht macht. Diese Aktion konnte uns nicht in die Knie zwingen, auch wenn es eine bittere Sache war, da wir gerade die Offensive der Äthiopier erwarteten.

„Die Russen fühlen sich im Horn in die Zange genommen."

Nun, vor einem Jahr hatte der Sudan zwei schwere Probleme: die Lage an der eritreischen Grenze und das Tschad-Problem. Heute hat sich die Lage für den Sudan erheblich verbessert. Im Tschad kam Hissene Habre an die Macht und an der Grenze zum Tschad haben sie jetzt Ruhe. Die Libyer sind jetzt sehr geschwächt, ökonomisch betrachtet nahezu bankrott. (12) Sie sind nicht in der Lage, den Palästinensern Hilfe zukommen zu lassen, und noch weniger, den Sudan oder Ägypten herauszufordern. Daher hat sich die Lage des Sudan gefestigt.
Einen anderen bedeutsamen Aspekt stellt die Tatsache dar, daß Oppositionsgruppen wie die Muslim-Brüder und die Ansars usw. (13) nicht länger mehr von anderen Mächten wie z.B. Saudi-Arabien ermutigt werden. Natürlich haben sie noch außer-sudanesische Freunde, aber die fundamentalistische islamische Bewegung wird politisch nicht mehr gefördert. (...)
Daher ist die sudanesische Regierung jetzt ziemlich sicher und die Investitionen der westlichen Länder im Sudan wachsen enorm an. Klar, es gibt eine Menge Ineffizienz im Sudan, aber dennoch werden viele westliche Länder durch den Reichtum des Sudan angezogen.

Ein Guerilliakämpfer der West-Somalia-Befreiungsfront (WSLF)

F.: *In welchem Zustand befinden sich allgemein die Beziehungen der EPLF zu den politischen Kräften in Afrika, der arabischen Welt und West-Europa. Die äthiopische Regierung führte gegen die Eritreer und die anderen Bewegungen eine diplomatische Offensive. Wie begegnete die EPLF dieser Offensive, welche diplomatischen Aktivitäten wurden besonders in den letzten Monaten entfaltet?*

A.: Ich will mit dem Nahen Osten anfangen. Dort wird es gegenwärtig recht schwierig, angesichts der dortigen jüngsten politischen Entwicklungen. Jeder ist mit dem palästinensischen Problem beschäftigt. Gegenwärtig zerbricht sich dort keiner den Kopf über die eritreische Frage. In Wirklichkeit ist die Eritrea-Frage keine wichtige Angelegenheit der Araber; für sie ist es doch mehr ein afrikanisches als ein arabisches Problem. Daher ist es gegenwärtig schwer, in der arabischen Welt besonders aktiv oder fordernd aufzutreten.
Was Europa betrifft, nun, da findet sich heute – wie Du weißt – nicht mehr jene militante Unterstützung für Revolutionen in der Dritten Welt (...)
Es ist sehr schwer, in Europa irgendwelche politischen Beziehungen zu pflegen. Eine Ausnahme sind die Beziehungen zu wichtigen humanitären Organisationen.
Was Afrika anbelangt, so weißt du sicher, daß unsere Probleme immer wieder mit der Charta der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu schaffen hat. Obwohl wir eine Reihe diplomatischer Erfolge erzielten, will heute kein afrikanisches Land sich exponieren und als Anwalt unserer Sache auftreten. Wir hoffen, bald einige Fortschritte zu erzielen, im Zusammenhang mit den Folgen des Kampfes der Polisario. Deren Sache stellt gegenwärtig in der OAU ein brennendes Problem dar. (14) Vielleicht schafft dies in naher Zukunft eine Gelegenheit, die Charta der OAU zu berichtigen. Aber für die Gegenwart können wir nicht damit rechnen, daß die afrikanischen Länder, die im vergangenen Jahr unsere Delegationen empfingen und sehr viel Sympathie für die Unterstützung des eritreischen Kampfes zum Ausdruck brachten, sich auf irgend eine Art und Weise stärker für uns einsetzen werden. Wir wurden von Senegal, Guinea-Conakry, Madagaskar und sogar Mosambik empfangen. In Nordafrika, in Algerien und Tunesien, gibt es auch einige Unterstützung. Auch in Ostafrika, aber es ist ziemlich wenig. Auch Nyerere ist sich des Problems sehr bewußt. Es ist aber keine günstige Zeit, denn bislang blockiert die OAU-Charta noch die Möglichkeiten für die uns gewogenen afrikanischen Staaten, sich für Eritrea einzusetzen. (15)



Eine EPLF-Delegation spricht mit dem Präsidenten von Madagascar

F.: *Kommen wir zu Frankreich. Die Sozialistische Partei sprach sich für Eritrea aus, als sie jedoch die Macht übernahm, strebte die von ihr geleitete Regierung nach Zusammenarbeit mit Äthiopien; Außenminister Cheysson suchte sogar Mengistu in Asmara auf. Wie geht ihr mit diesem Widerspruch um, wie schlug sich das hinsichtlich eurer Kontakte zu Frankreich und zur PS nieder?*

A.: Nun, wir sehen das so: Die Parteipolitik und die Politik des Staates unterscheiden sich ziemlich voneinander. Als Partei unterstützen die französischen Sozialisten uns, als Inhaber der Staatsmacht, als Vertreter des Staates aber nicht. Cheysson handelte mehr als ein Vertreter des Staates denn als ein Mann der Partei. Er war in der Europäischen Gemeinschaft Kommissar für Zusammenarbeit und Entwicklung und beim Zustandekommen der Lomé-Konvention mit den ACP-Staaten (16) federführend. Aus dieser Zeit verfügt er über gute Beziehungen zu afrikanischen Ländern. Er traf sich mit Mengistu in Asmara, weil er persönlichen Kontakt zu Mengistu hat. Es war bereits das vierte Mal, daß er sich mit Mengistu traf.
Darüberhinaus haben die Franzosen ein zentrales Interesse im Horn von Afrika. Sie haben 4 000 Mann Truppen in Djibuti stationiert. Es ist die einzige militärische Präsenz seitens der EG-Staaten im Horn, die im Nahen Osten ausgedehnte wirtschaftliche Interessen haben und daher auch am Horn interessiert sind. Bis auf Djibuti verfügen sie jedoch über keinen Stützpunkt im Nahen Osten oder im Horn. Und den wollen sie nicht an Äthiopien verlieren.
Die Äthiopier haben eigentlich zwei Optionen: entweder Eritrea um jeden Preis zu halten oder, wenn sie Eritrea verlieren sollten, Djibuti zu erobern. Das wäre aber für Frankreich und die EG-Staaten ein schwerer Schlag, denn dann büßten sie ihre Stellung im Nahen Osten ein (...)
Ihre Beziehungen zu Äthiopien leiten sich somit eher aus Überlegungen bezüglich ihrer Gesamtstellung im Nahen Osten ab. Sie wollen Äthiopien abhalten, gegen Djibuti vorzugehen. Da steckt wenig anderes dahinter. Die Franzosen verfügen in Äthiopien über keine großen Investitionen. Es gibt in Addis Abeba eine große französische Schule, die von der französischen Regierung finanziert wird. In ganz

Äthiopien gibt es keine einzige Fabrik in französischem Besitz.



Der französische Außenminister Cheysson (l.) mit Mengistu Haile-Mariam (r.)

F.: *Offenbar steht doch die französische Politik im Zusammenhang mit den beharrlichen Bemühungen westlicher Länder, Äthiopien aus dem Bündnis mit der Sowjetunion herauszulösen, indem ihm großzügig Wirtschaftshilfe gewährt wird. In den letzten Jahren hat Äthiopien doch unbestreitbar von den westeuropäischen Ländern umfangreiche Wirtschaftshilfe erlangt und es strebt danach, noch mehr zu bekommen. Hältst Du es für möglich, die äthiopische Regierung durch großzügige Wirtschaftshilfe zur Lockerung ihrer Beziehungen zur UdSSR zu veranlassen? Welche Gründe gibt es seitens der westlichen Länder wie für die äthiopische Regierung für diese Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit?*

A.: Sicher, es ist für die westlichen Länder wichtig, die Sowjets aus Äthiopien hinauszutreiben. (...)
Ich glaube aber nicht daran, daß die Franzosen oder irgendein anderes Land der EG gegenwärtig willens ist, zu diesem Zweck die Äthiopier mit umfangreichen Finanzhilfen zu unterstützten. Es gehört zum Einmaleins eines jeden Politikers, die Politik der Sowjets in der 3. Welt zu kennen. Die Sowjets halten sich in diesen Ländern nur jeweils für einige Zeit und sie werden auch aus Äthiopien vertrieben werden. Sie werden es nicht dauerhaft kontrollieren, das nationale Gefühl wird stärker werden, die Menschen politisch bewußter. Es ist nur eine Frage der Zeit. Diese Politiker kennen die Erfahrungen der Sowjets in Ägypten, Somalia, Guinea-Conakry. Warum sollten sie jetzt versucht sein, ihr Geld in Äthiopien zu investieren. Alle Politiker, zumindest im westlichen Europa, wollen doch nicht ihr Geld unnütz, solange wie die Sowjets dort sind, investieren.

F.: *Auf einer jüngst von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn organisierten Konferenz über das Horn von Afrika gewann ich den Eindruck, als ob Teile der SPD und der Bundesregierung bereit wären, Äthiopien großzügige wirtschaftliche Hilfe zu gewähren, da sie davon ausgehen, dies würde erstens dazu führen, daß Äthiopien bezüglich der UdSSR mehr Unabhängigkeit erlangen und daß zweitens diese Hilfe die Zentralregierung in die Lage versetzen würde, den nationalen Bewegungen in Äthiopien wie in Eritrea über eine wirtschaftliche Entwicklung den Boden zu entziehen. Während dieser Tagung war es ein wiederkehrendes Argument: zugegeben, die äthiopische Regierung ist weder besonders demokratisch noch besonders stabil, dies ist aber Ausdruck Äthiopiens wirtschaftlicher Unterentwicklung. Wenn die Bundesrepublik oder der Westen allgemein dazu beiträgt, durch großzügige Wirtschaftshilfe das Land zu entwickeln, wird sich das Problem der „ethnischen" Bewegungen von selbst lösen oder zumindest abschwächen und werden auch die Verhältnisse insgesamt demokratischer werden, wenn das Regime nicht mehr um sein Überleben kämpfen muß. Und in dem Maße, wie sich das Regime wirtschaftlich und damit politisch konsolidiert, wird es sich von der Sowjetunion unabhängiger machen und vielleicht sogar wieder pro-westlich oder zumindest neutraler werden. Dieses Argument scheint zumindest für Teile der westdeutschen und britischen Regierung Grundlage der politischen Linie gegenüber Äthiopien zu sein. Wie denkst Du darüber?*

A.: Ja, das ist schon wahr, aber soweit ich darüber informiert bin, handelt es sich nicht um große Investitionen. Was machen sie denn? Wer kann denn dazu bewogen werden, in Äthiopien eine Großindustrie aufzubauen, wer kann dazu gebracht werden, in Äthiopien Schulen, Krankenhäuser, Überlandstraßen und Flughäfen aufzubauen, dort irgendeine Art von Entwicklung zu leisten. Ich sehe nicht, wo die Sozialdemokraten, die westdeutschen oder französischen, oder die Liberalen und Konservativen solche Investitionen tätigen. Gut, sie geben Äthiopien etwas Geld, als Staaten sind sie auch auf ihr diplomatisches Prestige bedacht, sie möchten da nicht zurückfallen. Was die Westdeutschen betrifft, so könnte Äthiopien für sie wichtig sein, weil dort der Sitz der Sitz der OAU ist und sie in Afrika keine Basen haben wie Frankreich oder Großbritannien. Deshalb möchten sie sich nicht mit dem äthiopischen Regime anlegen. Sie wollen Äthiopien für sich einnehmen: mit wirtschaftlicher Hilfe aber begrenzt nicht sehr umfangreich und das ist allgemein die Politik des Westens. Wenn man berücksichtigt (...), daß es in ganz Europa heftige Diskussionen um die wirtschaftliche Lage gibt, dann

„Die Hilfe des Westens erfolgt aus rein diplomatischen Erwägungen."

glaube ich kaum, daß sie in ökonomischer Hinsicht einem Regime zu Hilfe kommen können oder wollen, das von der Sowjetunion unterstützt wird. Genaueres läßt sich da sicher schwer sagen, aber gewiß entspricht so etwas nicht ihren jüngsten und gegenwärtigen grundlegenden ökonomischen Interessen.

F.: *Addiert man aber die Verträge auf, die zwischen der äthiopischen Regierung und den EG-Mitgliedsstaaten bilateral sowie der EG insgesamt geschlossen wurden, ergeben sich für die vergangenen 2 – 3 Jahre Beträge von mehr als 2 Mrd.DM. Allein die Verträge, die der französische Außenminister Cheysson während seines letzten Besuches in Äthiopien im Dezember 1982 vorläufig unterzeichnete, bezifferten sich insgesamt auf mehr als eine halbe Mrd. DM. Das sind wahrlich keine Kleinigkeiten. Da steckt doch eine bestimmte wirtschaftliche Strategie dahinter. Man hat den Eindruck, die westeuropäischen Länder setzen gegenüber Äthiopien wie z.T. auch in Lateinamerika weniger auf Privatinvestitionen, wie das die USA tun, um ihren Einfluß zu sichern, sondern auf Regierungskredite und Handelsbeziehungen. Und darüber hoffen sie wohl auch, Äthiopien von der UdSSR weglotsen zu können.*

A.: Gewiß, das ist sicher ein Manöver, die Sowjets zu vertreiben und Äthiopien stärker an den Westen heranzuziehen. Untersuchen wir aber diese Investitionsstrategie genauer, so sind die Investitionen doch sehr begrenzt. Äthiopien ist

ein großes Land, 24 Millionen Einwohner, darauf bezogen sind die Investitionen/Finanzhilfen dieser Länder doch sehr gering. (...) Es ist richtig, daß die EG-Staaten die Äthiopier mit Investitionen ködern wollen, ich glaube aber nicht, daß es dazu führt, daß Äthiopien bedeutsame Zuwendungen erhält. Die Hilfe des Westens erfolgt aus rein diplomatischen Erwägungen, sie wollen sich Äthiopien nicht allzusehr entfremden.

F.: *Die Sowjetunion und ihre Verbündeten bieten überwiegend Militärhilfe an. Ökonomisch kann es sich die UdSSR nicht leisten, eine größere Anzahl von Klienten zu unterhalten. Kuba, Afghanistan, Vietnam, Polen, usw., das zehrt. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet könnten die andauernden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Äthiopien und dem Westen ist bereit dazu. Welche Spannungen können aus dieser westlichen Politik für das äthiopisch-sowjetische Verhältnis erwachsen? Könnte sich daraus wirklich ein Bruch des äthiopisch-sowjetischen Bündnisses ergeben?*

A.: Die letzte Chance für die westlichen Länder brach letztes Jahr zusammen, als die Äthiopier das Bündnis mit Süd-Jemen und Libyen schlossen. Das war ein schwerer Schlag für die westlichen Länder, für die afrikanischen Staaten und die arabische Welt. Da war der Westen sehr unzufrieden damit. Ich denke, dies war ein Projekt der Sowjetunion. Als sie erkannt haben, daß es seitens des Westens eine konzertierte Aktion gibt, nach dem Besuch von Italiens Außenminister Colombo, nach einem Besuch von Cheysson noch als EG-Kommissar, nach einem Besuch von Poniatowski als Vertreter des Europäischen Parlamentes usw., da wurde sich die UdSSR stärker dieses Problemes bewußt. Und dann handelte sie in einer äußerst überlegten Weise: sie veranlaßten die Äthiopier zu einem Militärpakt mit Libyen und Süd-Jemen. Das hat jeden überrascht. Die schwarzafrikanischen Staaten waren von diesem Pakt äußerst überrascht.
Die Äthiopier selbst waren eigentlich kaum bereit, einen Pakt mit den Libyern zu schließen. Das ist doch wirklich eine Art Abenteuer, mit denen einen Pakt zu schließen. Es ist Ausdruck ihrer Unüberlegtheit und des sowjetischen Druckes, daß sie diesen Pakt eingingen. Die Sowjets taten dies, um die Äthiopier politisch besser erpressen zu können. Für die Äthiopier ist dieser Pakt doch ein schwerer politischer Fehlschlag. Nachdem sie diesen Pakt geschlossen haben, wer wird sie ernsthaft akzeptieren? Die Tansanier? Sie vergossen in Uganda gegen die Libyer ihr Blut. Die Sudanesen? Sie werden das niemals so akzeptieren. Die Ägypter? Die Libyer sind doch in Schwarzafrika berüchtigt. Zudem gab es in der Geschichte des unabhängigen Schwarzafrikas bisher noch nie einen Militärpakt zwischen einem schwarzafrikanischen und einem arabisch-afrikanischen Land. Der Westen ist sich der Auswirkungen dieses Paktes wohl bewußt und die Irritation der afrikanischen Länder müssen sie auf diplomatischer Ebene auch in Betracht ziehen. Ihre wirklich letzte Chance hatten die westlichen Länder nach dem Besuch von Cheysson im Sommer 1981. Aber dann machten die Sowjets diesen Schachzug und unterbanden damit gründlich die Pläne der EG in Äthiopien.

F.: *Hinsichtlich dieser Dreierallianz gibt es aber zwei sich widersprechende Interpretationen. Eine geht davon aus, daß sie von der UdSSR betrieben wurde. Die andere hingegen behauptet, sie stelle in Wirklichkeit einen Versuch der Libyer, Süd-Jemeniten und Äthiopier dar, gegenüber der UdSSR mehr Handlungsfreiheit zu erlangen. Schließlich sei es, so die Vertreter dieser Auffassung, bislang fester Bestandteil sowjetischer Politik gewesen, möglichst nur bilaterale Bündnisse zwischen ihr und sogenannten fortschrittlichen Staaten zu fördern. Die Sowjets würden kaum Querbündnisse unter ihren Klienten zulassen. Diese Auffassung hat meiner Meinung nach Einiges für sich. Zumindest ist dies meiner Kenntnis nach, der einzige Fall, in dem Staaten, die alle mit der UdSSR über langjährige Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit verbunden sind, eine solche Quer-Allianz geschlossen haben. Was hältst du von dieser zweiten Interpretation?*

A.: Nun, da müssen wir uns einmal die Bedeutung von Libyen und Süd-Jemen klar machen. Ich bin der Auffassung, daß es kaum eine Basis für eine Verbindung der Äthiopier mit den Libyern und Süd-Jemeniten gibt. Das läßt sich ohne größere Schwierigkeiten ausmachen. Wir wissen, daß der Süd-Jemen seine eigenen Probleme mit dem Nord-Jemen zu lösen hat. Sie müssen ihre eigenen Schwierigkeiten mit dem arabischen Nationalismus regeln, bevor sie bereit und fähig sind, mit irgendeinem afrikanischen Land einen so engen Pakt zu schließen. Das zu tun, so wie jetzt, ist wirklich abenteuerlich, ein Wagnis. Und wirtschaftlich ist es kein bedeutsames Land. Politisch sind beide, Süd-Jemen und Libyen, zudem instabil. Hinsichtlich jeglichen Vertrages sehe ich rundum nur

„Für eine Verbindung der Äthiopier mit den Libyern und Süd-Jemeniten gibt es keine Basis."

Schwierigkeiten. Wir können daher kaum irgendein Argument akzeptieren, das davon ausgeht, es sei der Wunsch und Wille dieser drei Länder gewesen, diesen Pakt zu schließen. Nein, sie wurden von den Sowjets dazu gedrängt.

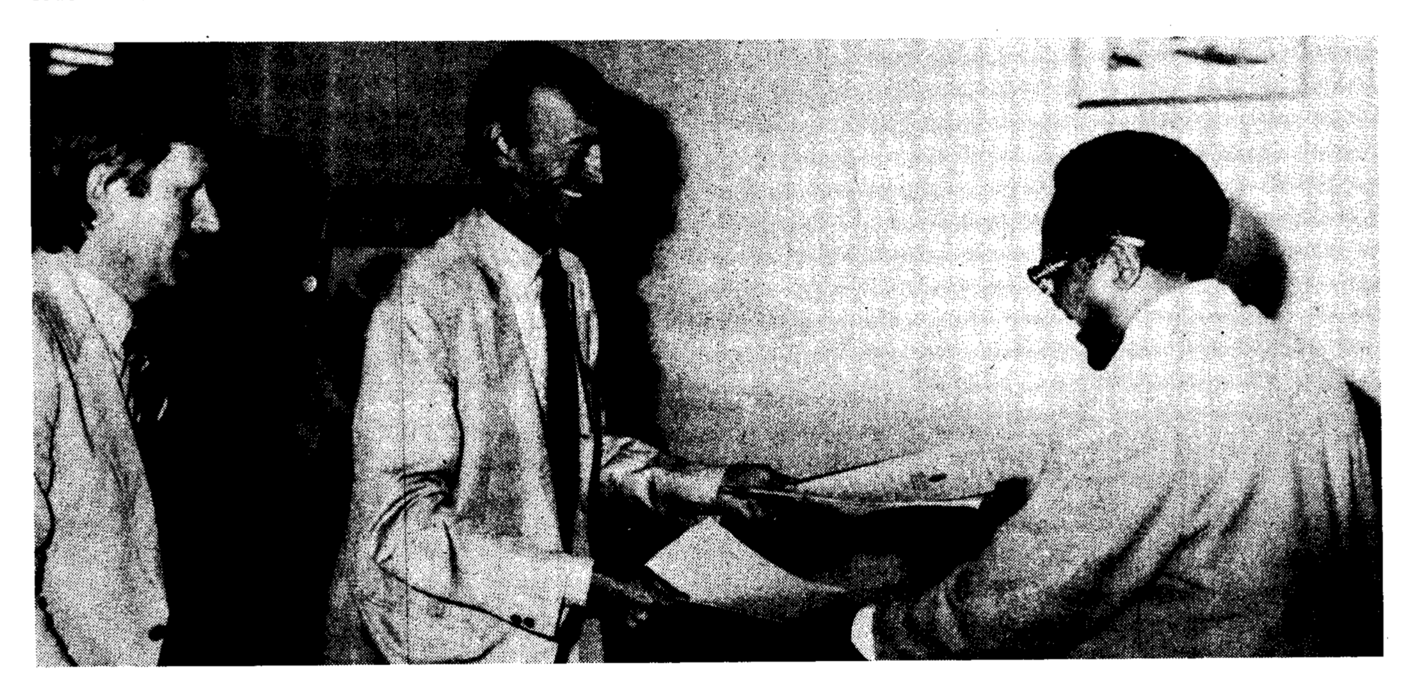
F.: *In den vergangenen Monaten ließ sich innerhalb von Kreisen, die der Deutschen Kommunistischen Partei nahestehen, eine gewisse Tendenz beobachten, sich bezüglich Äthiopien und Eritrea zum ersten Male seit Jahren zumindest wieder auf eine Diskussion einzulassen und sich etwas analytischer und ansatzweise kritischer mit dem sozialistischen Anspruch der äthiopischen Regierung und ihrer Politik auseinanderzusetzen. Reflektiert dies möglicherweise einen allgemeinen Versuch seitens der UdSSR und der ihr folgenden Staaten und Parteien, mit den Eritreern wieder ins Gespräch zu kommen, einen Ausgleich zu möglichen äthiopischen Eigenmächtigkeiten in Hinblick auf den Westen und sowjetische Interessen im Horn vorzubereiten? Gab es Versuche seitens der UdSSR oder ihr folgender Länder und Parteien wieder direkt oder indirekt Kontakt mit der EPLF aufzunehmen (17)? Gab es von dieser Seite irgendwelche Reaktionen auf den im November 1980 vorgelegten 7-Punkte-Plan der EPLF zur Regelung der eritreischen Frage (18).*

A.: Ach, wer wird sich schon zu Verhandlungen mit so einem kleinen Volk und so einer kleinen Befreiungsbe-

wegung herablassen? Die sozialistischen Länder mit all ihrem dipolimatischen Prestige, mit all ihrem militärischen Prestiege und ihrer Vorrangstellung in der Welt? Wie könnten sie zu einem Land der 3. Welt gehen und mit einer Befreiungsbewegung verhandeln? Das kommt ihnen doch nicht in den Sinn! (...)
Selbst die sogenannten kommunistischen Parteien in Westeuropa wollen diese Frage nicht gründlich studieren. Erstens unterschätzen sie diese Angelegenheit und zweitens halten sie sich für revolutionärer als jeden anderen und wollen die Revolutionen in der 3. Welt lenken, ob sie sich nun in Rom oder Bonn befinden. Es ist wirklich Geringschätzung, keiner will irgendwie auf der Grundlage von Gleichheit verhandeln. Das ist heute ein Verlust für uns in der ganzen Welt. Niemand will mit uns irgendwie ernsthaft gemeinte Verhandlungen führen. Das betrifft alle Völker der 3. Welt, das gilt nicht nur im Falle Eritreas, sondern es ereignet sich überall. Diese Mächte sind so groß, sie haben die Macht, das Geld, und sie werfen ihren Schatten auf die Entwicklung der Welt und wir sind doch nur unterentwickelt. Die Sowjetunion ist doch jetzt in Äthiopien präsent und sie sollte nun ankommen und mit den Eritreern reden? Das wäre doch wirklich ein Gesichtsverlust für die sie brachten diesen Vorschlag auf, er kam *von der Bewegung selbst*. Das war wirklich beschämend für sie. Sie erwarteten nicht, daß eine Bewegung wie die unsere eine solche wissenschaftliche Lösung für die Krise vorlegen könnte. Das war wirklich ein politischer Schlag für sie.(...)

F.: *Falls die Sowjetunion versuchen würde, die EPLF und die anderen Befreiungsbewegungen zu kontaktieren, wie würde die EPLF reagieren?*

A.: Wir zögerten nicht, mit ihnen in Kontakt zu treten, wenn sie dies wirklich wollten. Wir gingen da sehr offen vor und führten Treffen mit aller Publizität durch, denn wir würden Schwierigkeiten zu gering wie möglich halten wollen. Wir sind ja schon mehr Opfer der Sowjets als Opfer der Äthiopier. Wir sind nicht diejenigen, die zögern in die Diskussion einzutreten, wenn sie wirklich welche haben wollen. Sie sind eine große Macht und wenn sie eines Tages dazu bereit sind und ein Treffen haben wollen ... nun, es ist eine Frage der Zeit und wir sind bereit, jede Art von Verhandlungen und direkte Diskussionen zu führen.



R. v. Pachelbel (2. v. l.), Botschafter der BRD in Äthiopien, überreicht eine Spende in Höhe von DM 600.000 für den Aufbau eines Agrarlabors

Sowjets. Wie könnten die Kubaner zu uns kommen? Sie können doch nicht mit der EPLF reden, das ginge doch gegen ihr Prestige. Ihr Kommunismus oder was man kommunistische Politik nennen mag, hatte schon immer etwas von Rhetorik an sich. Rhetorik ist für sie etwas bedeutsames und Flexibilität und Realitätsbezug spielen nur eine zweite Geige. Das schadet ihrer Politik in der 3. Welt – vor allem ihrer Eritrea-Politik. Daher ist es für ein sozialistisches Land sehr schwer, einfach zu *uns* zu kommen.
Ich glaube nicht, daß es für die Eritrea-Frage eine bessere Lösung als das von uns vorgelegte Referendum-Konzept geben kann. (...)
Die sozialistischen Länder haben auf unseren Vorschlag nicht reagiert. Natürlich haben sie nicht mit ihm gerechnet, ihn nicht erwartet. Wenn er von *ihnen* gekommen wäre, hätten sie über das Problem sprechen können, aber nicht

F.: *Seit einigen Jahren lebt ein beträchtlicher Teil des eritreischen Volkes im Ausland, als politische Flüchtlinge im Sudan, der übrigen arabischen Welt, aber auch in wachsendem Maße in Europa und Nord-Amerika. Wie beurteilst du diesen Tatbestand hinsichtlich seiner langfristigen Auswirkungen auf die eritreische Revolution? Die Flüchtlinge haben im Exil, je nach Land, ihre besonderen Probleme mit ihrem Leben, mit den Erfordernissen einer wenigstens teilweisen Integration in ihre Gastländer, verlieren vielleicht den Zugang, das Interesse zu dem, was in Eritrea geschieht, weil sie mit der Sicherung ihres alltäglichen Lebens beschäftigt sind. Welche Schritte unternimmt die EPLF, um ein mögliches Auseinanderdriften der eritreischen Bevölkerung im Exil und der Bevölkerung im Land selbst zu verhindern (19)?*

A.: Das Flüchtlingsproblem begann ja schon 1967 und nun betrifft es schon über 1/2 Million Menschen. Die Flüchtlinge im Sudan sind jedoch meistens Bauern und Nomaden. Sie wollen nicht aus dem Sudan weg, denn dort fühlen sie sich wenigstens etwas zuhause, in Hinblick auf die sozialen Beziehungen zu den Sudanesen usw. Diejenigen, die nach Europa gehen, kommen jedoch aus den Städten, haben einen sozialen Hintergrund als Arbeiter, Schüler und Studenten.
Es war schon immer Politik der EPLF, für die Mobilisierung unserer Leute zu kämpfen, wo immer sie sein mögen. Und das ist von allergrößter Wichtigkeit. Am wichtigsten ist, daß wir nicht unsere Identität verlieren. Wenn unsere Leute ihre Identität verlieren, wie könnten sie dann eines Tages in ihre Heimat zurückkehren und zum Aufbau ihres Landes beitragen. Selbst hier in Europa versuchen wir, sie gemäß ihrer sozialen Zugehörigkeit zu organisieren, Frauen, Arbeiter, Studenten. Auf diese Weise können sie militante Unter-

„Am wichtigsten ist, daß wir nicht unsere Identität verlieren."

stützer sein und stärker politisiert werden. Denn wenn wir sie nicht immer wieder motivieren, dann wird das eine Gefahr werden und wir wollen nicht erleben, daß sie ein Schicksal wie andere Emigranten hier in Europa erleben. In politischen Schulungen machen wir ihnen offen und nachdrücklich klar, daß kein Ort in Europa einen Platz für sie abgeben und daß keine Gesellschaft in Europa sie akzeptieren kann, ob uns das nun paßt oder nicht. Hier ist nicht ihre Heimat und sie spüren es nun, nachdem sie hier vier oder fünf Jahre leben, daß sie sich nicht wirklich in die jeweiligen Gemeinschaften integrieren können, in denen sie gerade leben. Das ist jetzt für uns ein wirklich großes Problem, diese Fragen zu lösen, dort wo sie leben. Oberflächlich betrachtet geht es ihnen vielleicht sogar gut, aber im Inneren haben sie das Gefühl, daß sie doch ein eigentlich nutzloses Leben führen. Und jetzt wird auch die Politik ihnen gegenüber von Bonn bis Stockholm – sehr aggressiv. Schwarze Flüchtlinge werden zu einem bedeutenden Streitpunkt, denn niemand legt wirklich Wert auf eine multirassische Gemeinschaft. Sie können in Europa polnische Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, denn sie sind weiß, aber sie legen keinen Wert auf weitere schwarze Flüchtlinge und Arbeitsemigranten. Und die Arbeitslosigkeit wächst auch an. Die Frage des multirassischen Zusammenlebens ist ein akutes Problem und alle Eritreer – wir können nur für diese sprechen – alle Eritreer spüren es nun. Das ist gegenwärtig in allen unseren Gesellschaften ein Diskussionsgegenstand (...). Wir können diese Probleme diskutieren, weil wir diese Organisationen haben. Ich weiß nicht, wie dies mit anderen afrikanischen Gemeinschaften ist, aber wir besprechen diese Fragen immer wieder mit unseren Leuten, wo immer sie sind, denn es ist wirklich ein ernstes Problem geworden. Wir wollen dieser Tendenz wehren und etwas dazu beitragen, unsere Gemeinschaften zu beruhigen. Denn diese Entwicklung, die sich ja besonders in diesem Jahr entfaltet hat, ist wirklich gefährlich. (...)

F.: *Was sind, angesichts der hiesigen Lage der Eritreer und der oben andeutungsweise skizzierten Haltung der Bundesregierung die vorrangigen Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der BRD?*

A.: Nun, da besteht ein schweres Problem. Nicht nur in West-Deutschland, sondern überall in Europa ist die Soli-



Ein Rehabilitationszentrum der EPLF im Sudan

daritätsarbeit im Nieedergang begriffen. Das gilt nicht nur für die Eritreer. Ich habe in sehr kurzer Zeit einen tiefen Wandel beobachtet. Wie z.B. im Falle Palästina. Die jüngsten Demonstrationen überall in Europa, ich habe nicht damit gerechnet, daß so wenig Leute mitmachen. So wenig Leute können doch keine Solidarität leisten, wenn es sich um Völkermord handelt.
Ich glaube, daß die Militanz in der Solidaritätsbewegung mit der 3. Welt abnimmt. Nun, was getan werden muß und getan werden kann? Unsere, wie soll ich sagen, nahen Freunde, sie sollten auf die eine oder andere Weise versuchen, hier die Solidaritätsbewegung zu stärken. Für uns ist es ziemlich schwierig, hier irgendwelche politischen Treffen zu organisieren oder politische Schritte einzuleiten, denn hier im Westen sind fast alle Türen verschlossen. Keiner will irgend etwas über irgend eine Bewegung hören. Das findet man überall und das ist sehr schwer. Daher hängt es von

„Für uns ist es bedeutsam, daß es die europäischen Solidaritätsbewegungen gibt."

unseren lokalen Freunden ab, die Solidaritätsarbeit zu organisieren. Die meisten unserer Anstrengungen, sie wurden von den Parteien, vom System überhaupt blockiert Es ist für *uns* unmöglich, das System hier zu brechen.
Es ist vor allem wichtig, festzuhalten, daß *wir* in Europa keinen überzeugen können, die Leute hier müssen von ihren eigenen Bürgern überzeugt werden, das ist eine neue Sache für Europa. In Deutschland kann man keinen Politiker mehr von unserer Sache überzeugen, es sei denn, es geschähe durch einen Deutschen selbst. Das ist ein großes Problem. Ich selbst könnte im Bundestag reden, im Parlament, wo auch immer, aber ich könnte sie nicht überzeugen. Denn ich spreche ja nur über mein eigenes Problem, das ich ihrer Meinung nach so darstelle, wie es mir in den Kram paßt. Daher müssen diese Leute von den Angehörigen des eigenen

Volkes überzeugt werden. Das brauchen wir jetzt. Wir können unser Anliegen in Informationsmaterialien, auf Seminaren etc. schon noch vortragen, aber es gibt schon erhebliche Schwierigkeiten, denen wir uns im Augenblick gegenübersehen.

F.: *In welchem Umfange schafft der Niedergang der Solidaritätsbewegung Probleme für den Kampf in Eritrea? Wirkt sich das überhaupt aus?*

A.: Das schafft einige Probleme, zumindest psychologischer Natur. Als Bewegung sind wir die einzigen, die all diese verschiedenen Schwierigkeiten des Kampfes gleichzeitig erleben. Unsere Freunde sind klein an der Zahl und die Menge unserer Feinde groß. Daher ist es für uns psychologisch bedeutsam, daß es die europäischen Solidaritätsbewegungen gibt. Und da macht sich das dann bemerkbar. Denn wenn wir überhaupt keine Solidarität erfahren ...

Anmerkungen

1) vgl. zum folgenden: die 6. äthiopische Offensive in Eritrea, in: Blätter des iz3w, Nr. 100, 1982, S. 3 - 7.
2) Diese Angabe von Ermias muß sich wohl auf die Anzahl der Kampftruppen beziehen. Nach anderen Angaben standen vor dem Beginn der Truppenverlegung aus dem Ogaden nach Eritrea in Eritrea bereits zwischen 80 - 90 000 Truppen der äthiopischen Armee, während im Zuge der Vorbereitungen der Offensive etwa 30 000 Mann Kampftruppen nach Eritrea verlegt worden sein sollen. Vgl. AFRICA NEWS, 26.4.1982, Mengistu readies 'final' Eritrean Assault, S. 3/10-11; Arab News, 1.4.1982, Ethiopia offensive against Eritreans 'floundering', S. 6. Ein erheblicher Teil der äthiopischen Verbände in Eritrea sind keine Kampftruppen, sondern dienen eher der Logistik und allgemeinen Sicherung des Hinterlandes.
3) Die *kebele* waren ursprünglich konzipiert als basisdemokratische Organisationen der Bewohner der einzelnen Stadtviertel. (...) Heute stellen sie überwiegend Teil des administrativen Zwangsapparates des Regimes dar.
4) Die von Francois Soudan in seinem Artikel „L'etoile rouge palit" (Jeune Afrique, No. 1116/25.5.1982, S. 32) genannte Zahl von 5 000 Toten und Verwundeten auf Seiten der EPLF erscheint angesichts der Augenzeugenberichte von belgischen und britischen Beobachtern der Lage während der Offensive eindeutig überzogen. Vgl. Jean-Pierre Langelier: „L'offensive gouvernementale en Erythree marque le pas", Le Monde, 19.6.1982, S. 7, der sich auf britische Augenzeugenberichte stützt, und A lull in the fighting, Elizabeth Bryant, Africa News, 26.4.1982, S. 11, die sich im Februar /März in Eritrea aufhielt und die Kämpfe vor Nakfa beobachtete.
5) UNHCR – United Nation High Commission for Refugees; trägt gemäß Abkommen mit der sudanesischen Regierung die Kosten für die Erstaufnahme von neueintreffenden Flüchtlingen.
6) In Äthiopien und dort vor allem der Hauptstadt Addis Abeba leben mehrere Hunderttausend Eritreer (...)
Die Eritreer in Athiopien erlangten wegen ihrer auf Grund der Kolonialzeit und der britischen Verwaltungsperiode größeren sozialen Mobilisierung und Bildungsvorsprunges vor allem in technischen und Verwaltungsberufen in vielen Berufszweigen in Addis Abeba und in der staatlichen Verwaltung eine starke Stellung. (...)
Mit dem Ausbruch des bewaffneten Befreiungskampfes stellte die eritreische Bevölkerung Äthiopiens für die alten wie ab 1974 auch für die neuen Herrscher Äthiopiens ein Problem dar. Es war bekannt, daß viele Eritreer nicht nur insgeheim eritreische Nationalisten waren und mit den Befreiungsfronten sympathisierten, sondern diese auch aktiv unterstützten.(...)
Die kaiserliche Regierung konnte aber so wenig wie jetzt die militärische pauschal alle Eritreer als 5. Kolonne aus allen wichtigen Ämtern und Berufszweigen entfernen, sie womöglich internieren. Das wäre ja gerade der Behauptung zuwidergelaufen, die Eritreer wären Äthiopier wie alle anderen. Das Mißtrauen der Herrschenden Äthiopiens gegenüber den Eritreern ist aber stark ausgeprägt. (...)
7) Zur Geschichte der TPLF gibt es in deutscher Sprache bisher keine größeren Materialien. Einen Überblick geben der taz-Artikel: Eine weithin unbeachtete Revolution/G. Schröder, die taz, 24.9.1982, S. 7 und der Bericht in den Blättern des iz3w, Nr. 91, Februar 1981: Horn von Afrika: Schwere Kämpfe in Tigray/G. Schröder, S. 38 – 41. Eine umfangreiche Broschüre der TPLF über ihre Geschichte und ihren Kampf in deutscher Sprache ist für die nächsten Monate geplant.
8) Noch weniger deutsches Material gibt es über die Oromo-Befreiungsbewegung und ihre Geschichte. Einen der frühesten Versuche, im deutschen Sprachraum den Kampf des Oromo-Volkes bekannt zu machen, unternahm das „Redaktionskollektiv 'Betrifft: Arme Welt' " in seiner Broschüre: Oromo: Kolonialismus in Äthiopien, Frankfurt 1977. Eine umfangreichere Arbeit aus den Reihen der OLF zur Geschichte des Kampfes er Oromo wurde 1979 unter dem Titel „Der Kampf des Volkes von Oromia gegen äthiopische Besetzung und amharischen Despotismus" von der Union of Oromo-Students in Europa/ German Branch ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht.
9) Me'isone, aus der äthiopischen Studentenbewegung hervorgegangene linke politische Partei. Der Name stellt die Abkürzung der amharischen Bezeichnung dieser Organisation dar. Ihr voller Name ist All-Äthiopische Sozialistische Bewegung. Seit 1975 arbeitete sie eng mit der Junta zusammen und half wesentlich mit, die Organe der neuen Staatsmacht aufzubauen, die Landreform in dem Regime nützliche Bahnen zu organisieren und Ideologie und Propaganda des neuen Regimes zu formulieren. Ziel der Me'isone war einmal, über die Zusammenarbeit mit dem Militärregime rascher, als sie es aus eigenen Kräften vermocht hätte, Strukturen einer sozialistischen Gesellschaft und Staatsgewalt aufzubauen, die sie dann dem Militär zu entwinden hoffte. (...) Dieses Bündnis zerbrach jedoch nach der Machtübernahme Mengistus 1977. Vgl. dazu Stefan Brüne, Äthiopien- die umstrittene Revolution, in: Blätter des iz3w, Nr. 96, 1981, S. 17-24.
10) Die Me'isone hat sich bis heute nicht mit ihrer früheren Politik kritisch auseinandergesetzt. Daher befürchten diese Bewegungen, daß die Me'isone nach einem Sturz der Militärs wieder an der alten zentralistischen Politik in unveränderter oder leicht modifizierter Form anknüpfen könnte.
11) Bezieht sich auf Mai-Juni 1982



12) Die Einnahmen Libyens aus dem Erdölverkauf sind in den letzten Monaten infolge der Preisentwicklung auf dem internationalen Markt drastisch gesunken. Da die vorigen hohen Überschüsse aus dem Erdöl in großem Umfange in für ein Land ieser Größe völlig überzogene Waffenkäufe gesteckt wurden, fehlten Libyen die finanziellen Polster, um diese Flaute auffangen zu können.
13) Ansar, eine politisch-religiöse Bewegung im Sudan, die sich auf die Ideen des Mahdi beruft, der Ende des 19. Jahrhunderts einen anti-kolonialen Kampf gegen Ägypter und Briten führte. Nach jahrelangen, gewaltsamen Auseinandersetzungen leitete Nimeiri 1978 eine Politik der nationalen Versöhnung ein. Die Ansars haben sich aber bislang nicht so fest in die Regierungspolitik einbinden lassen, wie es Numeiri beabsichtigt hat.
14) vgl. hierzu die OAU-Chronik in diesem Heft.
15) Die OAU-Charta beinhaltet einen Passus, der die aus den kolonialen Grenzziehungen hervorgegangenen heutigen Grenzen zwischen den afrikanischen Staaten für unverletztbar erklärt. Dieser Passus wird von den heutigen afrikanischen Führern dahingehend interpretiert, daß diese Grenzen nicht verändert werden dürften. Bei Lichte betrachtet schließt dieser Passus aber nur die Anwendung von Gewalt als M tel der Veränderung aus, über friedliche politische Prozesse ist nichts ausgeführt. Darüber hinaus hat Eritrea seit jeher die Gültigkeit dieses Passus für den eritreischen Fall bestritten, bzw. darauf hingewiesen, daß bei einer korrekten Anwendung dieses Paragraphen genau die äthiopisch-eritreische Grenze wieder herge-

stellt werden müsse. Die Anerkennung der Arabischen Republik Sahara durch eine ganze Reihe afrikanischer Staaten wird als Ermutigung angesehen, daß die eritreische Sache über kurz oder lang als parallel zur Sache der Sahraouis betrachtet wird (was auch zutrifft), wobei im Falle Eritreas die Einverleibung *vor* der Verabschiedung der OAU-Charta lag, im Falle der West-Sahara *nach* dieser.

16) ACP-Staaten, Gruppen von Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik, die mit der EG im Lomé-Abkommen verbunden sind, das dieser Staatengruppe, in der sich viele der ärmsten Entwicklungsländer befinden, wichtige Vorteile im Handel mit der EG einräumt.

17) Wie 1978, als die UdSSR und die DDR versuchten, Äthiopier und Eritreer auf der Ebene einer Autonomie-Lösung zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang gab es in Ost-Berlin eine Reihe von Treffen zwischen Vertretern des Derg und der EPLF.

18) Kernpunkt dieses Planes ist das Angebot der EPLF an die äthiopische Regierung, unter internationaler Aufsicht in Eritrea abstimmen zu lassen, ob Eritrea a) unabhängig, b) vollständig nach Äthiopien integriert oder wieder mit Äthiopien föderativ verbunden sein möchte.
Die EPLF erklärte sich bereit, das Abstimmungsergebnis in jedem Falle zu akzeptieren, auch wenn es der von ihr befürworteten Lösung der Unabhängigkeit wiederspräche (was sie allerdings als äußerst unwahrscheinlich ansieht).
Bis heute hat Äthiopien dazu keine Stellung bezogen, Fragen nach ihrer Haltung zu diesem Plan, weicht die äthiopische Regierung beharrlich aus. Der Äthiopische Charge d'Affaires an der Washingtoner Botschaft behauptete noch vor wenigen Tagen, daß „es keinen formalen Verhandlungsvorschlag seitens der Rebellen gäbe" (International Herald Tribune, September 7, 1982, S. 5).

19) Nach vorsichtigen Schätzungen leben von den 3,5 Millionen Eritreern, die es insgesamt gibt, etwa 500 000 im eigentlichen Äthiopien, weitere 700 000 im Sudan, der übrigen arabischen Welt und Europa und Nordamerika. Mit etwa 400 000 Menschen ist die eritreische Flüchtlingsgemeinschaft im Sudan die umfangreichste der eigentlichen Exilgemeinschaften.

(von der Redaktion erheblich gekürzt)

Giftgas

Im März dieses Jahres berichteten wir in den „blättern" von der 6. Offensive der äthiopischen Armee in Eritrea. Dabei wiesen wir auch auf Berichte der EPLF hin, daß die äthiopische Armee zu Beginn der Offensive erstmals Giftgasgranaten eingesetzt habe. Wir schränkten diese Information jedoch mit dem Hinweis ein, die bis dahin beobachteten Vergiftungssymptome ließen nichtauf den Einsatz hochgiftiger Nervengase schließen (vgl. blätter des iz3w, Nr. 100, 1982, S. 4).
Jürgen Ostrowsky vom 'Antiimperialistischen Informationsbulletin' (AIS, 7-8, 1982, S. 63) in Marburg nahm diesen Bericht zum Anlaß, uns Unterstellungen, Weitergabe von Falschinformationen sowie Verleumdung vorzuwerfen. Zum Beweis dieser Vorwürfe – die er allerdings nur indirekt formuliert – bietet Ostrowsky die folgende, scharfsinnige Überlegung an: ein autorisierter EPLF-Sprecher habe den Ersteinsatz chemischer Waffen durch die äthiopische Armee auf den 16. Februar 1982 datiert – die in dem iz3w-Artikel angegebenen EPLF-Quellen stammten dagegen alle aus der Zeit davor, nämlich vom 15.2.; 14.2. und vom 5.1.1982, mithin könne der Autor aus diesen Quellen von einem Einsatz chemischer Waffen gar nichts gewußt haben!!
Es wäre für Jürgen Ostrowsky ein leichtes gewesen, diesen scheinbaren Widerspruch aufzulösen – wenn er wirklich daran interessiert gewesen wäre. Die angegebenen EPLF-Kommuniques enthalten nämlich keinen Hinweis auf den Einsatz von Giftgasen, sie können daher auch gar nicht die Grundlage unserer Informationen gewesen sein.
Die Neue Züricher Zeitung (NZZ) berichtet am 19.2. 1982 den Einsatz von Giftgasgranaten; die Le Monde folgt am 25.2. mit der gleichen Nachricht. Beide Zeitungen geben als Quelle den EPLF-Sprecher in Khartoum an.
Im Guardian (USA) berichtet Dan Connell am 3. März gleichfalls den Einsatz chemischer Waffen. Er gibt außerdem erstmals auch die Symptome bekannt die dabei beobachtet wurden: nämlich Erbrechen und Atembeschwerden. Als Quelle gibt Connell den EPLF-Sprecher in den USA, Hages Gebrehe, an. Die Berliner Tageszeitung (TAZ) folgt zwei Tage später mit einem Bericht, der die gleichen Informationen enthält.
Alle vier Quellen sind in dem iz3w-Artikel angegeben, eine Überprüfung wäre daher für Ostrowsky ein leichtes gewesen. Den Vorwurf der EPLF, die äthiopische Armee habe chemische Waffen eingesetzt, glaubt Ostrowsky mit einem Verweis auf den Bericht von Jean-Pierre Langellier in der Le Monde auszuräumen. Langellier schreibt, Experten in Addis Abeba könnten den Vorwurf der EPLF weder erhärten noch widerlegen. Wörtlich zitiert Ostrowsky: „Sie betonen nur, daß die Regierungseinheiten nicht mit Antigasmasken ausgerüstet sind".
Bis zu diesem Zitat hat Ostrowsky Auslassungen jeweils mit Punkten markiert – nicht bei diesem. Vollständig heißt das Zitat nämlich: „Sie (die Experten) betonen nur, daß die Regierungseinheiten – *bis zum Beweis des Gegenteils* – nicht mit Antigasmasken ausgerüstet sind ..." (Le Monde, 26.3.1982).
So sicher sind sich die Experten also nicht gewesen. Aber das findet Ostrowsky in diesem Zusammenhang so wenig erwähnenswert wie ein Bericht Eddy Bones aus Eritrea (Liberation 1.4.1982; leicht gekürzt nachgedruckt in der TAZ am 7.4.1982).
Bonte schreibt, nach Ansicht eines Arztes der Organisation 'Medecins du Monde' habe es sich bei den von der äthiopischen Armee eingesetzten chemischen Waffen um eine Art Tränengas gehandelt. Daß Ostrowsky diese Aussage nicht mehr erwähnt, ist umso erstaunlicher, als sie ihm zuvor noch als Beleg dafür diente, daß die äthiopische Armee die hochgiftigen Stoffe Tabun und Soman nicht eingesetzt hat.
Es ist allerdings möglich, daß Ostrowsky Tränengas gar nicht zu den chemischen Waffen zählt.
Wir – und wahrscheinlich auch viele seiner Freunde – sind da allerdings anderer Meinung. wha

THAILAND/ERNÄHRUNG

Thailands Maniok für Europas Schweine

Das Entwicklungsland Thailand exportiert zur Zeit jährlich etwa fünf Millionen Tonnen Maniok in die EG. Hier wird es als billiges Viehfutter, vornehmlich in der Schweinemast, eingesetzt...

Thailand: Armut auf dem Land-Reichtum in Bangkok

Ein tiefgreifender Prozeß der Verelendung und Verarmung steuert den Strom der anhaltenden Landflucht in Thailand. Prostitution, Kinderarbeit, Drogensucht und ein Anwachsen der Slums sind die Symptome. Macht und Reichtum Thailands konzentrieren sich in der Hauptstadt Bangkok, nur wenig sickert auf das Land, wo 90 Prozent der Bevölkerung leben. Für Arbeiter in den Städten wurde ein täglicher Mindestlohn festgesetzt; in der Provinz gibt es diesn nicht, die Tageslöhne liegen bis zu 50 Prozent niedriger. Ein Drittel der bäuerlichen Haushalte lebt unterhalb einer absoluten Armutsgrenze, die bei 150 Baht (rund 13 DM) pro Person und Monat gezogen ist. Und in jedem Jahr sterben etwa 55.000 Kinder unter fünf Jahren an Unterernährung. Auf dem Land, vor allem in den entferntesten Gegenden im Nordosten, sind bis zu 80 Prozent der Kleinkinder unter fünf Jahren unterernährt.
Die ländliche Region verelendet. Während rund 50 Prozent des staatlichen Haushaltsbudgets für die Armee aufgewendet werden, erhält der Agrarsektor nur 6 Prozent. Lediglich ein Zehntel aller landwirtschaftlichen Betriebe des Landes konnte innerhalb der letzten zwanzig Jahre ihr Einkommen verdoppeln, vor allem jene, die auf der Zentralebene um Bangkok exportorientierte Fruchtfolgen anbauen. Infolgedessen bestreitet Thailand, ehemals Reiskammer Südostasiens, kaum noch den Eigenbedarf an Nahrungsgetreide.
Heute verfügen mehr als die Hälfte der thailändischen Bauern nicht über einen Besitztitel für das Land, das sie bearbeiten. Wo immer die Bauern in Pachtverhältnissen stehen, sind sie verschuldet,und haben oft ihre Ernten auf Jahre im Voraus verpfändet. Zum erstenmal in der Geschichte des Landes gibt es jetzt tief verschuldete Bauern, Großgrundbesitzer, die in der Stadt leben, und Bauern, die ihre Felder verlassen und sich als landwirtschaftliche Arbeiter verdingen müssen. Diese Gruppe macht heute schon 30 Prozent aller ländlichen Haushalte aus und ihre jährliche Zuwachsrate ist höher als die der Bauern und der Städter.[1]

Armut in Thailand – Reichtum in Europa

Am gravierendsten ist die Armut der thailändischen Landbevölkerung in der Nordostprovinz. Gerade hier aber liegt ein Zentrum der landwirtschaftlichen Exportproduktionen, der Anbau von Tapioka (auch Maniok oder Cassava genannt) für den Verkauf in die Europäische Gemeinschaft. Etwa fünf Millionen Tonnen exportiert das Entwicklungsland Tailand z.Zt. jährlich in die EG. Hier wird Tapioka als billiges Viehfutter, vornehmlich in der Schweinemast, eingesetzt. Der Umfang dieser Futtermittelimporte hat sowohl für die Bauern in der EG als auch für die ländliche Bevölkerung in Thailand erhebliche Auswirkungen: Das billige Importfuttermittel fördert hier die Entstehung industrieller Mastbetriebe an transportgünstig gelegenen Standorten (z.B. Hafennähe) und macht damit den mittelbäuerlichen Familienbetrieben das Leben schwer. Die Not der thailändischen Kleinbauern hingegen wird trotz, bzw. durch diesen Import größer.

DIE HUNGERPRODUZENTEN
Die europäische Landwirtschaftspolitik fördert Hungersnöte in der ‚Dritten Welt'
Artur Bogner Michael Franke



terre des hommes-Buch „Die Hungerproduzenten

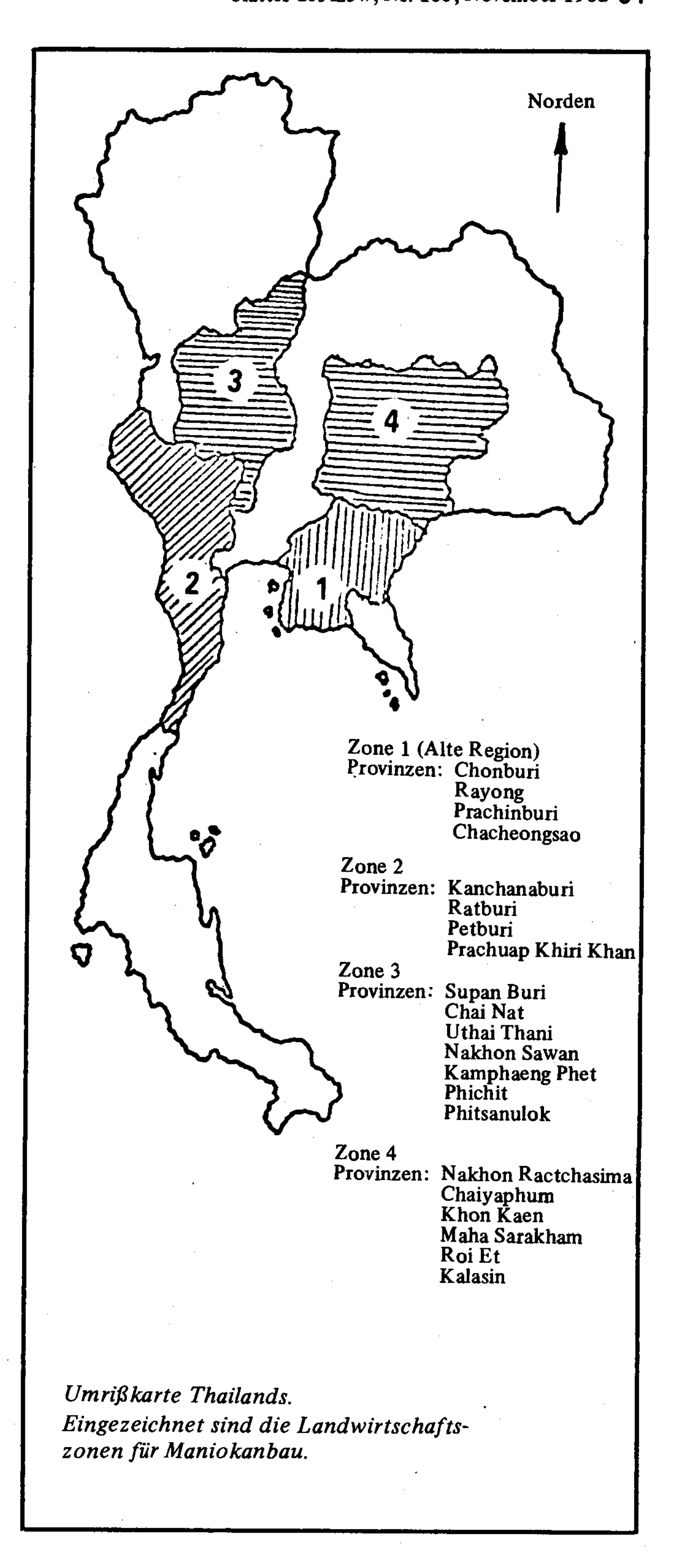
Nicht zuletzt auch auf Druck der europäischen Produzenten von Futtergetreide hat die EG mit Thailand ein Abkommen geschlossen, welches die Tapiokaimporte langfristig reduzieren und stabilisieren soll. Damit wird aber gleichzeitig eine Handelsbeziehung festgeschrieben, in der die Bauern eines Landes der Dritten Welt die Futtermittel produzieren, mit denen bei uns die Überschußproduktion weiter gesteigert und das Ansteigen gewerblicher Agrarfabriken noch mehr gefördert wird. Daß diese Produktionsstruktur auch für die thailändischen Bauern recht ambivalent ist, soll im folgenden gezeigt werden.

Was ist Tapioka?

Tapioka wächst als Strauch, der ein bis vier Meter hoch werden kann. Für die kommerzielle Ausbeutung sind lediglich die stärkehaltigen, gurkenförmigen Wurzelknollen interessant, während bei der Grundnahrungsmittelversorgung auch den Blättern – als vitaminspendendes Gemüse – eine wichtige Bedeutung zukommt.
Tapioka gehört neben Kartoffeln, Süßkartoffeln, Yams und Cocoyams mit zu den tropischen Wurzel- und Knollenfrüchten. In der Versorgung der Bevölkerung tropischer Länder mit Grundnahrungsmitteln bilden diese Früchte für etwa ein Drittel der Menschen die wichtigste Kalorienquelle. Dabei kommt Tapioka, einem Nahrungsmittel, das in mehr als achtzig Ländern angebaut wird, eine überragende Bedeutung zu. Es ist Grundnahrungsmittel für etwa 300 Millionen Menschen.
Unter den Weltnahrungspflanzen nimmt Tapioka die sechste Stelle ein. Die görßten Produktionsflächen sind in Brasilien, Indonesien, Zaire, Thailand und Nigeria. Die Weltgesamtproduktion an Tapioka wurde von der FAO für 1979 auf knapp 120 Mio t geschätzt. Der überwiegende Anteil hiervon wird frisch, gekocht oder geröstet verzehrt. Die Möglichkeiten weiterer Nahrungsmittelherstellung sind vielfaltig. Aus dem Mehl und der Stärke lassen sich auch Soßen, Suppen, Desserts, Gebäcke oder alkoholische Getränke herstellen. Tapioka ist ein Nahrungsmittel, dessen Potential noch gar nicht überall voll erkannt wurde. Es ist eine der effizientesten Pflanzen, was die Umwandlung von Sonnenenergie in Kohlehydrate betrifft. Die Fähigkeit, Energie pro Tag und pro ha zu speichern, ist wesentlich höher als die von vielen anderen hochertragsreichen Sorten. Fallstudien, im Auftrag der Weltbank durchgeführt, zeigten, daß sich in den Gebieten, in denen tropische Wurzel- und Knollenfrüchte wie Tapioka für die Grundnahrungsmittelversorgung der Bevölkerung bedeutend sind, die Menschen eine ausgewogene Ernährung zu sich nehmen, bei der lediglich die Quantitat erhöht werden müßte. (Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch die vitaminreichen Blätter der Pflanze als Gemüse verwendet werden). Die Merkmale solcher Nahrungsmittel machen sie daher in besonderem Maße für solche Entwicklungsprojekte geeignet, die auf eine Hilfe für besonders arme Bevölkerungsgruppen abzielen. Nach Meinung eines Weltbankberichts könnte Tapioka hierbei sogar eine Schlüsselrolle spielen.[2]

Zur Tapioka-Produktion in Thailand

Es hat lange gedauert, bis zur heutigen Situation, wo in Thailand etwa 1 Mio ha mit Tapioka bewirtschaftet werden und diese Pflanze nach dem Reis zur zweitwichtigsten Anbaufrucht wurde. Der folgende Abschnitt gibt einen kurzen Überblick zur Geschichte des Tapiokaanbaus in Thailand:
Gegen 1850 gab es in der thailändischen Landwirtschaft eine größere Diversifizierung im Anbau anderer Produkte als Reis. Kleinbauern, unterstützt durch die Händler, begannen, auch Mais, Kenaf, Kautschuk und Tapioka anzubauen. Wie in vielen anderen Entwicklungsländern auch, fanden die im Zuge der kolonialen Eroberungen importierten, weniger arbeitsintensiven Agrarprodukte, vermutlich auch in Thailand rasche Verbreitung. Die Tapiokaproduktion konzentrierte sich damals im Südosten des Landes, war aber noch immer unbedeutend. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine weitere kleine Expansion, als in der (heute) alten Zone um Chonburi die Produktion von Tapiokamehl mit moderner Maschinerie begann. Dieses Mehl wurde hauptsächlich in die USA und nach Japan exportiert, um dort als Stärkemittel für die Textil- und Papierindustrie zu dienen. Erst Mitte der 50er Jahre begann von



Umrißkarte Thailands. Eingezeichnet sind die Landwirtschaftszonen für Maniokanbau.

hier aus die Entwicklung, die zur heutigen Situation führte.[3]
Eine erste Expansion im Tapiokaanbau begann Mitte der 50er / Anfang der 60er Jahre, nachdem ein Importeur aus der BRD 1956 erstmals getrocknete Tapiokaabfälle ankaufte und als Tierfutter auf dem europäischen Markt einführte. Ab 1962 wuren nur noch Chips (gebrochene und in der Sonne getrocknete Stücke), und nach 1967 vorwiegend Pellets (zylinderförmig gepreßte, ca. 1 - 2 cm lange Stücke) exportiert. Die entsprechenden Produktionsanlagen hierzu wurden aus der BRD importiert und in Thailand aufgebaut.

Damit begann auch im Südwesten, dem als „Zone 2" benannten Gebiet, die Produktion. Wettbewerbsbedingungen und die Aussichten auf gute Geschäfte brachten die verarbeitende Industrie dazu, von beiden Zonen aus in nördliche Richtung zu expandieren (die heutigen Zonen 3 und 4)[4]. Der Produktionsanstieg war besonders stark während der 5-Jahresperiode von 1971/72 auf 1976/77. In diesem Zeitraum hat sich sowohl die Anbaufläche als auch die Produktionsmenge verdreifacht! (vgl. Tabelle). Die Exporte des Tapioka waren jetzt zur wichtigsten Devisenquelle des Staates geworden.

Tabelle 1:
Thailand: Tapioka-Produktion 1966/67 – 1976/77[5]

Erntejahr	Fläche	Produktionsmenge	durchschnittl. Ertrag (t/ha)
1966/67	130	1,892	14,6
1967/68	141	2,062	14,6
1968/69	171	2,611	15,3
1969/70	191	3,079	16,1
1970/71	224	3,431	15,3
1971/72	221	3,114	14,1
1972/73	335	4,952	14,8
1973/74	428	6,416	15,0
1974/75	480	6,240	13,0
1975/76	594	8,110	13,7
1976/77*	717	10,000	13,9
1981*	1260	17,9	

Fläche: in tausend ha
Produktionsmenge: in tausend t (frische Wurzeln)
* = Schätzung

Der große Boom

Die deutschen Handelshäuser für Futtermittel begannen ihre Tapiokaimporte zu einer Zeit, als es den thailändischen Bauern sehr schlecht ging. Bei schlechten Böden und unzureichenden Niederschlägen waren ihre Realeinkommen seit langem stagnierend oder gar sinkend. Es fehlte an Bewässerung und an Beratungseinrichtungen. Ferner war es kaum möglich, billige Produktionsmittel zu erhalten, denn ein nahezu monopolartig organisierter Düngemittelhandel und die horrenden Zinsen der privaten Geldverleiher verhinderten, daß die Bauern mttels Chemikalien- oder Technikeinsatz ihre Produktion steigern konnten. Dazu kam, daß die ohnehin schon niedrigen Preise, welche vom thailändischen Staat für die landwirtschaftlichen Produkte festgelegt wurden, um der städtischen Bevölkerung eine billige Nahrungsmittelversorgung zu ermöglichen, auch nur auf dem Papier existierten. In der Realität sind die Bauern von den oft noch niedriger liegenden Preisangeboten der Händler abhängig. So öffnete u.a. eine falsche Agrarpolitik der Regierung den Weg für die Ausbeutung der Bauern.[6]

Eine weit verbreitete Möglichkeit, der Armut auf dem Lande zu entrinnen, sahen viele Familien in der Abwanderung und Neulanderschließung durch Waldrodung. In dieser Situation kamen die Händler mit ihrem Vorschlag, mehr Tapioka zu produzieren. Dazu machten sie das verlockende Angebot, die gesamte Produktion zu guten Preisen aufzukaufen. Dies schien vielen Bauern ein hoffnungsvoller Ausweg zu sein, denn Tapioka war als einfach anzubauende Pflanze bekannt. Zumindest unter kleinbäuerlichen Produktionsbedingungen
- stellt sie geringe Ansprüche an den Boden, wächst auch dort, wo nicht viel anderes wächst;
- ist einfach in der Handhabung, erfordert keine Aufmerksamkeit, keine Hackarbeiten;
- läßt sich einfach vermehren;
- ist kaum anfällig für Pflanzenkrankheiten;
- ist nicht an eine Erntesaison gebunden, sondern kann längere Zeit im Boden gelassen werden, ohne zu verderben;
- liefert sehr hohe Erträge, die in Thailand höher als im Weltdurchschnitt liegen.

Durch die vorhergegangene Verarmung eines erheblichen Teils der Bauern und durch den damit zusammenhängenden Gewinn an (Wirtschafts-)Macht für die Geldverleiher und/oder Großbauern konnten die Kleinbauern selbst diese Chancen kaum nutzen.
Andere Bauern aber wurden über den Druck der privaten Geldverleiher dazu gebracht, „größere Teile ihrer Flächen abzutreten, um dann nach Anweisung der neuen Besitzer Kulturen für den Verkauf anzubauen. Je nach Zustand des Bodens war dies zunächst Mais (...) und anschließend Maniok"[7].
Anders als in Indonesien, wo mehr als 90 % der Tapiokaproduktion der menschlichen Ernährung dienen, gehörte es aufgrund der hohen Reisproduktion in Thailand dort nicht zu den wichtigsten Grundnahrungsmitteln. Lediglich ein kleiner Teil wurde, meist in Form von Tapiokamehl, lokal verzehrt. Tapioka dient vor allem den Allerämsten als Nahrungsmittel, wenn Reis oder Mais nicht vorhanden oder zu teuer sind.



Die thailändischen Händler konnten mit der von ihnen aufgekauften Tapiokaproduktion ein gutes Geschäft machen: sie verkauften es weiter an die europäischen Handelshäuser, die Tapioka wiederum zunehmend ihren Kraftfuttermischungen beimischten.
Zwei Entwicklungen spielen hierbei noch eine wichtige Rolle: einmal wurde bei der Festlegung der Zollsätze für Importe in die EG einfach „vergessen", das Produkt Tapioka miteinzubeziehen, so daß diese Importe vergleichsweise „billig" sein konnten. Zum zweiten gab es 1976 eine neue Futtermittelverordnung, derzufolge die Mischfutterhersteller nicht mehr offen deklarieren müssen, welche Bestandteile ihr Futter hat. Die neue „geschlossene" Deklaration verlangt nur noch, die Zusammensetzung der Inhaltstoffe (Stärke, Eiweiß, Feuchtigkeit etc.) zu nennen. Folge dieser Verordnung: einsprunghafter Anstieg des billigen Importfuttermittels Tapioka bei der Herstellung von Futtermittelmischungen.[8]
Parallel zur Marktöffnung in der EG und zur Neulanderschließung in Thailand kam ein breit angelegtes Infrastrukturprogramm des thailändischen Staates, der die Straßenverbindungen in die Provinzen nachhaltig verbesserte und damit erst die Voraussetzungen für billigen Transport schaffte.

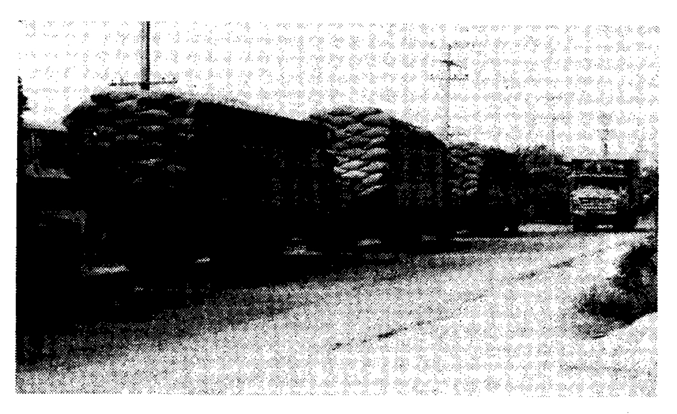
Diese Entwicklungen waren Teil eines mit US-amerikanischer Hilfe seit 1960 angelaufenen Programms zur wirtschaftlichen Einbindung von Thailands Norden. Hintergrund hierfür waren die militär-strategischen Interessen der USA, die die Unterstützung der thailändischen Bevölkerung für die im Grenzgebiet zu Laos und Kambodscha operierenden kommunistischen Guerillas zu unterbinden suchten. Rückhalt fanden diese vor allem im Nordosten, in der am stärksten vernachlässigten Region Thailands. Schlechte Böden, fehlende Infrastruktur und fehlende staatliche Entwicklungsbemühungen brachten kaum Veränderungen in die bestehende Subsistenzwirtschaft. Reis war mit Abstand das wichtigste Agrarprodukt der Region und wurde auf mehr als der Hälfte des bewirtschafteten Landes angebaut. Bis 1972/73 machte die Reisproduktion der Nordostprovinz noch über ein Drittel der nationalen Gesamtproduktion aus. Der Tapiokaanbau war hier noch vollkommen unbedeutend; die nächstbedeutendsten Produkte nach Reis waren Kenaf, Mais, Erdnuß, Zuckerrohr, Baumwolle und Tabak.[9]
Mit der Marktöffnung der Nordostprovinz begann also die ländliche Bevölkerung, ermutigt oder unter dem Druck von Verschuldung und Abhängigkeit mehr oder weniger gezwungen, zusätzliches Land zu erschließen und mit Tapioka zu bepflanzen. Im Zuge dieses Booms wurden auch rücksichtslos große Waldflächen vernichtet. Die Wälder, die 1964 noch 53 % der Landfläche Thailands bedeckten, waren 1979 auf 38 % zusammengeschrumpft. Trockenheit und Überschwemmungen infolge einer Versandung der Flüsse (hervorgerufen durch die Zerstörung der wasserspeichernden Funktion des Waldes), waren die Auswirkungen dieses Raubbaus an der Natur. Vor allem im Osten und Nordosten des Landes wurden während dieses Booms große Flächen rapide mit Tapioka bepflanzt. Von Anfang an gab es dabei zwischen Kleinbauern und großkapitalistischen Plantagenbetrieben Konflikte um dieses Neuland (sog. *chap chong*-Land). Großbetriebe sahen es gerne, wenn Kleinbauern *chap chong*-Land erschlossen, um diese dann anschließend auszumanövrieren, zu übervorteilen oder ihnen gewaltsam das Land wegzunehmen. Auch häuften sich die Fälle, in denen Kleinbauern aufgrund ihrer Verschuldung gezwungen waren, das neuerschlossene Land zu verkaufen. So kontrollierten bald Plantagenbetriebe die Produktion und übernahmen Handelsfunktionen. Auch städtische Unternehmen begannen, in die Tapiokaproduktion und -verarbeitung einzusteigen.[10]
Die Tapiokaproduktion hat einen entscheidenden Nachteil: Der Boden wird rapide ausgelaugt und nach drei bis vier Jahren sinken die Erträge erheblich. Ohne besondere Bewirtschaftungstechniken oder Düngemittelzugaben ist bei monokulturellem Anbau der Boden innerhalb von drei Ernten ausgelaugt. So passierte es vielen Kleinbauern, die in dem Tapiokaboom mitzogen, daß sie bald nur noch unfruchtbaren Boden hatten. Versuche, die Bodenqualität mittels Düngemittelzufuhren wieder herzustellen, führten oft in tiefe Verschuldung oder über den Zwang zu Landverkauf in die Landlosigkeit. Die Folge: vollkommene Verelendung, „womit sich nicht nur die Zuwanderung von Menschen in die Metropole Bangkok erklärt, sondern auch der zunehmende Menschenhandel sowie die Zunahme bewaffneter Auseinandersetzungen in ländlichen Gebieten."[11]
So wurde es möglich, daß sich in den letzten zwei Jahrzehnten etwa 70 % der bis dahin weitgehend selbständigen Kleinbauern zu Pächtern und Tagelöhnern entwickelt haben, die mit meist nur mündlich vereinbarten, einjährigen Pachtabsprachen oder nur noch als Landarbeiter auf ihren früher eigenen Feldern existieren können.[12]
Nicht nur die Bauern, sondern auch deren Kinder wurden zu Tagelöhnern. So heißt es in einem Monatsbericht der Bangkok Bank, daß Großbetriebe gewöhnlich „teenager" einstellen, da diese bereit sind, niedrigere Löhne zu akzeptieren.[13]

Von der Ernte zum Export-Handelshaus

Zum Zeitpunkt der Ernte enthalten die Tapiokaknollen mehr als 50 % Feuchtigkeit. Damit sie nicht verrottten, werden sie zu chips verarbeitet (grob gebrochene und anschließend in der Sonne getrocknete Stücke). In einer zweiten Verarbeitungsstufe werden die chips zu zylinderförmigen Pellets von etwa 1 cm Durchmesser und 2 cm Länge gepreßt. Damit wird für den Schiffstransport wesentlich weniger Volumen benötigt, und das Endprodukt erhält gleichermaßen eine einheitliche Verarbeitung.
Die thailändischen Bauern verkaufen ihre Tapiokaernte über lokale Händler an die verarbeitende Industrie. Die frischen Wurzelknollen gehen zuerst an die etwa 1500 im Landesinnern verteilten Mühlen zur Chips-Herstellung, anschließend an die ca. 400 Pellet-Mühlen. Jetzt werden die Tapioka-Pellets über Exportorganisationen an die europäischen Handels- und Schiffahrtsfirmen verkauft. Hierbei sichert der gute Ausbau des Straßennetzes einen schnellen Transport vom Tapiokafeld bis zum Exporthafen. Fast der gesamte Tapiokaexport Thailands wird von nur vier großen Firmen kontrolliert; es sind dies:

- Krohn & Co., Hamburg
- Peter Cremer, Hamburg
- Alfred C. Toepfer International GmbH, Hamburg
- Tradax, Genf (Tochter des US-Getreidemultis Cargill).

Die rund 40 thailändischen Firmen spielen nur eine Statistenrolle; sie haben lediglich die Funktion, die Produktion für diese vier ausländischen Exportfirmen aufzukaufen und an sie weiterzuleiten.[14]



Transport von Tapioka

Größte Firma im Tapiokageschäft ist Krohn & Co., die alleine fast 50 % des Tapiokaexports in der Hand hat. Alle diese Firmen besitzen eigene Tapiokamühlen in Thailand und sind damit auch unter den thailändischen Exportorganisationen vertreten. Peter Cremer beispielsweise ist seit 1960 mit einer Tochterfirma in Thailand aktiv, welche dort 1964 die erste Fabrik baute und unter dem Markennamen VITAP eigene Tapioka-Pellets produziert. Schon 1977 machte diese Tochterfirma allein in Thailand einen Umsatz von etwa 30 Mio DM und besaß 1979 vier eigene Tapioka-Verarbeitungsfrabriken.[15]
Diese vier großen Firmen besitzen auch eigene Schiffahrtslinien für den Transport, Hafenanlagen und teilweise auch eigene Mischfutterwerke in der BRD (z.B. Peter Cremer und A. C. Toepfer). Andere wichtige Mischfutter-

hersteller, die größere Mengen von Tapioka verarbeiten, sind:

- Kurt A. Becker, Bremen
- Kampffmeyer, Hamburg
- Ludwig Wünsche & Co., Hamburg.

Alle drei Firmen treten auch als Tapioka-Importeure auf.

Für die Bauern nur Verluste

Mit ihrer marktbeherrschenden Stellung ist es den vier Tapioka-Handelsfirmen möglich, nach eigenem Ermessen den Einkaufspreis für Tapioka-Pellets in Thailand entsprechend der jeweiligen Situation auf dem europäischen Futtermittelmarkt willkürlich festzusetzen. Selbst ein noch so niedriger Ankaufspreis wird über die Händler an die Produzenten weitergegeben. Und der Bauer muß, wenn die Knollen einmal aus dem Boden geholt worden sind und er seine Ernte nicht verrotten lassen will, zu jedem ihm angebotenen Preis verkaufen.[16]

Der staatlich festgesetzte Minimalbetrag, den die thailändischen Kleinbauern für ihre Tapiokaproduktion erhielten, stieg – so eine Analyse in der 'Bangkok Post' – von 1974 bis 1980 um 112 %, die Inflation aber um 130 %. Darüber hinaus erhält der Bauer aber nicht einmal diesen Mindestpreis, denn die Händler bieten ihm viel weniger. Die Bauern müssen aber verkaufen, um überhaupt Bargeld zu erhalten, denn die Händlerkredite sind teuer; sie betragen bis zu 12 % Zinsen *pro Monat*.

In dem Artikel dieser thailändischen Tageszeitung wird ausgerechnet, daß der durchschnittliche Tapiokabauer, der 25 rai bewirtschaftet (= 4 ha; 1 ha = 6,25 rai) und im april 1981 420 Baht (9 Baht = ca. 1 DM) pro t erhielt, mit einem Jahreseinkommen von etwa 24.000 Baht rechnen kann. Dieser Betrag, bei einer durchschnittlichen Familiengröße von 5,5 Personen macht 4.400 Baht pro Person. Das nationale Durchschnittseinkommen aber liegt mit 13.000 Baht fast dreimal so hoch[17] (In der Hauptstadt Bangkok liegt es bei rund 30.000 Baht). Dies veranschaulicht deutlich die ärmlichen Bedingungen, unter denen in Thailand das Futtermittel für unsere Schweinemast produziert wird.

Welche Gewinne hingegen die Futtermttelimportfirmen aus dem Tapiokahandel ziehen, läßt sich nur erahnen. Alle Beobachter sind sich jedoch darin einig, daß die Profite enorm sein müssen.

Erhielt der thailändische Bauer im Sommer 1981 einen Preis von 420 Baht, entsprechend ca. 47 DM/t, so kostete 1 t Tapioka ab Rotterdamer Hafen schon etwa 300 DM.

Die Bedeutung der Tapiokaimporte für die EG-Landwirtschaft

Man muß, wenn man über die Entwicklung der Futtermittelimporte redet, zwei wichtige Komponenten des Mischfutters unterscheiden: die Substitute und die Proteinträger. 'Substitute' werden solche Produkte genannt, die wegen ihres hohen Stärke- oder Zuckergehaltes den Getreideanteil im Mischfutter ersetzen. Wichtigste Importprodukte hierbei sind Tapioka, Abfallprodukte aus der Maisverarbeitung, Kleie, Fruchtrückstände und Melasse. 'Proteinträger', zu denen hauptsächlich die Ölsaaten und Ölkuchen gehören, sind Produkte, die wegen ihres hohen Eiweißgehaltes zur Ergänzung des Getreides und anderer Stärketräger im Mischfutter eingesetzt werden.

Bei beiden Mischfutterkomponenten gab es in den 70er Jahren u.a. infolge der neuen Futtermittelverordnung einen steilen Zuwachs der Importe. Die Einfuhr der Getreidesubstitute stieg von 4,4 Mio. t 1971 um mehr als das Dreifache auf ca. 14 Mio t 1980[18]. Die Einfuhr proteinreicher Futtermittel stieg seit Anfang der 70er Jahre von 17 Mio t um das Anderthalbfache auf 27 Mio t zu Anfang der 80er Jahre.

1981 betrug der Anteil des Auslandsfutters an der Gesamtfütterung in der EG bereits 19 %. Für die Bundesrepublik liegt dieser Anteil bei 24 % und für die Niederlande gar bei 56 %.[19]

Wertmäßig macht diese Futtermitteleinfuhr etwa 14 % der gesamten ernährungswirtschaftlichen Einfuhren der EG aus. Tapioka ist mit knapp 40 % der bedeutendste Posten bei den importierten Getreidesubstituten und wird vorwiegend als Mischfutterkomponente bei der Schweinemast eingesetzt. Tapioka macht im EG Durchschnitt etwa 10 % der Gesamtfuttermenge für Schweine aus. In der BRD, und erst recht in den Niederlanden, liegt dieser Anteil schon um einiges höher.

Wichtigstes Lieferland der Tapiokaimporte der EG ist Thailand, das praktisch seinen gesamten zu Futterzwecken bestimmten Tapioka in die EG ausführt.

1981 kamen 95 % der Tapiokaimporte aus Thailand; die übrigen Anbieter (Indonesien, V. R. China) spielen nur eine unbedeutende Rolle.

Die Importe von Tapioka stiegen von den 70er Jahren bis heute drastisch an. Waren es 1974 noch 2,07 Mio t, so bedeutet der Anstieg auf 6,1 Mio t im Jahr 1981 eine Ver-

dreifachung der Importe. Im Vergleich zu Mitte der 60er Jahre stieg der Import gar um das Dreizehnfache an! (vgl. Tabelle 2)

Tabelle 2:
Tapiokaimporte der EG in Mio t[20]

1966	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
0,47	2,07	2,22	2,98	3,80	5,98	5,38	4,9	6,1

1979 erzielte Thailand rund 10 % seiner gesamten Deviseneinnahmen aus dem Tapiokaexport. Innerhalb des Handels mit der EG sind dies für Thailand sogar 45 % der Deviseneinnahmen!
Angesichts dieser Dimensionen läßt sich auch die Aussage von Staatssekretär Gallus ganz anders verstehen, der die Absatzchancen für deutsche Industrieprodukte gefährdet sieht, falls die Tapiokaeinfuhren reduziert werden sollen: „Die Achillesferse der gemeinsamen Agrarpolitik ist nach Ansicht des Bonner Staatssekretärs das Substitutenproblem. Aus handelspolitischen Gründen, das heiße wegen der Gefahr von Gegenmaßnahmen gegen unsere Industriexporte, könne man Substitute nicht ohne weiteres in die Abschöpfungsregelungen einbeziehen oder sie sonstigen Restriktionen unterwerfen."[21]

Nach dem Selbstbeschränkungsabkommen: Erneute Preiseinbrüche für die thailändischen Bauern

Das zwischen Thailand und der EG bereits im November 1980 ausgehandelte Selbstbeschränkungsabkommen ist erst im April 1982 von beiden Seiten unterzeichnet worden. Solange es der Ministerrat der EG nicht bestätigt, ist dieses Abkommen aber noch immer nicht in Kraft.
Ursprünglich sah das Selbstbeschränkungsabkommen vor, daß Thailands Tapiokaexporte in die EG einen Mittelwert von 5,25 Mio t für 1981 und 1982 und einen reduzierten Mittelwert von 4,725 Mio t für 1983 und 1984 nicht überschreiten. Erst danach und nach einer Prüfung der Auswirkungen dieses Abkommens soll über eine mögliche weitere Reduzierung entschieden werden.
Nun aber hat die thailändische Delegation in Brüssel noch einmal eine Verzögerung dieses „Selbstbeschränkungsabkommens" für sich aushandeln können. Jetzt sollen auch für 1983 und 1984 nochmals 5 Mio t als Richtgröße angesetzt werden und erst 1985 und 1986 will man die Importmenge um 10 % auf 4,5 Mio t „beschränken".
Als Dank für ihre Bereitschaft, auf die Forderungen nach einer Importbegrenzung überhaupt einzugehen, wurden der thailändischen Regierung Entwicklungshilfegelder der EG zugesagt, vor allem, um im Nordosten e ine landwirtschaftliche Produktiversifizierung voranzutreiben.[22]
Um welche Art von Projekten es sich dabei handeln soll, und ob die thailändische Regierung überhaupt ein ernsthaftes Interesse an Veränderungen hat, ist unklar.
Kurz nachdem die erste Form des Selbstbeschränkungsabkommens mit der EG ausgehandelt worden war, änderte der thailändische Staat im Dezember 1980 seine Vermarktungspolitik: für den Export in die EG wurden für alle am Handel beteiligten Gruppen Quoten festgesetzt, die sicherstellen sollten, daß in den ersten drei Monaten 1981 nicht mehr als 1 Mio t Tapioka exportiert werden. Die thailändischen Handelsgesellschaften reagierten – vermutlich auf Druck der deutschen Tapioka-Handelshäuser – mit einem Boykott. Sie setzten die Exportpreise so hoch an, daß dieses Futtermittel für den europäischen Markt uninteressant wurde. Als Folge hiervon brachen die Preise in Thailand innerhalb kurzer Zeit zusammen.[23] Wieder einmal traf es die thailändischen Kleinbauern am härtesten, denn plötzlich fielen die Ankaufspreise auf nur noch 60 – 50 Prozent des staatlich festgesetzten Farmerminimumpreises.
Die Durchsetzung des Selbstbeschränkungsabkommens wird also kaum unmittelbare positive Auswirkungen für die thailändischen Kleinbauern haben. Es könnte aber die Voraussetzungen für strukturelle Veränderungen verbessern. Zumindest vermindert eine relative Verteuerung von Tapioka den Konzentrationsprozeß der Küten- und hafennahen Agroindustrie in der EG. Überlegungen von Bauernorganisationen in der BRD sehen hierfür allerdings noch weitergehende Regelungen als nur eine Stabilsierung der Billig-Importe vor. Neben der Forderung nach Wiedereinführung der offenen Deklaration der Inhalte von Futtermischungen steht die Forderung eines Beimischzwanges für einen bestimmten Prozentsatz von Getreide zur Debatte. Davon erhofft man sich u.a. eine Stärkung der klein-, und mittelbäuerlichen Schweineproduzenten, da die Konkurrenz der Massentierhaltung nicht mehr drückt und die Schweineproduktion von den küstennahen Standorten in die traditionellen Veredelungsgebiete zurückwandert.[24]

Michael Franke
Dritte Welt Haus, Bielefeld

Anmerkungen

1) vgl. hierzu: Jürgen Dauth: Die thailändischen Bauern sind noch ärmer geworden; FR 23.3.79, Eberhard Haubold: Abschied von „Mai Pen Rai"; FAZ 16.4.82, und Deni Sautier: Le Manioc thailandais pour les porcs europeens; in: Freres des Hommes/ Terre des Hommes France, Bulletin trimestriel, No 45 (juin 1981): 33-36, Paris.
2) T. James Goering 1979: Tropical Root Crops and Rural Development; World Bank Staff Workung Paper No. 324, Washington: World Bank, S. 2-6.
3) Boonjit Titapiwatanakun 1979: Analysis of export demand for Thai Tapioca. Univ. of Minnesota, Diss. 1979: 1,4,24.
4) ders.: 26; auch UNCTAD/GATT 1977: Cassava. Export Potential and market requirement. Genf: UNCTAD: 54
5) Ministry of Agriculture and Co-operatives, Bangkok, zit. nach UNCTAD 1977: 54 und (für 1981/82): Schätzungen des thailändischen Handelsministeriums zit. nach Ernährungsdienst 36/113 (6.10.981). Hannover
6) eindrucksvoll beschreibt diese Situation Gerald Actman 1981: Tapioca debacle: the other side of the story; in: Bangkok Post, 19.7.81; im Wortlaut verblüffend ähnlich hierzu auch U. Ter Meulen und R Songsapart 1982: Die Auswirkungen des Selbstbeschränkungsabkommens; in: entwicklung + ländlicher raum, 1/82: 26/27
7) So berichtet ein ehemaliger Agrarberater in Nordthailand: E.F.F. 1981: Futtermittel aus der 3. Welt; in: Bauernblatt, Nr. 23, Sept. 81. Haiterbach
8) Bauernblatt 11/79
9) Wolf Donner 1978: The Five Faces of Thailand. London: 594-607
10) Erklärung von Rom 1979: Report on Thailand; Dokument vorgelegt anläßlich der FAO „World Conference on Agrarian Reform and Rural Development ', Rom 1979
11) E.F.F. 1981 (s. Anm. 7)
12) ders. ein hervorragender Artikel zu diesem Thema findet sich auch in der Terre des Hommes Zeitschrift, Nr. 1/82: 22-25
13) Bangkok Bank Monthly Review, April 1981: 145-150; Bangkok
14) So der Generaldirektor der thailändischen Außenhandelsabteilung, zit. nach Ernährungsdienst 36/38 (2.4.1981)
15) Thammasat University, Facultuy of Commerce and Accountancy 1979: Dirwctory of Thailands 300 largest companies; Bangkok
16) So ein Artikel in der thailändischen Zeitschrift 'politic economic weekly magazine' vom 8.-14. Mai 1978 (Übersetzung: Thailand Informations-, und Solidaritätskomitee, TISK; Hamburg)
17) G. Actman 1981 (s. Anm. 6)
18) R. Wolffram/T. Möckelmann 1981: Entwicklung der Märkte für Getreide und Getreidesubstitute; in: Ernährungsdienst, 36/60 (30.5.1981): 13-14
19) G. Thiede 1981: Mengenmäßige Gesamtrechnungen zur EG Versorgungslage; in: Kraftfutter 64 (1981) 5: 226 und A.C. Toepfer, Marktbericht, 14.8.1980
20) Ernährungsdienst (ED) 36/52 für 1974-1979, ED 36/112 für 1980, ED 37/47 für 1966/1981
21) Landwirtschaftliches Wochenblatt, 18/81
22) Bundesminist. ELF, Informationen Nr. 26/82: 6 (28.6.82) und Amtsblatt der EG, Nr. c 12 (18.1.1982): 8
23) Ter Meulen/Songsapart 1982: s. Anm. 6
24) Getreide in den Futtertrog? in: Bauernblatt 27/82 (Juli 82): 4

REZENSION

„Öko-Landbau und Welthunger"

Wanda Krauth/Immo Lünzer:

ÖKO-LANDBAU UND WELTHUNGER.

Mit dem Report an den US-Landwirtschaftsminister, rororo aktuell 4849, Reinbek, Februar 1982

Im Zentrum dieses Taschenbuches steht eine Studie, die das amerikanische Landwirtschaftsministerium noch unter der Carter-Administration über den ökologischen Landbau angefertigt hat. Damit sind diejenigen landwirtschaftlichen Methoden gemeint, die auf den Einsatz von chemischem Dünger und von Pestiziden (weitgehend) verzichten und alternative Methoden der Nährstoffversorgung (Verwertung pflanzlicher Abfälle und tierischem Dünger, Anbau von Gründünger, Fruchtwechsel) sowie Methoden der Schädlingsbekämpfung ohne Gifteinsatz (u.a. durch die Ausnutzung der natürlichen Feinde der Schädlinge) anwenden. Auch in den Vereinigten Staaten haben die Methoden des herkömmlichen Landbaus zu schweren ökologischen Schäden geführt, die einen (noch sehr kleinen) Teil der Bauern veranlassen, Methoden des ökologischen Landbaus zu verwenden. Zudem ist die amerikanische Landwirtschaft sehr energieintensiv, sowohl aufgrund des hohen Grades der Mechanisierung als auch des umfangreichen Einsatzes chemischer Düngemittel, die aus Öl oder Gas hergestellt werden. Für die Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt hat der ökologische Landbau große Vorteile, da er teure, devisenfressende Produktionsmittel (synthetischer Dünger, Pestizide) einspart und vermehrt die menschliche Arbeitskraft nutzt, eine in der Dritten Welt reichlich vorhandene Ressource. Durch Befragungen und Betriebsbesichtigungen bei amerikanischen Öko-Bauern gibt die Studie des Landwirtschaftsministeriums einen sehr informativen Überblick über die angewandten Methoden und weist durch Vergleiche mit Betrieben, die herkömmliche Methoden anwenden, nach, daß die ökonomische Situation der Öko-Betriebe oft denen herkömmlicher Betriebe ähnlich ist. Hier sind die bisherigen Forschungen allerdings noch sehr unvollständig. Ausführliches Material trägt die Studie auch über die Flächenerträge des herkömmlichen Landbaus und des Öko-Landbaus zusammen.
Die Studie empfiehlt eindringlich, den Öko-Landbau besser zu erforschen und Bauern, die zu den Methoden des Öko-Landbaus übergehen wollen, zu unterstützen. Ob diese Vorschläge unter der Reagan-Administration nur noch Papier sind, ist dem Band leider nicht zu entnehmen.
Immo Lünzer zieht einen knappen Vergleich zwischen herkömmlicher Landwirtschaft und Öko-Anbau und gibt einen Überblick über die verschiedenen Richtungen des Öko-Anbaus in der BRD. Der Beitrag von Wanda Krauth befaßt sich mit den Ursachen des Welthungers, ihre Argumentation folgt über weiten Strecken derjenigen von J. Collins /F.M. Lappé (Vom Mythos des Hungers, Frankfurt 1978).
Umfangreiche Literaturempfehlungen, Bezugsquellennachweise und Kontaktadressen zum Öko-Landbau runden den Band ab.

gc

„Werner Glenewinkel / Werner Hennings:

Anpassung oder Widerstand?
Technischer Fortschritt und Gesellschaftlicher Wandel am Beispiel von B. Traven: Die weiße Rose.
B. Traven versteht sich als ein Autor der Unterdrückten und Entrechteten. Er hat ausschließlich für den gewerkschaftlichen Verlag „Büchergilde" geschrieben. Sein Roman „Die weiße Rose" behandelt ganz besonders eindrucksvoll das Problem des Technischen Fortschritts und des Gesellschaftlichen Wandels, das ja durch Ressourcenkanppheit, Mikroprozessoren, Großtechnik, Monopolisierung und Massenarbeitslosigkeit zu einer bestimmenden Krisenerscheinung in der ganzen Welt geworden ist. Angelehnt an diesen Roman wird ein Arbeitsbuch, das mit einem neuen didaktischen Konzept zunächst einmal Betroffenheit wecken will und dann mit einer Fülle von Materialien (Texte, Modell, Graphiken, Statistiken) versucht, das Thema für Schulen und gewerkschaftliche Bildungsarbeit aufzubereiten.
Das Buch umfaßt 300 Seiten, kostet DM 9,50 und ist zu beziehen durch: Oberstufen–kolleg, Universität Bielefeld, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1."

EL SALVADOR

RADIO FARABUNDO MARTI

ist nach Radio Venceremos die zweite von der nationalen Befreiunsfront El Salvadors in Betrieb genommene Radiostation.
Rund ein Jahr nach Radio Venceremos begann Radio Farabundo Marti am 22.1.1982 seine Übertragungen im Departement Chalatenango. Beide Stationen unterrichten die Bevölkerung über den Stand der Kämpfe und die politische Situation im Lande.
Auch Informationen über die internationale Solidaritätsbewegung und kulturelle Programme werden gebracht. In Hannover hat sich eine *Arbeitsgruppe Radio Farabundo Marti* gebildet.

Rundreise einer Vertreterin des Radios FM
Vom 1. bis 20. Dezember 1982 wird eine Vertreterin des Radios FM die BRD besuchen. Sie wird besonders über die Situation in den befreiten Gebieten informieren können: Selbstverwaltungen, Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung, Produktion von Lebensgütern, Aufbau von Volksmilizen, die politischen und militärische Lage und den Augabenbereich des Senders in diesen Zusammenhängen. An solchen Diskussionen kann die Perspektive eines befreiten El Salvadors deutlich werden.

Bitte diskutiert in euren Gruppen, wie ihr euch durch Veranstaltungen mit der Vertreterin des Radios FM an dieser Rundreise beteiligen könnt!
AG Radoio Farabundo Marti, c/o Internationalismus Buchladen, Pf. 3003, 3000 Hannover 1





Nestlé-Boykott in der Bundesrepublik

in blätter des iz3w, Nr. 103, August 1982

Liebe iz3w-Leser!

Gerade habe ich den Beitrag „Nestle-Boykott in der BRD" gelesen und muß Euch nun selber eine Erfahrung schreiben, bevor meine Energie wieder in träger s t u m m e r Zustimmung versumpft.

Ich selbst habe vor sieben Wochen bei einer harmonischen Geburt ein putzmunteres, gesundes Kind geboren. Daß ich stillen würde, war mir schon von Anfang der Schwangerschaft an so klar wie das „Amen in der Kirche". Doch wie dieses, wurde es von allen Seiten bezweifelt: „das ist gar nicht so einfach" oder „mach dir da nur keine falschen Hoffnungen" hieß es von den verschiedensten Seiten.

Nun, Milch war von Anfang an in solchen Massen da, daß ich Drillinge hätte mästen können. Doch schon in der Klinik wurde ich immer auf die „Milch im Regal" hingewiesen, falls – und dies sei ja wohl normal – meine eigene den Bedarf nicht decke. Wieder daheim begann die Zeit des Schreiens und die Frage: „IST DAS NORMAL???" schwebte ständig in der Luft. Immer sah ich die zufriedenen Babys von Babynahrungspackungen grinsen, und die Reklame: „zufriedene Babys, durchschlafende Babys, gesunde Babys, blähungsfreie Babys" brachte es doch tatsächlich soweit, daß ich nachtsträumte, wie ich dem meinigen solche künstliche Milch gab, und es darauf seelig lächeln über Stunden schlief.

Dies erschreckte mich dann um so mehr, da ich ja ein „Verfechter" des Stillens bin, und es bei mir ja auch problemlos geht.

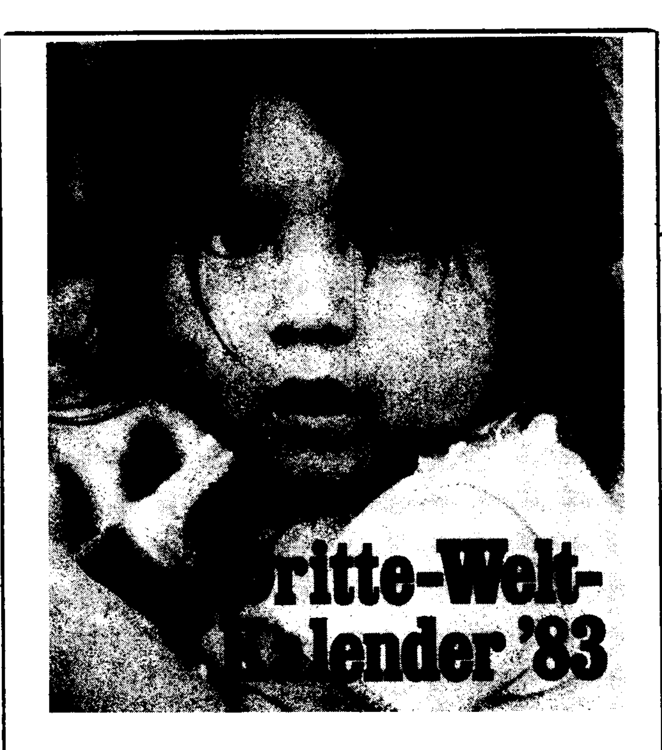
Wie mag es wohl den Frauen ergehen, die von Anfang an unsicher sind, deren Milch nicht ganz reicht, oder die Schwierigkeiten beim Stillen haben?

Man möchte das Beste für sein Kind, koste es was es wolle – genau das wird schamlos ausgenützt: das Beste ist es ganz gewiß nicht, dennoch kostet es genug – in mehrfacher Hinsicht.

Marcella Rietschel

Gabi MEIER
Hinterkirchstr. 7
78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



Dritte-Welt-Kalender '83

Taschenkalender

Herausgegeben vom Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und der Österreichischen Informationsstelle für Entwicklungspolitik (ÖIE)

256 Seiten, 60 Abbildungen,
Format 11,4x16,2 cm,
Broschur

DM 8,50

ISBN 3-921521-48-3

Die Lage der Bevölkerung in der sogenannten Dritten Welt ist alarmierend. Das Bewußtsein darüber, wie sich ihre Situation verbessern kann, ist hierzulande unterentwickelt. Dem gilt es entgegenzuwirken. Der Dritte-Welt-Kalender will dazu einen Beitrag leisten. 1983 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit der Lage der Kinder in Afrika, Asien und Lateinamerika. Neben wichtigen Hintergrundinformationen zu diesem Thema enthält er Adressen von Dritte-Welt-Gruppen und -Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz, stellt entsprechende Projekte von ihnen vor. Außerdem bietet er: Fotos, Karikaturen, Gedichte, Aktionsmöglichkeiten, Literaturhinweise und vieles andere mehr.